

# **Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung**

**Nr. 37, Februar 2016**

## **Politik, Wirtschaft und Gesellschaft: Die Performanzprofile von 43 Ländern und 6 Wohlfahrtsregimen**

**Dieter Holtmann**

Herausgeber: Prof. Dr. Dieter Holtmann

Methoden der empirischen Sozialforschung

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Universität Potsdam



ISSN 1612-660



## Inhaltsverzeichnis

<b>1.</b>	<b>Einleitung: Performanzkriterien für den internationalen Vergleich von Lebensbedingungen.....</b>	<b>1</b>
<b>2.</b>	<b>Typen von Wohlfahrtsregimen .....</b>	<b>9</b>
2.1	Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus gemäß Esping-Andersen...	9
2.2	Politische Regime, Produktionsregime und Wohlfahrtsregime .....	10
2.2.1	Sechs Idealtypen von Wohlfahrtsregimen.....	13
2.2.2	Die Wertebasis der Wohlfahrtsregime .....	17
2.2.3	Die berücksichtigten Länder bzw. Ländergruppen.....	18
2.2.4	Zum Aufbau der Länder-Fallstudien.....	22
2.3	Performanzprofile der Wohlfahrtsregime .....	26
<b>3.</b>	<b>Das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime Skandinaviens.....</b>	<b>33</b>
3.1	Gemeinsamkeiten der sozialdemokratischen Länder .....	33
3.2	Fallstudien zu den einzelnen Ländern.....	33
3.3	Performanz der sozialdemokratischen Länder Skandinaviens.....	40
<b>4.</b>	<b>Das konservative Wohlfahrtsregime Kontinentaleuropas .....</b>	<b>42</b>
4.1	Gemeinsamkeiten der konservativen Länder .....	42
4.2	Fallstudien der einzelnen Länder .....	43
4.3	Performanz der konservativen Länder Kontinentaleuropas.....	56
<b>5.</b>	<b>Das wirtschaftsliberale angelsächsische Wohlfahrtsregime.....</b>	<b>59</b>
5.1	Gemeinsamkeiten der wirtschaftsliberalen Länder .....	59
5.2	Fallstudien zu den einzelnen Ländern.....	60
5.3	Performanz der wirtschaftsliberalen angelsächsischen Länder.....	72
<b>6.</b>	<b>Das familistische Wohlfahrtsregime Südeuropas .....</b>	<b>75</b>
6.1	Gemeinsamkeiten der familistischen Länder .....	75
6.2	Fallstudien zu den einzelnen Ländern.....	76
6.3	Performanz der familistischen Länder Südeuropas .....	87
<b>7.</b>	<b>Die Ausdifferenzierung des postsozialistischen Wohlfahrtsregimes Osteuropas .....</b>	<b>90</b>
7.1	Gemeinsamkeiten der postsozialistischen Länder .....	90
7.2	Fallstudien zu den einzelnen Ländern.....	93

---

7.3	Performanz der postsozialistischen Länder Osteuropas .....	118
<b>8.</b>	<b>Einzelfallstudie zur Türkei .....</b>	<b>121</b>
8.1	Wohlfahrtslogik und Institutionen der Türkei .....	121
8.2	Das Performanzprofil der Türkei .....	122
<b>9.</b>	<b>Das produktivistische Wohlfahrtsregime Ostasiens .....</b>	<b>124</b>
9.1	Gemeinsamkeiten der produktivistischen Länder .....	124
9.2	Fallstudien zu den einzelnen Ländern.....	126
9.3	Performanz der produktivistischen Länder Ostasiens .....	130
<b>10.</b>	<b>Wohlfahrtsregime in Lateinamerika.....</b>	<b>132</b>
10.1	Gemeinsamkeiten .....	132
10.2	Wohlfahrtslogik und Institutionen Brasiliens.....	133
10.3	Das Performanzprofil Brasiliens.....	134
<b>11.</b>	<b>Einzelfallstudie zu Südafrika.....</b>	<b>136</b>
11.1	Wohlfahrtslogik und Institutionen Südafrikas .....	136
11.2	Das Performanzprofil Südafrikas.....	137
<b>12.</b>	<b>Einzelfallstudien zu Asien: China und Indien .....</b>	<b>138</b>
12.1	Fallstudie zu China.....	139
12.2.	Fallstudie zu Indien .....	141
12.3.	Performanz von China und Indien .....	144
<b>13.</b>	<b>Ein System gesellschaftlicher Dauerbeobachtung zur Erfassung der Wohlfahrt der Nationen.....</b>	<b>145</b>
	<b>Literaturverzeichnis.....</b>	<b>146</b>

## 1. Einleitung: Performanzkriterien für den internationalen Vergleich von Lebensbedingungen<sup>1</sup>

Im Folgenden wird der Versuch unternommen, die Performanz von Gesellschaften gemäß gesellschaftlich wünschenswerten Zielen zum Teil auf die Wohlfahrtslogik des Regimetyps, die Leitvorstellungen der Politiken und die entsprechend ausgestalteten Institutionen zurückzuführen. Als systematischer Ausgangspunkt werden dabei die drei Welten der Wohlfahrtsproduktion von Esping-Andersen (1990) gewählt und von mir erweitert zu einer Differenzierung in (mindestens) sechs verschiedenen Wohlfahrtslogiken, die sich in unterschiedlichen Modernisierungspfaden niederschlagen.

In Fallstudien werden 43 Länder (incl. aller Schwellenländer) im Hinblick auf ihre Wohlfahrt untersucht. Diese Gesellschaften werden daraufhin betrachtet, in welchem Ausmaß sie Modelle guten Lebens aufzeigen. Unter Wohlfahrt verstehe ich in Auseinandersetzung mit der sozialphilosophischen Diskussion die Performanz hinsichtlich folgender acht Werte bzw. Ziele (vgl. das vorliegende Kapitel 1): Wohlstand und Wachstum; ökologische Nachhaltigkeit; Innovation; soziale Sicherung durch Unterstützungsleistungen im Risikofall sowie vorsorgend durch Bildungsinvestitionen; Anerkennung der Besonderheiten (Frauenfreundlichkeit und Migrantenfrendlichkeit); Gleichheit der Teilhabe; soziale Integration; Autonomie („freedom of choice and capabilities“). All dies betrachte ich als gesellschaftlich wünschenswerte Ziele.

In meinem Ansatz gehe ich nicht von einem einheitlichen Pfad der Modernisierung in Richtung Wachstum, Partizipation und Inklusion aus, sondern unterscheide – in Erweiterung der „drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus“ von Esping-Andersen (1990) – für die berücksichtigten Länder (u.a. alle EU-Mitglieder) insbesondere folgende fünf verschiedene institutionelle Entwicklungspfade der Modernisierung: Der sozialdemokratisch-universalistische Pfad, der wirtschaftsliberale Pfad, der Status-konservierende Pfad, der „familistische“ Pfad und die Entwicklung der Gruppe der postsozialistischen Länder, die sich in einem Prozess der Ausdifferenzierung befinden (vgl. Kapitel 2). Berücksichtigt werden 4 skandinavische Länder, 7 kontinentaleuropäische Länder, 6 angelsächsische Länder, 6 südeuropäische Länder, 13 osteuropäische Länder, die Türkei sowie Japan und Südkorea, ferner Brasilien und Südafrika sowie China und Indien.

Als Institutionen werden bei den einzelnen Länderfallstudien untersucht: Politisches Regime, Wirtschaft, Geschlechterrollen, soziale Sicherungssysteme (Rente, Gesundheit, Arbeitsmarkt, Familie) und Bildung. Aufgrund der Institutionenlogik werden jeweils der Wohlfahrtstyp und der Entwicklungstrend

---

<sup>1</sup> Der folgende Aufsatz fasst einen Teil der Ergebnisse der Studie „Holtmann, Dieter: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im internationalen Vergleich. 43 Länder-Fallstudien. Aachen 2015: Shaker Verlag.“ zusammen.

herausgearbeitet. Ferner werden die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Länder und Wohlfahrtsregime charakterisiert. Um zu beantworten, wie gut diese Gesellschaften funktionieren, wird jeweils die Performanz der Institutionen mit Hilfe ausgewählter Indikatoren und Indices untersucht (vgl. Kapitel 3-12).

### **Konzepte von Wohlfahrt und Lebensqualität**

Wie der englische Begriff „welfare“ umfasst der Begriff *Wohlfahrt* einerseits die individuelle Lebensqualität und andererseits die öffentliche Infrastruktur.

Während die *individuelle Lebensqualität* früher im Schwedischen Modell der Wohlfahrtsforschung genau im Hinblick auf Ressourcen konzipiert wurde, ist im Laufe der Zeit ein breiteres Verständnis vorgeschlagen worden, vgl. z. B. „Having, loving, being: An alternative to the Swedish model of welfare research“ von Allardt (wiederabgedruckt in Nussbaum/Sen 1993). Eine relevante Akzentuierung hat der Nobelpreisträger für Ökonomie Sen vorgeschlagen: Man muss über „capabilities“ (Befähigungen und Möglichkeiten) verfügen, um Chancen der Wahlfreiheit auch faktisch wahrnehmen zu können (vgl. Sen 1993: Capability and well-being).

Die *öffentliche Wohlfahrt* wird im internationalen Vergleich in Betonung der Bedeutung der institutionellen Entwicklungspfade seit Esping-Andersen 1990 überwiegend in der Form unterschiedlicher *Wohlfahrtsregime* konzipiert, die unterschiedliche Wohlfahrtsziele und Ausmaße öffentlicher Unterstützungsleistungen beinhalten. Idealtypisch wird unterschieden zwischen einem umfassenden sozialdemokratisch-egalitären skandinavischen Wohlfahrtsregime, einem Status-konservierenden kontinentalen Wohlfahrtsregime und einem wirtschaftsliberalen Wohlfahrtsregime mit bedürftigkeitsprüfender Armenfürsorge.

Zum weltweiten Vergleich von Wohlfahrt und Lebensqualität erstellen die Vereinten Nationen jährlich einen „Human Development Report“, in dem alle Nationen der Welt bzgl. der Humanressourcen, der Produktivität, Gleichheit, Nachhaltigkeit und Befähigung (Empowerment) verglichen werden. Wegen der Vielzahl der betrachteten Länder werden viele feine Unterschiede allerdings nicht betrachtet.

Um die *subjektive* Bewertung von Wohlfahrt und Lebensqualität zu erfassen, ist das Konzept der „Allgemeinen Lebenszufriedenheit“ und der „Zufriedenheit mit spezifischen Lebensbereichen“ entwickelt worden, welche mit den Methoden der empirischen Sozialforschung erhoben werden (für die Bundesrepublik Deutschland vgl. z. B. die regelmäßigen Datenreporte und die regelmäßigen Erhebungen des sozioökonomischen Panels). Im Folgenden werden dazu die Gallup-Erhebungen berücksichtigt, ob die Bevölkerung in den betrachteten Ländern zufrieden ist mit den Wahlfreiheiten, zu leben, wie man/frau möchte.

## **Zur Frage der Performanz von Wohlfahrtsregimen**

Wie Gesellschaften Wohlfahrt organisieren und institutionalisieren, drückt ihre grundlegenden Wertvorstellungen über gutes Zusammenleben aus. Um zu betonen, dass Gesellschaften für gewisse Zeitperioden bestimmte gesellschaftspolitische Programme verfolgen, wird im Folgenden der Begriff der Wohlfahrtsregime verwendet, womit an Esping-Andersens Konzeption angeknüpft werden soll (vgl. Esping-Andersen 1990). Um die Performanz von Gesellschaften im Hinblick auf Wohlfahrt vergleichen zu können, werden aus der sozialphilosophischen Diskussion von „moral values“ (vgl. Goodin et al. 1999) eigene Kriterien sozialer Wohlfahrt entwickelt. (Die berücksichtigten Länder werden in Kapitel 2.2.3 erläutert.)

### **Performanzkriterien zum Vergleich der Lebensbedingungen**

Goodin et al. (1999) und Merkel (2001) erarbeiten jeweils Kriterien, mit denen sie die Performanz von Wohlfahrtsregimen beurteilen wollen. Goodin et al. (1999) schlagen sechs „moral values“ ohne Rangordnung vor, Merkel fünf Kriterien der Verteilungsgerechtigkeit, wobei die Nummerierung seine Priorität ausdrückt.

Um mögliche Zielkonflikte zu verdeutlichen, habe ich in Auseinandersetzung mit diesen Kriterienlisten vier Polaritäten zwischen je zwei Zielen vorgeschlagen, die in einem Sterndiagramm dargestellt sind (vgl. Abbildung 1-1). Die Ziele wurden alle positiv formuliert, z. B. ist hier der Gegenpol zu Universalismus nicht Partikularismus im Sinne von partikularen Interessen, sondern die Anerkennung der Besonderheiten, weshalb eine einfache Gleichbehandlung von Gruppierungen mit unterschiedlichen Voraussetzungen nicht angemessen ist.

Dass es Zielkonflikte gibt, bedeutet nicht, dass es unmöglich wäre, die Ziele gleichzeitig zu erreichen. So wachsen mit den Konsumbergen auch die Müllberge, aber es lassen sich auch Strategien entwickeln, die Umweltbelastungen zu verringern oder zu vermeiden sowie mit Technologie zu bearbeiten.

### *Wohlstand sowie Ökologische Nachhaltigkeit*

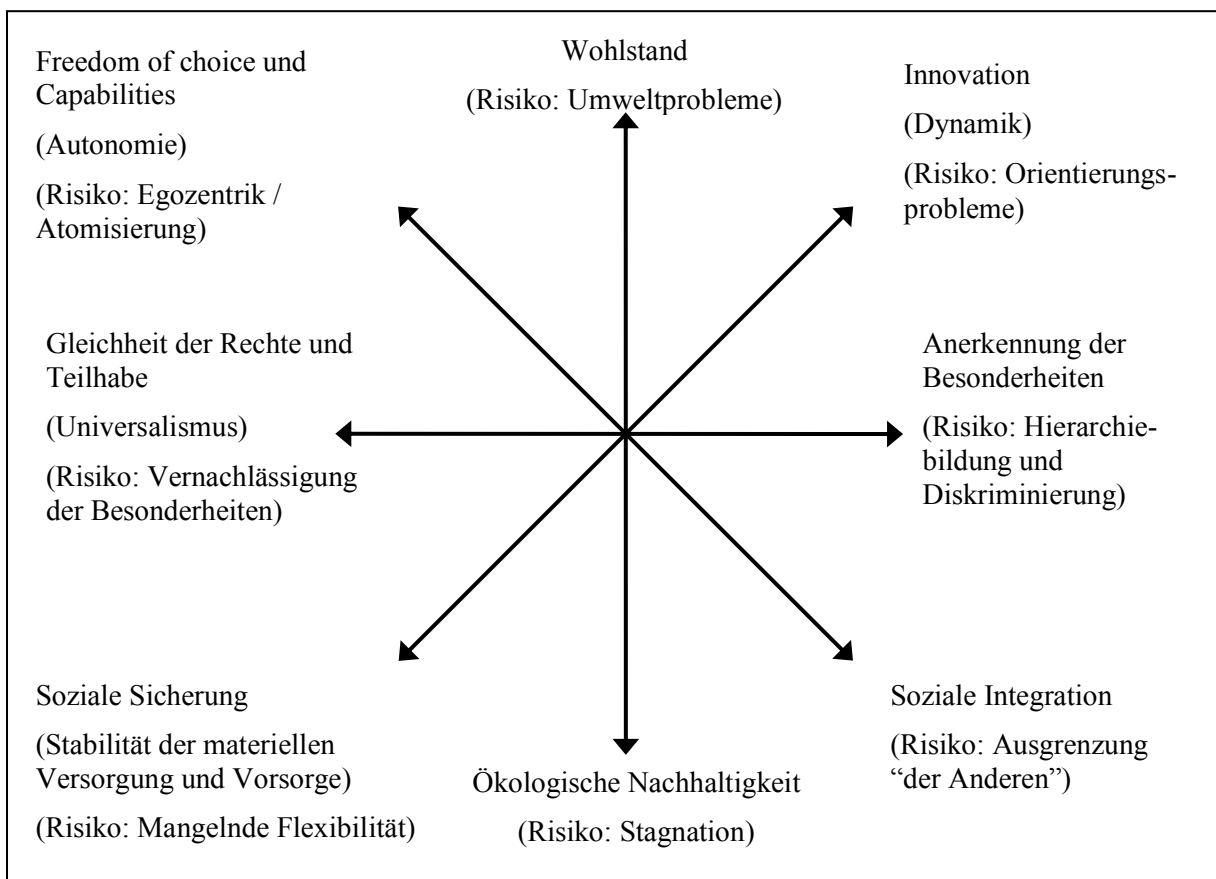
Goodin et al. beginnen ihre Kriterienliste mit „economic efficiency“, bemerken aber selbst, dass dies eigentlich „morally agnostic“ ist (ebenda: S. 15). In ihrer Fußnote 5 (S. 26) verweisen sie auf „material well-being“ als evtl. eigentliches Wohlfahrtsziel. Entsprechend würden wir von dem Ziel des Wohlstandes ausgehen, wobei man allerdings Geld- und Zeitwohlstand unterscheiden könnte. Wenn wir bei dem materiellen Wohlstand bleiben, den die Ökonomen kurz durch das Bruttosozialprodukt pro Kopf erfassen, so möchten wir den Aspekt des Wachstums hinzufügen, da das Spannungsverhältnis gerade zwischen dem quantitativen Wachstum einerseits und – angesichts der Kehrseite des gleichzeitigen Wachstums der Müllberge der Konsumgesellschaft – der ökologischen

Nachhaltigkeit andererseits besteht, d. h. einem Wirtschaften, das verträglich ist mit den Naturkreisläufen, vom Klima über die Luft bis zur Landschaftsqualität.

Bei Merkel (2001) findet man den Effizienzgesichtspunkt ansatzweise als Aktivierung durch den Sozialstaat (4b).

*Abbildung 1-1:* Gesellschaftlich wünschenswerte Ziele und Kriterien für Wohlfahrt

(Projektion von acht Zielen in zweidimensionale Darstellung)



Modell: Dieter Holtmann

*Innovation* sowie *Soziale Sicherheit* (Stabilität der materiellen Versorgung und Vorsorge)

Angesichts des sich ändernden Umfelds müssen ständig neue Problemlösungen gefunden werden. Deshalb sind Innovation und Dynamik ebenfalls wichtige Kriterien einer Gesellschaft, da der relative Wohlstand auf der relativen Produktivität im Vergleich zu anderen basiert. Schumpeter erwartete diese Innovationen vom dynamischen Unternehmer, heute spielen Forschung und Entwicklung eine entscheidende Rolle.



Während der Gesichtspunkt der Innovation bei Goodin et al. und Merkel fehlt, diskutieren Goodin et al. den Gegenpol, die soziale Stabilität. Die Systeme sozialer Sicherung sorgen für die Stabilisierung von Einkünften im Falle von Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter etc. Zudem machen Goodin et al. darauf aufmerksam, dass Stabilität auch den Aspekt umfasst, dass Individuen ihre Lebenspläne kontinuierlich verfolgen können, was gerade in Zeiten großer Umbrüche als Problemdimension deutlich wird.

Dem Gesichtspunkt der Stabilität entspricht bei Merkel das Ziel der sozialstaatlichen Sicherung, der Aspekte der Vorsorge wird durch die Investitionen in Bildung und Ausbildung thematisiert.

#### *Anerkennung der Besonderheiten sowie Gleichheit der Rechte und Teilhabe*

Die soziale Gleichheit wird in der Sozialphilosophie diskutiert zwischen den Polen „equal opportunity“ und „equal outcomes“ bzw. „equal resources“ und „equal welfare“, wobei ersteres die jeweils gemäßigttere Forderung ist.

Bei Merkel entspricht dem das Ziel der Verringerung der Einkommens- und Vermögensspreizung, was ein wichtiger Aspekt der Gleichheitsproblematik ist.

Goodin et al. und auch Merkel formulieren die Vermeidung bzw. Reduktion von Armut noch einmal als selbständiges Ziel, das andererseits in der Gleichheitsforderung implizit enthalten ist. Bei Goodin et al. findet man u. a. die Formulierung, dass Armut dann vermieden wird, wenn Personen über die grundlegenden materiellen Ressourcen verfügen, um am üblichen Leben in ihrer Kommune teilhaben zu können. Ansonsten besteht die Gefahr der „low intensity citizenship“ (O’Donnell). Armut wird dabei verstanden als relative Armut, nämlich relativ zum jeweiligen Umfeld.

Der Gegenpol zum Universalismus der gleichen Rechte und Teilhabe scheint zunächst der Partikularismus im Sinne partieller Interessen zu sein. Positiv formuliert aber handelt es sich um die Anerkennung der Besonderheiten, weshalb eine einfache Gleichbehandlung von Gruppierungen mit unterschiedlichen Voraussetzungen nicht angemessen ist. Der Anerkennung der Besonderheiten wird von den genannten Autoren nicht thematisiert, spielt aber in der aktuellen Diskussion um die Anerkennung unterschiedlicher Kulturen, Orientierungen und Lebensweisen eine große Rolle.

Die Frage der Umverteilung wird inzwischen ergänzt um die Frage der Anerkennung (vgl. Fraser und Honneth 2003).

#### *Soziale Integration sowie „Freedom of choice and capabilities“ (Autonomie)*

Goodin et al. definieren die Grenzen der Verwandtschaft als diejenigen, für die gilt: „to take care of“. Dies trifft die Problematik besser als ihr Argument der „mutual aid“, denn Kranken müsste bspw. auch ohne utilitaristische Rückversicherung geholfen werden. Im Deutschen scheint mir der Begriff der Unterstüt-

zungsnetzwerke geeignet, da er Familie, Freunde, Nachbarn usw. zusammenfasst. Das Risiko sozialer Exklusion andererseits steigt mit der Kumulation von Nachteilen.

Bei Merkel wird entsprechend die Inklusion in den Arbeitsmarkt als Ziel formuliert, die ein wichtiger Weg zur sozialen Integration ist. Arbeitslosigkeit andererseits beeinträchtigt das Selbstwertgefühl und die Handlungsfähigkeit.

Als Gegenpol zur ständigen Einbindung in Verwandtschaftsnetzwerke könnte man Autonomie ansehen. „Freedom of choice“ kann man besser wahrnehmen, wenn man über die entsprechenden „capabilities“ (Sen 1993) verfügt, d.h. befähigt ist, die Chancen der Wahlfreiheit auch faktisch wahrzunehmen.

Dem „enabling“ (befähigen) entspricht bei Merkel das Ziel der Bildung und Ausbildung. Investitionen in Humankapital sind nach unserer Auffassung zentral, insofern sie Individuen befähigen, Problemlagen besser verstehen und bearbeiten zu können. Diese Handlungsfähigkeit wirkt präventiv auf mögliche Gefährdungen. Merkel setzt sie nach der Armutsreduktion auf seiner Prioritätenliste an die zweite Stelle, hebt aber auch ihre zentrale Multiplikatorfunktion für seine anderen vier Gerechtigkeitsziele hervor.

Ich halte die genannten acht Ziele alle für beachtenswert und würde angesichts der Vieldimensionalität der Problemlagen auf eine Prioritätensetzung zwischen diesen Zielen verzichten, da Entscheidungen eher kontextabhängig gefällt werden sollten.

In den folgenden Kapiteln wird die Performanz der berücksichtigten Länder und – zusammenfassend – der verschiedenen Wohlfahrtsregime im Hinblick auf diese acht gesellschaftlich wünschenswerten Ziele bzw. Wohlfahrtskriterien empirisch untersucht.

### **Operationalisierung der Performanzkriterien**

Zur Diskussion der Performanz von Wohlfahrtsregimen wurden acht gesellschaftlich wünschenswerte Ziele bzw. neun Performanzkriterien entwickelt. Zur Übersicht sollen die Indikatoren, mit deren Hilfe die Ziele operationalisiert wurden, noch einmal kurz zusammengestellt werden:

#### *Wohlstand*

- Lebensstandard (BIP/Kopf)

#### *Ökologische Nachhaltigkeit*

##### Belastungsniveau

- CO<sub>2</sub>-Emissionen p.K.
- Müllbelastung p.K.
- Nuklearenergie-Anteil

### Entlastungsstrategien

- Energieeffizienz
- Regenerative Energien (Substitution)
- Nachhaltige Landwirtschaft (Suffizienz)

### *Innovation*

- Private Ausgaben für Forschung und Entwicklung
- Öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung
- Internetnutzer pro Einwohner
- Bedeutsame Patente

### *Soziale Sicherung*

- Vorsorgend: Durch öffentliche und private Bildungsausgaben
- Nachsorgend: Durch Ausgaben des Sozialstaates

### *Frauenfreundlichkeit (Anerkennung der Besonderheiten)*

- Frauenanteil im Parlament
- Studentinnenanteil
- Frauenerwerbsquotient

### *Migrantenfreundlichkeit (Anerkennung der Besonderheiten)*

#### Offenheit für Migranten

- Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund
- Einbürgerung

#### Teilhabe von Migranten

- Benachteiligung bzgl. der Arbeitslosigkeit
- Relative Benachteiligung bei der Mathematikkompetenz

### *Gleiche Teilhabe*

- Bildungsarmut: Frühe Schulabgänger; „Risikoleser“.
- Einkommensarmut: Armuts(gefährdungs)quote
- Einkommensungleichheit: Gini-Index

### *Soziale Integration*

#### Ökonomische Integration

- Beschäftigungsquote
- Arbeitslosenquote

#### Persönliche Integration

- Unterstützungsnetzwerke
- „Count on help“

#### Integration in die Zivilgesellschaft

- Politische Veranstaltungen
- „Opinion to official“
- Gewerkschaftsmitgliedschaft

### *Autonomie*

#### Objektive Autonomie

- Öffentliche und private Bildungsausgaben als Investitionen in die Befähigung
- Bevölkerungsanteil mit tertiären Bildungsabschlüssen
- Mittelwert der Lesekompetenz (PISA)
- PISA-Spitze (in %)

#### Subjektive Autonomie (in % der Bevölkerung)

In den folgenden Kapiteln wird die Performanz der berücksichtigten Länder und der verschiedenen Wohlfahrtsregime im Hinblick auf diese acht Wohlfahrtskriterien empirisch untersucht. Die Operationalisierungen und die Ergebnisse der Länder für die einzelnen Performanzindikatoren und –indices sind ausführlich dargestellt und diskutiert in meinem internationalen Vergleich: „Wohlstand und Wohlfahrt der Nationen im Wandel“ (Dieter Holtmann 2014, Shaker Verlag) sowie in den Potsdamer Beiträgen Nr. 36.

### **Zum weiteren Aufbau des Artikels**

In den folgenden Kapiteln werden folgende Wohlfahrtsregime mit unterschiedlichen Logiken unterschieden: Die *sozialdemokratische Wohlfahrtslogik* ist idealtypisch zu charakterisieren durch einen universalistischen Anspruch auf Wohlfahrtsleistungen auf der Basis der Staatsbürgerschaft. In Fallstudien zu Schweden, Norwegen, Dänemark und Finnland werden die Besonderheiten des Institutionengefüges dieser Länder herausgearbeitet (vgl. Kap. 3).

Als *Institutionen* werden bei den einzelnen Fallstudien jeweils berücksichtigt: Das politische Regime; die Wirtschaft; die Geschlechterrollen; die sozialen Sicherungssysteme mit den Aspekten Rente, Gesundheit, Arbeitsmarkt und Familie; Bildung. Auf dieser Basis wird versucht, für jedes Land den (dominierenden) Regimetyyp herauszukristallisieren und, soweit möglich, den Haupt-Entwicklungstrend zu ermitteln.

Es werden die Gemeinsamkeiten und Besonderheiten der Länder dargestellt sowie ihre Performanz im Hinblick auf die gesellschaftlich wünschenswerten Ziele, die als Performanzkriterien im Vorhinein formuliert worden sind.

Die *konservative Wohlfahrtslogik* wird bei Esping-Andersen an dem Statuskonservierenden Charakter der sozialen Sicherungssysteme festgemacht, in der vorliegenden Studie werden auch die Geschlechterrollen bei der Bestimmung des Charakters der Wohlfahrtslogik berücksichtigt, d. h. ob eher das „male bread-winner model“ oder eher das „dual-earner model“ dominiert. Dazu werden Fallstudien durchgeführt zu Deutschland, Österreich, der Schweiz, Belgien, Luxemburg, Frankreich und den Niederlanden (vgl. Kap. 4).

Die *wirtschaftsliberale Wohlfahrtslogik* ist charakterisiert durch bedürftigkeitsgeprüfte residuale Wohlfahrtsleistungen. Dazu werden Fallstudien durchgeführt zu den USA, Kanada, Australien, Neuseeland, Großbritannien und Irland (vgl. Kap. 5).

Die *familistische Wohlfahrtslogik* weist der Familie die primäre Zuständigkeit für Wohlfahrtsleistungen zu, der Staat stellt nur rudimentäre Wohlfahrtsleistungen bereit. Dazu werden Fallstudien zu Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, Zypern und Malta durchgeführt (vgl. Kap. 6).

Die *postsozialistischen Länder* haben eine Gemeinsamkeit in der Vergangenheit, befinden sich aber in einem Prozess der Ausdifferenzierung in unterschiedliche

Entwicklungspfade. Dazu werden Fallstudien durchgeführt zu Slowenien, Tschechien, Ungarn, Polen, Slowakei, Estland, Litauen, Lettland, Rumänien, Bulgarien, Kroatien, Serbien und Russland (vgl. Kap. 7).

Die *Türkei* ist als Beitrittskandidat der EU von besonderem Interesse. Deshalb wird die Türkei in einer Einzelfallstudie betrachtet (vgl. Kap. 8).

Die *produktivistische Wohlfahrtslogik* wird anhand von Fallstudien zu Japan und Südkorea diskutiert (vgl. Kap. 9).

Die Wohlfahrtsregime in *Lateinamerika* werden zunächst allgemein diskutiert, bevor Brasilien als ökonomisch wichtigstes Land in einer Einzelfallstudie untersucht wird (vgl. Kap. 10).

Für *Afrika* wird Südafrika als ökonomisch wichtigstes Land und als einer der BRICS-Staaten in einer Einzelfallstudie untersucht (vgl. Kap. 11).

Als weitere Länder Asiens werden die mit je über einer Milliarde Menschen größten Staaten der Erde, *Indien* und *China*, die in der Summe trotz niedrigen Lebensstandards auch wirtschaftliche Großmächte sind, jeweils in Einzelfallstudien untersucht (vgl. Kap. 12).

## 2. Typen von Wohlfahrtsregimen

### 2.1 Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus gemäß Esping-Andersen

In seinem modernen Klassiker zur vergleichenden Wohlfahrtsforschung „The Three Worlds of Welfare Capitalism“ (1990) unterscheidet Esping-Andersen drei verschiedene Logiken von Wohlfahrtsregimen in dem „Dreieck“ der Wohlfahrtsproduktion von Staat, Markt und Familie.

Der Regime-Begriff ist bei Esping-Andersen wie folgt definiert: „To talk of ‘a regime’ is to denote the fact that in the relation between state and economy a complex of legal and organizational features are systematically interwoven.“ (S. 2)

Aus meiner Sicht ist der Vorteil des Regime-Begriffs, dass man damit die Kontinuität und den Wechsel von gesellschaftlich-politischen Programmen diskutieren kann: Ob z. B. der Thatcherismus, der mehrere Regierungsperioden umfasst, durch einen anderen wohlfahrtsstaatlichen Weg abgelöst wurde, d.h. ob ein Pfadwechsel stattfand und worin sich dann das neue gesellschaftlich-politische Programm von „New Labour“ unterscheidet.

In dem „liberalen“ Wohlfahrtsregimetyp dominiert die Marktlogik, der ausgleichende Wohlfahrtsstaat ist eher residual. Soziale Unterstützungsleistungen werden von strengen Bedürftigkeitsprüfungen (needs-tests) abhängig gemacht. Ein Prototyp des liberalen Wohlfahrtsregimes ist die USA.

In dem „konservativen“ (gemeint ist bei Esping-Andersen: Status-konservierenden) Wohlfahrtsregimetyp sind in der Sozialversicherungstradition

die Sozialleistungen abhängig von den vorher geleisteten Beiträgen und dadurch von der Erwerbsarbeit. Zu diesem Typ gehört auch Deutschland.

In dem „sozialdemokratischen“ Wohlfahrtsregimetyt dominieren die Prinzipien des Universalismus und der Dekommodifizierung: Der Zwang zur Annahme von Erwerbsarbeit zu jeder Bedingung wird durch den Sozialstaat reduziert, d. h. der „Warencharakter“ (commodity (engl.) = Ware) der Arbeitskraft wird reduziert durch Lohnersatzleistungen. Schweden ist der Prototyp des sozialdemokratischen Wohlfahrtsregimetyts und das Prinzip des universalistischen Sozialstaats auf hohem Leistungsniveau wurde institutionalisiert durch eine Allianz der Arbeiterbewegung mit den Mittelschichten.

## **2.2 Politische Regime, Produktionsregime und Wohlfahrtsregime**

Soskice hat den Vorschlag gemacht, Produktionsregime zu unterscheiden, die Typen der Koordination von Unternehmen charakterisieren sollen (vgl. z.B. Soskice 1999). Die unkoordinierten (in meiner Formulierung: wirtschaftsliberalen) Marktwirtschaften mit den USA als Beispiel werden kontrastiert mit den koordinierten, die bei Soskice untergliedert werden in die national koordinierten mit Aushandlungen zwischen den Spitzen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen mit Schweden als Beispiel und die sektoral koordinierten Produktionsregimen mit Deutschland als Beispiel, wo die Tarifpartner auf Branchenebene verhandeln. Eine weitere Form der Koordination findet sich in Japan, wo ein Ministerium dafür zuständig ist, die grundlegende Technologiepolitik etc. von Unternehmensgruppen zu koordinieren. Ich würde als weiteres Produktionsregime das staatssozialistische bzw. staatskapitalistische unterscheiden, in der die Planwirtschaft bzw. Marktwirtschaft durch die herrschende Partei organisiert wird. Kitschelt et al. (1999) machen bereits darauf aufmerksam, dass typischen Produktionsregimen spezifische Parteiensysteme und bestimmte Typen von Klassenkompromissen entsprechen.

Unter Verwendung des Klassenallianzen-Ansatzes, den z.B. auch Esping-Andersen verwendet, würde ich für diese drei Strukturierungen folgende kausale Ordnung vorschlagen: *Die Entwicklungspfade der Klassenallianzen strukturieren die Entwicklung der Produktionsregime, und die Entwicklung der politischen Regime und Produktionsregime strukturieren wiederum die Entwicklung der Wohlfahrtsregime* (vgl. Tabelle 2-1). Die Tabelle ist strukturiert durch die beiden Polaritäten von Leitvorstellungen in den beiden Diagonalen: Wirtschaftliche Unternehmensfreiheit versus Sicherheit durch staatliche Versorgung und autonom agierende Individuen versus soziale Sicherheit durch die Zugehörigkeit zu Familie bzw. Clan.

Tabelle 2-1: Politische Regime, Produktionsregime und Wohlfahrtsregime

		←	→			
		Universalistische öffentliche Wohlfahrt		Private Wohlfahrt im Rahmen des Haushalts- bzw. Familienbudgets		
Individualistisch	Hegemoniale sozialdemokratische Parteien			Hegemoniale bürgerliche Parteien	Individualistisch	
	National koordinierte Produktionsregime			Unkoordinierte (Wirtschaftsliberale) Marktwirtschaften		
	Individualistisch-egalitäre Wohlfahrtsregime (Bsp.: Schweden)			„Low labour protection“, aber kompetitives tertiäres Bildungssystem (Bsp.: USA)		
		Christliche, sozialdemokratische und wirtschaftsliberale Parteien ohne Hegemonie		Hegemoniale bürgerlich-nationale Parteien		
		Sektoral koordinierte Produktionsregime		Koordination der Unternehmensgruppen		
		Berufsständische Status-konservierende Wohlfahrtsregime, mittlere soziale Absicherung (Bsp.: Deutschland)		Produktivistisches Wohlfahrtsregime mit privatisierter Wohlfahrt (privates tertiäres Bildungssystem) (Bsp.: Japan)		
		Hegemoniale bürgerliche Parteien; Klientelismus (Netzwerke)		Patriarchale bzw. autoritäre Regime		
		Nationale Koordinationsebene, aber schwache Verwaltung		Nationale Koordinationsebene		
		Status-konservierende residuale Wohlfahrtsregime (Bsp.: Italien)		Patriarchale Wohlfahrtsregime (Bsp.: Türkei)		
Kollektivistisch	Hegemoniale kommunistische Parteien/ Hegemonialer Staat			Theokratische, patriarchale und autoritäre Regime	Kollektivistisch	
	National koordinierte Produktionsregime			Staatlich gelenkte Wirtschaft auf der Basis religiöser Werte		
	Kollektiv-egalitäre Wohlfahrtsregime (Bsp.: Staatssozialismus in Russland vor 1991) (Bsp.: Staatskapitalismus in Weißrussland)			Theokratische Regime  (Bsp.: Saudi-Arabien)		
		←	→			
		Universalistische öffentliche Wohlfahrt		Private Wohlfahrt im Rahmen des Haushalts- bzw. Familienbudgets		

Durch eine erfolgreiche Allianz mit den Mittelschichten gewann die Sozialdemokratie hegemonialen Einfluss in Schweden und erreichte nach dem Zweiten Weltkrieg den Ausbau des universalistischen Wohlfahrtsstaates mit hohem Niveau der sozialen Sicherheit.

In der Einwanderungskultur der USA gab es so viele kulturelle Konfliktlinien, dass die Gewerkschaftsbewegung nicht so stark war, eine Hegemonie der bürgerlichen Parteien abzuwenden. Mit der individualistischen Grundhaltung, dass jeder die eigene Verantwortung trägt, die Entwicklungschancen zu nutzen, und im Vertrauen auf die Effizienz des Marktes wurde die Wohlfahrt als residual konzipiert: Nur nach strenger Bedürftigkeitsprüfung sollten Wohlfahrtsleistungen gewährt werden.

In der Bundesrepublik Deutschland hatte das Bismarck'sche Sozialversicherungssystem die frühe Grundlage gelegt, dass die sozialen Sicherungssysteme den im Erwerbssystem erzielten Status bewahren. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde unter christdemokratischen Einfluss die soziale Marktwirtschaft ausgebaut, welche durch sozialdemokratische Einflüsse ergänzt wurde. Da die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen beide stark waren, konnte weder die Arbeitgeberseite noch die Arbeitnehmerseite eine radikale Politikoption durchsetzen, weshalb sich eher „mittlere“ Lösungen durchsetzten, beim berufsständischen Wohlfahrtsregime z.B. ein mittleres Niveau der sozialen Absicherung.

Im japanischen Fall dominierten die bürgerlichen Parteien und entwickelten eine nationale Koordination der Unternehmungsgruppen durch ein entsprechendes Ministerium. Da die Unternehmen ihre Stammebelegschaft bereits sozial absicherten, blieb die staatliche Wohlfahrt residual. Die weiteren Absicherungen müssen deshalb die Familien übernehmen.

In Italien sind auch klientelistische Parteinetzwerke relevant, die Koordination durch den Staat wurde nach dem Zweiten Weltkrieg ausgebaut. Auch hier sind die Familien als Wohlfahrtsproduzenten wichtig.

In den Ländern, in denen kommunistische Parteien die Hegemonie errangen (wie in Russland, China etc.), wurden Planwirtschaften entwickelt, in denen die Parteiführungen egalitäre Versorgungssysteme durchsetzten. Inzwischen wurden in Russland und China unterschiedliche Varianten eines staatlich dominierten Kapitalismus entwickelt.

Schließlich bilden theokratische Regime (wie z.B. Saudi-Arabien), in denen Staat und Kirche noch nicht entmischt sind, den Gegenpol zu einem Modell autonom agierender Individuen (wie z.B. in Schweden). Die Türkei ist eine Gesellschaft, die sich im Spannungsfeld von Modernisierung, Gewaltenteilung, Trennung von Staat und Kirche etc. sowie theokratischen Strömungen entwickelt.



---

Im Folgenden wird die Bundesrepublik in der Performanz empirisch nur mit entwickelteren Gesellschaften sowie mit den BRICS-Staaten verglichen<sup>2</sup>.

### 2.2.1 Sechs Idealtypen von Wohlfahrtsregimen

In Erweiterung von Esping-Andersen (1990) sollen hier sechs Idealtypen von Wohlfahrtsregimen unterschieden werden. Neben dem sozialdemokratischen Regime mit Prototyp Schweden werden das wirtschaftsliberale Regime (Esping-Andersen: „liberal“) mit Prototyp USA sowie zwei Varianten des (in der Terminologie von Esping-Andersen) „konservativen“ Regimes unterschieden: Das kontinentale berufsständische Regime bewahrt den Status der Erwerbsarbeit in den Sozialversicherungen, d.h. ist Status-erhaltend, als Prototyp kann man die Bundesrepublik Deutschland ansehen (oder auch Österreich). Im familistischen Regime Südeuropas spielt neben den Status-konservierenden Aspekten angesichts der residualen staatlichen Absicherungen die Familie eine noch wichtigere Rolle als Sicherheitsnetz (Ferrera 1996, 2005).

Den Begriff „*konservativ*“ möchte ich über die „Status-Konservierung“ hinaus weiter fassen als Esping-Andersen, was nach meiner Auffassung auch einige Zuordnungsprobleme löst. Esping-Andersen argumentiert mit drei „Schichtungsdimensionen“: Konservatismus, Liberalismus, Sozialismus. Die Niederlande weisen dann eine Affinität zum „Sozialismus“ auf, die Schweiz zum „Liberalismus“. Andererseits betrachtet Esping-Andersen das Dreieck der Wohlfahrtsproduktionen von Staat, Markt und Familie. Wenn man den Geschlechterrollen den angemessenen Stellenwert einräumt, dann ist in den Niederlanden, in denen die Kaufleute das Hausfrauenmodell erfanden, die Frauenerwerbstätigkeit zwar gestiegen, aber in hohem Ausmaß als Teilzeitarbeit, wobei die Frauen den überwiegenden Anteil der Betreuungsarbeit in den Familien übernehmen. In diesem Sinne gehören die Niederlande zum konservativen Wohlfahrtsregime Kontinentaleuropas. Entsprechend gehört die Schweiz, die das Frauenwahlrecht in Europa als Letzte einführte, mit ihrer Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern zum konservativen Wohlfahrtsregime Kontinentaleuropas.

Esping-Andersen beansprucht zu recht, einen eindimensionalen Ansatz der Wohlfahrtsforschung zu überwinden, aber nicht wegen des Konzepts der „Dekommodifizierung“, welches als Messung der Großzügigkeit eines Sozialstaates eine Verbesserung gegenüber der Quote der Sozialausgaben ist, die ja auch von der Größenordnung der Probleme abhängt, wie man z.B. nach der deutschen Wiedervereinigung beobachten konnte, aber dennoch eindimensional ist. Mit dem Dreieck der Wohlfahrtsproduktion von Staat, Markt und Familie

---

<sup>2</sup> Die weniger entwickelten Länder ließen sich gemäß Gough und Wood (2004) in „Informal security regimes“ (Sicherheit im Rahmen der persönlichen Beziehungsnetzwerke) und „Insecurity regimes“ (es dominiert eher Unsicherheit) unterscheiden.

sowie mit den drei Schichtungsdimensionen aber hat Esping-Andersen ein fruchtbares mehrdimensionales Konzept eingeführt, das erweiterungsfähig ist. Um die Erklärungskraft des Ansatzes zu betonen, würde ich verstärkt den Begriff der *Wohlfahrtslogik* der Regime verwenden. Bei den Regimen ist es angesichts der Weiterentwicklung der Diskussion angemessen, (mindestens) sechs Wohlfahrtsregime zu unterscheiden.

Während die Arbeit im sozialdemokratischen Regime solidarisch organisiert werden soll und größere Gleichheit durch staatliche Umverteilung der Erwerbseinkommen angestrebt wird, steht im wirtschaftsliberalen Modell das Ziel der Effizienz im Zentrum, das durch Marktkonkurrenz erreicht werden soll. Das berufsständische Regime rangiert auf diesen Dimensionen mit der sozialen Marktwirtschaft dazwischen. Die Koordination der Wirtschaft wird im wirtschaftsliberalen Regime dem Markt überlassen, während der Staat im familistischen Regime stärker regulierend eingreift und im sozialdemokratischen Regime als Mediator zwischen den Korporationen vermittelt. Das berufsständische Regime mit der Tarifautonomie der Wirtschaftsverbände rangiert dazwischen. Wie sich etwa an dem Steuersystem erkennen lässt, steht in Schweden im Unterschied zum Süden nicht die Familie, sondern das Individuum im Zentrum, das allerdings im Unterschied zum wirtschaftsliberalen Modell durch ein soziales Sicherheitsnetz unterstützt wird. Im berufsständischen Modell wird der Verdienst nach Beruf und Familienstand geschichtet, was ähnlich zum südlichen Regimetyp ist. Das Leitbild für die Geschlechterrollen in traditionellen Teilen des Südens sind unterschiedliche, komplementäre Rollenkonstruktionen. Als Teilmodernisierung des Männlichen-Ernährer-Modells gilt die Verbreitung der Zuverdienerrolle der Frau in Form von Teilzeiterwerbstätigkeit, wie sie in den Niederlanden noch viel stärker verbreitet ist als in Deutschland. Im wirtschaftsliberalen Regime dominiert das Leitbild der „Gender neutrality“, der Staat interveniert nicht in die Privatsphäre, während im sozialdemokratischen Regime der Staat das „dual-earner model“ z.B. durch die individuelle Besteuerung fördert. Die dominierenden Werte bzgl. der sozialen Sicherheit sind in traditionellen Teilen der familistischen Länder in Südeuropa die Fürsorge durch Familie, Kirche und den residualen Staat sowie im berufsständischen Regime zusätzlich durch die Wohlfahrtsverbände, wobei gemäß der Subsidiarität zuerst die Familien zuständig sind. Im wirtschaftsliberalen Regime wird zunächst auf die freiwillige Hilfe gesetzt und eine residuale Unterstützung vom Staat wird nur nach Bedürftigkeitsprüfung (needs-test) gewährt.

Im sozialdemokratischen Regime dagegen wird die Zuständigkeit für die soziale Sicherheit dem Staat zugewiesen. Entsprechend sind die zentralen Wohlfahrtsinstitutionen die Familie in traditionellen Teilen des Südens, die Sozialversicherungen im berufsständischen Regime, der Markt im wirtschaftsliberalen und der Wohlfahrtsstaat im sozialdemokratischen Regime. Die Stratifizierungsdimension des „Konservatismus“ misst Esping-Andersen (1990, S.70) u.a. durch den

---

berufsständischen Partikularismus, wie er sich in der Anzahl der Rentensysteme zeigt (er nennt dies „Korporatismus“).

Die konservativen und familistischen Länder weisen das stärkste Ausmaß an Partikularismus auf, die höchste Anzahl an Rentensystemen findet sich in Italien (12), gefolgt von Frankreich (10), Österreich und Japan (je 7) sowie Deutschland (6). Im sozialdemokratischen Regime Schwedens wird zwischen Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst unterschieden (die Anzahl beträgt also 2), aber auch die wirtschaftsliberalen Länder gehören zum universalistischen Pol, in Australien, Neuseeland und Irland gibt es sogar nur ein einziges Rentensystem – allerdings ist das allgemeine Versorgungsniveau in wirtschaftsliberalen Ländern im Durchschnitt deutlich niedriger als in sozialdemokratischen Ländern. Die privaten Zusatzversicherungen sind eine andere Möglichkeit, dies ist an dieser Stelle nicht gemeint. Die Finanzierung wird in traditionaleren Teilen des Südens zum Teil durch Beiträge und zum Teil durch die Familie erbracht, im berufsständischen Regime durch Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, im wirtschaftsliberalen residualen Regime zum Teil privat und zum Teil staatlich, während im sozialdemokratischen Regime der Wohlfahrtsstaat zuständig ist, und zwar auf der Basis einer hohen Besteuerung der Staatsbürger. Esping-Andersen (1990, S. 70) misst seine Stratifizierungsdimension des (Wirtschafts-)“Liberalismus“ u.a. durch die privaten Ausgaben für Gesundheit (als % der gesamten Ausgaben für Gesundheit). Die wirtschaftsliberale USA nimmt mit 57 % den Spitzenplatz bei der Privatfinanzierung ein. Am anderen Pol findet sich das sozialdemokratische Norwegen mit einem Anteil von nur 1 %. In den familistischen Ländern ist die Gesundheitsversorgung überwiegend staatlich, in Italien findet man dementsprechend nur einen Privatanteil von 12 % bei der Finanzierung. Die konservativen Länder liegen im mittleren Bereich, Deutschland z.B. weist einen Privatanteil von 20 % bei der Finanzierung auf (in der Messung Esping-Andersens 1990). Die Basis des Anspruchs auf soziale Sicherheit ist im sozialdemokratischen Regime die Staatsbürgerschaft, dies gilt auch für das deutlich niedrigere Niveau der sozialen Sicherheit im wirtschaftsliberalen Regime. Im berufsständischen Regime ist das Niveau der sozialen Sicherheit nach Erwerbsstatus geschichtet.

In traditionaleren Teilen des Südens übernimmt die Familie die Rolle des Sicherheitsnetzes. Kriterium für Ansprüche sind im sozialdemokratischen Regime die Staatsbürgerschaft (citizen: legal resident) und im berufsständischen Regime die Beiträge (contribution). Im familistischen Regime ist die Bedürftigkeit (need) das Kriterium für den Anspruch auf Unterstützung, im wirtschaftsliberalen Regime wird zunächst geprüft, ob der Bedürftige über keine eigenen Mittel verfügt (means-test). Der Umfang der sozialen Sicherung ist im sozialdemokratischen Regime umfassend (encompassing) und im wirtschaftsliberalen sowie im familistischen Modell von residualer Größe. Die Stratifizierungsdimension des „Sozialismus“ misst Esping-Andersen (1990, S. 70) u. a. durch die Gleichheit der Auszahlungen, festgemacht am Verhältnis der

Basisleistung zur maximal möglichen Leistung. In diesem Sinne universalistisch sind die sozialdemokratischen Länder (Dänemark 99 %, Schweden 82 %), aber auch die beiden liberalen Länder Australien und Neuseeland (jeweils 100 %), wobei allerdings in Schweden und Dänemark um die 90 % der Bevölkerung einen Zugang zu den Sicherungssystemen haben, während dies in Australien und Neuseeland jeweils nur ca. 33 % der Bevölkerung sind. Das Niveau der sozialen Sicherheit des berufsständischen Regimes rangiert zwischen dem sozialdemokratischen und dem wirtschaftsliberalen. Während im sozialdemokratischen Regime die Leistungen der sozialen Sicherheit vor allem in Form von entlohnten sozialen Dienstleistungen erbracht werden, bestehen die Leistungen im berufsständischen Regime überwiegend in finanziellen Transfers. Im wirtschaftsliberalen Modell gibt es z.B. Armenküchen als Dienstleistung und residuale finanzielle Leistungen.

Wenn man neben den nachsorgenden Sozialleistungen die vorsorgenden Bildungsleistungen berücksichtigen will, so stellt sich auch die Frage nach den entscheidenden Unterschieden in den Logiken der Bildungssysteme. Ein wichtiges Charakteristikum der konservativen Wohlfahrtsregime ist die frühe Selektion (im Alter von 10 bis 12 Jahren) in Bildungswege mit unterschiedlich großen Perspektiven. Sowohl das sozialdemokratische als auch das wirtschaftsliberale Wohlfahrtsregime setzen eher universalistisch auf eine späte Differenzierung, was gemäß den Evaluationen der PISA-Studien zu im Durchschnitt deutlich besseren Ergebnissen führt. Andererseits sind in den wirtschaftsliberalen Ländern die Bildungschancen mit strukturiert durch die privaten Bildungsinvestitionen. In den sozialdemokratischen Wohlfahrtsregimen spielt dies nur eine geringe Rolle, so dass nach den beiden genannten Kriterien insgesamt der Universalismus auf der Bildungsdimension in den sozialdemokratischen Ländern am stärksten ausgeprägt ist.

Im familistischen Regime werden die Hilfeleistungen eher in persönlicher Form erbracht. Ferrera (1996, 2005) weist darauf hin, dass einerseits die Sozialversicherungen im Süden in der Bismarck-Tradition stehen – weshalb Esping-Andersen sie zum konservativen Typ zählt –, andererseits aber das Gesundheitssystem staatlich ist und eher der Beveridge-Tradition entspricht. Die Rolle des Staates ist nach Ferrera (2005) insgesamt eher schwach, weil die Familie wichtige Funktionen übernimmt, wegen des wenig kontrollierbaren informellen Wirtschaftssektors und wegen der schwachen Verwaltungen. Weil die rationale Verwaltung wenig entwickelt ist, spielen Klientelismus (Leistungen im Tausch gegen Parteiunterstützung) und Patronage (Begünstigungen, Korruption) in Südeuropa eine größere Rolle.

Die „postsozialistischen Länder“ in Mittel- und Osteuropa weisen als Gemeinsamkeit die staatssozialistische Vergangenheit auf, insofern werden sie im Folgenden vorläufig als fünfte Ländergruppe behandelt, die sich allerdings im Prozess der Ausdifferenzierung befindet. Die osteuropäischen Beitrittsländer haben sich von dem staatssozialistischen Wohlfahrtsregime bereits entfernt.

Aber es gibt auch Länder wie Weißrussland, die die autoritäre Regulation durch den Staat beibehalten haben, auch wenn sie das Recht auf Privateigentum an Produktionsmitteln eingeführt haben. Korosteleva (2007) charakterisiert Weißrussland deshalb als staatskapitalistisch. China ist eine weitere interessante Mischform, in der eine kommunistische Partei weiterhin politisch autoritär regiert, aber mit Hilfe des Marktmechanismus und vieler einheimischer Unternehmer eine starke wirtschaftliche Dynamik entfacht hat, was King/Szelényi (2005) als „capitalism from below“ charakterisieren. Im Kontrast dazu sehen King/Szelényi z. B. im Falle Russlands einen „capitalism from above“ mit wenig einheimischen Unternehmern und geringer Dynamik. Die osteuropäischen Beitrittsländer der EU charakterisieren King/Szelényi als liberale Systeme, in denen das ausländische Kapital eine größere Rolle spielt als das einheimische und in denen es einige wirtschaftliche Dynamik gibt. Die Performanz dieser Länder über das reine Wirtschaftswachstum hinaus wird im Folgenden genauer untersucht.

Der sechste unterscheidbare Idealtyp ist der „asiatische Kapitalismus“, der von Amable (2003) insbesondere durch das private tertiäre Bildungssystem charakterisiert wird, während im benachbarten wirtschaftsliberalen Typ das tertiäre Bildungssystem hohe Aufnahmequoten aufweist und kompetitiv ist. Lane (2007) charakterisiert diesen Typ deshalb als „privatisierte Wohlfahrt“. Aus der vergleichenden Wohlfahrtsforschung scheint mir der Begriff „produktivistisch“ am besten geeignet, diese Wohlfahrtslogik zu charakterisieren, bei der durch bewusste Technologieförderung der ökonomische Aufstieg mit Erfolgen auf dem Weltmarkt erreicht werden soll. In den folgenden Untersuchungen zur Performanz wird das „produktivistische“ Wohlfahrtsregime mit Japan und Südkorea berücksichtigt.

### **2.2.2 Die Wertebasis der Wohlfahrtsregime**

Die Wertebasis der Wohlfahrtsregime ist strukturiert durch die beiden Polaritäten in den beiden Diagonalen: Gleiche soziale Rechte der autonomen Individuen versus Soziale Sicherheit durch die Familie und Wirtschaftliche Unternehmensfreiheit versus Sicherheit durch staatliche Versorgung.

Im sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime sind gleiche soziale Rechte, unabhängig von Status und Geschlecht, als Staatsbürgerrechte verankert (citizen: legal resident). Im berufsständischen Wohlfahrtsregime ist die soziale Sicherheit insbesondere nach Beruf und Familienstand geschichtet, dem entsprechen meritokratische Gerechtigkeitsvorstellungen.

Im wirtschaftsliberalen Regime ist die wirtschaftliche Unternehmensfreiheit der dominierende Wert, nur bei Misserfolg und nach Bedürftigkeitsprüfung wird eine soziale Unterstützungsleistung gewährt. In traditionaleren Teilen des Südens spielt die Familie eine größere Rolle für die soziale Sicherheit, da die staatlichen Leistungen nur ein residuales Niveau haben.

Bei den „konservativen“ Regimen gemäß Esping-Andersen (1990) könnte man Frankreich noch als Prototyp des Etatismus kennzeichnen, da die Regulation durch den Staat dort traditionell eine große Rolle spielt (vgl. auch Bonoli 2000).

Wenn man außer diesen westlichen Wohlfahrtsregimen noch den Osten berücksichtigt, so lässt er sich tendenziell als Gegenpol zum wirtschaftsliberalen Regime verorten: Im Staatssozialismus wurde die soziale Sicherheit durch staatliche Verteilung angestrebt. Inzwischen ist eine Gesellschaft wie in China eher als staatskapitalistisch zu bezeichnen, da einerseits das Privateigentum an Produktionsmitteln eingeführt wurde, aber die Staatspartei andererseits das ganze System nach wie vor reguliert.

Theokratische Gesellschaften mit niedrigerem sozioökonomischem Entwicklungsstand (wie z.B. Saudi-Arabien) werden im folgenden empirischen Vergleich nicht berücksichtigt.

Das japanische Entwicklungskonzept setzt stark auf die ökonomische Wettbewerbsfähigkeit und wird deshalb häufig als „produktivistisch“ charakterisiert.

Die Türkei entwickelt sich im Spannungsfeld von Modernisierung mit Gewaltenteilung, Trennung von Staat und Kirche etc. und theokratischen Strömungen.

### **2.2.3 Die berücksichtigten Länder bzw. Ländergruppen**

Modelle guten Lebens werden im Folgenden dadurch diskutiert, dass ausgewählte Länder daraufhin untersucht werden, in welchem Ausmaß sie gesellschaftlich wünschenswerte Ziele erfüllen, welche in Auseinandersetzung mit der Moralphilosophie im Vorhinein als Bewährungskriterien ausgearbeitet worden sind. Die Bundesrepublik Deutschland gehört zur EU, weshalb alle EU-Länder und prospektive Beitrittskandidaten berücksichtigt werden. In der vergleichenden Wohlfahrtsforschung spielen ferner die angelsächsischen Länder (über Großbritannien und Irland hinaus) sowie die ostasiatischen Länder Japan und Südkorea eine Rolle. Als ökonomisch wichtige Länder werden alle BRICS-Staaten berücksichtigt, auch wenn sie noch so viele Entwicklungsprobleme haben, dass sie mit den entwickelten Ländern nur bedingt vergleichbar sind.

Im Folgenden werden 43 Länder berücksichtigt, die bei der Untersuchung der Sozialstruktur der Bundesrepublik im internationalen Vergleich und in der vergleichenden Wohlfahrtsforschung sowie politisch im Kontext der EU und ihrer Erweiterung eine besondere Rolle spielen.

Um die Wohlfahrtsregime zunächst regional und kulturell zu unterscheiden, ließen sich folgende vorläufige Ländergruppen bilden:

<b>Skandinavisch:</b>	Dänemark, Finnland, Norwegen, Schweden
<b>Kontinental:</b>	Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Schweiz
<b>Angelsächsisch:</b>	Australien, Großbritannien, Irland, Kanada, Neuseeland, USA
<b>Südeuropa:</b>	Griechenland, Italien, Malta, Portugal, Spanien, Zypern
<b>Lateinamerika:</b>	Brasilien
<b>Osteuropa:</b>	Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn; Kroatien, Serbien; Russland
<b>Kleinasien:</b>	Türkei
<b>Afrika:</b>	Südafrika
<b>Ostasien:</b>	Japan, Südkorea
<b>Zentral-/Ostasien:</b>	China
<b>Südasien:</b>	Indien

Durch Region, Sprache und Kultur entstehen Diskurszusammenhänge und Lernprozesse, die Castles als „families of nations“ bezeichnet hat. Esping-Andersen (1990) unterscheidet verschiedene Wohlfahrtslogiken, deren Entstehung sich durchaus mit dem Konzept der „families of nations“ erklären ließe. Gemäß den unterschiedlichen Logiken der Wohlfahrtsproduktion lassen sich die meisten Länder relativ eindeutig den verschiedenen Wohlfahrtsregimen zuordnen:

<b>Sozialdemokratisch:</b>	Schweden, Norwegen, Finnland, Dänemark
<b>Konservativ:</b>	Deutschland, Österreich, Niederlande, Belgien, Frankreich, Luxemburg, Schweiz

Die *Niederlande* werden von Esping-Andersen (1990) als „sozialdemokratisch“ eingeschätzt, aber die clusteranalytische Überprüfung von Esping-Andersens Daten durch Obinger/Wagschal (1998) platzieren die Niederlande in unmittelbare Nachbarschaft zu Deutschland. Auch die Analyse von Ostner (1995) und unsere eigenen Analysen sprechen für eine Zuordnung der Niederlande zur konservativen Wohlfahrtslogik: Wenn man im Dreieck der Wohlfahrtsproduktion – Staat/ Markt/ Familie – die Familie stärker berücksichtigt, so zeigt sich z. B., dass Frauen in den Niederlanden einen relativ geringen Anteil am Erwerbsarbeitsvolumen haben, d. h. umgekehrt stärker an der Wohlfahrtsproduktion in der Familie beteiligt sind.

Die *Schweiz* weist insbesondere konservative, u. a. durch seine Funktion im internationalen Finanzsystem auch wirtschaftsliberale und schließlich sozialdemokratische Elemente auf, weil in dem politischen Modell der Konkordanzdemokratie die großen Parteien alle an der Regierung beteiligt sind. Gemäß unseren Analysen der Institutionen dominiert aber die konservative Wohlfahrtslogik.

Auch in *Luxemburg* finden sich neben den Status-konservierenden Elementen durch die Funktion als wichtiger Anlageplatz im internationalen Finanzsystem einige wirtschaftsliberale Elemente. Gemäß unseren Analysen der Institutionen dominiert aber die konservative Wohlfahrtslogik.

**Wirtschaftsliberal:** USA, Kanada, Australien, Neuseeland, Großbritannien, Irland

*Irland* hat die Zusatzeigenschaft, mit von der katholischen Konfession geprägt zu sein. Bezüglich der Geschlechterrollen ist Irland deshalb eher konservativ. Dennoch dominiert die wirtschaftsliberale Wohlfahrtslogik.

**Familistisch:** Griechenland, Italien, Spanien, Portugal, Malta, Zypern

**Postsozialistisch:** Russland; Bulgarien, Rumänien, Slowenien, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Polen, Estland, Lettland, Litauen; Kroatien, Serbien

In dieser vorläufigen Gruppierung aufgrund der gemeinsamen staatssozialistischen Vergangenheit ist *Russland* tendenziell ein Grenzfall, denn bei einigen Entwicklungen (etwa bei der Armutsquote) liegt Russland gegenüber den anderen osteuropäischen Ländern zurück.

**Produktivistisch:** Japan, Südkorea

*Japan:* Japan ist ein Misch-Typ, der sowohl konservative als auch wirtschaftsliberale Charakteristika aufweist. Amable (2003) charakterisiert dies als „asiatischen Kapitalismus“, in dem die Wohlfahrt insofern privatisiert ist, als dass das tertiäre Bildungssystem in vergleichsweise hohem Ausmaß privat finanziert wird. Die Wohlfahrtslogik lässt sich als „produktivistisch“ charakterisieren, da der ökonomische Aufstieg durch bewusste Technologieförderung mit Erfolgen auf dem Weltmarkt erreicht werden soll.

**Sonderfälle:**

*Türkei:* Die Türkei ist u. a. als Beitrittskandidat der EU von Interesse, aufgrund des geringeren sozioökonomischen Entwicklungsstandes wird die Türkei als Sonderfall untersucht.

*Südafrika:* Südafrika wird als wachsendes Schwellenland inzwischen zur erweiterten „BRICS“-Gruppe gezählt. Das residuale Wohlfahrtsregime macht informelle Netzwerke zur sozialen Sicherung notwendig („informal security regime“).



*Brasilien:* Brasilien weist ein residuales Wohlfahrtsregime auf mit einem sehr großen informellen Sektor (deshalb auch „informal security regime“).

*China:* China weist die ungewöhnliche Kombination einer ideologisch kommunistischen Regierung und einer dynamischen kapitalistischen Entwicklung auf.

*Indien:* In Indien ist in den sozialen Sicherungssystemen bisher vieles nur Programm. Es gibt einen sehr großen informellen Sektor (deshalb auch „informal security regime“).

Als **Erweiterung** über unsere bisherigen Studien zu 36 Ländern hinaus werden sieben Länder zusätzlich berücksichtigt, wodurch einerseits das „produktivistische Wohlfahrtsregime“ über Japan hinaus noch durch Südkorea vertreten ist und andererseits die Gruppe der wichtigen „BRICS“-Schwellenländer über Russland hinaus mit Brasilien, China, Indien und Südafrika dann vollständig berücksichtigt wird. Mit China und Indien werden die beiden mit je über einer Milliarde Menschen bevölkerungsreichsten Länder der Welt berücksichtigt. Diese Länder sind mit ihrem ökonomischen Gewicht sehr relevant für die künftigen gesellschaftlichen Entwicklungen.

Bis auf Südkorea sind diese Länder bereits nicht so gut zu vergleichen, da Brasilien und Indien einen großen informellen Sektor haben, der mit üblichen Vergleichsindikatoren nicht adäquat zu erfassen ist. China und insbesondere Indien haben einen relativ niedrigen Lebensstandard pro Kopf, so dass sie nicht leicht mit den entwickelten Ländern zu vergleichen sind.

Ferner werden Kroatien und Serbien als neues bzw. prospektives EU-Mitglied berücksichtigt.

### **Der Bevölkerungsumfang der berücksichtigten Länder**

Mit China und Indien werden die beiden bevölkerungsreichsten Staaten der Erde mit jeweils über eine Milliarde Einwohner berücksichtigt (gemäß UN für 2014), weil sie zu den aufsteigenden wirtschaftlichen Großmächten gehören. Von den angelsächsischen Ländern weisen die USA mit 323 Millionen Einwohnern mit Abstand die größte Bevölkerung auf. Von den weiteren BRICS-Ländern hat Brasilien mit 202 Millionen Einwohnern die größte Bevölkerung, gefolgt von Russland mit 143 Millionen Einwohnern. Von den ostasiatischen Ländern hat Japan mit 127 Millionen Einwohnern eine große Bevölkerung. In Kontinentaleuropa weist Deutschland mit ca. 83 Millionen die größte Bevölkerung auf. Die Türkei hat mit 76 Millionen Einwohnern ebenfalls eine große Bevölkerung. In Südeuropa ist Italien mit 61 Millionen das Land mit der größten Bevölkerung. In Osteuropa hat (nach Russland) Polen eine große Bevölkerung von 38 Millionen Einwohnern. In Skandinavien weist Schweden mit ca. 10 Millionen Einwohnern die größte Bevölkerung auf. Im Zentrum der vorliegenden Studie steht aber nicht das Gewicht des Bevölkerungsumfangs, sondern Modelle guten Lebens

aus der Sicht der vergleichenden Wohlfahrtsforschung. Die BRICS-Länder werden wegen ihres ökonomischen Gewichts berücksichtigt.

#### 2.2.4 Zum Aufbau der Länder-Fallstudien

Die Fallstudien zu den berücksichtigten Ländern haben den folgenden Aufbau:

**Politik:** Der politische Bereich eines Landes lässt sich dadurch charakterisieren, welches die wichtigsten politischen Institutionen (Polity) sind, dabei insbesondere, wie die Kompetenzen auf Präsident, Ministerpräsident (Kanzler u.ä.) und Parlament verteilt sind. Die politischen Inhalte (Policy) werden vor allem von Parteien in Programme gebündelt. Die Umsetzung der Programme schlägt sich im politischen Prozess (Politics) schließlich nieder in Regelungen und in der Modifikation von Institutionen sowie evtl. der Schaffung neuer Institutionen. Der Rhythmus des politischen Prozesses wird stark durch Wahlen strukturiert. – Unter *politischem Regime* wird hier verstanden, welche politischen Richtungen in einem Land dominieren bzw. sich abwechselten, um bestimmte programmatische Vorstellungen durchzusetzen. Der Vorteil des Regime-Begriffs besteht dann darin, dass man damit die Kontinuität und den Wechsel von gesellschaftlich-politischen Programmen diskutieren kann. In Schweden z.B. dominierte lange die Sozialdemokratie, was sich in der nationalen Koordination der Wirtschaft unter Einbeziehung der Repräsentanten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie in einem universalistischen und umfassenden Wohlfahrtsregime niederschlug. – Einen ersten Anhaltspunkt für die Qualität der Demokratie liefert ein Demokratieindex.

Der Bereich der **Wirtschaft** lässt sich charakterisieren durch die Art der Koordination: National, sektoral, Unternehmensgruppen im Sinne des Produktionsregime-Ansatzes „Varieties of capitalism“ (Soskice, Hall etc.). Die Branchenstruktur eines Landes lässt sich anhand der Beschäftigungsanteile oder der Anteile am Sozialprodukt charakterisieren. Wenn die „industriellen Beziehungen“ zwischen den Arbeitgeberverbänden und Arbeitnehmerverbänden eine Konzertierung zulassen wie in Slowenien, lassen sich eher ausgewogene Systeme sozialer Sicherung aushandeln als bei konfliktorischen „industrial relations“. Die Innovationsfähigkeit ist der beste Prädiktor für den zu erwartenden durchschnittlichen Wohlstand einer Gesellschaft.

**Ökologische Nachhaltigkeit:** Als Kehrseite eines hohen Wohlstands einer Gesellschaft mit den dazugehörigen Konsumbergen finden sich entsprechende (Verpackungs- etc.) Müllberge bzw. allgemeiner Umweltbelastungen wie CO<sub>2</sub> – Emissionen, die ein zentraler Gefährdungsfaktor für den Klimawandel sind. Auf der anderen Seite können die Umweltgefährdungen durch Entlastungsbemühungen begrenzt und reduziert werden.

Bezüglich der **Geschlechterrollen** orientieren Gesellschaften unterschiedlich, insbesondere auf das „male-breadwinner model“ (bzw. Ernährer-Modell) oder

das „dual-earner model“ (im Sinne von Ostner und Lewis). Das Steuersystem kann z.B. stärker auf das Individuum oder auf das Familienmitglied abstellen. Die soziale Sicherung kann unabhängig auf das Individuum fokussiert sein oder abhängig über Familienangehörige bzw. allgemeiner unter Berücksichtigung des Familienkontextes. Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in der Gesellschaft ist von großer Bedeutung für die Organisation von Betreuungsarbeit (care work) und das Ausmaß der Frauenerwerbstätigkeit.

Die **sozialen Sicherungssysteme** lassen sich im Sinne von Esping-Andersen im Hinblick auf zu Grunde liegende Logiken in der Produktion und Verteilung von Wohlfahrt im „Wohlfahrtsdreieck“ der Institutionen Staat, Markt und Familie analysieren, wobei sich noch die Wohlfahrtsverbände (und Ähnliches) ergänzen lassen. Esping-Andersen (1990) unterscheidet grundlegend die Logik des Universalismus auf Basis gleicher sozialer Bürgerrechte, den (Wirtschafts-) Liberalismus mit bedürftigkeitsgeprüften, residualen Sozialleistungen und die Status-konservierenden Sozialversicherungen in der Bismarck'schen Tradition mit Auszahlungen, die proportional sind zu den Einzahlungen. Die Finanzierung erfolgt entsprechend eher über Steuern oder eher über Beiträge der Tarifpartner. Das Ausmaß des Status-konservierenden Korporatismus macht Esping-Andersen u.a. an der Anzahl verschiedener Rentensysteme in einem Land fest (bezogen auf Berufsgruppen, Branchen etc.). Die wirtschaftsliberale Wohlfahrtslogik operationalisiert Esping-Andersen u.a. über den Anteil privater Zahlungen an der Finanzierung der Altersvorsorge und des Gesundheitssystems. Die universalistische sozialdemokratische Wohlfahrtslogik operationalisiert Esping-Andersen über die Breite des Zugangs der Bevölkerung zu Sozialleistungen und über die Gleichheit (vs. Unterschiedlichkeit) dieser Leistungen.

Die nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates tragen zur Verringerung von Einkommensarmut und Einkommensungleichheit bei.

Als Bereiche sozialer Sicherung werden *Rente*, *Gesundheit*, *Arbeitslosigkeit* und *Familie* berücksichtigt.

*Rente*: Neben dem Grad des Korporatismus im Sinne von Esping-Andersen (operationalisiert über die Anzahl der Rentensysteme nach Beruf/Branche, d.h. Partikularismus) sind insbesondere die Höhe der öffentlichen Rentenausgaben in Prozent des BIP im internationalen Vergleich relevant sowie der Anteil der privaten Ausgaben in Prozent des BIP, wobei letzteres ein Hinweis auf Wirtschaftsliberalismus im Sinne von Esping-Andersen ist.

*Gesundheit*: Den Stellenwert der gesundheitlichen Vorsorge und Versorgung der Bevölkerung kann man insbesondere mit den Gesamtausgaben für Gesundheit in Prozent des BIP zusammenfassen. Der Anteil privater Zahlungen an den gesamten Gesundheitsausgaben ist ein Indikator für Wirtschaftsliberalismus im Sinne von Esping-Andersen.

*Arbeitsmarkt*: Die Höhe der Lohnersatzrate in Relation zum internationalen Durchschnitt zeigt die Großzügigkeit des nachsorgenden Sozialstaates im Fall

von Arbeitslosigkeit. Die angemessene Berechnung müsste dem „De-Kommodifizierungsindex“ von Esping-Andersen entsprechen, der die Voraussetzungen für den Erhalt der Leistungen bei der Berechnung berücksichtigt hat. Da dies eine aufwändige Berechnung ist, liegen häufig keine aktuellen Informationen dazu vor.

Die Kombination „flexibility/security“ zeigt eine arbeitsmarktpolitisch ungünstige Ausrichtung in Italien, wo die Insider des Arbeitsmarktes durch Kündigungsschutzgesetze relativ gut abgesichert sind, während die Arbeitslosen wenig unterstützt und betreut werden, eine eher arbeitgeberfreundliche Ausrichtung in den USA, wo der Angebotszwang der Arbeitskräfte sehr hoch ist, weil es eine Praxis des „hire and fire“ gibt und kaum Absicherungen im Fall von Arbeitslosigkeit, eine eher arbeitnehmerfreundliche Ausrichtung in Schweden, wo sowohl der Kündigungsschutz also auch die soziale Absicherung im Fall von Arbeitslosigkeit gut ausgebaut sind, sowie eine arbeitsmarktpolitisch besonders günstige Ausrichtung in Dänemark, wo wirtschaftsliberale Kündigungsregeln die Anpassung an die Schwankungen der wirtschaftlichen Nachfrage begünstigen, im Fall von Arbeitslosigkeit aber durch intensive Betreuung und Weiterqualifizierung die rasche Rückkehr in den Arbeitsmarkt unterstützt wird, abgefedert durch ein hohes Absicherungs-niveau. Deutschland liegt dabei mit ordentlichem Kündigungsschutz und guter Absicherung im Fall von Arbeitslosigkeit zwischen Schweden und Dänemark.

Den Akzent auf Aktivierung kann man durch Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik als Prozent des BIP erfassen für den internationalen Vergleich.

Den Erfolg der Arbeitsmarktpolitik kann man insbesondere an der ökonomischen Integration ablesen, d.h. an einer hohen Beschäftigungsquote und einer geringen Arbeitslosenquote. Ferner kann man vergleichen, wie gut die Partizipation auf dem Arbeitsmarkt bei den „Foreign-born“ im Vergleich zu den Nicht-Migranten ausfällt.

*Familie:* Den Stellenwert der Unterstützung von Familien kann man u.a. an den öffentlichen Ausgaben für Familien in Prozent des BIP ablesen. Die Fruchtbarkeitsraten folgen in den entwickelten Ländern in etwa der Reihenfolge der Frauenfreundlichkeit und der öffentlichen Ausgaben für Familien.

Im Bereich **Bildung** wird insbesondere unterschieden in die frühe oder späte erste Selektion im Bildungssystem, da sich die frühe Selektion in hierarchisch differenzierte Bildungswege in den PISA-Studien als ungünstig für die Chancengleichheit und für die Durchschnittsleistung herausgestellt hat. Der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben am BIP und der Anteil der privaten Bildungsausgaben am BIP sind Indikatoren für den Stellenwert von Bildung in einer Gesellschaft im internationalen Vergleich. Esping-Andersen untersucht nur die Bereiche der Sozialpolitik im engeren Sinne, nicht den Bildungsbereich. Aber ein im internationalen Vergleich überdurchschnittlicher Anteil der privaten

Bildungsausgaben als Prozent des BIP lässt sich ebenfalls als Hinweis auf eine wirtschaftsliberale Wohlfahrtslogik interpretieren.

Der vorsorgende Aspekt der sozialen Sicherung lässt sich durch die gesamten Bildungsausgaben in Prozent des BIP zusammenfassen. Bei hohen Investitionen in Bildung ist – bei gleichem Ungleichheitsniveau – ein geringeres Ausmaß an Bildungsarmut zu erwarten, d.h. weniger „frühe Schulabgänger“ und weniger „Risikoleser“ im Sinne von PISA. Auf dem gehobeneren Niveau der Bildung sind aufgrund von stärkeren Investitionen in die Befähigung durch das Bildungssystem ein größerer Bevölkerungsanteil mit tertiären Bildungsabschlüssen, ein höherer Mittelwert der Kompetenzen gemäß PISA und ein größerer Anteil der PISA-Spitze zu erwarten. Diese objektiven Faktoren der Befähigung zur Autonomie sollten auch eine höhere subjektive Wahrnehmung von Autonomie im Sinne von faktischen Wahlfreiheiten begünstigen, aber die subjektive Autonomie variiert zum Teil auch jenseits der genannten objektiven Faktoren.

Auch im Bildungssystem lässt sich untersuchen, welches Ausmaß der Teilhabe die „Foreign-born“ im Vergleich zu Nicht-Migranten erreichen.

Beim Thema **Typ und Entwicklungstrend** ist von besonderem Interesse, ob sich neben den drei klassischen Wohlfahrtslogiken von Esping-Andersen (sozialdemokratisch, (wirtschafts-) liberal, konservativ) und den inzwischen ergänzten Logiken des Familismus (als Charakterisierung des europäischen konservativen Südens in Abgrenzung zum konservativen Kontinentaleuropa) sowie des Produktivismus (als Wohlfahrtslogik Ostasiens) insbesondere in Osteuropa neue Wohlfahrtslogiken herauskristallisieren oder „hybride“ Mischformen und Kombinationen. Es stellt sich also die Frage, welche Wohlfahrtslogik in den Institutionen eines Landes dominiert bzw. welche Kombination überwiegt. Ferner ist es natürlich von besonderem Interesse, ob eine in einem Land vorherrschende Wohlfahrtslogik von der Regierung weiter verfolgt und entwickelt wird oder ob eine neue Regierung durch Programme eine neue Wohlfahrtslogik anstrebt, wobei dies bis zu einem Pfadwechsel in der Wohlfahrtslogik reichen kann. Ein prägnantes Beispiel für die Stärkung des Wirtschaftsliberalismus war der „Thatcherismus“ im Vereinigten Königreich von Großbritannien. Der zu erwartende Entwicklungstrend lässt sich am ehesten anhand der Richtung des Programms der aktuellen Regierung abschätzen.

In den Länder-Fallstudien wird auch dargestellt und diskutiert, wie gut die verschiedenen Institutionen mit ihren unterschiedlichen Wohlfahrtslogiken gemäß den ausgewählten Performanzkriterien funktionieren und im internationalen Vergleich abschneiden. Der Erklärungsansatz besteht darin, die Performanz der Länder und Wohlfahrtsregime (Explanandum) partiell zu erklären durch die Wohlfahrtslogiken der Institutionen sowie die durchgeführten Politiken (Explanans).

### 2.3 Performanzprofile der Wohlfahrtsregime

Da Ziele wie Wachstum (z.B. Konsumberge) und ökologische Nachhaltigkeit (z.B. Müllberge) konfliktieren können, werden die Ziele in einem Sterndiagramm dargestellt, wobei die Ziele nach außen weisen (vgl. Abbildung 2-1)<sup>3</sup>. Im Hinblick auf diese Denkfigur rangiert das *sozialdemokratische Wohlfahrtsregime* Skandinaviens aktuell fast überall außen, fast alle acht Ziele werden von den sozialdemokratischen Ländern im Durchschnitt am besten oder am zweitbesten erfüllt, sodass das Erreichen all dieser – partiell konfliktierenden – Ziele also durchaus möglich ist. Durch die höchsten öffentlichen und die zweithöchsten privaten Ausgaben für Forschung und Entwicklung liegt das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime bei der Internetnutzung vorn und bei den Patenten an 2. Stelle, was dann auch für den Gesamtindex der Innovationsfähigkeit gilt. Beim wirtschaftlichen Wohlstand steht das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime inzwischen vor dem wirtschaftsliberalen und dem konservativen Wohlfahrtsregime an der Spitze. Der hohe Wohlstand hat die Kehrseite eines erhöhten Belastungsniveaus, aber insbesondere bei den erneuerbaren Energien und bei den Entlastungsbemühungen insgesamt liegt das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime so weit vorn, dass es auch beim Gesamtindex bei der ökologischen Nachhaltigkeit an der Spitze steht.

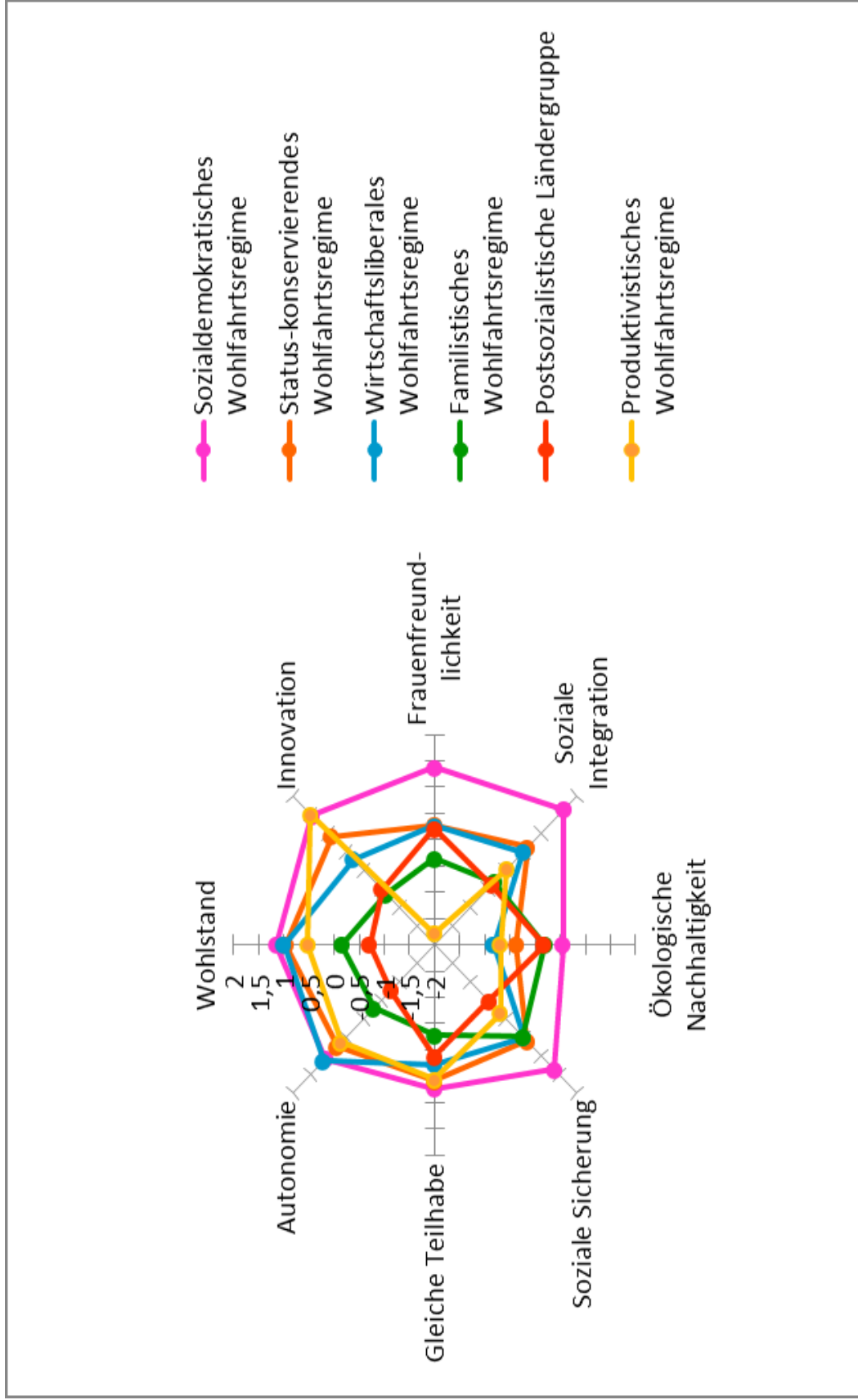
D.h. hoher Wohlstand und ökologische Nachhaltigkeit konfliktieren zwar partiell, sind aber nicht unvereinbar. – Bei den nachsorgenden Sozialleistungen für den Risikofall und bei den vorsorgenden Bildungsleistungen sowie bei der sozialen Sicherung insgesamt schneidet das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime am besten ab.

Mit den höchsten Gesamtinvestitionen in Vorsorge und Nachsorge erreicht das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime die geringste Armutsgefährdung und die egalitärste Einkommensverteilung sowie den Spitzenplatz beim zusammenfassenden Index für die Gleichheit der Teilhabe. Durch diese Investitionen begünstigt das Wohlfahrtsregime auch die Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Wahlmöglichkeiten und damit den 2. Platz bei der objektiven und subjektiven Autonomie insgesamt. – Beim Frauenanteil im Parlament und beim Frauenerwerbsquotienten sowie bei der Frauenfreundlichkeit insgesamt steht das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime an der Spitze. Auch bei der ökonomischen Integration, der persönlichen Integration, der Integration in die Zivilgesellschaft und beim Gesamtindex der sozialen Integration erreicht das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime jeweils den Spitzenplatz, wobei allerdings zu relativieren ist, dass dies vor allem für die einheimische Bevölkerung gilt und weniger für die Migranten.

---

<sup>3</sup> Die Indikatoren, Teilindices und Indices sind jeweils standardisiert, um sie besser vergleichbar zu machen. (Der Mittelwert ist dann jeweils 0, die Streuung (bzw. die Standardabweichung) jeweils 1.) Negativ heißt dann: unter dem Durchschnitt. Positiv: über dem Durchschnitt. Für alle Kriterien berichte ich auch die standardisierten Versionen, damit Größenordnungen unabhängig vom Thema in der gleichen „Schrittlänge“ gemessen werden.

Abbildung 2-1: Gesamtbild der Performanz der Wohlfahrtsregime



Modell: Dieter Holtmann

Bei der Teilhabe der Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt liegt das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime jeweils mit am Schluss, und dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit, dies ist ein Schwachpunkt des sozialdemokratischen Wohlfahrtsregimes, das ethnisch und kulturell relativ homogen war und noch wenig Lernprozesse sowie Erfahrungen mit Migranten aufweist.

Das *konservative Wohlfahrtsregime* Kontinentaleuropas liegt bei der Innovationsfähigkeit insgesamt auf dem 3. Platz der Wohlfahrtsregime, dies gilt dann auch für den erreichten Wohlstand (wobei der Stadtstaat Luxemburg als Ausreißer hierbei nicht berücksichtigt wird). Das sozialdemokratische, das wirtschaftsliberale und das konservative Wohlfahrtsregime weisen ein ähnliches Wohlstandsniveau auf, dies sind die drei wohlhabenden Wohlfahrtsregime. Als Kehrseite des hohen Wohlstands liegt das konservative Wohlfahrtsregime beim ökologischen Belastungsniveau an vorletzter Stelle. Bei den Entlastungsbemühungen erreicht es aber den 2. Platz und beim Gesamtindex der ökonomischen Nachhaltigkeit den 4. Platz von 6 Wohlfahrtsregimen. – Während das konservative Wohlfahrtsregime bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates hinter dem sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime an 2. Stelle steht, liegt es bei den vorsorgenden öffentlichen und privaten Bildungsausgaben nur an vorletzter Stelle. Der 2. Platz bei der sozialen Sicherung insgesamt ist die Grundlage für jeweils den 2. Platz bei der Armutsgefährdung, der Einkommensungleichheit und beim Gesamtindex für die Gleichheit der Teilhabe. Bei der Befähigung zur Autonomie erreicht das konservative Wohlfahrtsregime den 4. Platz und bei der subjektiven Autonomie den 3. Platz, letzteres gilt dann auch für den Gesamtindex der Autonomie. – Auf der Basis des 2. Platz beim Frauenanteil im Parlament erreicht das konservative Wohlfahrtsregime auch bei der Frauenfreundlichkeit insgesamt den 2. Platz. Wegen der guten wirtschaftlichen Entwicklung steht das konservative Wohlfahrtsregime bei der ökonomischen Integration an 2. Stelle. Dies gilt ebenfalls für die Integration in die Zivilgesellschaft und auch für den Gesamtindex der sozialen Integration. Allerdings gilt dies stärker für die Einheimischen. Bei der Offenheit für Migranten liegt das wohlhabende konservative Wohlfahrtsregime zwar noch hinter dem wirtschaftsliberalen Wohlfahrtsregime an 2. Stelle, aber bei der Teilhabe von Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt rangiert es jeweils nur an 4. Stelle. Dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit.

Während das *wirtschaftsliberale, angelsächsische Wohlfahrtsregime* bei allen Indikatoren der Innovationsfähigkeit und auch im Gesamtindex den 4. Platz belegt, liegt es beim Wohlstand etwas hinter dem sozialdemokratischen und etwa gleichauf mit dem konservativen Wohlfahrtsregime auf dem 2. Platz. Dies liegt insbesondere an den USA, die ihren Weltmachtstatus und ihr Währungsprivileg in einen hohen durchschnittlichen Wohlstand umsetzen. Als Kehrseite des hohen Wohlstands weist das wirtschaftsliberale Wohlfahrtsregime das höchste Belastungsniveau auf und liegt auch bei den Entlastungsbemühungen an



vorletzter Stelle. Die Priorität liegt bei Wohlstand und wirtschaftlichem Wachstum, wobei die ökologische Nachhaltigkeit vernachlässigt wird. – Während das wirtschaftsliberale Wohlfahrtsregime bei den Ausgaben des Sozialstaates zur unteren Hälfte gehört, erreicht es bei den öffentlichen und privaten Bildungsausgaben den 2. Platz hinter dem sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime. Dementsprechend liegt das wirtschaftsliberale Wohlfahrtsregime auch bei der Bildungsarmut auf dem 2. Platz. Andererseits ist die Armutsgefährdung am zweithöchsten und die Ungleichheit der Einkommensverteilung am höchsten von allen Wohlfahrtsregimen, da der Staat gemäß der wirtschaftsliberalen Philosophie möglichst wenig in die Märkte eingreift. Der 2. Platz bei den Bildungsinvestitionen macht sich mit dem 2. Platz bei den Befähigungen durch das Bildungssystem bezahlt. Auch die subjektive Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Wahlmöglichkeiten steht gemäß Gallup (2013) auf dem 2. Platz. Damit erreicht das wirtschaftsliberale Wohlfahrtsregime beim Gesamtindex der subjektiven und objektiven Autonomie den 1. Platz, ein gutes Ergebnis auf der Basis von Wohlstand und Bildungsinvestitionen. – Im wirtschaftsliberalen Wohlfahrtsregime liegt die Frauenerwerbsquote hinter dem sozialdemokratischen an 2. Stelle, aber die Repräsentation von Frauen im Parlament rangiert nur auf dem 4. Platz. Damit erzielt das wirtschaftsliberale Wohlfahrtsregime den 3. Platz bei der Frauenfreundlichkeit. Sowohl bei der Offenheit für Migranten als auch bei der Teilhabe von Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt liegt es jeweils auf dem 1. Platz, die klassischen Einwanderungsländer erreichen damit auch beim Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit den 1. Platz, da sie durch Lernprozesse und Erfahrungen den Umgang mit Migranten am besten entwickelt haben. Da das wirtschaftsliberale Wohlfahrtsregime bei der ökonomischen Integration und bei der Integration in die Zivilgesellschaft jeweils hinter dem sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime und dem konservativen rangiert, liegt es auch beim Gesamtindex der sozialen Integration hinter diesen beiden Wohlfahrtsregimen auf dem 3. Platz.

Das *familistische Wohlfahrtsregime* Südeuropas liegt sowohl bei den öffentlichen als auch bei den privaten Investitionen in Forschung und Entwicklung an letzter Stelle. Dies gilt dann auch für die Verbreitung der Internetnutzung und für den Gesamtindex der Innovationsfähigkeit. Beim Lebensstandard ist dieses Wohlfahrtsregime mit dem vorletzten Platz etwas besser als Osteuropa, da der Tourismus zum Wohlstand dieser schönen „Urlaubsländer“ beiträgt. Bei den Belastungen durch CO<sub>2</sub>-Emissionen und durch die Risikotechnologie Nuklearenergie schneidet der Süden jeweils am besten ab. Die Entlastungsbemühungen liegen nur auf dem 3. Platz, aber mit dem 2. Platz beim Belastungsniveau erreicht Südeuropa beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit den 2. Platz hinter dem sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime. – Bei den Ausgaben des Sozialstaates liegt das familistische Wohlfahrtsregime an 3. Stelle, wobei die Ausgaben allerdings zu stark auf die Insider des Arbeitsmark-

tes und die Renten ausgerichtet sind. Bei den öffentlichen und privaten Bildungsausgaben als Vorsorge rangiert das familistische Wohlfahrtsregime an 4. Stelle, und dies gilt dann auch für den Gesamtindex der sozialen Sicherung. Dementsprechend liegen dann auch die Armutgefährdung und die Ungleichheit der Einkommensverteilung an 4. Stelle. Und bei den „Risikolesern“ im Sinne von PISA rangiert das familistische Wohlfahrtsregime ganz am Schluss, das Bildungssystem ist sehr wenig erfolgreich. Deshalb liegt das familistische Wohlfahrtsregime Südeuropas dann auch beim Gesamtindex für die Gleichheit der Teilhabe ganz am Schluss. Bei der objektiven Befähigung zur Autonomie (u.a. durch Lesekompetenz) liegt Südeuropa insgesamt an vorletzter Stelle. Die Zufriedenheit mit den Wahlmöglichkeiten ist etwas höher als in der postsozialistischen Ländergruppe. Beim Gesamtindex für objektive und subjektive Autonomie liegt das familistische Wohlfahrtsregime dann auch an vorletzter Stelle, gefolgt von der postsozialistischen Ländergruppe ganz am Schluss. – Wegen des großen Einflusses der Kirchen in Südeuropa sind die Geschlechterrollen noch relativ traditionell. Beim Frauenerwerbsquotienten und beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit rangiert das familistische Wohlfahrtsregime auf dem vorletzten Platz, nur noch gefolgt vom produktivistischen Wohlfahrtsregime Ostasiens. Bei der Offenheit für Migranten sowie bei der Teilhabe von Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt liegt Südeuropa jeweils auf dem 3. Platz, und dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit. Bei der Beschäftigungsquote liegen die traditionellen Länder Südeuropas ganz am Schluss, und dies gilt auch für die Arbeitslosenquote der bisher relativ wenig wettbewerbsstarken Länder Südeuropas nach der Weltfinanzkrise. Bei der Integration in die Zivilgesellschaft schneidet der Süden mit dem 3. Platz besser ab als bei der ökonomischen Integration, weshalb es beim Gesamtindex der sozialen Integration an 5. Stelle rangiert, gefolgt von der postsozialistischen Ländergruppe ganz am Schluss.

Die *postsozialistische Ländergruppe* Osteuropas rangiert sowohl bei den privaten als auch bei den öffentlichen Investitionen in Forschung und Entwicklung auf dem vorletzten Platz vor dem familistischen Wohlfahrtsregime. Dies gilt dann auch für die Verbreitung der Internetnutzung und für den Gesamtindex der Innovationsfähigkeit. Beim Wohlstand liegt die Ländergruppe im Durchschnitt ganz am Schluss, wobei Slowenien, Tschechien und die Slowakei bereits zum Mittelfeld aufgeschlossen haben. Als Kehrseite des geringen Wohlstands weist die Ländergruppe die geringste Müllbelastung und insgesamt das geringste ökologische Belastungsniveau auf. Bei der Nutzung von Energie ist z.B. das rohstoffreiche Russland eher sorglos und wenig effizient, bei den Entlastungsbemühungen insgesamt liegt die Ländergruppe auf dem vorletzten Platz, weshalb sie beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit nur den 3. Platz erreicht. – Bei den Ausgaben des Sozialstaates rangiert die postsozialistische Ländergruppe an vorletzter Stelle, gefolgt nur vom produktivistischen Wohlfahrtsregime Ostasiens. Bei den öffentlichen und privaten Bildungsausgaben als

Vorsorge aber liegt die Ländergruppe ganz am Schluss, und dies gilt dann auch für den Gesamtindex der sozialen Sicherung. Insgesamt hat sich die Ländergruppe eher abgewendet vom Modell der staatlichen Versorgung. Beim Anteil der „Risikoleser“ im Sinne von PISA liegt die Ländergruppe an vorletzter Stelle (vor Südeuropa) und dies gilt dann auch für die Bildungsarmut insgesamt. Bei der Armutgefährdung und der Ungleichheit der Einkommensverteilung schneidet die Ländergruppe jeweils mit dem 3. Platz etwas besser ab, aber beim Gesamtindex für die gleiche Teilhabe rangiert die Ländergruppe auf dem vorletzten Platz (vor Südeuropa). D.h., auch bezüglich des Werts der Gleichheit hat sich die Ländergruppe eher abgewendet vom „realsozialistischen“ Modell. Bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie durch das Bildungssystem liegt die postsozialistische Ländergruppe ganz am Schluss. Dies gilt ebenfalls für die Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Wahlmöglichkeiten sowie schließlich auch für die subjektive und objektive Autonomie insgesamt. – Zwar liegt die postsozialistische Ländergruppe beim Studentinnenanteil vorn, aber bei der Vertretung von Frauen im Parlament nur an vorletzter Stelle (vor Ostasien). Beim Frauenerwerbsquotienten liegt die Ländergruppe an 4. Stelle, und dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit. Wegen des relativ geringen Wohlstands weist die Ländergruppe nur wenig Migranten auf, nur Ostasien hat anteilig weniger Migranten. Aber bei der Teilhabe der (wenigen) Migranten auf dem Arbeitsmarkt liegt die Ländergruppe ganz vorn und bei der Partizipation im Bildungssystem auf dem 2. Platz (hinter dem angelsächsischen Wohlfahrtsregime). Insgesamt erreicht die Ländergruppe damit den 2. Platz beim Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit, dies ist die beste Platzierung der postsozialistischen Ländergruppe bei den neun Performanzkriterien. Bei der ökonomischen Integration liegt die postsozialistische Ländergruppe auf dem vorletzten Platz (vor den ökonomischen Krisenländern des Südens). Bei der Integration in die Zivilgesellschaft rangiert die Ländergruppe ganz am Schluss, und dies gilt dann auch für den Gesamtindex der sozialen Integration. In den posttotalitären Gesellschaften hat sich die Zivilgesellschaft noch nicht lange genug entwickeln können.

Die Unternehmen in Japan investieren unter Koordination durch das Technologieministerium im internationalen Vergleich mit Abstand am meisten in Forschung und Entwicklung. Das *produktivistische Wohlfahrtsregime* Ostasiens liegt bei den Gesamtausgaben (öffentlich und privat) an der Spitze. Wegen des Konzepts des ökonomischen Aufstiegs über die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt liegt das produktivistische Wohlfahrtsregime auch bei den bedeutsamen Patenten vorn, die die Absicherung der technologischen Entwicklungen gegenüber den Wettbewerbern bezwecken. Damit liegt das produktivistische Wohlfahrtsregime auch beim Gesamtindex der Innovationsfähigkeit (etwas vor dem sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime) an der Spitze. Im Wohlstand liegt es aber noch hinter den drei wohlhabenden Wohlfahrtsregimen, dem sozialdemokratischen, dem wirtschaftsliberalen und dem konservativen. Die Wachs-

tumsrate ist in den produktivistischen Ländern jedoch höher. Japan hat das Vereinigte Königreich bereits überholt so wie Südkorea Neuseeland. Die beiden produktivistischen Länder gehören also schon zu den 19 Ländern mit dem höchsten Wohlstand. Bei den Umweltbelastungen liegt das produktivistische Wohlfahrtsregime im Mittelfeld, weil etwa die Müllbelastung niedriger ist als im wohlhabenderen wirtschaftsliberalen Wohlfahrtsregime. Aber bei den Entlastungsbemühungen liegt es noch hinter dem wirtschaftsliberalen Regime ganz am Schluss, da wegen der einseitigen Fixierung auf das Wirtschaftswachstum die ökologische Nachhaltigkeit bisher stark vernachlässigt wird. – Bei den Prioritäten zwischen Vorsorge und Nachsorge bei der sozialen Sicherung ist das produktivistische Wohlfahrtsregime der extremste Fall. Während es bei den öffentlichen und privaten Investitionen in Bildung als Vorsorge den 3. Platz erreicht, liegt es bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates mit Abstand an letzter Stelle, da die Absicherung für den Risikofall den Familien überlassen bleibt. Dem entsprechen die Performanzen bei der Gleichheit der Teilhabe. Während das produktivistische Wohlfahrtsregime bei den „Risikolesern“ im Sinne von PISA an der Spitze steht, also wenig Bildungsarmut aufweist, rangiert es bei der Armutsgefährdung auf dem letzten Platz, da die Absicherung den Familien überlassen bleibt. Bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie durch das Bildungssystem liegt das produktivistische Wohlfahrtsregime vorn, sowohl bei der Durchschnittskompetenz im Lesen als auch beim Umfang der Leistungsspitze. Relativiert wird dieses gute Ergebnis allerdings durch die subjektive Bewertung der Bevölkerung, deren Zufriedenheit mit den Wahlmöglichkeiten auf dem vorletzten Platz (vor der postsozialistischen Ländergruppe) rangiert. Bei der objektiven und subjektiven Autonomie insgesamt liegt das produktivistische Wohlfahrtsregime dann an 4. Stelle hinter den drei wohlhabenden Wohlfahrtsregimen. – Die Geschlechterrollen im produktivistischen Wohlfahrtsregime Ostasiens sind noch sehr traditionell, deshalb liegt es sowohl beim Frauenanteil im Parlament als auch beim Studentinnenanteil und beim Frauenerwerbsquotienten jeweils auf dem letzten Platz, was dann natürlich auch für den Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit gilt. Da die Länder des produktivistischen Wohlfahrtsregimes Ostasiens noch stark national orientiert sind, finden sich dort jeweils nur ca. 2 % Migranten. Weitere Informationen zur Teilhabe von Migranten liegen in den üblichen Erhebungen nicht vor. Nach diesem Informationsstand rangiert das produktivistische Wohlfahrtsregime Ostasiens bei der Migrantenfreundlichkeit auf dem letzten Platz. Gemäß der produktivistischen Wohlfahrtslogik ist die Integration in den Arbeitsmarkt im Regimevergleich am besten gelungen. Die Beschäftigungsquote ist wegen der traditionellen Geschlechterrollen mit dem 4. Platz bereits schlechter. Und bei der persönlichen Integration und der Integration in die Zivilgesellschaft rangiert es jeweils auf dem letzten Platz. Insgesamt liegt das produktivistische Wohlfahrtsregime beim Gesamtindex der sozialen Integration an 4. Stelle, aber es handelt sich weitgehend um die soziale Integration der Einheimischen, da es ja kaum Migranten gibt.

### **3. Das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime Skandinaviens**

#### **3.1 Gemeinsamkeiten der sozialdemokratischen Länder**

Die Wohlfahrtslogik der Länder Skandinaviens ist universalistisch, d.h. alle Staatsbürger haben Anrecht auf Wohlfahrtsleistung, die zudem einheitlich ausgestaltet sind. Als Ergebnis des historischen Kompromisses zwischen Arbeiterbewegung und Mittelschicht haben die Wohlfahrtsleistungen ein hohes Niveau. Die Basis für dieses Modell ist die Solidarität der Staatsbürger.

Die Wirtschaft wird national koordiniert, der Staat verfolgt das Ziel der Vollbeschäftigung, wodurch das hohe Niveau der Wohlfahrtsleistungen einfacher zu finanzieren ist. Die Gewerkschaften sind in Skandinavien relativ stark.

Die Normen für die Geschlechterrollen sind egalitär, sowohl für die Erwerbstätigkeit als auch für die Betreuungsarbeit. Besteuert wird das Individuum, nicht das Individuum im Kontext von Familien. Der Staat unterstützt die Gleichstellung der Geschlechter durch eine gut entwickelte Infrastruktur für Betreuungsarbeit.

Die sozialen Sicherungssysteme auf hohem Niveau werden überwiegend durch Steuern finanziert, weniger durch Beiträge. Die Altersvorsorge und die Gesundheit werden eher als öffentliche Aufgaben gedacht, die Privathaushalte werden im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich belastet. Im Falle von Arbeitslosigkeit ist ein hohes Absicherungsniveau vorgesehen, aber gleichzeitig liegt der Schwerpunkt auf Vorsorge durch Qualifizierung und Weiterbildung. Familien werden durch eine Vielzahl staatlicher Leistungen unterstützt und entlastet.

Im Bildungssystem ist Chancengleichheit ein zentrales Ziel, deshalb gibt es eine späte Selektion im Schulsystem, hohe öffentliche Investitionen in Bildung und relativ geringe private Ausgaben für Bildung.

#### **3.2 Fallstudien zu den einzelnen Ländern**

##### **Schweden**

##### **Typ und Entwicklungstrend**

Schweden weist lange Phasen sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung auf und einen sehr hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad. Die Wirtschaft wird national koordiniert zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften. Das schwedische „Volksheim“ kann als Prototyp des sozialdemokratischen Wohlfahrtsregimes angesehen werden. Mit hoher Individualbesteuerung wird ein dichtes öffentliches Netz sozialer Sicherungssysteme finanziert. Die Basis des Leistungsanspruchs ist die Staatsbürgerschaft. Durch ein Bündnis von Arbeiterbewegung und Frauenbewegung ist der Wert der Gleichheit in

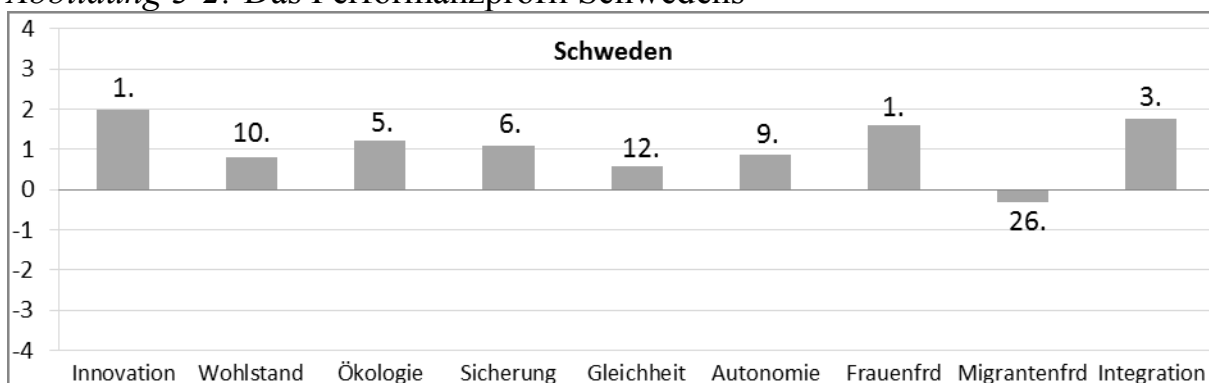
Schweden historisch strukturbildend gewesen. Die Betreuungsinfrastruktur ist sehr gut ausgebaut, sodass die Frauenerwerbstätigkeit unterstützt wird, was auch durch Individualbesteuerung und einen hohen Steuersatz nahegelegt wird. Die universalistische Logik der Wohlfahrtsproduktion zeigt sich in den einheitlichen Sicherungssystemen für alle Staatsbürger und auch in dem einheitlichen Bildungssystem mit später Selektion. Die Reformen in Schweden unter den beiden konservativen Regierungen ab 2006 und 2010 zielten weniger auf einen grundlegenden Umbau, als vielmehr auf die Steigerung der Zielgenauigkeit der Leistungen („Rekalibrierung“ gemäß Pearson 2001) und die Begrenzung der Kosten („cost containment“). Das Leistungsniveau der sozialen Sicherung wurde dadurch insgesamt reduziert. Dennoch wurde die Beschäftigung in sozialstaatlichen Dienstleistungen gemäß Jochem 2010 auch von der bürgerlichen Regierung zur Stabilisierung nach der Weltfinanzkrise genutzt.

Nach den Parlamentswahlen im September 2014 kam es in Schweden zum ersten Mal zu einer rot-grünen (Minderheits-)Regierung, geführt von dem sozialdemokratischen Premier Stefan Löfven. Die rot-grüne Regierung beabsichtigt u.a., das Kinderbetreuungsgeld abzuschaffen (zugunsten der Betreuungsinfrastruktur) und den Anteil erneuerbarer Energien zu erhöhen.

### Das Performanzprofil Schwedens

Schweden investiert (neben Finnland und Südkorea) am meisten in Forschung und Entwicklung, was sich auch am entsprechenden Output zeigt, so dass Schweden insgesamt bei der Innovationsfähigkeit führt. Beim Wohlstand rangiert Schweden nur auf dem 10. Platz, evtl. weil die Dynamik der Märkte wegen des Ziels der solidarischen Umverteilung begrenzt wird. Mit seinem Wohlstand belastet Schweden die Umwelt, liegt aber bei den Entlastungsstrategien mit seinen relativ hohen Anteilen an regenerativer Energie (hinter Norwegen) und an ökologischer Landwirtschaft (hinter Österreich) jeweils an zweiter Stelle, weil das Umweltbewusstsein in der schwedischen Gesellschaft gut entwickelt ist.

Abbildung 3-2: Das Performanzprofil Schwedens



Eigene Berechnung und Darstellung.

Bei der sozialen Sicherung investiert Schweden ausgewogen in Vorsorge und Nachsorge. Durch die umfassenden Sozialausgaben wird die Einkommensungleichheit und Armut begrenzt. Durch die relativ hohen gesamten Bildungsausgaben wird die Bevölkerung überdurchschnittlich zur Autonomie befähigt, bei den „Risikolesern“ aber rangiert Schweden wegen der schlechten Partizipation der Migranten unter dem internationalen Durchschnitt.

Bei der Frauenfreundlichkeit ist die schwedische Gesellschaft mit ihrem frauenfreundlichen Wohlfahrtsstaat weltweit führend. Bei der Migrantenfreundlichkeit ist die Lage schwieriger. Schweden nimmt verstärkt Migranten auf und bei der Einbürgerung liegt es inzwischen mit vorn, aber bei der Teilhabe von Migranten an Bildung und Erwerbstätigkeit rangiert Schweden nur im letzten Drittel.

Bei der Integration in die Erwerbsbeschäftigung liegt Schweden mit vorn, hat aber inzwischen auch eine gestiegene Arbeitslosigkeit. Die Mitarbeit in Politik und Gewerkschaften ist (neben Finnland) am stärksten ausgeprägt, so dass Schweden als relativ egalitäre Gesellschaft bei der sozialen Integration insgesamt mit an der Spitze liegt.

## **Dänemark**

### **Typ und Entwicklungstrend**

Dänemark liegt nicht nur geographisch zwischen dem sozialdemokratischen Schweden und dem wirtschaftsliberalen Großbritannien, auch gesellschaftspolitisch weist Dänemark beide Komponenten auf. Sozialdemokratisch geführte Regierungen und konservativ geführte wechseln sich regelmäßig ab. Der Tripartismus zeigt sich im erfolgreichen „Flexicurity-Modell“ der dänischen Beschäftigungspolitik: Die lokale Regierung, die Arbeitgeber und die Arbeitnehmervertreter haben gemeinsam die Aufgabe, zukunftsträchtige Beschäftigungsfelder herauszufinden, damit Beschäftigte, deren Arbeitsplätze sich nicht halten lassen, durch Weiterbildung auf solche Tätigkeiten vorbereitet werden. Die Flexibilität der Arbeitgeber bezüglich der Kündigungsregeln wird für die Arbeitnehmer ausgeglichen durch ein hohes Niveau der Leistungen in Job-Rotations- und Weiterbildungsphasen.

Zu den Reformplänen der Mitte-Links-Regierung (ab September 2011) zählten ein sozial ausgewogenes Steuersystem mit geringerer Belastung der Arbeitseinkommen sowie eine teilweise Liberalisierung der Einwanderungspolitik. Im Juni 2015 aber gewann das „rechte Lager“ mit dem Migrationsthema die Parlamentswahlen, wobei den Sozialdemokraten als relativ stärkster Partei nur die Oppositionsrolle zufällt.

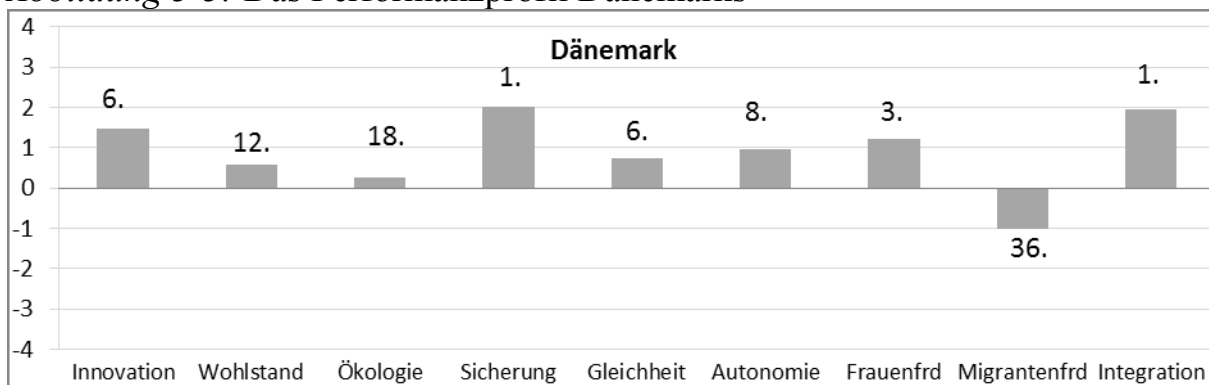
Ein Schwachpunkt Dänemarks ist der Umgang mit Migranten. Unter der konservativen Regierung ab Juni 2015 dürfte sich dies auch nicht so schnell

verbessern. Viele Wähler unterstützen zwar die Solidarität mit den Einheimischen, aber nicht mit den Migranten („Wohlstandschauvinismus“).

### Das Performanzprofil Dänemarks

Dänemark investiert stark in Forschung und Entwicklung und liegt bei der Innovationsfähigkeit mit vorn. Im Wohlstand platziert sich Dänemark im ersten Drittel. Als Kehrseite des hohen Wohlstands belastet Dänemark die Umwelt überdurchschnittlich, bei den Entlastungsbemühungen gehört Dänemark allerdings zu den besten Zehn, was dann auch für die ökologische Nachhaltigkeit insgesamt gilt.

Abbildung 3-3: Das Performanzprofil Dänemarks



Eigene Berechnung und Darstellung.

Bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates für den Risikofall liegt Dänemark an 2. Stelle und erzielt so eine geringe Einkommensarmut (Platz 5). Bezüglich der Bildungsarmut rangiert Dänemark aber nur im vorderen Mittelfeld. Dänemark liegt bei den gesamten Bildungsausgaben mit vorn. Gemäß den Kompetenzmessungen von PISA schneidet das Bildungssystem Dänemarks allerdings nur durchschnittlich ab. Beim Anteil tertiärer Abschlüsse liegt Dänemark im vorderen Mittelfeld und bei der Lesekompetenz gemäß PISA rangiert Dänemark im Durchschnitt. Insgesamt liegt Dänemark damit bei der Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie im vorderen Mittelfeld.

Bei der Vertretung von Frauen im Parlament, beim Studentinnenanteil und beim Erwerbsquotienten von Frauen liegt Dänemark insgesamt auf dem 3. Platz. Während die Frauenfreundlichkeit in Dänemark also sehr ausgeprägt ist, gehört Dänemark bei der Integration von Migranten zu den letzten Zehn. Die Aufnahme von Migranten ist unterdurchschnittlich und die Teilhabe der Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt ebenfalls.

Für die Bürger Dänemarks aber ist die Zivilgesellschaft besonders gut entwickelt und bei der Integration in das System der Erwerbsbeschäftigung liegt Dänemark mit seiner „Flexicurity“-Arbeitsmarktpolitik mit an der Spitze. Die Kombination von wirtschaftsliberalen Kündigungsregeln, einer hohen sozialen



Absicherung im Risikofall und einer intensiven Betreuung bei dem Wechsel auf einen zukunftsfruchtigeren Arbeitsplatz durch Weiterbildung erweist sich als beschäftigungspolitisch sehr erfolgreich. Mit seiner führenden Stellung bei der Integration in der Zivilgesellschaft steht Dänemark auch beim Gesamtindex der sozialen Integration an der Spitze.

## **Finnland**

### **Typ und Entwicklungstrend**

Finnland hat – neben Schweden – den höchsten gewerkschaftlichen Organisationsgrad. Dies ist ein Hinweis auf die Stärke der Arbeitnehmerseite und die starke Verankerung der Werte der Solidarität und Gleichheit. Diese Werte schlagen sich nieder im finnischen Schulsystem, in dem es keine frühe Selektion gibt und die Schulklassen bewusst sozial durchmischt zusammengestellt werden, um Benachteiligten mehr Anregungen zu bieten, was gemäß der Bildungsforschung den privilegiierteren Schülern nicht schadet.

Status-konservierende Elemente finden sich im Beitragsbezug des Rentensystems und des Gesundheitssystems. Auch die Unterstützung der häuslichen Betreuung von Kindern ist eher ein konservatives Element. Ein Schwachpunkt ist der Umgang mit Migranten, der im ethnisch homogenen Finnland in einem Lernprozess in nächster Zeit auch noch verbessert werden dürfte.

Insgesamt ist die Wohlfahrtslogik in Finnland universalistisch mit einigen Status-konservierenden Elementen.

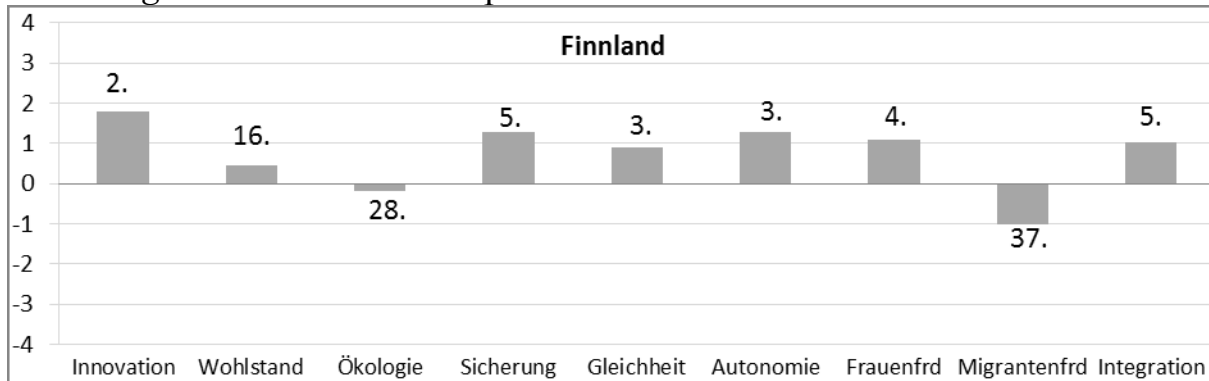
### **Das Performanzprofil Finnlands**

Finnland investiert im internationalen Vergleich (gemeinsam mit Schweden und Südkorea) am stärksten in Forschung und Entwicklung und liegt bei der Innovationsfähigkeit zusammen mit Schweden an der Spitze. In der Arbeitsmarktpolitik ist Finnland weniger erfolgreich und liegt beim durchschnittlichen Wohlstand nur im vorderen Mittelfeld. Als Kehrseite des Wohlstands rangiert Finnland bei den Umweltbelastungen im letzten Drittel, bei den Entlastungsmaßnahmen liegt es allerdings u.a. mit einem hohen Anteil regenerativer Energien im ersten Drittel.

Das finnische Bildungssystem liegt gemäß den Kompetenzmessungen von PISA mit an der Spitze. Die bewusst leistungsmäßig und sozial heterogenen Schulklassen schaden den Privilegierteren nicht und bieten den Benachteiligteren mehr Anregungen, so dass die durchschnittliche Leistung und die Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie im internationalen Vergleich mit an der Spitze liegen. Auch bei den nachsorgenden Sozialleistungen liegt Finnland unter den ersten Zehn und erreicht so eine relativ geringe Einkommensungleichheit sowie Armutsgefährdung. Zusammen mit der Chancengleichheit im Bildungssystem

liegt Finnland bei der Gleichheit der Teilhabe insgesamt auf dem guten 3. Platz aller berücksichtigten Länder.

Abbildung 3-4: Das Performanzprofil Finnlands



Eigene Berechnung und Darstellung.

Insbesondere die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Parlamentsvertretung und in der Erwerbsbeteiligung sind sehr gering, so dass Finnland bei der Frauenfreundlichkeit zusammen mit Schweden, Norwegen und Dänemark an der Spitze liegt. Die Integration von Migranten andererseits ist ein Schwachpunkt der finnischen Gesellschaft. Bei der Aufnahme von Migranten gehört Finnland zum letzten Drittel, bei der Teilhabe der (wenigen) Migranten im Bildungssystem ebenfalls.

Bei der Integration in die Erwerbstätigkeit liegt Finnland etwas über dem internationalen Durchschnitt. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist in Finnland von allen betrachteten Ländern am höchsten und bei der Teilhabe an der Zivilgesellschaft liegt Finnland mit vorn. Deshalb gehört Finnland bei der sozialen Integration insgesamt zu den besten Fünf.

## Norwegen

### Typ und Entwicklungstrend

Als entwickelte soziale Marktwirtschaft und zusätzlich durch Ölreichtum sehr wohlhabendes Land hat Norwegen bei der Produktion und Verteilung von Wohlfahrt besonders gute Voraussetzungen. Norwegen investiert anteilig von den betrachteten Ländern am meisten in die moderne Internet-Infrastruktur, hat einen hohen Anteil regenerativer Energien und gehört beschäftigungspolitisch zu den erfolgreichsten Ländern. Das soziale Netz ist umfassend ausgebaut.

Bezüglich der Kinderbetreuung hat Norwegen 1998 ein Wahlmodell zwischen häuslicher Betreuung und staatlichen Einrichtungen eingeführt, die beide gefördert werden. Der Trend weist aber in Richtung von Anreizen zur Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit, denn das Alter der Kinder, deren Betreuung

unterstützt wird, wurde ab August 2012 von ursprünglich Kindesalter bis zu 3 Jahren über Kindesalter 1-2 Jahre auf Kindesalter bis 1 Jahr herabgesetzt.

In den Parlamenten sind Frauen in Norwegen im internationalen Vergleich bereits mit am besten repräsentiert und bei der Frauenerwerbstätigkeit liegt Norwegen sogar an der Spitze.

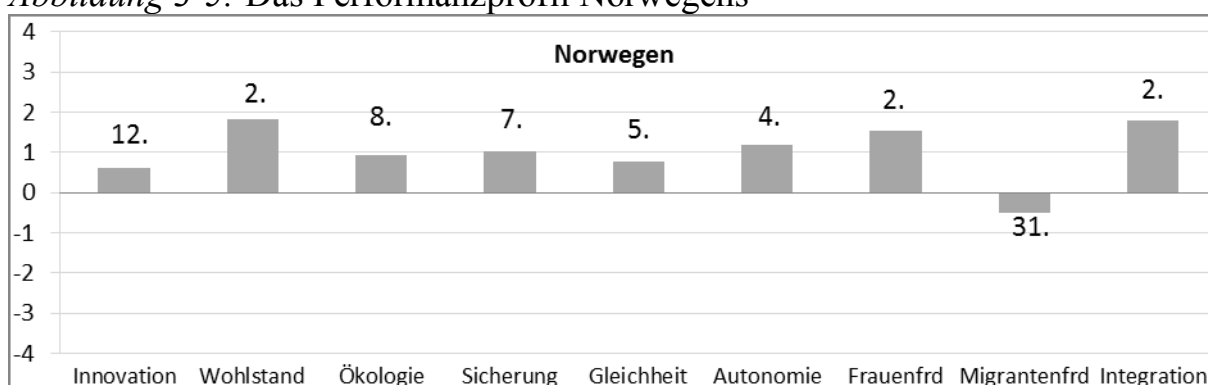
Nach langer sozialdemokratischer Dominanz hat Norwegen seit Oktober 2013 eine konservativ-rechtspopulistische Regierung. Die norwegischen Familien sollen stärker unterstützt werden und die Migrationspolitik wird restriktiver werden. Der Wohlfahrtsstaat insgesamt dürfte eher etwas verschlankt werden.

### Das Performanzprofil Norwegens

Norwegen liegt u. a. wegen seines Ölreichtums beim wirtschaftlichen Wohlstand zusammen mit dem Stadtstaat Luxemburg an der Spitze. Bei der Internetnutzung liegt Norwegen ganz vorn und gehört bei der Innovationsfähigkeit insgesamt zum ersten Drittel. Dem Wohlstand entsprechend belastet Norwegen die Umwelt stark durch CO<sub>2</sub>-Emissionen, liegt bei den Entlastungsbemühungen allerdings insbesondere wegen des relativ höchsten Anteils regenerativer Energien mit an der Spitze.

Mit seinen etwas überdurchschnittlichen nachsorgenden Sozialausgaben erreicht Norwegen eine sehr geringe Einkommensarmut und sogar insgesamt die niedrigste Einkommensungleichheit, ein starkes Ergebnis des norwegischen Sozialstaates. Bei der Gleichheit der Teilhabe gehört Norwegen inzwischen zu den besten Fünf. Bei den Kompetenzmessungen von PISA zu den Bildungssystemen liegt Norwegen im ersten Drittel. Norwegen erreicht mit seinem universalistischen Bildungssystem, dass der Anteil tertiärer Abschlüsse zum ersten Drittel gehört und dass dies ebenfalls für die Lesekompetenz gemäß PISA gilt. Bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie gehört Norwegen zu den besten Zehn. Wenn man die Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Wahlmöglichkeiten berücksichtigt, liegt Norwegen beim Gesamtindex der Autonomie sogar unter den besten Fünf.

Abbildung 3-5: Das Performanzprofil Norwegens



Eigene Berechnung und Darstellung.

Bei der Vertretung von Frauen im Parlament steht Norwegen mit vorn, beim Frauenerwerbsquotienten liegt Norwegen sogar in Führung. Deshalb steht Norwegen auch beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit direkt hinter Schweden mit an der Spitze. Bei der Offenheit für Migranten andererseits hat Norwegen sich zwar verbessert auf den 11. Platz, aber bei der Teilhabe von Migranten rangiert Norwegen im letzten Drittel. Das Ausmaß der Migrantenfreundlichkeit ist bisher noch ein Schwachpunkt der norwegischen Gesellschaft, der Trend zeigt dennoch aufwärts.

Für seine Staatsbürger aber ist Norwegen am erfolgreichsten bei der Integration in den Arbeitsmarkt. Auch bei der Partizipation in Politik und Gewerkschaften liegt Norwegen mit vorn. Bei der sozialen Integration seiner Bürger insgesamt liegt Norwegen damit von allen berücksichtigten Ländern (hinter Dänemark) an zweiter Stelle.

### 3.3 Performanz der sozialdemokratischen Länder Skandinaviens

Im Folgenden wird der Versuch unternommen, die Performanz der Länder mit sozialdemokratischer Wohlfahrtslogik (vgl. Tabelle 3-1) zum Teil auf die Wohlfahrtslogik des Regimetyps, die Leitvorstellungen der Politiken und die entsprechend ausgestalteten Institutionen der Länder zurückzuführen.

Die Logik der Produktion und Verteilung der Wohlfahrt basiert im sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime idealtypisch auf dem Universalismus der gleichen Teilhabe aller Staatsbürger. Dies ist in den Jahrzehnten der Hegemonie von Gewerkschaften und Sozialdemokratie in Kooperation mit der Frauenbewegung etabliert worden und unter den folgenden Mitte-Rechts-Regierungen nur mit dem Ziel der Kosteneindämmung effektiviert worden.

*Tabelle 3-2: Performanzprofile der Länder des sozialdemokratischen Wohlfahrtstyps*

Land	Innovation	Wohlstand	Ökologische Nachhaltigkeit	Soziale Sicherung	Gleiche Teilhabe	Autonomie	Frauenfreundlichkeit	Migrantenfreundlichkeit	Soziale Integration
Dänemark	1,47	0,57	0,26	2,02	0,72	0,96	1,23	-1,00	1,95
	6	12	18	1	6	8	3	36	1
Finnland	1,78	0,46	-0,19	1,28	0,89	1,28	1,10	-1,03	1,04
	2	16	28	5	3	3	4	37	5
Norwegen	0,61	1,81	0,93	1,03	0,78	1,19	1,53	-0,51	1,78
	12	2	8	7	5	4	2	31	2
Schweden	1,99	0,81	1,22	1,09	0,56	0,86	1,61	-0,32	1,75
	1	10	5	6	12	9	1	26	3

Eigene Berechnung und Darstellung.

Schweden und Finnland investieren (neben Südkorea) am meisten in Forschung und Entwicklung, was sich auch am entsprechenden Output zeigt, so dass Schweden und Finnland insgesamt bei der Innovationsfähigkeit führen. Beim Wohlstand liegen die skandinavischen Länder alle deutlich über dem internationalen Durchschnitt, wobei Norwegen wegen seines Ölreichtums sogar mit an der Spitze der betrachteten Länder steht. Während die wohlhabenden Länder Skandinaviens bei den Umweltbelastungen vergleichsweise schlecht abschneiden, gehören sie bei den Entlastungsbemühungen alle zu den besten Zehn.

Bei der sozialen Sicherung durch Vorsorge und Nachsorge insgesamt gehören die skandinavischen Länder alle zu den besten Zehn. Dänemark steht sogar an der Spitze aller betrachteten Länder, da es sowohl auf hohem Niveau in die Vorsorge durch Bildung investiert als auch auf hohem Niveau durch die Ausgaben des Sozialstaates bei Eintreten des Risikofalles wirkt und ausgleicht. Mit ihrer geringen Einkommensarmut bzw. –ungleichheit gehören alle skandinavischen Länder zu den besten Zehn. Beim Gesamtindex der objektiven Befähigung zur und subjektiv wahrgenommenen Autonomie gehören alle skandinavischen Länder zu den besten Zehn, wobei Finnlands Schulsystem bei den PISA-Evaluationen mit an der Spitze aller betrachteten Länder steht.

Beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit erreichen die vier skandinavischen Länder geschlossen die vier Spitzenplätze unter allen betrachteten Ländern, wobei Schweden bei der Beteiligung von Frauen im Parlament an der Spitze steht und Norwegen bei der Frauenerwerbstätigkeit.

Bei der Offenheit für Migranten liegen Dänemark und Finnland unter dem internationalen Durchschnitt, während sich Schweden und Norwegen etwas verbessert haben und bei der Offenheit für Migranten inzwischen zum ersten Drittel gehören. Bei der Teilhabe der (relativ wenigen) Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt gehören die Länder Skandinaviens alle zum letzten Drittel, dies ist ein gemeinsamer Schwachpunkt der skandinavischen Länder.

Bei der sozialen Integration in der Zivilgesellschaft gehören alle skandinavischen Länder zu den besten Fünf der betrachteten Länder. Dies gilt dann auch für den Gesamtindex der sozialen Integration.

Insgesamt sind die Länder Skandinaviens also auch in der Performanz sehr homogen, wobei die Leistungen überwiegend zur Spitzengruppe gehören, nur die Teilhabe der Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt ist ein gemeinsamer Schwachpunkt der skandinavischen Länder.

## **4. Das konservative Wohlfahrtsregime Kontinentaleuropas**

### **4.1 Gemeinsamkeiten der konservativen Länder**

Obwohl sie auf so verschiedene historische Entwicklungen zurückblicken, sind für die politischen Regime dieser Länder zwei bis drei große Volksparteien charakteristisch, die sich im „Mitte-Links“ bis „Mitte-Rechts“ Spektrum der jeweiligen nationalen Parteienlandschaft befinden. Zusätzlich gibt es – beispielsweise in Abgrenzung zu den Ländern des wirtschaftsliberalen Typs – eine verhältnismäßig große Anzahl kleinerer Parteien, die die Meinungsvielfalt sowie die bewegte jüngere Geschichte (Trennung Europas und Vorhandensein zweier konträrer Ideologien) in diesen Ländern widerspiegelt.

Die betrachteten Länder des konservativen Wohlfahrtstyps weisen alle Sicherungssysteme auf, die nach Berufen und gesellschaftlichen Ständen gegliedert sind und eine Status-konservierende Komponente für den Fall sozialer Risiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Alter enthalten. Dieses von dem ehemaligen deutschen Reichskanzler Bismarck eingeführte System der sozialen Sicherung, welches ursprünglich auf eine monarchische und in Stände unterteilte Gesellschaft ausgerichtet war, besteht – vor allem in Form der Sozialversicherung – in verschieden starker Ausprägung bis heute. Die unterschiedlich hohen Anteile Bismarck'scher Elemente in den Sicherungssystemen der konservativen Länder sind hierbei in den Auseinandersetzungen des Zweiten Weltkrieges begründet, nach dessen Ende hauptsächlich Österreich und Deutschland das System weiter ausgebaut haben, während sich die befreiten Länder Westeuropas stärker an Großbritannien und den USA orientierten.

Die Sozialversicherungen als zentrale Wohlfahrtsinstitutionen werden überwiegend durch einkommensbezogene Beiträge finanziert, die Basis des Anspruchs ist der Bezug zur Erwerbstätigkeit, die Leistungen erfolgen vor allem durch finanzielle Transfers und proportional zu den in der Erwerbsbiografie geleisteten Beiträgen, wobei Familienmitglieder aber mitversichert sind.

Im ökonomischen Bereich ist in allen konservativen Ländern festzustellen, dass soziale Marktwirtschaften existieren, welche zum einen die positiven Impulse des freien Marktes für einen wachsenden Wohlstand in Anspruch nehmen wollen und zum anderen ein relativ dichtes Netz sozialer Sicherungen aufbauen, um ihre Bürger gegen die damit einhergehenden Risiken abzusichern. Eine weitere Gemeinsamkeit ist die relativ starke gegenseitige Abhängigkeit von Arbeitgebern und Gewerkschaften, welche oftmals von staatlicher Seite vermittelt wird. Die Schwächung der Arbeitnehmervereinigungen und der Rückzug des Staates aus diesen Verhandlungen bei gleichzeitiger Stärkung der Arbeitgeberseite ist hierbei jedoch ein beobachtbarer Trend in allen analysierten Ländern. Ursachen für diesen gemeinsamen Trend können vor allem in den Krisen am Arbeitsmarkt seit Mitte der 1970er und besonders in den 1990er Jahre gesehen werden.

Die starke Stratifizierung der Gesellschaften und Institutionen wird auch von einem charakteristischen Geschlechterarrangement in den betrachteten Gesellschaften begleitet, welches sich erst langsam und in unterschiedlichem Tempo verändert. So wird die Rolle der Frau in einer Form konstruiert und institutionell gefestigt, die zwar eine egalitärere gesellschaftliche Position als in Ländern des familistischen Typs zum Ergebnis hat, jedoch nicht an jene der Länder mit sozialdemokratischer oder wirtschaftsliberaler Wohlfahrtslogik heranreicht. Vergleichsweise geringe Frauenerwerbsquoten und eine auf Heimerziehung seitens der Mutter ausgelegte Infrastruktur für die Kinderbetreuung sind hierbei nur zwei von verschiedenen Indikatoren für diese institutionelle Ausprägung.

## **4.2 Fallstudien der einzelnen Länder**

### **Deutschland**

#### **Typ und Entwicklungstrend**

Deutschland kann am ehesten dem konservativen Wohlfahrtsregimetypp zugeordnet werden. Dies zeigt sich besonders an der Organisation der Sozialversicherung, die sich an der Erwerbstätigkeit orientiert und nach dem Bismarck'schen Prinzip durch Beiträge finanziert wird. Zudem zielt sie darauf ab, den sozialen Status der Versicherten auch in Risikosituationen zu erhalten, wie sich unter anderem im Äquivalenzprinzip der Rentenversicherung zeigt.

Auch die Leitbilder für die Geschlechterrollen entsprechen dem konservativen Bild: Noch immer dominiert das „male-breadwinner model“, Frauen sind überproportional in Teilzeit-Arbeitsverhältnissen zu finden; die Rolle der Frauen wird, vor allem in den alten Bundesländern, noch immer in der Betreuung der Familie gesehen, sodass staatliche Leistungen für Familien vor allem finanzieller Art sind und das Kinderbetreuungsangebot relativ schlecht ausgebaut ist. Im letzten Jahrzehnt hat aber ein Paradigmenwechsel in der Familienpolitik stattgefunden, die nun verstärkt das „dual-earner model“ unterstützt.

Auch wenn mit den Hartz-Reformen die Statussicherung bei Arbeitslosigkeit zeitlich begrenzt wurde und das Kinderbetreuungsangebot ausgebaut wird, folgt Deutschland bisher am ehesten einem modernisierten Status-konservierenden Entwicklungspfad.

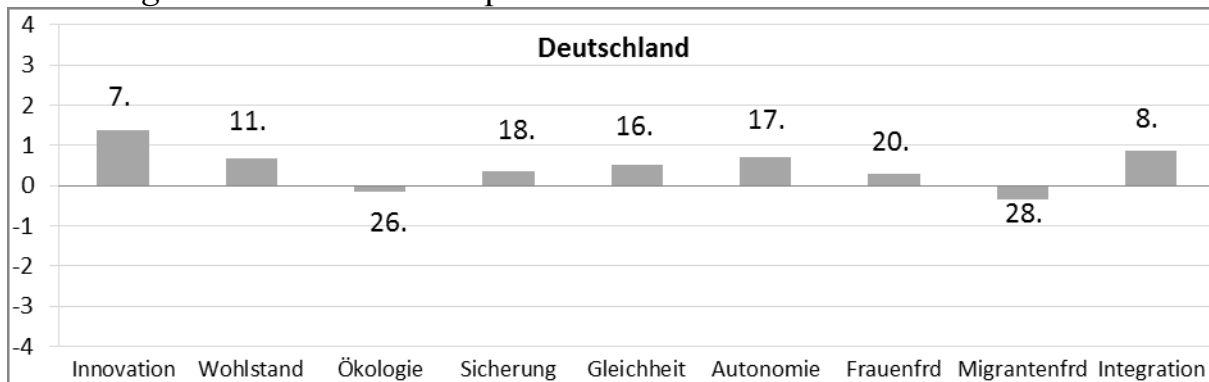
#### **Das Performanzprofil Deutschlands**

Deutschland gehört bei den privaten und öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung jeweils zu den besten zehn Ländern, bei den wichtigen Patenten rangiert es sogar auf dem vierten Platz. Damit erzielt Deutschland bei der Innovationsfähigkeit insgesamt einen guten siebten Platz. Beim durchschnittlichen Wohlstand liegt Deutschland nur an 11. Stelle, dies liegt insbesondere daran, dass die Angleichung zwischen West- und Ostdeutschland noch nicht vollständig gelungen ist. Als Kehrseite des Wohlstands gehört Deutschland

bei der ökologischen Belastung zum letzten Drittel. Andererseits liegt Deutschland mit seinen Entlastungsbemühungen zur ökologischen Nachhaltigkeit im vorderen Mittelfeld.

Bei den nachsorgenden Sozialausgaben gehört Deutschland zu den ersten zehn Ländern und erreicht damit, dass die Armutsquote und die Einkommensungleichheit im vorderen Mittelfeld liegen. Bei den vorsorgenden Bildungsausgaben aber gehört Deutschland nur zum unteren Mittelfeld. Bei der Bildungsarmut liegt Deutschland im vorderen Mittelfeld, und dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Gleichheit der Teilhabe. Bei der durchschnittlichen Lesekompetenz gemäß PISA gehört Deutschland inzwischen zum ersten Drittel und hat sich damit von 2000 bis 2012 kontinuierlich verbessert, wozu insbesondere zusätzliche Sprachkurse für Benachteiligte beigetragen haben. Bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie gehört Deutschland insgesamt zum vorderen Mittelfeld, und dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Autonomie.

Abbildung 4-6: Das Performanzprofil Deutschlands



Eigene Berechnung und Darstellung.

Im Parlament sind Frauen in Deutschland vergleichsweise gut repräsentiert, aber mit dem niedrigen Studentinnenanteil gehört Deutschland bei der Frauenfreundlichkeit insgesamt nur zum unteren Mittelfeld. Bei der Aufnahme von Migranten liegt Deutschland im unteren Mittelfeld. Dies gilt auch für die Teilhabe von Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt sowie für die Migrantenfreundlichkeit insgesamt.

Gemäß der ökonomischen Integration, d. h. der Integration der Bevölkerung in das Beschäftigungssystem und den Arbeitsmarkt, gehört Deutschland inzwischen zu den besten Zehn. Auch mit dem Ausmaß der Partizipation in der Zivilgesellschaft liegt Deutschland im ersten Drittel. Bei der sozialen Integration insgesamt gehört Deutschland damit inzwischen zu den besten Zehn.



## Österreich

### Typ und Entwicklungstrend

Österreich lässt sich sowohl institutionell als auch kulturell eindeutig dem konservativen Wohlfahrtsregimetyp zuordnen. So folgt beispielsweise das System der sozialen Sicherung dem über Beiträge finanzierten Bismarck'schen Versicherungsprinzip, das bei sozialen Risiken den sozioökonomischen Status des Betroffenen erhalten soll. Lediglich bei erwiesener Bedürftigkeit wird durch die Sozialhilfe eine Grundsicherung gewährt. Bei der Feststellung der Bedürftigkeit werden zudem das gesamte Haushaltseinkommen sowie unterhaltspflichtige Angehörige berücksichtigt. Daran zeigt sich, dass Individuen, anders als in Ländern des wirtschaftsliberalen oder sozialdemokratischen Typs, nicht einzeln, sondern im Haushalts- und Familienverband betrachtet werden.

Das gegliederte Schulsystem mit früher Selektion weist gemäß den PISA-Evaluationen eine starke soziale Vererbung auf.

Als Leitbild für die Geschlechterrollen dominiert noch das „starke ErnährermodeLL“ (Lewis/Ostner 1994), die Kinderbetreuungseinrichtungen z.B. sind nicht besonders stark ausgebaut und die Elternzeit ist lang sowie großzügig finanziert. Allerdings finden in den Geschlechterrollen auch Modernisierungsprozesse statt wie z.B. die Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit und die Angleichung des Renteneintrittsalters.

Insgesamt folgt Österreich einer zum Teil modernisierten Status-konservierenden Wohlfahrtslogik.

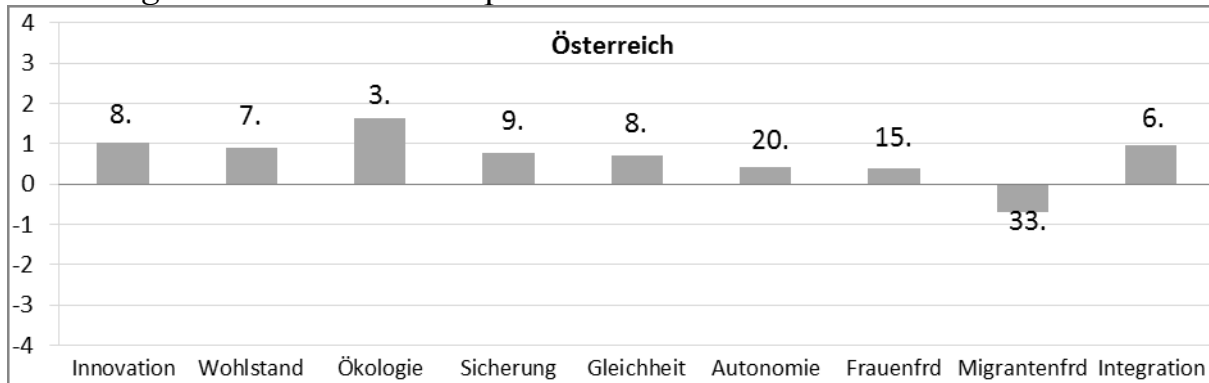
### Das Performanzprofil Österreichs

Österreich gehört bei den privaten und öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung jeweils zu den besten zehn Ländern, dies gilt dann auch für den Output der wichtigen Patente. Insgesamt rangiert Österreich damit bei der Innovationsfähigkeit auf dem achten Platz. Entsprechend seiner Innovationsfähigkeit erreicht Österreich beim durchschnittlichen Wohlstand den guten siebten Platz. Für seinen hohen Wohlstand ist die ökologische Belastung durch Österreich deutlich unterproportional. Bei den Entlastungsbemühungen liegt Österreich sogar an der Spitze – dies liegt u. a. an der Verbreitung der ökologischen Landwirtschaft –, so dass es bei der ökologischen Nachhaltigkeit den sehr guten dritten Platz einnimmt.

Österreich liegt bei den nachsorgenden Sozialausgaben an siebter Stelle und erreicht damit eine geringe Armutsquote und eine geringe Einkommensungleichheit. Der konservativen Wohlfahrtslogik entsprechend ist die Vorsorge durch Bildung weniger entwickelt. Bei den gesamten Bildungsausgaben liegt Österreich nur im Mittelfeld und rangiert bei dem Anteil der Risikoleser im Sinne von PISA auch nur im Mittelfeld. Wenn man Einkommensungleichheit, Einkommens- und Bildungsarmut insgesamt berücksichtigt, liegt Österreich bei der Gleichheit der Teilhabe inzwischen unter den ersten Zehn. Mit seinen

durchschnittlichen Bildungsausgaben und dem früh selektierenden gegliederten Schulsystem rangiert Österreich gemäß den Kompetenzmessungen von PISA nur im Mittelfeld. Bei dem Anteil der tertiären Abschlüsse und insgesamt bei der Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie liegt Österreich nur im unteren Mittelfeld. Wenn man die Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Wahlmöglichkeiten berücksichtigt, dann liegt Österreich beim Gesamtindex der Autonomie etwa im Durchschnitt der Länder.

Abbildung 4-7: Das Performanzprofil Österreichs



Eigene Berechnung und Darstellung.

Bei der Vertretung von Frauen im Parlament gehört Österreich inzwischen zu den besten Zehn. Da der Studentinnenanteil und der Frauenerwerbsquotient nur im Mittelfeld liegen, erreicht Österreich bei der Frauenfreundlichkeit insgesamt den 15. Platz. Bei der Aufnahme von Migranten liegt Österreich noch über dem Durchschnitt. Wenn man aber die starke Ungleichbehandlung von Personen mit Migrationshintergrund im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt berücksichtigt, dann gehört Österreich bei der Migrantenfreundlichkeit insgesamt nur zum letzten Drittel.

Bei der Integration der Staatsbürger in das Beschäftigungssystem und in den Arbeitsmarkt gehört Österreich jeweils zu den besten zehn Ländern. Für die Partizipation in Politik und Gewerkschaften gilt dies ebenfalls. Damit erreicht Österreich bei der sozialen Integration insgesamt den guten sechsten Platz der betrachteten Länder.

## Schweiz

### Typ und Entwicklungstrend

Der schweizerische Wohlfahrtsstaat beinhaltet Komponenten von vor allem zwei Regimetypen: dem konservativen und dem liberalen. Dies zeigt sich unter anderem in den Sozialversicherungen und hier vor allem in der ersten Säule der Rentenversicherung, der AHV: Sie stellt einen Kompromiss dar aus den Beveridge'schen und Bismarck'schen Prinzipien, aus der Armutsvermeidung und

der Stuserhaltung. Zudem ist sie beitragsfinanziert und dennoch universalistisch angelegt. Hinzu kommt, dass sowohl in der Rente als auch bei der Gesundheit der private Sektor stark betont wird. So sichert die AHV nur die Existenz des Versicherten, der darüber hinausgehende persönliche Bedarf muss durch private Zusatzversicherungen gedeckt werden. Hier, ebenso wie in den hohen privaten Ausgaben für die Gesundheit, zeigt sich die liberale Orientierung der schweizerischen Wohlfahrt, die sich auch im Wirtschaftssystem widerspiegelt.

Der konservative Charakter zeigt sich vor allem bei kulturellen Aspekten und hier besonders im Leitbild für die Geschlechterrollen: Auch wenn die Frauenerwerbsquote der Schweiz relativ hoch ist, so gehen doch die meisten Frauen, vor allem wenn sie Kinder haben, lediglich einer Teilzeitbeschäftigung nach. Ursache hierfür ist die noch immer traditionelle Arbeitsteilung in Paaren, in der den Frauen die Aufgabe der Familienfürsorge zukommt. Die Dominanz des Leitbilds traditioneller Geschlechterrollen zeigt sich auch daran, dass es kaum Betreuungseinrichtungen für Kinder unter vier Jahren gibt, genauso wenig wie Ganztagskindergärten oder -schulen (vgl. Bonoli 2006, S. 1387).

Insgesamt war die Schweiz also konservativ mit wirtschaftsliberalen Elementen (vgl. Bonoli 2006), wobei nach 1990 eine Annäherung an das kontinentale Modell stattgefunden hat (vgl. Trampusch 2010).

Die neuesten Entwicklungen lassen sich am besten als „Modernisierung“ charakterisieren (vgl. Häusermann 2010a): Durch die Verbesserung der Kinderbetreuungseinrichtungen wird die Modernisierung der Geschlechterrollen und die Frauenerwerbstätigkeit unterstützt. Die Benachteiligung der Teilzeitarbeit bei der Rentenberechnung wurde abgebaut. Die Arbeitsmarktpolitik wurde von einer nachsorgenden Bismarck-Politik auf Aktivierung umgestellt.

Im Ergebnis ist die Wohlfahrtslogik der Schweiz am ehesten eine modernisierte Bismarck-Logik mit einigen wirtschaftsliberalen Zügen.

### **Das Performanzprofil der Schweiz**

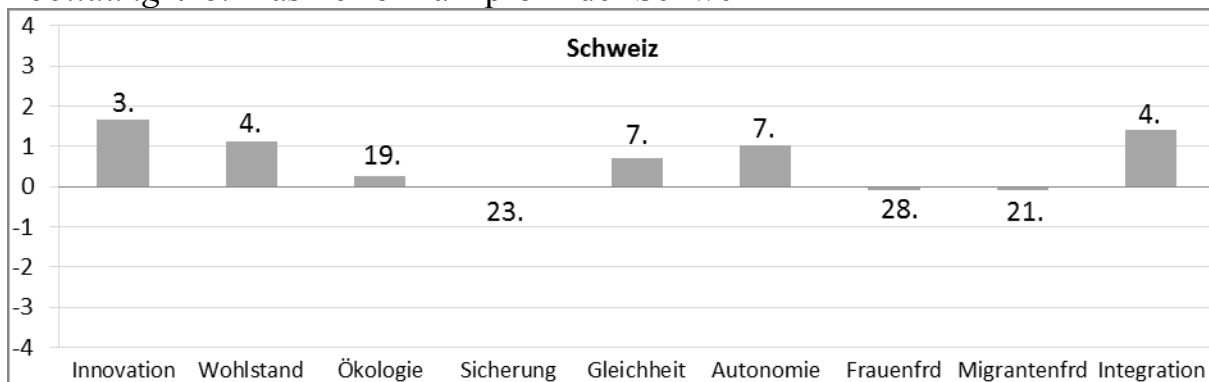
Unter den Ländern des konservativen Wohlfahrtstyps ist neben Deutschland und Österreich auch die Schweiz inzwischen am ehesten dem konservativen Wohlfahrtsregime zuzuordnen (vgl. Trampusch 2010), allerdings mit wirtschaftsliberalen Elementen.

Die Schweiz liegt insbesondere bei den privaten Investitionen in Forschung und Entwicklung mit vorn. Bei den wichtigen Patenten liegt die Schweiz sogar (hinter Japan) an zweiter Stelle. Insgesamt erzielt die Schweiz bei der Innovationsfähigkeit einen guten dritten Platz. Dies ist die Basis dafür, dass die Schweiz auch beim durchschnittlichen Wohlstand einen guten vierten Platz erreicht, wobei die Neutralität in allen militärischen Konflikten eine weitere günstige Randbedingung ist. Als Kehrseite des Wohlstands gehört die Schweiz mit den hohen Umweltbelastungen zu den letzten zehn Ländern, bei den Entlastungsbe-

mühungen zur ökologischen Nachhaltigkeit erreicht die Schweiz andererseits einen guten fünften Platz.

Bei den nachsorgenden Sozialausgaben für den Risikofall rangiert die Schweiz im unteren Mittelfeld. Bei der Armutsquote liegt die wohlhabende Schweiz dennoch im vorderen Mittelfeld. Bei den Investitionen in das Bildungssystem platziert sich die Schweiz im vorderen Mittelfeld. Damit erreicht die Schweiz einen geringen Anteil früher Schulabgänger und einen relativ geringen Anteil von Risikolesern im Sinne von PISA. Bei der Gleichheit der Teilhabe insgesamt platziert sich die Schweiz damit unter den ersten Zehn. Bei der Lesekompetenz gemäß PISA gehört die Schweiz zum ersten Drittel. Bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie insgesamt steht die Schweiz am Anfang des Mittelfelds. Wenn man die hohe Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Wahlmöglichkeiten berücksichtigt, gehört die Schweiz beim Gesamtindex der Autonomie zu den besten zehn Ländern.

Abbildung 4-8: Das Performanzprofil der Schweiz



Eigene Berechnung und Darstellung.

Bei der Vertretung von Frauen im Parlament und beim Erwerbsquotienten gehört die Schweiz noch zum vorderen Mittelfeld. Aber aufgrund des niedrigen Studentinnenanteils platziert sich die Schweiz bei der Frauenfreundlichkeit insgesamt nur am Ende des Mittelfelds. In der Schweiz dominieren traditionelle Geschlechterrollen, in diesem Sinne ist die Schweiz eindeutig konservativ. Mit ihrer sprachlichen und kulturellen Vielfalt ist die Schweiz andererseits sehr gut zugänglich für Migranten, sie nimmt entsprechend den zweithöchsten Anteil an Migranten auf. Bei der Teilhabe der Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt liegt die Schweiz aber unter dem Durchschnitt. Insgesamt rangiert die Schweiz damit bei der Migrantenfreundlichkeit etwa im Durchschnitt der Länder.

Bei der Integration in das Beschäftigungssystem liegt die Schweiz an der Spitze und platziert sich bei der Integration in den Arbeitsmarkt an zweiter Stelle. Bei der Partizipation in Politik und Gewerkschaften gehört die Schweiz zu den

ersten Zehn. Bei der sozialen Integration insgesamt erreicht die Schweiz damit den guten vierten Platz.

## **Belgien**

### **Typ und Entwicklungstrend**

Das belgische System der sozialen Sicherung weist eine Vielzahl konservativer Merkmale auf, sodass es sich eindeutig diesem Wohlfahrtsregimetypp zuordnen lässt: Es besteht das Versicherungsprinzip, das sich auf die Erwerbsarbeit stützt und dessen Leistungen proportional zum vorherigen Lohn ausfallen, zudem ist bei der Bestimmung der Leistungen stets der Familienstand mitentscheidend. Einzig die Sozialhilfe, die einen universalistischen Ansatz verfolgt, sowie die teilweise Finanzierung der Sozialsysteme durch Steuern weichen von diesem Prinzip ab. Das Leitbild für die Geschlechterrollen weist ebenfalls auf die Zugehörigkeit zum konservativen Wohlfahrtsregime hin: Auch wenn durch ein gut ausgebautes Kinderbetreuungsangebot versucht wird, eine stärkere Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern bei der Erwerbsbeteiligung herzustellen, gibt es eine starke geschlechterspezifische Segmentierung des Arbeitsmarktes und ausgeprägte geschlechtsspezifische Einkommensunterschiede.

### **Das Performanzprofil Belgiens**

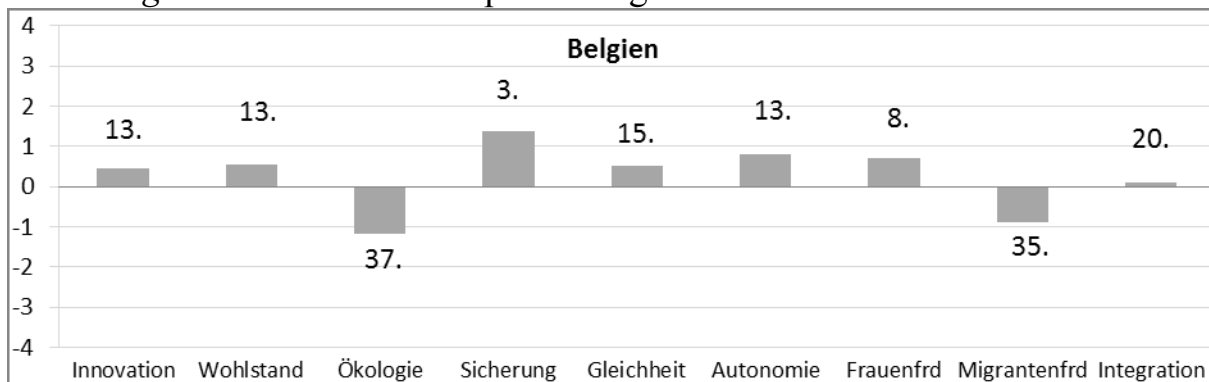
Auch die Beneluxländer können dem konservativen Wohlfahrtstyp zugeordnet werden, allerdings mit teils erheblichen Abweichungen. Dem konservativen Idealtyp steht das Wohlfahrtsarrangement Belgiens am nächsten, weshalb das Land an dieser Stelle als erstes analysiert wird.

Belgien rangiert bei den privaten Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie bei den wichtigen Patenten im ersten Drittel. Insgesamt erzielt Belgien bei der Innovationsfähigkeit den 13. Platz. Belgien gelang der Übergang von der Dominanz der Kohle- und Stahlindustrie in den 1960er Jahren zur modernen Dienstleistungsgesellschaft, in der über zwei Drittel des BIP im Dienstleistungssektor erwirtschaftet werden. Auf der Basis der modernisierten Wirtschaftsstruktur erreicht Belgien beim durchschnittlichen Wohlstand ebenfalls den 13. Platz. Als Kehrseite des Wohlstands gehört Belgien mit seinen hohen Umweltbelastungen – u.a. ein zu hoher Anteil der Risikotechnologie Kernenergie – zu den letzten Zehn der berücksichtigten Länder. Auch bei der ökologischen Nachhaltigkeit insgesamt rangiert Belgien unter den letzten Zehn.

Bei den nachsorgenden Sozialausgaben für den Risikofall liegt Belgien auf dem dritten Platz und erreicht damit eine relativ geringe Einkommensungleichheit. Mit dem Ausmaß der Bildungsungleichheit liegt Belgien im vorderen Mittelfeld. Bei der Gleichheit der Teilhabe bezüglich Bildung und Einkommen insgesamt gehört Belgien zum ersten Drittel. Mit seinen gesamten Bildungsausgaben gehört Belgien zu den ersten zehn Ländern. Auf dieser Basis liegt Belgien bei

der Lesekompetenz gemäß PISA im ersten Drittel. Bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie insgesamt rangiert Belgien auf dem neunten Platz. Wenn man die Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Wahlmöglichkeiten berücksichtigt, gehört Belgien beim Gesamtindex der Autonomie zum ersten Drittel der betrachteten Länder.

Abbildung 4-9: Das Performanzprofil Belgiens



Eigene Berechnung und Darstellung.

Bei der Vertretung von Frauen im Parlament gehört Belgien zu den besten Zehn. Beim Studentinnenanteil und beim Erwerbsquotienten schneidet Belgien schlechter ab. Bei der Frauenfreundlichkeit insgesamt gehört Belgien aber zu den besten Zehn der berücksichtigten Länder. Bei der Aufnahme von Migranten liegt Belgien im ersten Drittel, bei der Teilhabe von Migranten im Bildungsbereich und auf dem Arbeitsmarkt aber im letzten Drittel. Belgien rangiert deshalb beim Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit ebenfalls im letzten Drittel.

Bei der Integration der Bevölkerung in das Beschäftigungssystem und in den Arbeitsmarkt gehört Belgien jeweils zum Mittelfeld. Die Partizipation in den Gewerkschaften ist gut und gemäß der Integration in die Zivilgesellschaft platziert sich Belgien im ersten Drittel. Bei der sozialen Integration insgesamt gehört Belgien dann zum vorderen Mittelfeld.

## Luxemburg

### Typ und Entwicklungstrend

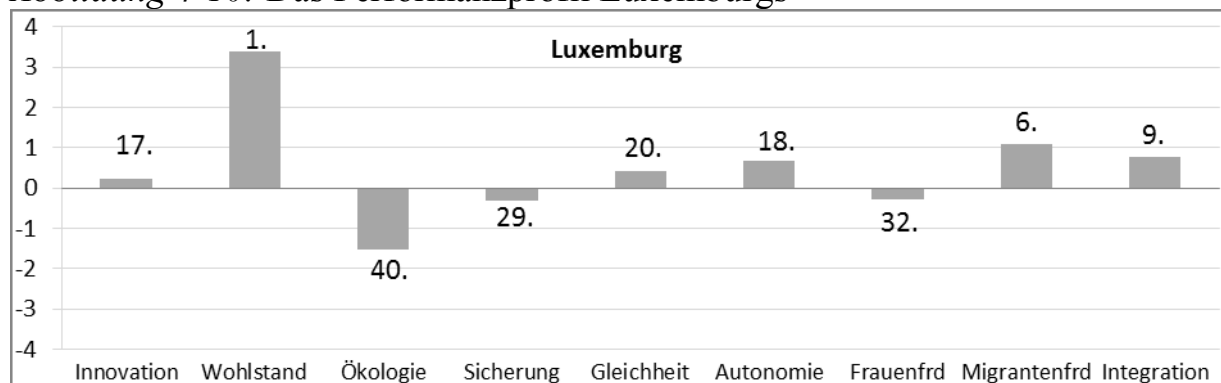
Das System der sozialen Sicherung Luxemburgs entspricht dem beitragsfinanzierten Bismarck'schen Versicherungssystem. Allerdings wird es in erheblichem Maße vom Staat bezuschusst, der einen Anteil des Sozialversicherungsbeitrages eines jeden Versicherten übernimmt. Dadurch wird zwar ein umfangreicher Schutz vor Risiken erreicht, allerdings auch ein hohes Kostenniveau, das sich ebenso in den Lohnnebenkosten niederschlägt. Daher soll bei Rente, Arbeitsunfähigkeit und Gesundheitsfürsorge mehr Verantwortung an die Bürger abgegeben werden.

Insgesamt jedoch kann Luxemburg dem konservativen Wohlfahrtsregimetypp zugeordnet werden, was sich, neben dem Sozialversicherungssystem, unter anderem auch auf kulturelle Aspekte, vor allem auf das noch immer dominierende „male-breadwinner model“ im katholischen Luxemburg zurückführen lässt.

### Das Performanzprofil Luxemburgs

Luxemburg weist als Stadtstaat und internationales Finanzdienstleistungszentrum einige Besonderheiten auf. Der durchschnittliche Wohlstand liegt mit Abstand an der Spitze der betrachteten Länder, was weniger als bei den anderen Ländern auf der Innovationsfähigkeit beruht, sondern eher in der besonderen Rolle als Finanzdienstleistungszentrum in der internationalen Arbeitsteilung. Bei den Messungen von Prozentanteilen am BIP muss berücksichtigt werden, dass bei einem absolut sehr hohen BIP auch Ausgaben auf einem guten Niveau als Anteil im Vergleich zu anderen Ländern relativ geringer ausfallen. Dies gilt dann auch für den Anteil öffentlicher Ausgaben für Forschung und Entwicklung, die nur zum letzten Drittel gehören. Bei den privaten Ausgaben für Forschung und Entwicklung gehört Luxemburg zum ersten Drittel, bei der Verbreitung der Internetnutzung und bei den wichtigen Patenten ebenfalls. Mit seiner Innovationsfähigkeit insgesamt rangiert Luxemburg dann im vorderen Mittelfeld. Der Wohlstand Luxemburgs ist wegen seiner besonderen Rolle in der internationalen Arbeitsteilung noch höher, als gemäß der Innovationsfähigkeit zu erwarten. Als Kehrseite des hohen Wohlstands rangiert Luxemburg mit seinen hohen Umweltbelastungen an vorletzter Stelle. Auch bei den Entlastungsbemühungen platziert sich Luxemburg nur im letzten Drittel und gehört bei der ökologischen Nachhaltigkeit insgesamt zu den letzten Fünf der betrachteten Länder.

Abbildung 4-10: Das Performanzprofil Luxemburgs



Eigene Berechnung und Darstellung.

Bei den nachsorgenden Sozialausgaben für den Risikofall gehört Luxemburg zum oberen Mittelfeld und erreicht damit eine vergleichsweise niedrige Quote relativer Armut und eine unterdurchschnittliche Einkommensungleichheit. Bei

den Bildungsausgaben schneidet Luxemburg deutlich schlechter ab. Mit seinem geringen Anteil an Bildungsausgaben gehört Luxemburg beim Anteil der Risikoleser gemäß PISA zum letzten Drittel der Länder. Der Anteil der frühen Schulabgänger ist nicht hoch, sodass sich Luxemburg bei der Gleichheit der Teilhabe insgesamt im vorderen Mittelfeld platziert. Bei der durchschnittlichen Lesekompetenz erreicht Luxemburg als sehr wohlhabendes Land nur ein durchschnittliches Ergebnis. Bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie rangiert Luxemburg dann auch nur im Mittelfeld. Wenn man die Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Wahlmöglichkeiten berücksichtigt, dann liegt Luxemburg beim Gesamtindex der Autonomie im vorderen Mittelfeld.

Im katholischen Luxemburg dominieren traditionelle Geschlechterrollen. Bei der Vertretung von Frauen im Parlament gehört Luxemburg noch zum unteren Mittelfeld, aber beim Studentinnenanteil rangiert Luxemburg im letzten Drittel. Bei der Frauenfreundlichkeit insgesamt liegt Luxemburg ebenfalls im letzten Drittel. Ein Starkpunkt dagegen ist die Migrantenfreundlichkeit. Luxemburg platziert sich mit seinem Anteil bei der Aufnahme von Migranten an der Spitze von allen berücksichtigten Ländern. Bei der Teilhabe von Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt gehört Luxemburg zum oberen Mittelfeld. Insgesamt platziert sich Luxemburg bei der Migrantenfreundlichkeit damit unter den besten Zehn der betrachteten Länder.

Bei der ökonomischen Integration gehört Luxemburg zum vorderen Mittelfeld. Bei der Partizipation in Politik und Gewerkschaften platziert sich Luxemburg unter den ersten Zehn. Bei der sozialen Integration insgesamt gehört Luxemburg dann inzwischen auch zu den besten Zehn der betrachteten Länder.

## **Frankreich**

### **Typ und Entwicklungstrend**

In seiner Grundstruktur, der berufsständisch organisierten Sozialversicherung, entspricht Frankreich dem Typ des Status-konservierenden Wohlfahrtsstaates. Allerdings lassen sich einige Abweichungen von diesem Muster feststellen. So finanziert sich das System der sozialen Sicherung nicht mehr ausschließlich über Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge, sondern zunehmend über Steuern und Abgaben. Dies deutet auf eine Abkehr vom System der Status-konservierenden Versicherung und auf eine Bewegung zu universalistischen Ansätzen hin. Anhaltspunkt hierfür ist auch die allgemeine Krankenversicherung CMU für Personen, die aufgrund von Arbeitslosigkeit oder ähnlichem nicht in der Lage sind, Beiträge zu entrichten.

Das Leitbild für die Geschlechterrollen unterscheidet sich ebenfalls von dem typisch konservativen: Das „dual-earner model“ hat sich in der Gesellschaft weitgehend durchgesetzt, was vor allem durch die umfangreichen Kinderbetreuungangebote ermöglicht wird.



Insgesamt kann Frankreich daher als konservativer Wohlfahrtsstaat bezeichnet werden, der auch einige universalistische Elemente enthält.

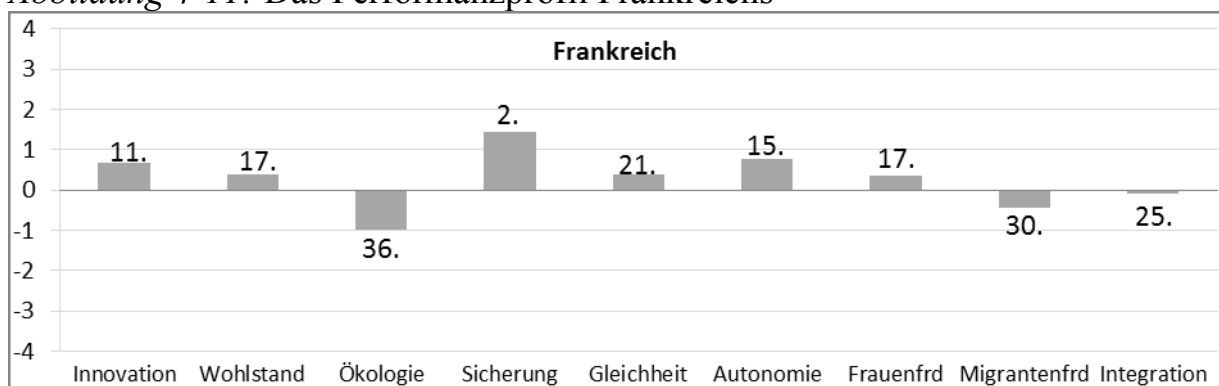
Als Trend diagnostiziert Bruno Palier (2010c) „Dualisierungen“ der französischen Gesellschaft: Auf der einen Seite erhalten die durch die Systeme sozialer Sicherheit versicherten „Insider“ die Leistungen verstärkt proportional zu den vorher gezahlten Beiträgen. Auf der anderen Seite bekommen die „Outsider“ steuerfinanzierte und bedürftigkeitsgeprüfte Grundsicherungen, geknüpft an Maßnahmen zur Aktivierung und Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit für den Arbeitsmarkt.

D.h. dass die sozialen Sicherungssysteme in der „proportionalen“ Bismarck'schen Tradition verbleiben, aber die einheitlichen Grundsicherungen von einem wachsenden Anteil an Bedürftigen in Anspruch genommen werden müssen.

### Das Performanzprofil Frankreichs

Bei den privaten und öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung gehört Frankreich jeweils zum ersten Drittel. Dies gilt auch für die Internetnutzung sowie die wichtigen Patente und dann für die Innovationsfähigkeit insgesamt. Der durchschnittliche Wohlstand Frankreichs liegt im oberen Mittelfeld der betrachteten Länder. Mit seinen hohen Umweltbelastungen andererseits rangiert Frankreich mit am Schluss, weil es einseitig auf die Risikotechnologie Kernkraft setzt. Diese (Atom-)Machtpolitik ist zwar historisch verständlich, aber dennoch nicht vernünftig. Bei den Entlastungsmaßnahmen andererseits liegt Frankreich im allgemeinen Durchschnitt.

Abbildung 4-11: Das Performanzprofil Frankreichs



Eigene Berechnung und Darstellung.

Bei den nachsorgenden Sozialleistungen für den Risikofall platziert sich Frankreich an der Spitze aller betrachteten Länder und erzielt damit eine geringe Quote relativer Armut. Die Einkommensungleichheit liegt im vorderen Mittelfeld der Länder. Auch bei den gesamten Bildungsausgaben zur Vorsorge liegt Frankreich im ersten Drittel und erreicht damit einen Anteil früher

Schulabgänger und einen Anteil von Risikolesern im Sinne von PISA jeweils im allgemeinen Durchschnitt. Bei der Gleichheit der Teilhabe bezüglich Bildungschancen und Einkommen insgesamt platziert sich Frankreich dann auch im allgemeinen Durchschnitt. Der hohe Anteil der gesamten Bildungsausgaben am BIP schlägt sich inzwischen in den Ergebnissen des Bildungssystems nieder. Bei der durchschnittlichen Lesekompetenz gemäß PISA und der PISA-Spitze gehört Frankreich zum ersten Drittel. Auch bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie insgesamt platziert sich Frankreich im ersten Drittel, und dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Autonomie.

Bei der Vertretung von Frauen im Parlament liegt Frankreich im vorderen Mittelfeld. Mit der pronatalistischen Infrastrukturpolitik für Mütter erzielt Frankreich eine hohe Frauenerwerbsquote. Beim Studentinnenanteil rangiert Frankreich nur im unteren Mittelfeld. Bei der Frauenfreundlichkeit insgesamt gehört Frankreich damit zum vorderen Mittelfeld. Bei der Aufnahme von Migranten liegt Frankreich etwas über dem internationalen Durchschnitt. Bei der Teilhabe der Migranten auf dem Arbeitsmarkt rangiert Frankreich im Durchschnitt. Aber bei der Teilhabe der Migranten im Bildungssystem sowie bei der Migrantenfreundlichkeit insgesamt gehört Frankreich zum letzten Drittel.

Bei der Integration in das Beschäftigungssystem liegt Frankreich wegen seiner hohen Frauenerwerbstätigkeit noch im Durchschnitt. Bei der Integration in den Arbeitsmarkt aber sowie bei der Partizipation in Gewerkschaften gehört Frankreich zum unteren Mittelfeld. Auch bei der sozialen Integration insgesamt rangiert Frankreich im unteren Mittelfeld der betrachteten Länder.

## **Niederlande**

### **Typ und Entwicklungstrend**

Der niederländische Wohlfahrtsstaat enthält sowohl konservative als auch universalistische Elemente. Dies zeigt sich deutlich am Aufbau des Sozialversicherungssystems, das die Grundlage der sozialen Sicherung darstellt: Neben den korporatistischen Arbeitnehmersicherungen, die sich an der Bismarck'schen Tradition orientieren, bestehen universalistische Volksversicherungen, die allen Einwohnern der Niederlande offen stehen.

Kulturell sind die Niederlande jedoch aufgrund des trotz aller Offenheit noch immer vorherrschenden „male-breadwinner model“ eher im konservativen Bereich zu verorten. Daher können sie auch dem konservativen Wohlfahrtsregimetypp zugeordnet werden, wenn auch mit einigen sozialdemokratischen und wirtschaftsliberalen Elementen.

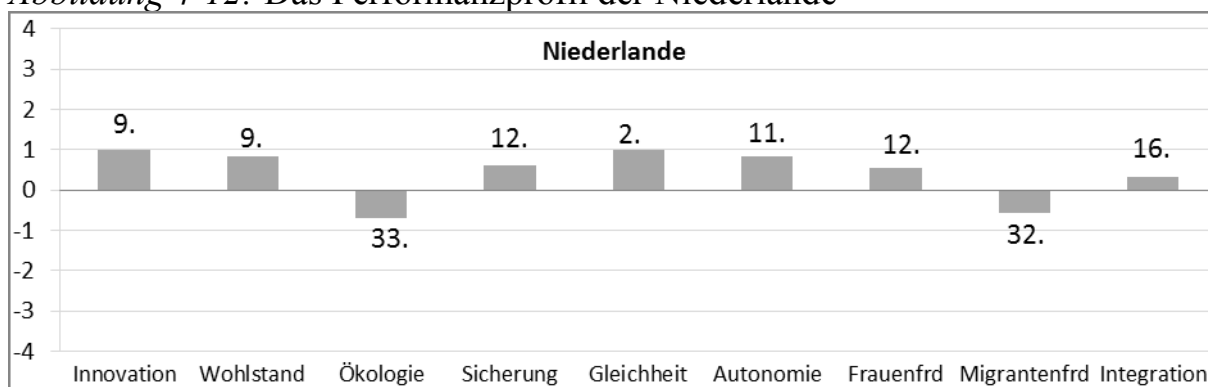
### **Das Performanzprofil der Niederlande**

Die Niederlande platzieren sich bei den öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung, bei der Verbreitung der Internetnutzung und bei den

wichtigen Patenten jeweils unter den ersten Zehn der berücksichtigten Länder. Bei der Innovationsfähigkeit insgesamt erzielen sie den neunten Platz. Auf dieser Basis erreichen die Niederlande beim durchschnittlichen Wohlstand ebenfalls den neunten Platz. Als Kehrseite des hohen Wohlstands sind die Umweltbelastungen insgesamt ebenfalls hoch. Auch bei dem Einsatz regenerativer Energien und bei den Entlastungsbemühungen insgesamt gehören die Niederlande zum letzten Drittel. Dies gilt dann auch für den Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit.

Bei den nachsorgenden Sozialausgaben für den Risikofall platzieren sich die Niederlande im ersten Drittel und liegen bei der Einkommensungleichheit sowie der relativen Einkommensarmut unter den besten Zehn. Bei den gesamten Bildungsausgaben liegen die Niederlande auch im ersten Drittel und erreichen auf dieser Grundlage, dass sie mit dem niedrigen Anteil früher Schulabgänger und dem geringen Anteil an Risikolesern im Sinne von PISA zum besten Drittel gehören. Bei der Gleichheit der Teilhabe bezüglich Bildung und Einkommen insgesamt platzieren sich die Niederlande auf dem sehr guten zweiten Platz. Auf der Basis der gesamten Bildungsausgaben liegen die Niederlande bei der Lesekompetenz gemäß PISA im ersten Drittel. Bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie gehören die Niederlande zum ersten Drittel, und dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Autonomie.

Abbildung 4-12: Das Performanzprofil der Niederlande



Eigene Berechnung und Darstellung.

Bei der Vertretung von Frauen im Parlament erzielen die Niederlande einen guten sechsten Platz. Beim Erwerbsquotienten liegen die Niederlande im ersten Drittel. Auch insgesamt gehören die Niederlande bei der Frauenfreundlichkeit damit zum besten Drittel. Bei der Aufnahme von Migranten liegen die Niederlande im Mittelfeld, aber bei der Teilhabe von Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt gehören sie zum unteren Mittelfeld. Insgesamt rangieren die Niederlande beim Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit inzwischen im letzten Drittel.

Bei der Integration in das Beschäftigungssystem liegen die Niederlande mit vorn, dies erreichen sie insbesondere durch die Teilzeiterwerbstätigkeit vieler Frauen. Bei der ökonomischen Integration sind die Niederlande sehr erfolgreich. Bei der Teilhabe in der Zivilgesellschaft gehören die Niederlande zum vorderen Mittelfeld, und dies gilt dann auch für den Gesamtindex der sozialen Integration.

### 4.3 Performanz der konservativen Länder Kontinentaleuropas

In den Ländern mit konservativer Wohlfahrtslogik herrscht insgesamt ein relativ hoher Lebensstandard, verbunden mit einer recht guten und umfassenden sozialen Absicherung der Bürger (vgl. Tabelle 4-1). Dennoch lassen sich einige Mängel dieses Regimetyps identifizieren, sodass die Performanz der konservativen Länder im internationalen Vergleich hinter den Ländern des sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime-Typs liegt. Im Folgenden soll nun auf die einzelnen Platzierungen der konservativen Länder hinsichtlich der acht Performanzkriterien näher eingegangen sowie versucht werden, diese zum Teil auf die Wohlfahrtslogik des Regimetyps, die Leitvorstellungen der Politiken und die entsprechend ausgestalteten Institutionen der Länder zurückzuführen.

Tabelle 4-1: Performanzprofile der Länder des konservativen Wohlfahrtstyps

Land	Innovation	Wohlstand	Ökologische Nachhaltigkeit	Soziale Sicherung	Gleiche Teilhabe	Autonomie	Frauenfreundlichkeit	Migrantenfreundlichkeit	Soziale Integration
Belgien	0,46	0,55	-1,16	1,37	0,52	0,82	0,70	-0,90	0,10
	13	13	37	3	15	13	8	35	20
Deutschland	1,36	0,67	-0,15	0,35	0,50	0,70	0,29	-0,36	0,87
	7	11	26	18	16	17	20	28	8
Frankreich	0,69	0,39	-1,00	1,42	0,38	0,76	0,35	-0,43	-0,10
	11	17	36	2	21	15	17	30	25
Luxemburg	0,22	3,38	-1,53	-0,31	0,42	0,66	-0,29	1,08	0,76
	17	1	40	29	20	18	32	6	9
Niederlande	0,99	0,84	-0,71	0,61	0,99	0,83	0,56	-0,55	0,32
	9	9	33	12	2	11	12	32	16
Österreich	1,03	0,90	1,64	0,76	0,71	0,42	0,39	-0,70	0,95
	8	7	3	9	8	20	15	33	6
Schweiz	1,65	1,11	0,25	-0,02	0,72	1,03	-0,10	-0,08	1,42
	3	4	19	23	7	7	28	21	4

Angegeben sind die z-Werte (obere Zeile) und Rangplätze (untere Zeile) der Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Bei den Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie bei der Innovationsfähigkeit insgesamt liegen die Länder Kontinentaleuropas alle über dem internationalen Durchschnitt. Die Schweiz erreicht bei den Patenten sogar den zweiten Platz und beim Gesamtindex der Innovationsfähigkeit den dritten Platz. Für Deutschland ist der siebte Platz bei der Innovationsfähigkeit die beste Platzierung von allen Performanzkriterien.

Entsprechend liegen die Länder Kontinentaleuropas auch beim durchschnittlichen Lebensstandard alle über dem internationalen Durchschnitt. Luxemburg steht als internationales Finanzdienstleistungszentrum sogar an der Spitze von allen betrachteten Ländern und die Schweiz an vierter Stelle. Innovative Wirtschaften und gut ausgebaute soziale Sicherungssysteme als Stabilisatoren tragen zu diesem hohen Wohlstand bei.

Als Kehrseite des hohen Wohlstands liegen – bis auf Österreich – alle Länder Kontinentaleuropas bei den Umweltbelastungen über dem internationalen Durchschnitt. Am stärksten gilt dies für den Stadtstaat Luxemburg sowie für Frankreich und Belgien, wobei die beiden letzteren viel zu stark auf die Risikotechnologie Kernkraft setzen. Bei den Entlastungsbemühungen steht Österreich u.a. wegen seiner nachhaltigen Landwirtschaft an der Spitze von allen berücksichtigten Ländern. Das „Bewahren“ auch der Natur wird in der Schweiz und Deutschland ebenfalls überdurchschnittlich berücksichtigt. Die Beneluxstaaten rangieren allerdings auch bei den Entlastungsbemühungen im letzten Drittel. Beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit erreicht Österreich den guten dritten Platz und auch die Schweiz liegt noch über dem internationalen Durchschnitt, während Deutschland knapp darunter liegt. Die Beneluxländer und Frankreich mit seinem Schwerpunkt auf Kernkraft rangieren beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit im letzten Drittel der berücksichtigten Länder.

Bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates liegen die konservativen Länder – bis auf die Schweiz – deutlich über dem internationalen Durchschnitt, Frankreich erzielt sogar den ersten Platz und Belgien den dritten, auch Deutschland schneidet mit dem neunten Platz gut ab. In der Schweiz dagegen sind die Privatausgaben für die Gesundheit und für die Altersvorsorge überdurchschnittlich hoch, dies ist die wirtschaftsliberale Komponente in der Wohlfahrtslogik der Schweiz. Beim Anteil der gesamten Bildungsausgaben (am BIP) zur Vorsorge liegen fast alle konservativen Länder ebenfalls etwas über dem Durchschnitt, allerdings liegt Deutschland knapp darunter und Luxemburg platziert sich noch schlechter, wobei aber der tertiäre Bereich fehlt und das sehr hohe BIP p. K. zu berücksichtigen ist. Bei der gesamten sozialen Sicherung durch Vorsorge und Nachsorge erreichen Frankreich und Belgien die guten Plätze zwei und drei, außer Luxemburg liegen alle konservativen Länder Kontinentaleuropas über dem Durchschnitt, wobei Luxemburg wegen der Messprobleme schlecht einzuordnen ist. Die konservativen Staaten Kontinentaleuropas haben also insgesamt gut ausgebaute Sozialstaaten.

Bei der Gleichheit der Teilhabe bzgl. Einkommen und Bildung erreichen die Niederlande den sehr guten zweiten Platz. Auch die Schweiz und Österreich gehören dabei zu den besten Zehn. Alle kontinentaleuropäischen Länder liegen wegen der gut ausgebauten Sozialstaaten bei der Gleichheit der Teilhabe über dem internationalen Durchschnitt, Deutschland liegt dabei auf Platz 16. Bzgl. der Einkommensungleichheit und -armut schneiden die Niederlande und Österreich mit ihren umfassenden Sozialstaaten besonders gut ab.

Bei der Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie liegen alle kontinentaleuropäischen Länder über dem internationalen Durchschnitt. Wenn man etwa den Indikator der durchschnittlichen Lesekompetenz gemäß PISA betrachtet, dann haben die Niederlande, Belgien, die Schweiz, Deutschland und Frankreich in etwas das gleiche Niveau und belegen die Plätze 10-14. Das österreichische Schulsystem mit seiner frühen primären Selektion schneidet etwas schlechter ab, und dies gilt auch für Luxemburg wegen seines hohen Migrantenanteils.

Bei der Frauenfreundlichkeit liegen die konservativen Länder Kontinentaleuropas – bis auf die Schweiz und Luxemburg – über dem internationalen Durchschnitt. Wenn man die Vertretung von Frauen im Parlament betrachtet, dann gehören die Niederlande, Belgien, Deutschland und Österreich sogar zu den besten Zehn. Das katholische Luxemburg ist beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit der Ausreißer nach unten und liegt mit seinen traditionelleren Geschlechterrollen im letzten Drittel der betrachteten Länder.

Bei der Aufnahme von Migranten liegen alle Länder Kontinentaleuropas inzwischen über dem internationalen Durchschnitt, wobei das kleine Luxemburg den guten vierten Platz einnimmt und die vielsprachige Schweiz den sechsten Platz. Bei der Teilhabe der Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt dagegen liegen alle Länder Kontinentaleuropas unter dem internationalen Durchschnitt, wobei Österreich, die Schweiz und vor allem Belgien besonders schlecht abschneiden. Beim Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit erreicht Luxemburg damit den guten sechsten Platz, während Frankreich, die Niederlande, Österreich und Belgien zum letzten Drittel der berücksichtigten Länder gehören.

Bei der ökonomischen Integration, d.h. der Integration in das Beschäftigungssystem und in den Arbeitsmarkt, gehören die Schweiz, die Niederlande, Österreich und Deutschland zu den besten Zehn, die Schweiz steht sogar an der Spitze aller betrachteten Länder. Von den kontinentaleuropäischen Ländern rangiert nur Frankreich unter dem internationalen Durchschnitt. Bei der Teilhabe in der Zivilgesellschaft liegen alle Länder Kontinentaleuropas über dem internationalen Durchschnitt. Beim Gesamtindex der sozialen Integration gehören die Schweiz, Österreich, Deutschland und Luxemburg zu den besten Zehn der betrachteten Länder. Von den Ländern Kontinentaleuropas liegt nur Frankreich etwas unter dem internationalen Durchschnitt.

Insgesamt sind die sieben konservativen Länder Kontinentaleuropas zwar nicht so homogen wie die vier sozialdemokratischen Länder Skandinaviens, aber sie bilden dennoch auch bzgl. der Performanz eine klar erkennbare Gruppierung.

## **5. Das wirtschaftsliberale angelsächsische Wohlfahrtsregime**

### **5.1 Gemeinsamkeiten der wirtschaftsliberalen Länder**

Die Länder des wirtschaftsliberalen angelsächsischen Wohlfahrtstyps – die USA, Kanada, Australien, Neuseeland, Großbritannien und Irland – weisen eine Reihe gemeinsamer Merkmale auf. Sie verfügen über weitgehend liberalisierte Märkte, d.h. diese sind von staatlicher Seite kaum reguliert. Der Glaube an die Balance zwischen Angebot und Nachfrage als natürlichem Regulierungsmechanismus des Wirtschaftssystems ist vorherrschend, der ein Eingreifen von Seiten des Staates überflüssig machen soll. Ausgehend von dieser Logik gilt der Markt in den genannten Ländern als wichtigste Wohlfahrtsinstitution, der an zweiter Stelle die Familie und zuletzt die staatliche Wohlfahrt in ihrer Relevanz nachgeordnet sind.

Die Autonomie des Individuums ist im residualen Sozialstaat größtmöglich, die persönliche Leistung(sfähigkeit) spielt eine entscheidende Rolle. Gleichzeitig trägt der Einzelne die Verantwortung für sein Wohlergehen ebenso wie für sozioökonomische Risiken, die nur in geringem Maße vom Staat oder den Arbeitgebern mitgetragen werden. In der Praxis bringt dieses Regelungssystem in der Summe wohlhabende Gesellschaften hervor, die jedoch ausgeprägte soziale und regionale Disparitäten aufweisen. Den betrachteten Ländern ist gemein, dass der Staat erst in Bezug auf die Versorgungslücken aktiv wird, die durch das „freie Spiel der Kräfte“ nicht geschlossen werden können, nachdem verschiedene Bedürftigkeitstests (means-tests) durchgeführt wurden und die Betroffenen ihre Bedürftigkeit nachgewiesen haben.

Der Einfluss der Gewerkschaften in diesem Regimetyp ist traditionell vergleichsweise schwach. In den letzten dreißig Jahren wurde er zum Teil durch staatliche Eingriffe (Großbritannien, Neuseeland) zusätzlich geschwächt. Aus diesem Grund bestehen für Arbeitnehmer nur geringe Möglichkeiten zur Durchsetzung ihrer Rechte oder arbeitsplatzsichernder Maßnahmen. Während zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Löhne ausreichend hoch sein sollten, um eine Familie ernähren zu können (male- breadwinner model), sind die Lebenshaltungskosten seit den 1980er Jahren zwar gestiegen, die Durchschnittslöhne jedoch nicht. Gleichzeitig war allgemein eine wachsende sozioökonomische Ungleichheit zu beobachten.

Charakteristisch für diesen Wohlfahrtstyp sind pauschale Leistungen, die auf einem niedrigen Niveau universalistisch gewährt werden und oft nicht die Basisansprüche sichern. Dabei bleiben vorherige Gehälter häufig unberücksichtigt. Private Vorsorgemaßnahmen haben – z.B. in Bezug auf die Altersrente –

Vorrang vor staatlichen Leistungen. Diese gelten nicht als selbstverständlich, sondern setzen Bedürftigkeitstests voraus. Auf dem Arbeitsmarkt ging der Trend in den letzten dreißig Jahren in Richtung Aktivierung, d.h. Arbeitssuchende sollten zur Annahme von Arbeitsstellen durch allgemeine Verknappung der Leistungen bzw. durch Einkommenssubventionen ermuntert werden. Diese Entwicklung führte vor allem in den USA zu einer steigenden Zahl der so genannten „Working Poor“.

Ähnlich verhält es sich bei dem Gesundheitssystem der analysierten Länder. Dieses bietet mehrheitlich eine Grundversorgung an und macht weitergehende Leistungen von den individuellen Zahlungen der Betroffenen abhängig. Aus diesem Grund ist der Anteil der privaten Zahlungen im Gesundheitssystem und auch in den anderen Wohlfahrtsbereichen im Vergleich zu anderen OECD-Ländern hoch. Dies führt dazu, dass sich die divergierenden finanziellen Möglichkeiten der Individuen in unterschiedlichen Absicherungen und Spielräumen bei der Vorsorge sozialer Risiken (Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter) niederschlagen.

Zwar sind die staatlichen Ausgabenanteile am BIP für Bildung hoch. Das Bildungssystem in den Ländern des wirtschaftsliberalen Wohlfahrtstyps weist jedoch gleichzeitig einen hohen Anteil privater Finanzierung auf. Hieraus ergibt sich eine schichtabhängige Ungleichverteilung der Zugangschancen zu Bildung und der Möglichkeit sozialen Aufstiegs. Nur ein kleiner Teil der Bevölkerung profitiert vom aktuellen System und hat Zugang zu hochwertiger bzw. weiterführender Hochschulbildung. Für einen Großteil der Bevölkerung ist der Zugang zum tertiären Bildungssektor aus finanziellen Gründen schwierig.

Was den Aspekt der Geschlechtergleichheit angeht, so herrscht eine relativ hohe Varianz zwischen den betrachteten Ländern, auf die bei den Besonderheiten eingegangen werden wird. Allgemein kann von einer „Gender Neutrality“ gesprochen werden, das heißt, dass der Staat nicht oder nur selten in das Verhältnis zwischen den Geschlechtern eingreift. Zwar besteht keine institutionelle Diskriminierung, jedoch sind Unterschiede in den Chancen zwischen den Geschlechtern auszumachen. Generell ist festzustellen, dass die Gruppe mit dem höchsten Armutsrisiko die der alleinerziehenden Mütter ist. Im Unterschied zum konservativen und familistischen Wohlfahrtsregimetyt ist eine allgemein höhere Erwerbsbeteiligung bei Frauen erkennbar, die sich aus der Logik der Eigenverantwortung des Individuums ergibt.

## **5.2 Fallstudien zu den einzelnen Ländern**

### **USA**

#### **Typ und Entwicklungstrend**

In den letzten zwei Jahrzehnten war ein Trend hin zu einer verstärkten Rekommodifizierung zu verzeichnen. Präsident Obama hat mit seiner Gesund-



heitsreform den Willen zu einer Umstrukturierung der Vereinigten Staaten in Hinblick auf eine Verminderung sozialer Ungleichheit gezeigt. Die USA sind auf Grund der im Kern weiterhin residualen Prägung der staatlichen Wohlfahrt noch immer als wirtschaftsliberaler Wohlfahrtsstaat einzuordnen. Eine Änderung dieses Zustands ist nicht abzusehen, da aus Richtung der in Europa traditionell für Arbeitnehmerrechte einstehenden Gewerkschaften in den USA kaum Druck ausgeht, liberale Werte und die Wertschätzung der Verantwortung des Individuums für das eigene Schicksal jedoch stark in der Bevölkerung verankert sind und diese sich traditionell mit den Interessen der Unternehmer verbunden fühlt.

Auch auf föderaler Ebene wird es voraussichtlich keine großen Veränderungen zugunsten des Sozialstaates geben. Die Dezentralisierung der Strukturen und Verantwortungsebenen (z.B. bei Sozialhilfe und Arbeitslosenunterstützung) macht die Veränderung der Sozialpolitik generell schwierig. Auf Grund niedriger Steuereinnahmen und einer hohen Verschuldung, die auf den Wettbewerb der einzelnen Staaten um niedrige Unternehmenssteuern zurückzuführen sind, bleibt kaum Spielraum für Sozialprogramme.

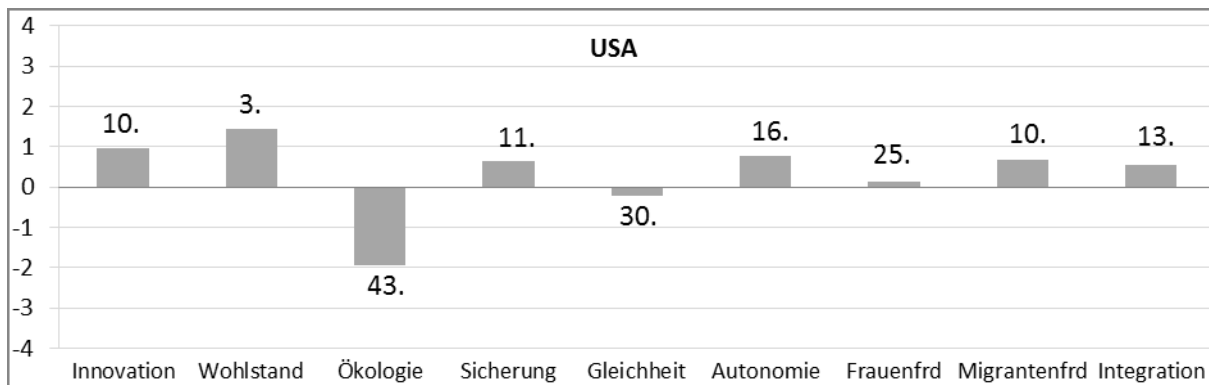
Die Gesundheitsreform, die der neue Präsident Obama ab 2009 vorantrieb, war ein Meilenstein für das Sozialsystem der USA. Deshalb muss man diese Reform auch mit der weitestgehenden Formulierung von Pierson als „*recalibration*“ (Neuausrichtung der Ziele) und als „*updating*“ charakterisieren, da für große Probleme ein ganz neues Programm geschaffen wurde. Schon um die Unterstützungsbasis zu erweitern, wurde auch versucht, die Effizienz zu steigern (*Rationalisierung*) und die Kosten zu begrenzen („*cost containment*“). Die Reform wurde pfadabhängig ausgestaltet, da keine gesetzliche Krankenversicherung eingeführt wurde wie im konservativen Modell Kontinentaleuropas, sondern den Nichtversicherten der Zugang zu den Gesundheitsmärkten erleichtert werden sollte. Deshalb ist dies in der Terminologie von Hall auch kein „Wandel 3. Ordnung“, weil die grundlegende Logik des Wohlfahrtsregimes nicht angetastet wurde. Durch die starke Erhöhung der Anzahl der Krankenversicherten ist dies natürlich ein quantitativer Wandel (d.h. „1. Ordnung“) und durch die Einführung der allgemeinen Versicherungspflicht eine Änderung in der Hierarchie der politischen Ziele (d.h. „Wandel 2. Ordnung“). Die Marktorientierung der wirtschaftsliberalen Wohlfahrtslogik wurde durch diese relevante Reform also dennoch nicht in Frage gestellt.

### **Das Performanzprofil der USA**

In den USA liegen die privaten und die öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Ländervergleich jeweils unter den ersten Zehn. Damit erzielen die USA auch bei den bedeutsamen Patenten sowie bei der Innovationsfähigkeit insgesamt einen Platz unter den ersten Zehn. Im durchschnittlichen Wohlstand rangieren die USA sogar hinter Luxemburg und Norwegen auf dem dritten Platz, was insbesondere an den Vorteilen des Weltmachtstatus und der

Leitwährung liegt. Die dezidierte Orientierung der USA auf quantitatives Wirtschaftswachstum zeigt sich in der Kehrseite der höchsten Belastung für die Umwelt unter den betrachteten 43 Ländern. Bei den CO<sub>2</sub>-Emissionen und der Müllbelastung z.B. rangieren sie mit am Schluss. Auch bei den Entlastungsbestrebungen für die ökologische Nachhaltigkeit gehören die USA zu den letzten Zehn. Beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit rangieren die USA dann an letzter Stelle von allen betrachteten Ländern.

Abbildung 5-1: Das Performanzprofil der USA



Eigene Berechnung und Darstellung.

Entsprechend der wirtschaftsliberalen Logik der Eigenverantwortung der Individuen liegen die USA bei den Investitionen in die nachsorgende soziale Sicherung im unteren Mittelfeld, bei der Einkommensarmut sowie bei der Einkommensungleichheit rangieren sie sogar jeweils unter den letzten Zehn. Bei der Bildungsarmut liegen die USA aber im vorderen Mittelfeld. Bei der Gleichheit der Teilhabe insgesamt gehören die USA zum letzten Drittel. Andererseits setzen die USA dezidiert auf Vorsorge und platzieren sich bei den gesamten Bildungsausgaben unter den ersten Zehn. Ein hoher Prozentsatz der Bevölkerung erzielt einen tertiären Abschluss. Bei der Lesekompetenz gemäß PISA gehören die USA zum vorderen Mittelfeld. Die USA liegen insgesamt bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie im ersten Drittel. Wenn man die Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Wahlmöglichkeiten berücksichtigt, dann liegen die USA beim Gesamtindex der Autonomie im vorderen Mittelfeld. Als Prototyp der wirtschaftsliberalen Logik rangieren die USA bei der Nachsorge unter dem Durchschnitt und bei der Vorsorge durch Bildung mit vorn.

Bei der Vertretung von Frauen im Parlament rangieren die USA im letzten Drittel, aber bei dem Studentinnenanteil und beim Frauenerwerbsquotienten liegen die USA im ersten Drittel. Bei der Frauenfreundlichkeit insgesamt platzieren sich die USA im unteren Mittelfeld. Bei der Integration von Migrantern schneiden die USA noch besser ab. Als klassisches Einwanderungsland gehören sie bei der Offenheit für Migrantern zum ersten Drittel und bei der

Teilhabe von Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt zu den besten Zehn der Länder. Bei der Migrantenfreundlichkeit insgesamt erreichen die USA den zehnten Platz unter den 43 betrachteten Ländern.

Bei der ökonomischen Integration gehören die USA zum vorderen Mittelfeld. Bei der Gewerkschaftsmitgliedschaft liegen sie andererseits im unteren Mittelfeld. U. a. wegen der ethnischen Heterogenität und der Orientierung auf das Individuum ist die Arbeiterbewegung historisch relativ schwach geblieben. Die Partizipation in Vereinen, Gemeinschaften, Parteien etc. ist aber gut entwickelt. Bei der Integration in die Zivilgesellschaft gehören die USA deshalb zum ersten Drittel, und dies gilt dann auch für den Gesamtindex der sozialen Integration.

## **Kanada**

### **Typ und Entwicklungstrend**

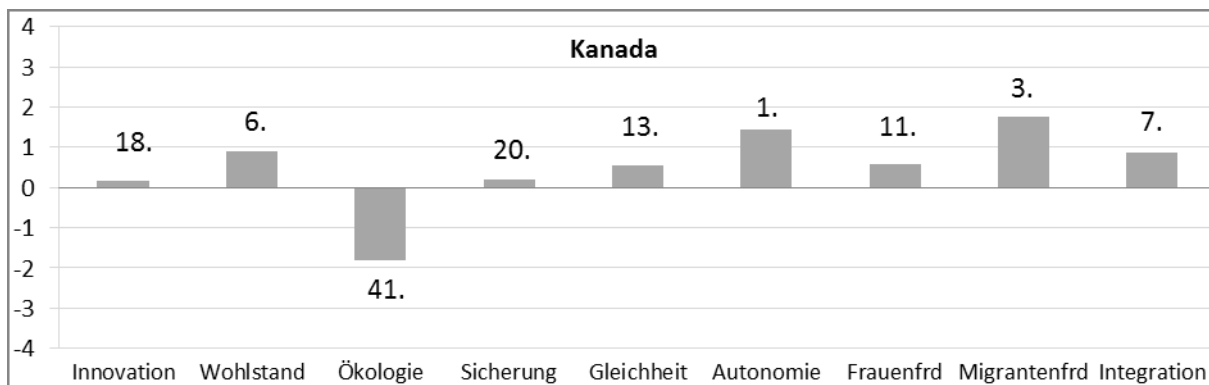
Kanada ist, wie die USA, als wirtschaftsliberaler Staat einzuordnen, obwohl es diesen Weg erst etwas später als sein Nachbarland – seit Beginn der 1990er Jahre – eingeschlagen hat. Die Gewerkschaften sind präsenter und aktiver als in den Vereinigten Staaten. Trotzdem ist Kanada ein Wohlfahrtsstaat residualer Prägung.

Das Klimaschutzabkommen von Kyoto wurde von der konservativen Regierung unter Premierminister Stephen Harper gekündigt. Nach zehn Jahren unter einer konservativen Regierung votierten die Wähler im Oktober 2015 aber für den Wechsel zu einer Regierung der Liberalen unter dem Premierminister Justin Trudeau. Zum Programm der neuen Regierung gehören einerseits der Ausbau der staatlichen Investitionen und andererseits die stärkere Berücksichtigung des Umweltschutzes. Auch in der Flüchtlingspolitik gibt es einen Politikwechsel zu einer verstärkten Aufnahme von Flüchtlingen. Der Wandel zeigt sich auch in der Frauenquote von 50 Prozent im neuen Kabinett

### **Das Performanzprofil Kanadas**

Kanada gehört sowohl bei den Investitionen in die Innovationsfähigkeit als auch bei den Ergebnissen sowie schließlich auch beim Gesamtindex der Innovationsfähigkeit zum vorderen Mittelfeld. Beim Wohlstand steht Kanada sogar unter den ersten Zehn, mit seinem gut regulierten Bankensektor ist es relativ unbeschadet durch die Finanzkrise gekommen. Als Kehrseite des hohen Wohlstands rangiert Kanada beim ökologischen Belastungsniveau auf dem drittletzten Platz, bei den Entlastungsbemühungen auch nur unter den letzten Zehn und schließlich beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit auch nur auf dem drittletzten Platz (gefolgt nur noch von Russland und den USA).

Abbildung 5-2: Das Performanzprofil Kanadas



Eigene Berechnung und Darstellung.

Gemäß der wirtschaftsliberalen Logik gehört Kanada bei den nachsorgenden Sozialausgaben zum letzten Drittel der betrachteten Länder. Bei der Armutsgefährdung sowie der Einkommensungleichheit rangiert Kanada im unteren Mittelfeld. Andererseits liegt Kanada bei den vorsorgenden Bildungsausgaben unter den ersten Zehn, weist den höchsten Bevölkerungsanteil mit tertiären Bildungsabschlüssen auf, hat wenig Risikoleser im Sinne von PISA und gehört bei der Messung der Lesekompetenz gemäß PISA zu den besten Zehn. Nach diesen Indikatoren steht Kanada bei der Befähigung seiner Bevölkerung zur Autonomie an vierter Stelle. Wenn man die Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Wahlmöglichkeiten berücksichtigt, steht Kanada beim Gesamtindex der Autonomie sogar an der Spitze aller Länder, ein sehr gutes Ergebnis.

Bei der Vertretung von Frauen im Parlament liegt Kanada nur im vorderen Mittelfeld, aber beim Erwerbsquotienten gehört es zu den besten Zehn und steht bei der Frauenfreundlichkeit insgesamt auf dem 11. Platz. Besonders vorbildlich ist Kanada bei der Integration von Migranten. Bei der Offenheit für Migranten gehört es zu den besten Drei, und bei der Teilhabe von Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt gehört Kanada zum besten Drittel. Bei der Migrantenfreundlichkeit insgesamt erreicht Kanada damit einen sehr guten dritten Rang von 43 Ländern.

Bei der ökonomischen Integration gehört Kanada zum ersten Drittel der Länder. Bei der Teilhabe in der Zivilgesellschaft führt Kanada das vordere Mittelfeld an. Da Kanada bei der persönlichen Integration mit vorn liegt, erreicht es beim Gesamtindex der sozialen Integration einen guten siebten Platz unter den betrachteten 43 Ländern.

## Australien

### Typ und Entwicklungstrend

Die seit 2007 regierende Labor-Regierung zeigte sich auf dem Gebiet des Umweltschutzes engagierter als ihre Vorgängerregierungen. So unterzeichnete

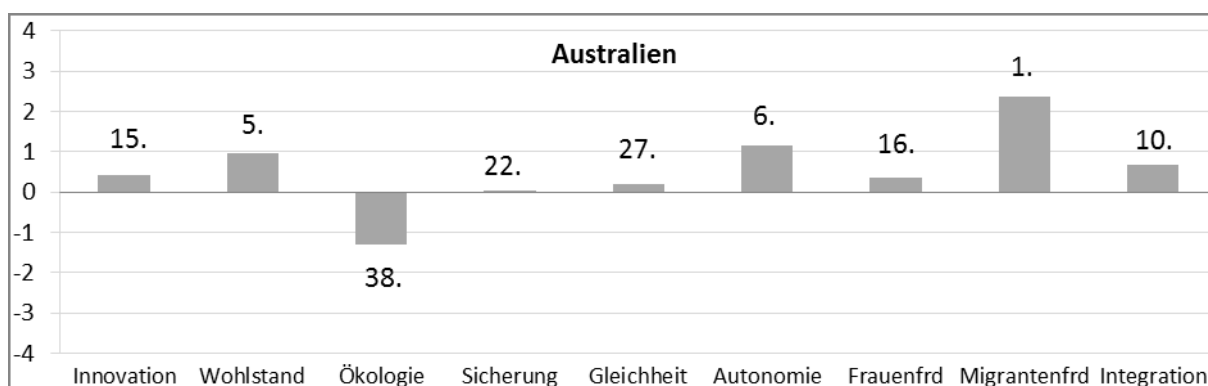
Premierminister Rudd 2007 das Kyoto-Protokoll. Zuwanderung förderte diese Regierung stärker als die vorherigen und versuchte auch der Flüchtlingspolitik ein humaneres Gesicht zu geben. Bei der Integration von Migranten über die Bildung erweist sich das Land als besonders erfolgreich. Die Labor-Partei wurde u.a. wegen interner Machtkämpfe bei den Parlamentswahlen im September 2013 durch eine konservative Regierung unter Tony Abbott abgelöst, der mit einer rigiden Sparpolitik den Haushalt sanieren wollte, im September 2015 aber als Parteivorsitzender und dadurch auch als Premierminister durch Malcolm Turnbull abgelöst wurde, der Innovation inklusive dem Ausbau erneuerbarer Energien zu einem seiner Schwerpunkte erklärte.

Trotz eines relativen Schutzes der Arbeitnehmer durch Gesetze und verschiedener ihnen zustehenden Leistungen sowie protektionistischer Maßnahmen in Bezug auf den eigenen Arbeitsmarkt und die Binnenproduktion ist Australien insgesamt weiterhin als Vertreter des wirtschaftsliberalen Modells anzusehen.

### Das Performanzprofil Australiens

Australien gehört bei den öffentlichen und privaten Investitionen in Forschung und Entwicklung jeweils zum ersten Drittel, bei der Internetnutzung und den Patenten liegt es etwas dahinter, aber bei der Innovationsfähigkeit insgesamt am Ende des ersten Drittels. Insbesondere aufgrund seines umfangreichen Handels mit China liegt es beim Wohlstand sogar auf dem fünften Platz. Als Kehrseite des hohen Wohlstands rangiert es bei den Umweltbelastungen unter den letzten Fünf. Bei den Entlastungsbemühungen gehört Australien zum letzten Drittel, beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit zu den letzten Zehn.

Abbildung 5-3: Das Performanzprofil Australiens



Eigene Berechnung und Darstellung.

Australien liegt bei den nachsorgenden Sozialausgaben am Ende des Mittelfelds. Als Folge der wirtschaftsliberalen Logik gehört Australien mit seiner großen Einkommensarmut und seiner hohen Einkommensungleichheit jeweils zum letzten Drittel der betrachteten Länder. Gemäß den PISA-Messungen ist das Bildungssystem Australiens dagegen als vorsorgende Institution erfolgreich. Es

gibt wenig Risikoleser und auch bei der Lesekompetenz der Schüler gehört Australien zu den besten Zehn. Bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie gehört Australien ebenfalls zu den besten Zehn. Wenn man die Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Wahlmöglichkeiten berücksichtigt, dann erreicht Australien beim Gesamtindex der Autonomie den guten sechsten Platz.

Bei der Vertretung von Frauen im Parlament, beim Studentinnenanteil und beim Erwerbsquotienten gehört Australien jeweils zum vorderen Mittelfeld, und dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit. Bei der Integration von Migranten schneidet Australien sogar von allen Ländern am besten ab. Australien nimmt zusammen mit Luxemburg und der Schweiz den höchsten Anteil an Migranten auf und liegt im Unterschied zu den anderen beiden Ländern bei der Teilhabe von Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt mit vorn, weshalb es beim Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit mit etwas Abstand vor Neuseeland und Kanada an der Spitze steht.

Bei der Integration der Bevölkerung in das Beschäftigungssystem und in die Erwerbstätigkeit gehört Australien zu den besten Zehn. Bei der Integration in der Zivilgesellschaft liegt Australien im Mittelfeld, bei der Integration in persönliche Beziehungsnetzwerke aber mit vorn. Beim Gesamtindex der sozialen Integration gehört Australien deshalb zu den besten Zehn der betrachteten Länder.

## **Neuseeland**

### **Typ und Entwicklungstrend**

Neuseeland ist als wirtschaftsliberaler Wohlfahrtsstaat zu charakterisieren. Während das Land vor 1984 ein international vorbildlich funktionierendes Wohlfahrtssystem vorweisen konnte, änderte sich dies mit den Reformen der 1980er und 1990er Jahre grundlegend. Diese Kursänderung, die als Reaktion auf eine Rezession und hohe öffentliche Ausgaben vorgenommen wurde, sorgte für eine wachsende soziale Ungleichheit, die auch durch die Rücknahme einiger Maßnahmen durch die Labour-Regierung (1999-2008) nicht deutlich verringert wurde. Sie lässt sich als Pfadwechsel von einem umfassenden zu einem wirtschaftsliberalen Sozialsystem bezeichnen. Von der Weltwirtschaftskrise 2008 war Neuseeland wegen seiner Exportabhängigkeit stark betroffen. Das schwere Erdbeben in Christchurch 2011 traf das Land ebenfalls hart; für den Wiederaufbau und die Ausgleichszahlungen für Betroffene sind Milliarden Mehrausgaben nötig. Großzügigere Wohlfahrtsleistungen sind schon auf Grund der ungünstigen wirtschaftlichen Lage nicht zu erwarten.

Während Neuseeland in Zeiten der Vollbeschäftigung kaum Probleme mit Armut und Arbeitslosigkeit hatte, sieht das heute anders aus. Zwar ist die Arbeitslosigkeit seit den 1990ern wieder gesunken, Arbeit wurde jedoch seit den 1980ern durch die Deregulierung des Arbeitsmarktes prekärer bzw. erlaubt es

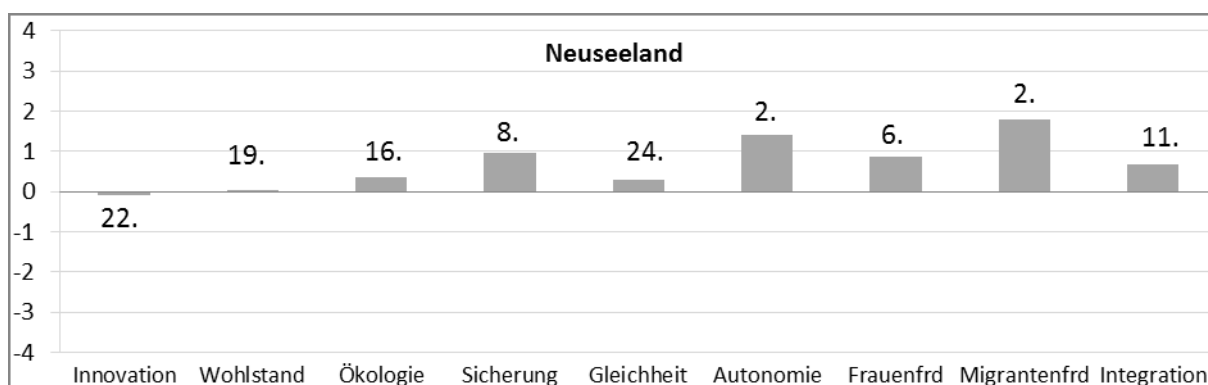
nicht mehr, ohne Zuzahlung von ihr zu leben, was zum Phänomen der „Working Poor“ geführt hat.

Während Arbeiterrechte beschnitten wurden, ist Neuseeland Migranten gegenüber aufgeschlossen, jedoch gilt dies bei genauerem Hinsehen nur für die gut qualifizierten. Diese selektive Migrantenfreundlichkeit folgt derselben Marktlogik, mit der sich das Zurücktreten des Konzepts des „Staatsbürgers“ hinter dem der „Arbeitskraft“ erklären lässt, gemäß dem die Menschen hauptsächlich definiert werden. Bildungs- und Kooperationsprogramme mit der Wirtschaft sollen dazu beitragen, Arbeitslose wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

### Das Performanzprofil Neuseelands

Neuseeland liegt bei den privaten und öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung im unteren Mittelfeld, die Verbreitung des Internets ist überdurchschnittlich und gemäß den wichtigen Patenten liegt Neuseeland im Durchschnitt, letzteres gilt dann auch für die Innovationsfähigkeit insgesamt. Der Wohlstand rangiert auch ungefähr im Durchschnitt. Andererseits liegt Neuseeland mit seinen geringen Belastungen der Umwelt und seinen Entlastungsbemühungen jeweils im vorderen Mittelfeld, und dies gilt dann auch für den Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit.

Abbildung 5-4: Das Performanzprofil Neuseelands



Eigene Berechnung und Darstellung.

Bei den nachsorgenden Sozialausgaben liegt Neuseeland nur im Mittelfeld, was dann auch jeweils für die Armutsquote und die Einkommensungleichheit gilt. Andererseits investiert Neuseeland stark in die Vorsorge durch Bildung, erzielt damit einen hohen Anteil tertiärer Abschlüsse, vergleichsweise wenig Risikoleser und relativ gute Ergebnisse bei der Lesekompetenz gemäß PISA. Mit der Priorität auf Vorsorge vor Nachsorge entspricht Neuseeland der wirtschaftsliberalen Wohlfahrtslogik. Insgesamt steht Neuseeland damit bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie an fünfter Stelle. Wenn man die sehr hohe Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Wahlmöglichkeiten

berücksichtigt, dann erreicht Neuseeland beim Gesamtindex der Autonomie den sehr guten zweiten Platz.

Bei der Vertretung von Frauen im Parlament liegt Neuseeland im ersten Drittel, beim Studentinnenanteil und beim Erwerbsquotienten jeweils unter den ersten Zehn, dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit. Bei der Aufnahme von Migranten liegt Neuseeland mit vorn und bei der Teilhabe von Migranten im Bildungssystem sowie auf dem Arbeitsmarkt unter den ersten Zehn. Damit erzielt Neuseeland beim Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit den sehr guten zweiten Platz (hinter Australien).

Bei der ökonomischen Integration liegt Neuseeland unter den ersten Zehn, bei der Teilhabe in der Zivilgesellschaft im unteren Mittelfeld. Da die persönlichen Beziehungsnetzwerke gut entwickelt sind, liegt Neuseeland beim Gesamtindex der sozialen Integration im ersten Drittel.

## **Großbritannien/Nordirland**

### **Typ und Entwicklungstrend**

In Großbritannien waren im 20. Jahrhundert unterschiedliche Entwicklungstendenzen zu erkennen: Auf der einen Seite existierten ein starker Glaube an die Eigenverantwortung des Individuums, ein residualer Wohlfahrtsstaat und bedürftigkeitsgeprüfte Leistungen, die nur das Nötigste abdecken. Auf der anderen Seite bestanden universalistische, umfassende und beitragsfreie Leistungen, wobei insbesondere der Gesundheitsbereich und die Schulbildung gefördert wurden, was der Idee der Präferenz von Vorsorge vor Nachsorge entsprach. Auf Grund dieses heterogenen Spektrums bildete Großbritannien einen gemischten Wohlfahrtsstaat, der sowohl sozialdemokratische als auch wirtschaftsliberale Elemente enthält.

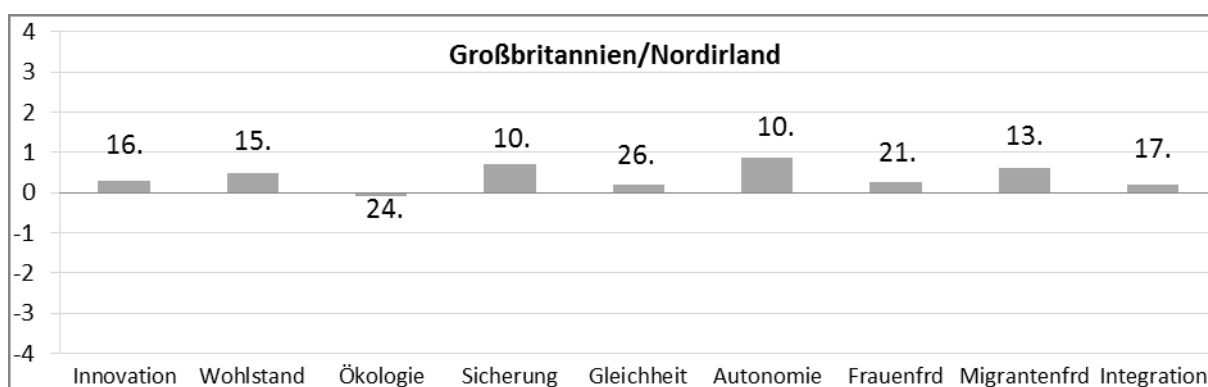
Ab den 1980er Jahren setzte sich jedoch die wirtschaftsliberale Strömung durch. Leistungen wurden gekürzt, Institutionen vom Staat ausgelagert, teilprivatisiert und dem Markt überantwortet. Der Zugang zur Leistungsvergabe an Bedürftige wurde erschwert, zentrale Idee ist die der „Aktivierung“. Diese Entwicklung setzte sich auch mit dem „Third Way“ der Labour-Regierung 1997-2010 fort, obwohl vereinzelte Initiativen im Sinne ihrer sozialdemokratischen Tradition unternommen wurden (wie z.B. Kinderbetreuungsangebote). Die Situation der Bedürftigen hat sich mit den von der konservativ-liberalen Regierung beschlossenen Einsparungen 2010 erneut verschärft. Auch der Bildungssektor ist hiervon betroffen; die Erhöhung der Studiengebühren wird den sozialen Aufstieg für Abiturienten aus einkommensschwachen Familien hemmen. Eine Trendwende in der Wohlfahrtspolitik ist nicht abzusehen, da die Konservativen die Parlamentswahlen im Mai 2015 mit absoluter Mehrheit gewannen. Der beginnende Wirtschaftsaufschwung ab 2014 lässt aber die Arbeitslosigkeit sinken und trägt auf diese Weise zur Entschärfung der sozialen Probleme bei.



## Das Performanzprofil von Großbritannien/Nordirland

Großbritannien (und Nordirland) liegen bei den privaten und öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung jeweils im vorderen Mittelfeld. Bei der Internetnutzung und den wichtigen Patenten gehört Großbritannien zum ersten Drittel. Bei der Innovationsfähigkeit insgesamt führt Großbritannien das vordere Mittelfeld an. Dies gilt dann entsprechend auch für den erzielten durchschnittlichen Wohlstand. Als Kehrseite des Wohlstandsniveaus gehört Großbritannien bei den ökologischen Belastungen zum unteren Mittelfeld. Großbritannien verwendet wenig erneuerbare Energie und liegt beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit auch im unteren Mittelfeld.

Abbildung 5-5: Das Performanzprofil von Großbritannien/Nordirland



Eigene Berechnung und Darstellung.

Bei den nachsorgenden Sozialausgaben liegt Großbritannien noch am Ende des ersten Drittels, aber gemäß der hohen Einkommensungleichheit gehört Großbritannien bei der Gleichheit der Teilhabe nur zum unteren Mittelfeld. Bei den Bildungsausgaben zur Vorsorge gehört Großbritannien zum ersten Drittel. Dies gilt dann auch für den Anteil tertiärer Abschlüsse und insgesamt für die objektive Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie. Wenn man die Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Wahlmöglichkeiten berücksichtigt, dann liegt Großbritannien beim Gesamtindex der Autonomie noch unter den ersten Zehn.

Bei der Vertretung von Frauen im Parlament liegt Großbritannien etwas unter dem Durchschnitt, beim Studentinnenanteil und beim Erwerbsquotienten etwas über dem Durchschnitt. Deshalb rangiert Großbritannien beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit etwa im internationalen Durchschnitt. Bei der Offenheit für Migranten gehört Großbritannien zum ersten Drittel. Bei der Teilhabe von Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt zählt Großbritannien ebenfalls zum ersten Drittel, und dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit.

Bei der ökonomischen Integration gehört Großbritannien zum vorderen Mittelfeld. Dies gilt ebenfalls für die Integration in der Zivilgesellschaft und dann auch für den Gesamtindex der sozialen Integration.

## **Irland**

### **Typ und Entwicklungstrend**

Die Politik wird in Irland von zwei konservativen Parteien dominiert. Die sozialdemokratische Partei hat keinen nennenswerten Einfluss. Politik wird von korporatistischen Partnerschaften gestaltet. Obwohl der Anteil der erwerbstätigen Frauen seit 1995 stark gestiegen ist, werden Betreuungs- und Pflegeaufgaben weiterhin zu einem großen Teil als informelle Abmachungen von Frauen innerhalb von bzw. zwischen Familien übernommen. Soziale Dienstleistungen sind zum Teil vom Staat auf private Anbieter ausgelagert, der lediglich deren Finanzierung übernimmt. Das Subsidiaritätsprinzip spielt eine große Rolle.

Bis zu den Kürzungen im sozialen Bereich in den 1980er Jahren hatten die Sozialleistungen einen umverteilenden Effekt. Von dem Wirtschaftsboom, der die irische Wirtschaft in den 1990ern erfasste, profitierten nicht alle Bevölkerungsteile. Die sozialen Unterschiede wuchsen weiter. Die irische Wirtschaft ist heute von einer wirtschaftsliberalen Logik gekennzeichnet. Zwar wurden nicht so umfassende Veränderungen am Wohlfahrtsstaat wie in Großbritannien vorgenommen. Ausgehend von der Entwicklung der letzten 20 Jahre scheint sich das irische Modell jedoch vom konservativ-liberalen Typ in Richtung eines noch stärker wirtschaftsliberalen Wohlfahrtsstaates zu verschieben. Dies zeigt sich daran, dass er in den letzten Jahren zunehmend auf Aktivierung ausgerichtet wurde, häufiger Bedürftigkeitsprüfungen eingesetzt wurden und die Leistungen insgesamt auf einem niedrigen Niveau liegen. Die Koalitionsregierung der konservativen Fine Gael mit der Labour-Partei ab 2011 führt die Politik der Haushaltskonsolidierung fort.

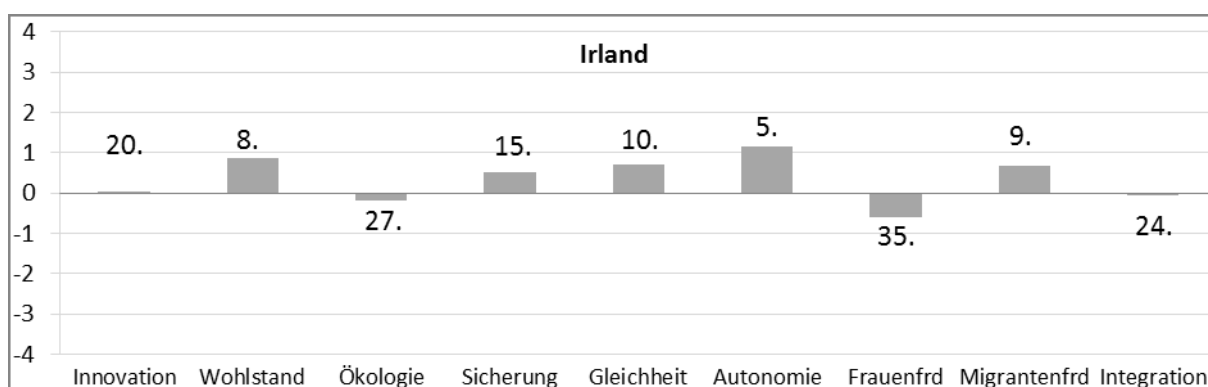
Kulturell ist Irland also eher konservativ, wie sich insbesondere bei den Geschlechterrollen zeigt. Aber insgesamt dominiert die wirtschaftsliberale Wohlfahrtslogik, wobei die Spekulationen der Privatbanken in die Krise führten. Die öffentlichen Schulden aufgrund der Bankenrettungen mussten die Bürger tragen.

### **Das Performanzprofil Irlands**

Irland liegt bei den privaten Ausgaben für Forschung und Entwicklung im oberen Mittelfeld, dies gilt auch für die Verbreitung der Internetnutzung und für die wichtigen Patente sowie schließlich für die Innovationsfähigkeit insgesamt. Beim Wohlstand gehörte Irland als „keltischer Tiger“ zu den Aufsteigern des letzten Jahrzehnts, durch eine sehr niedrige Unternehmensbesteuerung von 12,5 %, was große Unternehmen anlockte und dadurch das Wachstum förderte. Durch die missglückten überdimensionierten Spekulationen der Privatbanken

war der Staat gezwungen, die systemrelevanten Banken zu retten, wodurch sich der Staat selbst stark verschuldete. Mit der Unterstützung vom IMF und der EU hat Irland es geschafft, sich aus der Krise wieder herauszuarbeiten. Beim durchschnittlichen Wohlstand gehört Irland immer noch zu den ersten Zehn. Als Kehrseite des hohen Wohlstands gehört Irland andererseits bei den Umweltbelastungen zum unteren Mittelfeld, und dies gilt dann auch für den Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit.

Abbildung 5-6: Das Performanzprofil Irlands



Eigene Berechnung und Darstellung.

Bei den nachsorgenden Sozialausgaben liegt Irland im vorderen Mittelfeld, dies gilt dann auch für die Armutsgefährdung und das Ausmaß der Einkommensungleichheit. Bei den Bildungsausgaben zur Vorsorge schneidet Irland besser ab, dabei liegt es im ersten Drittel. Im Ergebnis führt dies dann zu einer geringen Bildungsarmut, weshalb Irland bei der Gleichheit der Teilhabe noch zu den besten Zehn gehört. Durch den hohen Anteil tertiärer Abschlüsse und die guten Resultate bei der Lesekompetenz gemäß PISA zählt Irland bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie zu den besten Zehn, und dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Autonomie. Die Priorität liegt also der wirtschaftsliberalen Logik entsprechend bei der Vorsorge und Befähigung.

Als katholisches Land dominieren in Irland noch traditionelle Geschlechterrollen, während das liberale Wirtschaftssystem modern ist, was Änderungsdruck erzeugt. Bei der Vertretung der Frauen im Parlament und beim Studentinnenanteil rangiert Irland aber noch im letzten Drittel. Dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit. Bei der Offenheit für Migranten dagegen gehört Irland zum besten Drittel. Bei der Teilhabe der Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt zählt Irland zu den besten zehn Ländern, und dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit.

Bei der Integration in das Beschäftigungssystem und in den Arbeitsmarkt gehört Irland zum letzten Drittel, bei der Partizipation in Politik und Gewerkschaften

aber zum besten Drittel. Beim Gesamtindex der sozialen Integration liegt Irland dann im internationalen Durchschnitt.

### **5.3 Performanz der wirtschaftsliberalen angelsächsischen Länder**

Im Folgenden wird der Versuch unternommen, die Performanz der Länder des wirtschaftsliberalen Wohlfahrtstyps (vgl. Tabelle 5-1) zum Teil auf die Wohlfahrtslogik des Regimetyps, die Leitvorstellungen der Politiken und die entsprechend ausgestalteten Institutionen zurückzuführen.

Die Logik der Produktion und Verteilung der Wohlfahrt basiert im wirtschaftsliberalen Wohlfahrtsregime idealtypisch auf den Leitvorstellungen der Eigenverantwortung des Individuums und der Effektivität von Wettbewerb und Märkten. Dieses „raue Klima“ begünstigt die Arbeitsmarktintegration der ganzen Bevölkerung, da es dazu ja keine Alternative gibt, und durch den Wettbewerb auch einen relativ hohen durchschnittlichen Wohlstand, der allerdings sehr ungleich verteilt ist, da der Staat nach der wirtschaftsliberalen Leitvorstellung idealtypisch möglichst wenig in die Märkte eingreifen sollte. In der Praxis sind z.B. die US-Regierungen aber pragmatisch genug, eine forcierte Wachstumspolitik zu betreiben, um die Arbeitslosigkeit der potentiellen Wähler in Grenzen zu halten. Im Bildungssystem setzt der Wirtschaftsliberalismus idealtypisch auf den Universalismus der Chancengleichheit und auf Wettbewerb, wobei die ungleichen Startvoraussetzungen allerdings zu wenig berücksichtigt werden. Der Universalismus der wirtschaftsliberalen Bildungssysteme erweist sich im Ergebnis gemäß den PISA-Messungen als eher erfolgreicher als die Logik der „begabungsangemessenen“ Bildungsprogramme des Status-konservierenden Wohlfahrtsregimes. Die „gender neutrality“ der wirtschaftsliberalen Logik führt im Hinblick auf die Chancengleichheit der Geschlechter zu besseren Ergebnissen als die Logik der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung des konservativen und familistischen Wohlfahrtsregimes. Ein Starkpunkt der wirtschaftsliberalen Logik ist die Offenheit für Migration, da der Wettbewerb idealtypisch möglichst wenig eingeschränkt werden soll und die Vorteile der Vielfalt für Innovationsfähigkeit und Wachstum gesehen werden. Die Migration wird allerdings inzwischen reguliert im Hinblick auf die für die einheimische Wirtschaft benötigten Qualifikationen und Arbeitskräfte, insofern herrscht also keine reine Marktlogik vor. Aber bei der Aufnahme und Teilhabe von Migranten liegen die wirtschaftsliberalen Länder an der Spitze.

Bei der Innovationsfähigkeit liegen die Länder mit wirtschaftsliberaler Wohlfahrtslogik im vorderen Mittelfeld, nur die USA schneiden mit dem zehnten Platz noch besser ab. Beim Wohlstand platzieren sich einige der wirtschaftsliberalen Länder noch besser: Die USA erreichen mit ihrem Weltmachtstatus und ihrer Leitwährung des Welthandels den guten dritten Platz. Australien auf dem fünften Platz ist insbesondere wegen des Handels mit Asien gut durch die Krise gekommen. Kanada ist mit seinem gut regulierten Banken-

system ohne Rettungsprogramm unbeschadet durch die Weltfinanzkrise gekommen und erreicht den sechsten Platz. Irland erzielt trotz des Rückschlags durch die Bankenkrise nach der Sanierung den achten Platz. Großbritannien und Neuseeland liegen beim Wohlstand wie auch bei der Innovationsfähigkeit im vorderen Mittelfeld.

*Tabelle 5-2: Performanzprofile der Länder des wirtschaftsliberalen Wohlfahrtstyps*

Land	Innovation	Wohlstand	Ökologische Nachhaltigkeit	Soziale Sicherung	Gleiche Teilhabe	Autonomie	Frauenfreundlichkeit	Migrantenfreundlichkeit	Soziale Integration
Australien	0,40	0,95	-1,29	0,03	0,19	1,14	0,37	2,37	0,67
	15	5	38	22	27	6	16	1	10
GB/NI (UK)	0,28	0,50	-0,10	0,69	0,19	0,85	0,24	0,62	0,20
	16	15	24	10	26	10	21	13	17
Irland	0,04	0,86	-0,19	0,51	0,69	1,15	-0,59	0,67	-0,06
	20	8	27	15	10	5	35	9	24
Kanada	0,17	0,91	-1,83	0,19	0,54	1,45	0,57	1,77	0,88
	18	6	41	20	13	1	11	3	7
Neuseeland	-0,08	0,04	0,35	0,96	0,30	1,41	0,86	1,78	0,67
	22	19	16	8	24	2	6	2	11
USA	0,95	1,44	-1,93	0,65	-0,23	0,75	0,13	0,67	0,55
	10	3	43	11	30	16	25	10	13

Eigene Berechnung und Darstellung.

Als Kehrseite des hohen Wohlstands rangieren die USA mit ihren hohen Umweltbelastungen an letzter Stelle und Kanada an drittletzter, Australien an fünftletzter. Beim Belastungsniveau liegt von den wirtschaftsliberalen Ländern nur Neuseeland u.a. mit einer geringeren Müllbelastung im vorderen Mittelfeld. Bei den Entlastungsbemühungen liegt ebenfalls nur Neuseeland mit seinem hohen Anteil regenerativer Energien im vorderen Mittelfeld. Auch beim Gesamtindex ökologischer Nachhaltigkeit liegt von den wirtschaftsliberalen Ländern nur Neuseeland im vorderen Mittelfeld, während die USA auf dem letzten Platz von allen betrachteten Ländern rangieren, Kanada an drittletzter und Australien an sechstletzter Stelle. Die Priorität auf Wirtschaftswachstum ohne große Rücksicht auf die Umwelt ist bei den wirtschaftsliberalen Ländern – bis auf Neuseeland – eindeutig.

Bei der sozialen Sicherung weisen die wirtschaftsliberalen Länder alle eine Priorität für Vorsorge durch Investitionen in Bildung und Ausbildung auf. Die USA und Neuseeland liegen dabei gemeinsam auf dem guten fünften Platz, auch alle anderen wirtschaftsliberalen Länder liegen deutlich über dem internationalen Durchschnitt. Bei der Nachsorge durch den Sozialstaat liegen Großbritannien und Irland sowie Neuseeland über dem Durchschnitt, während die USA unter dem Durchschnitt rangieren und Australien sowie Kanada im letzten Drittel der betrachteten Länder.

Entsprechend findet man in den wirtschaftsliberalen Ländern eher weniger Bildungsarmut als Einkommensarmut. Der prägnanteste Fall ist Kanada, das mit seiner hohen Einkommensarmut deutlich über dem internationalen Durchschnitt rangiert, aber bei der Bildungsarmut u.a. mit wenig Risikolesern im Sinne von PISA den guten dritten Platz erreicht. Ein ähnliches Muster gilt für die USA und Australien. In Großbritannien und Irland zeigt sich der europäische Einfluss, sie sind in der Performanz ausgewogener. Die objektive Befähigung zur Autonomie und die subjektive Bewertung der Wahlmöglichkeiten sind Starkpunkte der wirtschaftsliberalen Länder. Sie liegen alle mindestens über dem internationalen Durchschnitt und überwiegend im ersten Drittel. Kanada und Neuseeland schneiden insgesamt am besten ab von allen betrachteten Ländern. In Kanada findet sich z.B. der höchste Anteil tertiärer Abschlüsse und in Neuseeland die zweitbeste Bewertung der Wahlmöglichkeiten durch die Bevölkerung.

Gemäß der wirtschaftsliberalen Wohlfahrtslogik ist der Staat neutral bzgl. der Geschlechterrollen, der Staat soll nicht intervenieren. Im Ergebnis liegen die wirtschaftsliberalen Länder beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit über dem internationalen Durchschnitt, die USA etwa im Durchschnitt, nur das katholische Irland ist ein Ausreißer nach unten und liegt im letzten Drittel, da die katholische Konfession noch wichtiger für das Leitbild der Geschlechterrollen ist als die wirtschaftsliberale Wohlfahrtslogik.

Ein Starkpunkt der wirtschaftsliberalen Länder ist die Migrantenfreundlichkeit. Als Einwanderungsländer haben die angelsächsischen Nationen in langjährigen Lernprozessen die Aufnahme und den Umgang mit Migranten entwickelt, wobei das Englische als wichtigste internationale Kommunikationssprache sicher hilfreich war. Australien, Kanada und Neuseeland erreichen beim Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit die drei Spitzenplätze unter allen betrachteten Ländern. Sie liegen bei der Offenheit für Migranten mit vorn und schneiden auch bei der Teilhabe der aufgenommenen Migranten gut ab. Auch Irland, die USA und Großbritannien gehören bei der Migrantenfreundlichkeit insgesamt zum besten Drittel.

Bei der sozialen Integration insgesamt liegen die angelsächsischen Länder alle über dem internationalen Durchschnitt. Irland schneidet wegen der Wirtschaftskrise bei der ökonomischen Integration schlechter ab. Bei der persönlichen

Integration in Beziehungsnetzwerke liegen Kanada, Australien und Neuseeland mit vorn.

Insgesamt bilden die Länder mit wirtschaftsliberaler Wohlfahrtslogik auch in der Performanz eine deutlich erkennbare Gruppierung: Der hohe Wohlstand geht einher mit hohen Umweltbelastungen. Die Bevölkerung wird gut befähigt zur Freiheit der Wahl und ist zufrieden mit den Wahlmöglichkeiten. Schließlich sind die angelsächsischen Länder überdurchschnittlich offen für die Welt, was sich bei der Aufnahme von Migranten zeigt.

## **6. Das familistische Wohlfahrtsregime Südeuropas**

### **6.1 Gemeinsamkeiten der familistischen Länder**

Viele Gemeinsamkeiten der Länder des familistischen Wohlfahrtstyps lassen sich durch eine ähnliche geschichtliche Entwicklung der Länder erklären. Alle südeuropäischen Länder haben gemein, dass sie im Vergleich mit anderen europäischen Staaten noch sehr junge Staaten sind, die sich entweder nach einer Diktatur bildeten oder nach einer Zeit der britischen Kolonialisierung unabhängig wurden. Die Diktatur behinderte die Entwicklung einer rationalen Verwaltung. Als einer der Ursachen für die erschwerte Entwicklung und Durchsetzung eines Wohlfahrtssystems wird die fehlende bürokratische Organisation angesehen, welche ein Herausbilden einer „welfare patronage“ begünstigt (vgl. Ferrera 1996, S.10).

Neben dem politischen Regime hat die Kirche als weitere Institution einen großen Einfluss auf die Wertebildung und politischen Aktivitäten dieser Nationen, dabei hat sie einen stabileren und weitaus längeren Bestand als die Politik. In allen südlichen Ländern hat die Kirche eine große Durchsetzungskraft bezüglich des Familienmodells und der Rollenverteilung zwischen Mann und Frau sowie auf politische Entscheidungen. Dieser Einfluss wird allerdings aktuell immer mehr zurückgedrängt.

In der Wirtschaft zeichnet sich überwiegend ein Trend zum Wirtschaftsliberalismus ab, wobei bei allen Ländern des familistischen Wohlfahrtstyps ähnliche Probleme auftreten. Die Exportschwäche und die große Schattenwirtschaft in diesen Ländern konnten bis dato nicht beseitigt werden. Auch stellen hohe Ausgaben für das dualistische Sozialversicherungssystem ein großes Problem dar. Sie können nur zu Teilen durch die Beiträge abgedeckt werden und müssen somit durch staatliche Subventionen mitfinanziert werden, was in vielen südeuropäischen Staaten zu einer hohen Verschuldung führt.

Weitere Gemeinsamkeiten lassen sich vor allem in dem Familienbild und der Rollenzuweisung erkennen. In allen Nationen Südeuropas herrscht das „male-breadwinner model“, welches durch niedrige Frauenerwerbsquote (bis auf das arme Portugal) sowie fehlende Unterstützung bei der Kinderbetreuung und der

Familien gekennzeichnet ist. Obwohl den Familien viele Aufgaben in der Betreuung und Pflege zugeordnet sind, liegen die staatlichen Leistungen für Familien unter dem Durchschnitt. Dies hat die im internationalen Vergleich stärksten Rückgänge bei den Geburtenraten seit etwa 1960 zur Folge.

Im Sozialversicherungssystem der Länder des familistischen Wohlfahrtstyps herrscht eine starke Diskrepanz zwischen den Personen, die in den Arbeitsmarkt integriert sind, und denen, die außerhalb des regulären Arbeitsmarktes stehen, was auf eine dualistische Prägung verweist. Dies zeigt sich vor allem bei einem Vergleich der großzügigen Renten und der nur rudimentären Absicherung von erwerbslosen Personen. Diese schlechte Absicherung schlägt sich in den vergleichsweise hohen Armutsraten in diesen Nationen nieder. Um einen Ausgleich zum dualistischen Sicherungssystem zu erlangen, kommt der Familie eine sehr starke Rolle im Wohlfahrtssektor der Länder des Südens zu, was durch die vermittelten Werte der Kirche und Politik stark unterstützt wird.

Die Gemeinsamkeiten im Aufbau des Sozialversicherungssystems können in vier Punkten beschrieben werden: Erstens kann bei der Einkommenssicherung von einem zum Teil stark fragmentierten und korporatistischen System gesprochen werden, wobei eine Unterscheidung in verschiedene Berufsgruppen vorgenommen wird. Das zweite Merkmal beinhaltet die Bemühungen, das Gesundheitssystem universalistisch zu gestalten, welches aufgrund der fehlenden Finanzierung aber durch private Sicherung ergänzt wird. Eine weitere Gemeinsamkeit der Länder des familistischen Wohlfahrtstyps ist die relativ schwache Rolle der staatlichen Interventionen im Sicherungssystem und die Heterogenität der involvierten Akteure, die vor allem im Gesundheitssystem sichtbar wird. Der vierte Punkt bezieht sich auf die anhaltenden klientelistischen Strukturen und die Patronage-Systeme, die in den Ländern des familistischen Wohlfahrtstyps in ihrer Stärke unterschiedlich ausgeprägt sind, aber in allen vorhanden sind (vgl. Ferrera 1996). Dies führt zu Differenzen in der Höhe des Transfers bei den unterschiedlichen Gruppen von Versicherten, die Sozialsysteme sind also wenig universalistisch.

Im Unterschied zum wirtschaftsliberalen Wohlfahrtsregime liegen die privaten Ausgaben für Bildung unter dem Durchschnitt der verglichenen Länder. Die öffentlichen Ausgaben für Bildung liegen in beiden Wohlfahrtsregimen unter dem Durchschnitt.

## **6.2 Fallstudien zu den einzelnen Ländern**

### **Italien**

#### **Typ und Entwicklungstrend**

Im Italien wird die Betreuung und Pflege den Frauen in den Familien als Aufgabe zugeordnet („familistisch“), gleichzeitig gibt es aber nur eine sehr



geringe staatliche Unterstützung für Familien. Dies hat eine geringe Frauenerwerbsquote und eine niedrige Geburtenrate zur Folge.

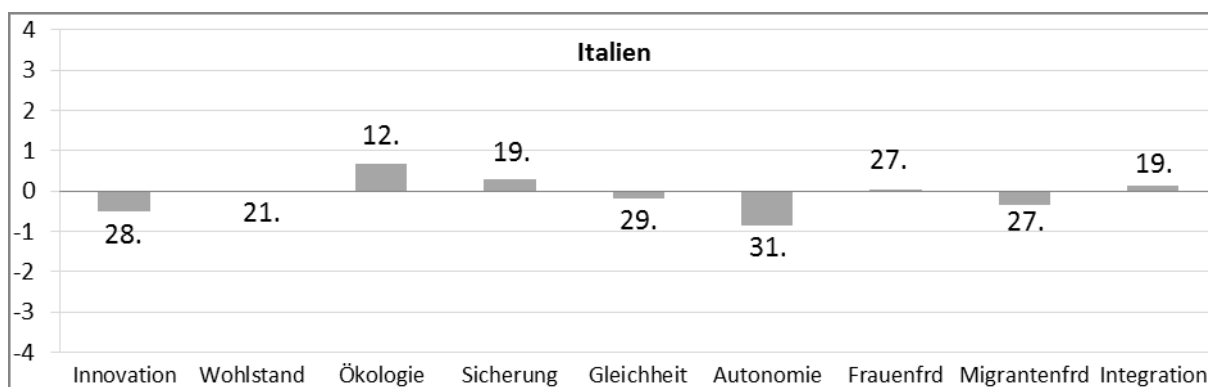
Im Bereich der Erwerbstätigkeit gibt es ein starkes Insider- / Outsider-Problem. Die sozialen Sicherungssysteme sind Status-konservierend auf rudimentärem Niveau. Der Schwerpunkt der Ausgaben liegt bei den Renten, die Befähigung durch Bildung wird vergleichsweise weniger unterstützt. Die Verwaltungen sind eher schwach, Klientelismus und Patronage sind verbreitet.

Nach den Neuwahlen im Februar 2013 kam es zur ersten großen Koalition in Italien, zunächst geführt von dem Sozialdemokraten Enrico Latta, dann ab Februar 2014 von dem Sozialdemokraten Matteo Renzi. Die neue Regierung setzt sich zu je 50% aus Ministerinnen und Ministern zusammen, die Gleichstellung der Geschlechter dürfte sich also verbessern, und strebt u.a. die Schaffung von Arbeitsplätzen an sowie die Verschlinkung des aufgeblähten Politik- und Verwaltungssystems. Auch die Systeme sozialer Sicherung gehören zu dem umfassenden Modernisierungsprogramm der neuen Regierung.

### Das Performanzprofil Italiens

Italien gehört bei den privaten und öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung jeweils zum unteren Mittelfeld. Dies gilt dann auch für die Innovationsfähigkeit insgesamt. Mit seinem durchschnittlichen Wohlstand platziert sich Italien u.a. wegen des Tourismus etwas besser, nämlich etwa im internationalen Durchschnitt, wobei der Norden deutlich wohlhabender ist als der Süden. Italien verzichtet auf Kernenergie und gehört bei den Umweltbelastungen insgesamt zum besten Drittel. Bei den Entlastungsbemühungen gehört Italien ebenfalls zum ersten Drittel. Auch beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit liegt Italien deshalb im besten Drittel der betrachteten Länder.

Abbildung 6-7: Das Performanzprofil Italiens



Eigene Berechnung und Darstellung.

Bei den nachsorgenden Sozialausgaben für den Risikofall gehört Italien zu den ersten Zehn, aber die Ausgaben konzentrieren sich zu stark auf die Renten.

Deshalb rangiert Italien mit seiner hohen Armutsquote und großen Einkommensungleichheit nur im unteren Mittelfeld. Bei den gesamten Bildungsausgaben gehört Italien zum letzten Drittel. Als Resultat liegt Italien mit seinem hohen Anteil an Risikolesern im Sinne von PISA und seinem hohen Anteil an frühen Schulabgängern nur im unteren Mittelfeld. Bei der Gleichheit der Teilhabe bezüglich Bildungschancen und Einkommen insgesamt rangiert Italien dann auch nur im unteren Mittelfeld. Die geringen Bildungsausgaben führen auch zu einem geringen Anteil an tertiären Abschlüssen. Bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie insgesamt gehört Italien dann auch nur zum letzten Drittel. Die Zufriedenheit mit den Wahlmöglichkeiten ist noch etwas schlechter, sodass Italien auch beim Gesamtindex der Autonomie im letzten Drittel rangiert.

Bei der Vertretung der Frauen im Parlament und beim Studentinnenanteil gehört Italien noch zum ersten Drittel. Aber mit seinem niedrigen Frauenerwerbsquotienten rangiert Italien unter den letzten Fünf. Bei der Frauenfreundlichkeit insgesamt gehört das von der katholischen Konfession geprägte Italien mit seinen traditionellen Geschlechterrollen deshalb zum unteren Mittelfeld der betrachteten Länder. Bei der Offenheit für Migranten rangiert Italien im letzten Drittel. Bei der Teilhabe von Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt liegt Italien im oberen Mittelfeld. Beim Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit gehört Italien dann zum unteren Mittelfeld.

Bei der Integration in das Beschäftigungssystem gehört Italien wegen seiner traditionellen Geschlechterrollen zum letzten Drittel. Dies gilt auch für den Arbeitsmarkt und die ökonomische Integration insgesamt. Die Partizipation in Politik und in Gewerkschaften ist besser entwickelt, bei der Integration in der Zivilgesellschaft gehört Italien zu den besten Zehn. Beim Gesamtindex der sozialen Integration liegt Italien deshalb im oberen Mittelfeld.

## **Spanien**

### **Typ und Entwicklungstrend**

Durch die Mitgliedschaft in der EU und in der Währungsunion hat Spanien nach 40 Jahren Diktatur einen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt. Durch die Immobilienspekulationen sind die spanischen Banken aber in die Krise geraten, wodurch auch der spanische Staatshaushalt unter Druck steht. Die Statuskonservierenden sozialen Sicherungssysteme in Bismarck'scher Tradition, aber auf rudimentärem Niveau, werden zunehmend durch private Leistungen ergänzt.

Das Gesundheitssystem ist seit dem Gesetz von 1986 durch die damalige sozialistische Regierung eher universalistisch ausgestaltet. Die Finanzierung des spanischen Sozialstaates verlagert sich von Beiträgen auf Steuern.

Den Frauen in den Familien wird die Verantwortung für Betreuung und Pflege zugedacht („familistisch“), gleichzeitig sind die finanziellen Leistungen des

Staates für die Familien sehr gering. Eine sozialdemokratische Regierung setzte aber 2007 ein Gesetz zur Gleichstellung der Geschlechter durch, das den Modernisierungsprozess bei den Geschlechterrollen förderte.

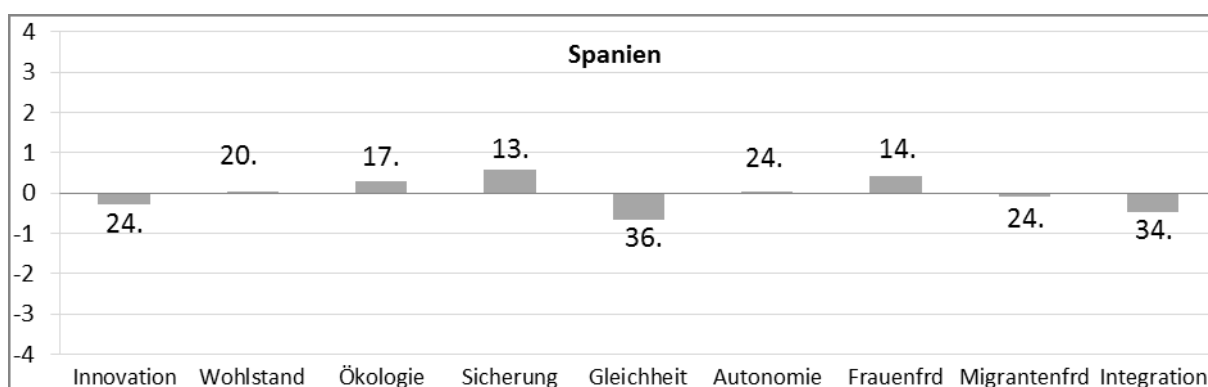
Insgesamt gehört Spanien zum familistischen Wohlfahrtsregime, wobei die Leistungen des Sozialstaates zunehmend durch private Leistungen ergänzt werden. In der Finanz- und Wirtschaftskrise ist die Ungleichheit in Spanien im internationalen Vergleich besonders stark gestiegen.

Seit ihrem Wahlsieg im November 2011 versuchte die konservative Regierung, die Wirtschaftskrise mit Leistungskürzungen und Steuererhöhungen zu überwinden. Gemäß den jüngsten Schätzungen des IMF verzeichnete Spanien in 2015 einen wirtschaftlichen Aufschwung.

### Das Performanzprofil Spaniens

Spanien rangiert mit den privaten und öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung jeweils im Mittelfeld. Dies gilt dann auch für die darauf basierende Internetnutzung und die wichtigen Patente. Beim Gesamtindex der Innovationsfähigkeit liegt Spanien im internationalen Durchschnitt. Mit seinem durchschnittlichen Wohlstand rangiert Spanien dann wegen des Tourismus etwas über dem internationalen Durchschnitt. Als Kehrseite des Wohlstands liegen die Umweltbelastungen Spaniens insgesamt auch im Mittelfeld. Bei den Entlastungsbemühungen zur ökologischen Nachhaltigkeit platziert sich Spanien am Ende des ersten Drittels der betrachteten Länder. Beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit gehört Spanien deshalb zum vorderen Mittelfeld.

Abbildung 6-8: Das Performanzprofil Spaniens



Eigene Berechnung und Darstellung.

Spanien liegt mit seinen nachsorgenden Sozialausgaben für den Risikofall im ersten Drittel, aber die sozialen Sicherungssysteme sind so wenig effektiv, dass Spanien mit seiner großen Einkommensungleichheit und mit seiner hohen Armutsquote jeweils zum letzten Drittel der betrachteten Länder gehört. Dies gilt dann auch für den hohen Anteil früher Schulabgänger. Beim Gesamtindex

der Gleichheit der Teilhabe bezüglich Bildungschancen und Einkommen gehört Spanien dann auch zum letzten Drittel der betrachteten Länder. Bei den gesamten Bildungsausgaben liegt Spanien etwa im internationalen Durchschnitt. Bei dem Anteil der tertiären Abschlüsse und bei der Lesekompetenz gemäß PISA liegt Spanien jeweils etwa im internationalen Durchschnitt. Dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Autonomie.

Bei der Vertretung von Frauen im Parlament gehört Spanien zu den besten Fünf der betrachteten 43 Länder. Bei dem Frauenerwerbsquotienten andererseits rangiert das katholische Spanien nur im unteren Mittelfeld. Beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit liegt Spanien damit am Ende des ersten Drittels. Bei der Offenheit für Migranten liegt Spanien etwas über dem internationalen Durchschnitt, bei der Teilhabe der Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt etwas unter dem Durchschnitt. Beim Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit platziert sich Spanien deshalb im internationalen Durchschnitt.

Bei der Integration in den Arbeitsmarkt und bei der ökonomischen Integration insgesamt gehört Spanien zu den letzten Fünf. Bei der Integration in der Zivilgesellschaft liegt Spanien im Mittelfeld. Beim Gesamtindex der sozialen Integration rangiert Spanien dann im letzten Drittel der betrachteten Länder.

## **Portugal**

### **Typ und Entwicklungstrend**

Nach 40 Jahren Diktatur hat Portugal ab 1974 einen Demokratisierungs- und Modernisierungsprozess begonnen, der durch die EU-Mitgliedschaft ab 1986 gefördert wurde. Trotz eines wirtschaftlichen Aufschwungs mit überdurchschnittlichen Wachstumsraten blieb Portugal aber das ärmste Altmitglied der EU.

Die Rentenversicherung und die Arbeitslosenversicherung folgen der beitragsgebundenen, Status-konservierenden Wohlfahrtslogik. Das rudimentäre Gesundheitssystem ist universalistisch ausgestaltet.

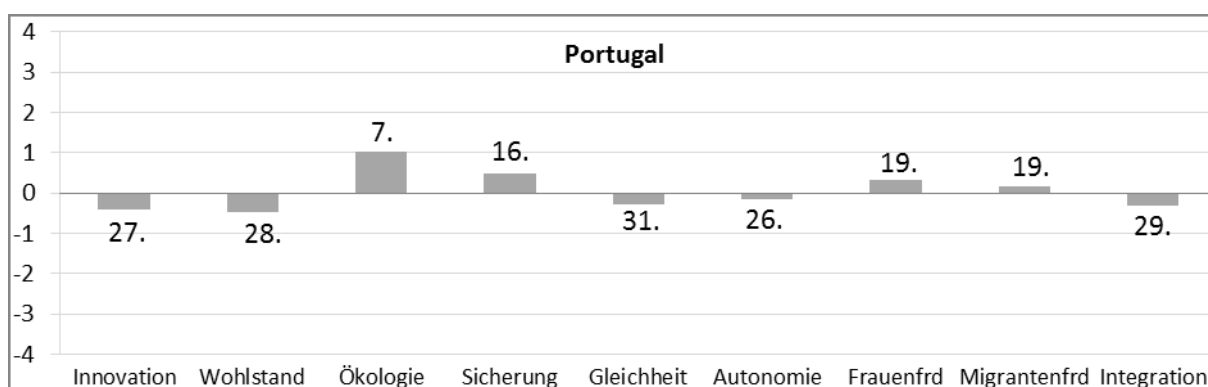
Die Frauenerwerbstätigkeit ist insbesondere aus ökonomischer Notwendigkeit die höchste in den familistischen Ländern Südeuropas. Dennoch bleibt die Zuständigkeit für Betreuung und Pflege den Frauen in den Familien zugeordnet. Insgesamt gehört Portugal zu den familistischen Ländern (vgl. Tavora 2012).

Unter dem Druck des Rückbaus der hohen öffentlichen Schulden gibt es wenig Spielraum für den Ausbau des residualen Wohlfahrtsstaates. Im November 2015 übernahm aber eine Minderheitsregierung der sozialistischen Partei unter Premierminister António Costa die Regierung. Mit dem kommunistischen Linksblock und einer grün-kommunistischen Listenverbindung hatte António Costa vorher eine Tolerierung ausgehandelt, für die er eine Reihe von gemeinsam geteilten sozialen Verbesserungen umsetzen muss, wozu insbesondere die Anhebung des Mindestlohnes und eine Erhöhung der Renten gehören.

## Das Performanzprofil Portugals

Portugal liegt bei den Investitionen in Forschung und Entwicklung etwas über dem internationalen Durchschnitt, bei den wichtigen Patenten und insbesondere bei der Internetnutzung aber unter dem Durchschnitt. Beim Gesamtindex der Innovationsfähigkeit rangiert Portugal deshalb im unteren Mittelfeld. Portugal ist das ärmste Land der alten Mitglieder der EU und gehört beim durchschnittlichen Wohlstand wie bei der Innovationsfähigkeit zum unteren Mittelfeld der betrachteten 43 Länder. Als Kehrseite des geringen Wohlstands belastet Portugal die Umwelt relativ wenig. Bei den Entlastungsbemühungen gehört Portugal zu den ersten Zehn, und dies gilt dann auch für den Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit.

Abbildung 6-9: Das Performanzprofil Portugals



Eigene Berechnung und Darstellung.

Bei den nachsorgenden Sozialausgaben liegt Portugal zwar im ersten Drittel, aber das soziale Sicherungssystem ist so wenig effektiv, dass Portugal mit seiner hohen Einkommensungleichheit zum unteren Mittelfeld der Länder gehört. Wegen des hohen Anteils früher Schulabgänger gehört Portugal bei der Bildungsarmut insgesamt zum letzten Drittel. Beim Gesamtindex der Gleichheit der Teilhabe bezüglich Bildungschancen und Einkommen rangiert Portugal dann auch nur im letzten Drittel der betrachteten Länder. Bei der durchschnittlichen Lesekompetenz gemäß PISA und bei der Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie insgesamt gehört Portugal zum unteren Mittelfeld. Dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Autonomie.

Bei der Vertretung von Frauen im Parlament liegt Portugal im vorderen Mittelfeld, beim Studentinnenanteil etwas schlechter und beim Erwerbsquotienten besser. Portugal platziert sich damit beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit im vorderen Mittelfeld. Ähnliches gilt für die Migrantenfreundlichkeit. Bei der Offenheit für Migranten liegt Portugal im vorderen Mittelfeld, bei der Teilhabe von Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt

ebenfalls. Damit platziert sich Portugal beim Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit auch im vorderen Mittelfeld.

Bei der ökonomischen Integration gehört Portugal insgesamt zum letzten Drittel. Bei der Teilhabe in der Zivilgesellschaft liegt es im vorderen Mittelfeld. Deshalb rangiert Portugal beim Gesamtindex der sozialen Integration im unteren Mittelfeld.

## **Griechenland**

### **Typ und Entwicklungstrend**

Nach einer Militärdiktatur ist Griechenland seit 1974 wieder eine Demokratie, die durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft ab 1981 gefestigt wurde.

Die Sozialversicherungen sind auf Beitragsbasis Status-konservierend und auf einem rudimentären Niveau, wobei die Verwaltung relativ intransparent ist.

Der Einfluss der griechisch-orthodoxen Kirche ist hoch. Die Geschlechterrollen sind sehr traditionell, bei der Frauenerwerbsquote liegt Griechenland mit am Schluss der betrachteten Länder.

Die staatliche Verwaltung und die Wirtschaft sind sehr ineffizient, u.a. weil Ämter und Positionen häufig politisch vergeben werden. Im Härtestest der Finanzkrise stellte sich 2009 heraus, dass der griechische Staat viel höher verschuldet war, als frühere offizielle Berichte glauben machten. Die Hauptursachen der hohen Defizite lagen gemäß IMF in dem zu hohen Anstieg der Löhne und insbesondere der Renten im Kontext der Eurozone. Die Steuerbehörde ist ein weiteres Problem. Viele Wohlhabende können sich der Besteuerung entziehen.

Nur mit internationaler Finanzhilfe konnte Griechenland vor dem Staatsbankrott bewahrt werden. Aber mit einer schrumpfenden Wirtschaft verringert sich die Tragfähigkeit von Schulden. Nicht nur die Bedienung der Schuldzinsen, sondern Wachstumsimpulse von außen werden dringend benötigt.

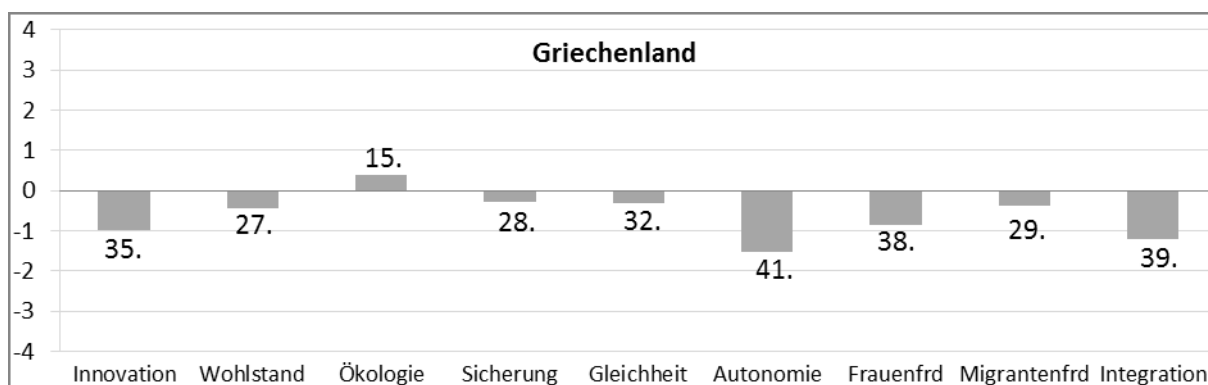
### **Das Performanzprofil Griechenlands**

Griechenland gehört bei den öffentlichen und privaten Ausgaben für Forschung und Entwicklung, bei der Verbreitung der Internetnutzung und bei den wichtigen Patenten jeweils zum letzten Drittel. Dementsprechend rangiert Griechenland auch bei der Innovationsfähigkeit insgesamt im letzten Drittel der betrachteten Länder. U.a. wegen der Tourismusbranche fällt der durchschnittliche Wohlstand vergleichsweise besser aus, dabei gehört Griechenland zum unteren Mittelfeld. Als Kehrseite des unterdurchschnittlichen Wachstums sind die Umweltbelastungen Griechenlands relativ gering. Bei den Entlastungsbemühungen gehört Griechenland zum oberen Mittelfeld. Bei der ökologischen

Nachhaltigkeit insgesamt platziert sich Griechenland damit noch im ersten Drittel der betrachteten Länder.

Bei den nachsorgenden Sozialausgaben für den Risikofall liegt Griechenland im ersten Drittel, aber das soziale Sicherungssystem ist so wenig effektiv, dass Griechenland mit seiner Armutsquote und bei der Einkommensungleichheit zum letzten Drittel gehört. Bei den gesamten Bildungsausgaben rangiert Griechenland im letzten Drittel. Dementsprechend gehört Griechenland mit seinem hohen Anteil an Risikolesern im Sinne von PISA zum letzten Drittel. Bei der Gleichheit der Teilhabe bezüglich Bildungschancen und Einkommen insgesamt gehört Griechenland auch zum letzten Drittel. Mit seinen geringen gesamten Bildungsausgaben erreicht Griechenland nur einen unterdurchschnittlichen Anteil an tertiären Abschlüssen und gehört bei der durchschnittlichen Lesekompetenz gemäß PISA zum letzten Drittel. Auch bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie insgesamt gehört Griechenland zum letzten Drittel der betrachteten Länder. Wenn man die (sehr geringe) Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Wahlmöglichkeiten berücksichtigt, dann rangiert Griechenland beim Gesamtindex der Autonomie unter den letzten Fünf der betrachteten Länder.

Abbildung 6-10: Das Performanzprofil Griechenlands



Eigene Berechnung und Darstellung.

Aufgrund der Prägung durch die orthodoxe Kirche weist Griechenland sehr traditionelle Geschlechterrollen auf. Beim Studentinnenanteil und beim Erwerbsquotienten zählt Griechenland jeweils zu den letzten Zehn. Beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit gehört Griechenland dann auch zu den letzten Zehn der betrachteten Länder. Bei der Migrantenfreundlichkeit schneidet Griechenland ein wenig besser ab. Bei der Offenheit für Migranten liegt Griechenland im unteren Mittelfeld, bei der Teilhabe von Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt etwa im Durchschnitt. Beim Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit platziert sich Griechenland damit im unteren Mittelfeld der betrachteten Länder.

Bei der Integration in das Beschäftigungssystem gehört Griechenland aufgrund der traditionellen Geschlechterrollen zu den letzten Zehn, dies gilt auch für die Integration in den Arbeitsmarkt. Bei der Integration in der Zivilgesellschaft liegt Griechenland ebenfalls unter den letzten Zehn. Beim Gesamtindex der sozialen Integration platziert sich Griechenland dann auch unter den letzten Zehn der betrachteten Länder.

## **Zypern**

### **Typ und Entwicklungstrend**

Als frühere britische Kolonie wurde Zypern 1960 unabhängig. Nach missglücktem griechischem Militärputsch 1974 intervenierte die Türkei, worauf es zu einer Teilung in einen griechischen südlichen Teil und einen türkischen nördlichen Teil kam. Die Republik Zypern (d.h. der griechische Teil) trat 2004 der EU bei. Aus dieser komplizierten Vorgeschichte erklären sich ein Teil der Besonderheiten der Institutionen.

Wie in Griechenland sind in der Republik Zypern die Sozialversicherungen beitragsgebunden und Status-konservierend. Die Betreuung und Pflege wird den Frauen in den Familien zudedacht, die Geschlechterrollen sind noch sehr traditionell.

Das Bildungssystem weist eine späte Selektion und einen nennenswerten Anteil an Privatschulen auf.

Die Präsidentialrepublik wurde ab 2008 von einem gemäßigten kommunistischen Präsidenten geführt, der im Dezember 2011 Zypern mit einem russischen Kredit zunächst vor den Auflagen des europäischen Rettungsschirms bewahrte. Im Juni 2012 musste Zypern aber einen Antrag auf finanzielle Unterstützung bei der EU und dem IMF stellen. Im Februar 2013 gewann dann der konservative Kandidat Nicos Anastasiades die Präsidentschaftswahl. Im April 2013 gewährten Eurogruppe und IMF einen Kredit über 10 Milliarden Euro mit der Auflage eines strengen Konsolidierungsprogramms.

Hinter die ungelöste nationale Frage müssen andere politische und gesellschaftliche Diskussionen – insbesondere zum Wohlfahrtssystem – nur allzu häufig zurücktreten. Da Zypern seit 2011 zu den ökonomischen Krisenstaaten Südeuropas gehört, ist in nächster Zeit kein Ausbau des Sozialstaates zu erwarten. Die familistische Wohlfahrtslogik dürfte dominierend bleiben.

### **Das Performanzprofil Zyperns**

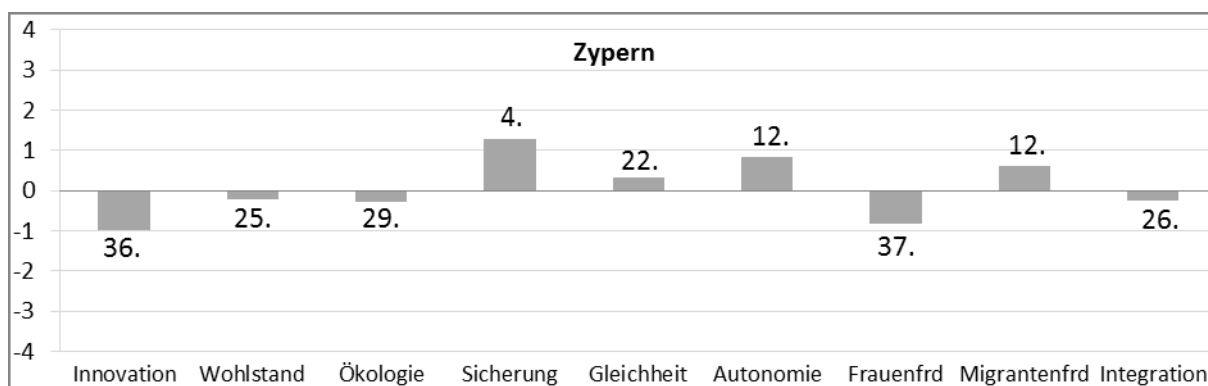
Zypern gehört bei den privaten und bei den öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie bei der Verbreitung der Internetnutzung jeweils zum letzten Drittel der betrachteten Länder. Dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Innovationsfähigkeit. U.a. wegen des Geschäftsmodells der „Steuroase“ und der Tourismusbranche schneidet Zypern beim durchschnittli-



chen Wohlstand etwas besser ab, dabei gehört Zypern zum unteren Mittelfeld. Als Kehrseite liegen die Umweltbelastungen Zyperns im oberen Mittelfeld. Bei den Entlastungsbemühungen gehört Zypern zum unteren Mittelfeld der betrachteten Länder, und dies gilt dann auch für den Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit.

Bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates liegt Zypern im vorderen Mittelfeld, und dies gilt dann auch für die Gleichheit der Teilhabe am Einkommen. Gemäß dem Anteil früher Schulabgänger gehört Zypern zum oberen Mittelfeld. Bei der Gleichheit der Teilhabe bezüglich Bildungschancen und Einkommen insgesamt platziert sich Zypern ebenfalls im vorderen Mittelfeld. (Die Angaben für die Bildungsausgaben schwanken allerdings zwischen den Jahren und Quellen sehr stark.) Der Anteil tertiärer Abschlüsse liegt im ersten Drittel. Auch der Gesamtindex der Autonomie gehört zum ersten Drittel (wobei aber zwei von fünf Informationen fehlen).

Abbildung 6-11: Das Performanzprofil Zyperns



Eigene Berechnung und Darstellung.

Die Prägung durch die orthodoxe Konfession unterstützt die Verbreitung traditioneller Geschlechterrollen. Bei der Vertretung der Frauen im Parlament und beim Studentinnenanteil gehört Zypern jeweils zu den letzten Zehn. Auch beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit rangiert Zypern unter den letzten Zehn. Bei der Migrantenfreundlichkeit schneidet Zypern deutlich besser ab, wohl u.a. deshalb, weil es viele Migranten aus Griechenland gibt. Bei der Offenheit für Migranten liegt Zypern im ersten Drittel, und auch bei der Teilhabe von Migranten im Bildungssystem liegt Zypern im ersten Drittel. Beim Gesamtindex bei der Migrantenfreundlichkeit gehört Zypern dann ebenfalls zum ersten Drittel der betrachteten Länder.

Bei der Integration in der Zivilgesellschaft liegt Zypern über dem internationalen Durchschnitt, bei der Integration in persönliche Beziehungsnetzwerke aber deutlich darunter. Beim Gesamtindex der sozialen Integration liegt Zypern deshalb unter dem internationalen Durchschnitt.

## **Malta**

### **Typ und Entwicklungstrend**

Durch den Einfluss der katholischen Kirche dominiert in Malta das Leitbild des „male-breadwinner model“.

Als ehemalige britische Kolonie gibt es im Schulsystem neben einem Anteil von Schulen in katholischer Trägerschaft auch einen Anteil in privater Trägerschaft, wobei diese beiden Schultypen insgesamt von ca. einem Drittel der Schüler besucht werden. Es gibt ein staatliches Gesundheitssystem, aber der Privatanteil an Gesundheitsausgaben ist relativ hoch. Die Priorität liegt in Malta eher auf Investitionen in Bildung als auf nachsorgenden Sozialausgaben.

Betreuung und Pflege sind den Frauen in den Familien zugeordnet. Bei der Vertretung von Frauen in der Politik gehört Malta zu den letzten Zehn der betrachteten 43 Länder. Änderungen sind am ehesten von dem EU-Kontext zu erwarten. Auch bei der Frauenerwerbstätigkeit liegt Malta mit am Schluss.

Zusammenfassend betrachtet ist das katholische Malta also tendenziell eine familistische Gesellschaft des Südens, die in Kontinuität zum britischen Einfluss auch einige wirtschaftsliberale Komponenten aufweist.

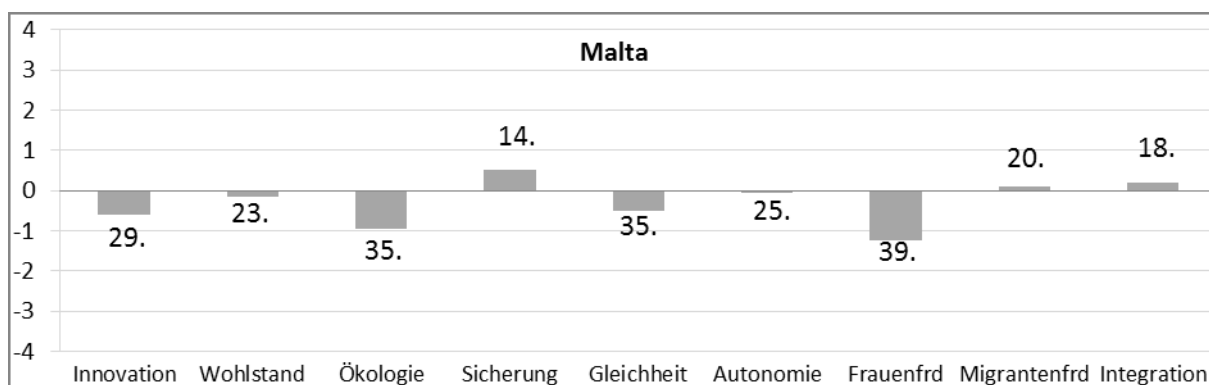
Nach den Parlamentswahlen im März 2013 übernahm die Malta Labour Party unter Premierminister Joseph Muscat die Regierung, die vor allem neue Arbeitsplätze schaffen will.

### **Das Performanzprofil Maltas**

Malta gehört bei Investitionen in Forschung und Entwicklung zum letzten Drittel, bei der Verbreitung der Internetnutzung als Output aber zum unteren Mittelfeld. Beim Gesamtindex der Innovationsfähigkeit rangiert Malta dann auch im unteren Mittelfeld. Beim durchschnittlichen Wohlstand schneidet Malta u.a. wegen der Tourismusbranche etwas besser ab. Die Umweltbelastungen Maltas liegen unter dem internationalen Durchschnitt. Allerdings gibt es andererseits sehr wenige Entlastungsbemühungen. Deshalb rangiert Malta beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit im letzten Drittel.

Bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates für den Risikofall rangiert Malta im unteren Mittelfeld. Zwar liegt die Gleichheit der Teilhabe bezüglich des Einkommens im ersten Drittel, bezüglich der Bildung aber unter den letzten Zehn. Beim Gesamtindex der Gleichheit der Teilhabe rangiert Malta deshalb im letzten Drittel. Bei den gesamten Bildungsausgaben liegt Malta im ersten Drittel. Aber bei der Lesekompetenz gemäß PISA gehört Malta zum letzten Drittel, das Bildungssystem ist also nicht effektiv. Wenn man neben der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie noch die Zufriedenheit mit den Wahlmöglichkeiten berücksichtigt, dann rangiert Malta beim Gesamtindex der Autonomie im unteren Mittelfeld.

Abbildung 6-12: Das Performanzprofil Maltas



Eigene Berechnung und Darstellung.

Aufgrund der Prägung durch die katholische Kirche weist Malta sehr traditionelle Geschlechterrollen auf. Bei der Repräsentation von Frauen im Parlament und beim Frauenerwerbsquotienten rangiert Malta jeweils unter den letzten Zehn. Auch beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit gehört Malta dann zu den letzten Zehn der betrachteten Länder. Zur Migrantenfreundlichkeit gibt es wenige Informationen. Bei der Aufnahme von Migranten gehört Malta zum unteren Mittelfeld, bei der Einbürgerung (der wenigen) Migranten schneidet es besser ab. Aber zu diesem Problemfeld wären mehr Informationen erforderlich.

Wegen der traditionellen Geschlechterrollen rangiert Malta bei der Integration in das Beschäftigungssystem im letzten Drittel. Aber bei der Integration in den Arbeitsmarkt liegt es im ersten Drittel. Bei der Integration in der Zivilgesellschaft zählt Malta zum vorderen Mittelfeld. Auch beim Gesamtindex der sozialen Integration liegt Malta dann im vorderen Mittelfeld.

### 6.3 Performanz der familistischen Länder Südeuropas

Im Folgenden wird der Versuch unternommen, die Performanz der familistischen Länder Südeuropas (vgl. Tabelle 6-1) zum Teil auf die Wohlfahrtslogik des Regimetyps, die Leitvorstellungen der Politiken und die entsprechend ausgestalteten Institutionen zurückzuführen.

In den familistischen südeuropäischen Ländern dominieren eher traditionelle Leitvorstellungen. Entsprechend ist die Innovationsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit eher gering. U.a. aufgrund der Touristikbranche ist dann der Wohlstand etwas höher, als die Innovationsfähigkeit erwarten ließe. Als Kehrseite des niedrigen Wohlstandes sind die Umweltbelastungen eher gering, die Entlastungsbemühungen für die ökologische Nachhaltigkeit allerdings auch. Die sozialen Sicherungssysteme des europäischen Südens sind eher residual, der Familie wird die Aufgabe der Betreuungsarbeit zugedacht, aber Familien werden gleichzeitig vom Staat besonders wenig unterstützt. Der Begriff „familistisch“ ist also ein Euphemismus, die sehr geringen Geburtenraten sind

ein Hinweis auf die Überforderung der Frauen in den Familien, denen viele Aufgaben zugeordnet werden, ohne dass sie unterstützt werden. Die Schwäche der Verwaltungen beeinträchtigt auch die nachsorgenden Sicherungssysteme. Die vorsorgenden Bildungssysteme sind ebenfalls relativ schwach ausgebaut, sodass die Chancengleichheit eher gering und die Armutsquoten sowie Einkommensungleichheit eher hoch sind. Aufgrund der Prägung durch die katholische bzw. orthodoxe Kirche sind die Geschlechterrollen traditionell und die Frauenfreundlichkeit gering. Wegen der traditionellen Geschlechterrollen ist die Integration in das Beschäftigungssystem überwiegend vergleichsweise schwach. Gleiches gilt für die Integration in den Arbeitsmarkt, wobei wegen des starken Schutzes der „Insider“ die Jugendarbeitslosigkeit überproportional hoch ist und wiederum zum Teil von den Familien aufgefangen werden muss. Die schönen Urlaubsländer des europäischen Südens ließen sich also gesellschaftspolitisch noch deutlich besser gestalten.

Bei der Innovationsfähigkeit liegen die familistischen Länder überwiegend im unteren Mittelfeld, Griechenland und Zypern gehören allerdings zum letzten Drittel. Beim Wohlstand platzieren sich Spanien, Italien und Malta etwa im internationalen Durchschnitt, Zypern, Griechenland und Portugal rangieren im unteren Mittelfeld. Wegen des Tourismus ist der Wohlstand (bis auf Portugal) höher, als gemäß der Innovationsfähigkeit zu erwarten.

*Tabelle 6-1: Performanzprofile der Länder des familistischen Wohlfahrtstyps*

Land	Innovation	Wohlstand	Ökologische Nachhaltigkeit	Soziale Sicherung	Gleiche Teilhabe	Autonomie	Frauenfreundlichkeit	Migrantenfreundlichkeit	Soziale Integration
Griechenland	-0,99	-0,43	0,40	-0,27	-0,32	-1,51	-0,87	-0,37	-1,22
	35	27	15	28	32	41	38	29	39
Italien	-0,52	-0,01	0,67	0,28	-0,19	-0,85	0,04	-0,36	0,14
	28	21	12	19	29	31	27	27	19
Malta	-0,61	-0,17	-0,94	0,53	-0,52	-0,06	-1,23	0,11	0,20
	29	23	35	14	35	25	39	20	18
Portugal	-0,41	-0,48	1,03	0,49	-0,28	-0,15	0,32	0,16	-0,33
	27	28	7	16	31	26	19	19	29
Spanien	-0,28	0,03	0,28	0,57	-0,67	0,03	0,42	-0,10	-0,47
	24	20	17	13	36	24	14	24	34
Zypern	-1,00	-0,22	-0,27	1,29	0,33	0,82	-0,83	0,62	-0,24
	36	25	29	4	22	12	37	12	26

Angegeben sind die z-Werte (obere Zeile) und Rangplätze (untere Zeile) der Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Bis auf Spanien verzichten alle familistischen Länder Südeuropas auf die Risikotechnologie Kernkraft. Beim Belastungsniveau liegen alle familistischen Länder besser als der internationale Durchschnitt oder im Durchschnitt, wobei Portugal die geringsten Belastungen aufweist (Platz 11). Bei den Entlastungsbemühungen setzen Malta und Zypern viel zu wenig auf erneuerbare Energien und rangieren auch bei den Entlastungsbemühungen insgesamt deutlich schlechter als der internationale Durchschnitt. Portugal, Spanien und Italien gehören bei den Entlastungsbemühungen zum ersten Drittel, wobei Portugal am besten abschneidet (Platz 8). Beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit rangieren Zypern und insbesondere Malta deutlich schlechter als der internationale Durchschnitt, aber die übrigen Länder Südeuropas platzieren sich alle besser als der Durchschnitt, wobei Portugal am besten abschneidet (Platz 7).

Bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates gehören Italien, Spanien, Portugal und Griechenland zum ersten Drittel, die Mittel werden allerdings überproportional für Renten verwendet. Zypern und Malta liegen etwa im internationalen Durchschnitt. Bei den vorsorgenden Bildungsausgaben rangieren Italien und Griechenland im letzten Drittel, Spanien und Portugal liegen etwa im Durchschnitt, sowie Malta und Zypern unter den besten Zehn. Die Prioritätensetzung in Malta und Zypern ist also bei der sozialen Sicherung ähnlich zu den angelsächsischen Ländern. Die Sozialversicherungen sind aber so wenig effektiv, dass Spanien, Portugal und Griechenland bei der Einkommensungleichheit im letzten Drittel rangieren, Italien im unteren Mittelfeld. Zypern und Malta liegen bei der Einkommensarmut deutlich besser als der internationale Durchschnitt. Bei der Bildungsarmut rangieren die Länder Südeuropas im letzten Drittel (zu Zypern fehlen einige Informationen). Bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie (insbesondere durch die Bildungssysteme) rangieren Italien, Malta, Griechenland und Portugal unter dem internationalen Durchschnitt, Spanien liegt etwa im Durchschnitt (zu Zypern fehlen einige Informationen).

Bei der Vertretung von Frauen im Parlament liegen Spanien, Portugal und Italien über dem internationalen Durchschnitt, Zypern und Malta aber gehören zu den letzten Zehn. Bei der Frauenerwerbstätigkeit rangieren Italien, Malta und Griechenland unter den letzten Zehn, das arme Portugal hat eine höhere Frauenerwerbstätigkeit. Beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit gehören Griechenland, Zypern und Malta zu den letzten Zehn der betrachteten 43 Länder. Italien liegt etwas unter dem internationalen Durchschnitt sowie Spanien und Portugal über dem Durchschnitt.

Bei der Offenheit der Migranten liegen Portugal und Spanien über dem internationalen Durchschnitt sowie Italien und Griechenland unter dem Durchschnitt. Bei der Teilhabe von Migranten liegen die Länder Südeuropas alle in etwa im internationalen Durchschnitt. Im Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit liegt Portugal etwas über dem internationalen Durchschnitt, Spanien im Durchschnitt sowie Italien und Griechenland im unteren Mittelfeld. (Für Malta

fehlen einige Informationen.) Zypern ist insofern ein Sonderfall, als viele der „Foreign-born“ aus Griechenland stammen und die Integrationsprobleme deshalb geringer sind. Daher zählt Zypern bei der Migrantenfreundlichkeit insgesamt zum oberen Drittel.

Bei der Integration in den Arbeitsmarkt gehören Spanien und Portugal, Griechenland und Zypern sowie Italien zum letzten Drittel der betrachteten Länder. Bei der Teilhabe in der Zivilgesellschaft liegen Italien, Spanien und Portugal, Zypern und Malta über dem internationalen Durchschnitt, nur Griechenland rangiert im letzten Drittel. Beim Gesamtindex der sozialen Integration gehören Griechenland und Spanien zum letzten Drittel, Zypern und Portugal liegen im unteren Mittelfeld sowie Italien und Malta etwas über dem internationalen Durchschnitt. In Südeuropa haben also Spanien und insbesondere Griechenland die größten Integrationsprobleme.

## **7. Die Ausdifferenzierung des postsozialistischen Wohlfahrtsregimes Osteuropas**

### **7.1 Gemeinsamkeiten der postsozialistischen Länder**

Das Wohlfahrtsregime des realen Sozialismus wies einige Besonderheiten auf, die für den Verlauf der Transformationsprozesse nach 1989/90 von Bedeutung sind (vgl. z.B. Orenstein 2008):

Das Wohlfahrtsregime des realen Sozialismus beruhte auf Vollbeschäftigung, da eine breite Steuerbasis eine Voraussetzung für die Finanzierung eines umfassenden Netzes sozialer Sicherung war. Entsprechend dem Gleichheitsideal bezog sich die Norm der Vollzeitbeschäftigung auf Männer und Frauen.

Der ökonomische Entwicklungsstand, gemessen am Sozialprodukt pro Kopf, war im Osten niedriger als im Westen, deshalb war auch das Niveau der sozialen Sicherung im Osten niedriger als im Westen. Dafür war aber die Ausdehnung des sozialen Netzes im Osten größer. Das Wohlfahrtsregime des realen Sozialismus umfasste nicht nur monetäre Sozialleistungen, soziale Dienstleistungen und Sozialversicherungen, sondern auch die Subventionierung von Grundnahrungsmitteln, die Versorgung mit Wohnraum sowie die Unterstützung der Teilhabe an Kultur und Freizeitaktivitäten.

Die staatseigenen Unternehmen übernahmen einen Teil der sozialen Dienstleistungen wie Vermittlung von Wohnraum, Bereitstellung von Kinderbetreuung etc.

Deshalb führte der Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft zu den folgenden Problemen: Die Privatisierung von Unternehmen war begleitet von einem Anstieg der Arbeitslosigkeit, weshalb die Einführung von Arbeitslosenversicherungen ein erstrangiges Erfordernis war.

Bei dem Wiedereinstieg nach Arbeitslosigkeit hatten Frauen größere Schwierigkeiten, die Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern ging also zurück.

Durch das Wegfallen der Preissubventionen und die Freigabe der Preise stiegen die Lebenshaltungskosten. In Kombination mit dem Anstieg der Arbeitslosigkeit stieg das Ausmaß der Armut, weshalb der Ausbau des sozialen Netzes dringend erforderlich war.

Die nun profitorientierten Unternehmen bauten die sozialen Verpflichtungen ab, weshalb der Bedarf an Kinderbetreuungseinrichtungen etc. stieg.

Der Bedarf an Absicherungen durch ein soziales Netz stieg also, während die Anzahl der Steuer- und Beitragszahler mit dem Anstieg der Arbeitslosigkeit zurückging. Auf diese Herausforderungen reagierten die postsozialistischen Länder unterschiedlich, wobei sich aber Teilgruppen von Staaten mit ähnlicher Wohlfahrtslogik herauskristallisierten.

Im Folgenden soll versucht werden, die Gruppe der genannten Länder entsprechend den dominierenden Wohlfahrtslogiken in Untergruppen zu unterteilen und so die Besonderheiten der jeweiligen Länderteilgruppe herauszustellen.

### ***Slowenien***

Slowenien rückte im Laufe der Entwicklungen der vergangenen Jahre eher in die Richtung eines universalistischen Wohlfahrtsregimes. Die Entwicklung im Land war gekennzeichnet durch eine Beibehaltung des sozialen Zusammenhalts sowie durch Reformen, die im Konsens, der wichtigsten politischen Kräfte und in tripartistischer Koordination im Land eingeleitet und umgesetzt wurden. Das großzügige Wohlfahrtssystem wird im Wesentlichen durch den Staat reguliert, alle haben einen gleichberechtigten Zugang zu wohlfahrtsstaatlichen Leistungen. In dieser Kombination steht Slowenien allein in der untersuchten Ländergruppe, durch die aktuelle Bankenkrise ist allerdings auch Slowenien unter Druck geraten.

### ***Tschechien, Slowakei, Ungarn, Polen***

Die Wohlfahrtsregime in diesen Ländern tendieren eher in Richtung Wirtschaftsliberalismus, in einzelnen Bereichen sind aber auch sozialdemokratische und korporatistische Elemente in der Wohlfahrtslogik zu beobachten. Obwohl die Leistungen des Sozialstaates im Vergleich zu sozialistischen Zeiten erheblich reduziert wurden, ist das Ausmaß an sozialen Unterstützungsleistungen im Vergleich zu „reinen“ wirtschaftsliberalen oder korporatistischen Wohlfahrtsregimen sehr umfassend. In Abstufungen wird ein Großteil der Sozialleistungen über Steuern finanziert. Gemessen an den ökonomischen Indikatoren sind diese Länder eher einem wirtschaftsliberalen „Lager“ zuzuordnen. Ein Kennzeichen für diese Ländergruppe sind häufig wechselnde Regierungen, die unterschiedlichen politischen Lagern angehör(t)en. Dadurch

und auch bedingt durch das Fehlen einer gemeinsamen Strategie ist es auch in der Sozialpolitik schwierig, eine einheitliche Entwicklungsrichtung festzustellen.

Im Vergleich zu den baltischen Staaten bieten die Länder der Visegrád-Gruppe (Tschechien, Slowakei, Ungarn, Polen) ihren Bewohnern mehr sozialen Schutz und ein besser ausgebautes Wohlfahrtssystem.

### ***Estland, Lettland, Litauen***

Die baltischen Staaten tendieren noch deutlicher als die Visegrád-Gruppe in Richtung Wirtschaftsliberalismus. Gleichzeitig sind aber diese Länder ein Beispiel für das Nebeneinander von Elementen im sozialen Sicherungssystem, die sich in ihrer Ausgestaltung verschiedenen Wohlfahrtslogiken zuordnen lassen.

Betrachtet man die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik, ist diese eindeutig einer liberalen Richtung zuzuordnen. Die liberalen Marktstrukturen gehen einher mit einem reduzierten Wohlfahrtsstaat, der aber im Vergleich z.B. zu den USA oder Großbritannien in einzelnen Bereichen fast noch sozialdemokratische Züge aufweist. Das ist im Wesentlichen auf die Übernahme von wohlfahrtsstaatlichen Institutionen aus der sozialistischen Vergangenheit zurückzuführen, aber auch auf die Orientierung an den sozialdemokratischen skandinavischen Nachbarländern.

### ***Rumänien, Bulgarien***

Rumänien und Bulgarien weisen einen niedrigeren ökonomischen Entwicklungsstand, gemessen am BIP pro Kopf, auf als die übrigen EU-Mitglieder aus Mittel- und Osteuropa. Die damit zusammenhängenden Bedingungen sind auch die wichtigste Ursache, weshalb Rumänien und Bulgarien Nachzügler bezüglich der Mitgliedschaft in der EU sind. Die späten Reformen in diesen beiden Ländern fanden durch den EU-Beitritt stärkere Unterstützung.

### ***Kroatien, Serbien***

Kroatien und Serbien sind durch die postjugoslawischen Nachfolgekriege in der sozioökonomischen Entwicklung stark zurückgeworfen worden. Die EU-Mitgliedschaft Kroatiens seit Juli 2013 dürfte den wirtschaftlichen und sozialen Aufholprozess unterstützen. Auch Serbien wird bereits seit 2007 durch Heranführungshilfen und seit Januar 2014 im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen durch die EU im sozioökonomischen Entwicklungsprozess unterstützt.



## **Russland**

Russland wird außerhalb der dreigliedrigen Typisierung von Esping-Andersen eher einem staatskapitalistischen Wohlfahrtstyp zugeordnet – einer Mischung aus kapitalistischer Wirtschaftsordnung und Resten eines sozialistischen Wohlfahrtssystems, das aber immer rudimentärer wird. All dies befindet sich immer noch im Umbruch – es ist aber zu erwarten, dass sich das Wohlfahrtsregime eher in die derzeitige Richtung weiterentwickeln wird. Charakteristika dieses staatskapitalistischen Regimetyps sind eine eher liberale Wirtschaftspolitik, bei der aber gleichzeitig der Staat versucht, seine dominierende Rolle zu erhalten bzw. zu festigen.

## **7.2 Fallstudien zu den einzelnen Ländern**

### **Slowenien**

#### **Typ und Entwicklungstrend**

Seit Erlangung der Unabhängigkeit 1991 beschritt die Republik Slowenien einen eigenständigen Entwicklungsweg, so dass es heute als eines der erfolgreichsten postsozialistischen Staaten in der Europäischen Union eingeschätzt wird (vgl. Buchen 2007, S. 65 ff.).

Der Wohlfahrtsstaat beruht zu großen Teilen noch auf dem gemeinsamen Entwicklungspfad von Jugoslawien mit den entsprechenden Grundprinzipien. So wird das Sozialsystem aus Beiträgen finanziert und ist damit einkommensabhängig. Daneben existieren jedoch viele Leistungsarten, die allen gleichermaßen zugesichert werden, sowie das Konzept einer universalistischen und damit allen zugänglichen Grundversorgung. Um den Staatshaushalt nach der Weltfinanz- und Bankenkrise zu entlasten, wird in den letzten Jahren mit Reformen in unterschiedlichen Bereichen der sozialen Sicherung vermehrt das Subsidiaritätsprinzip betont. Dabei kommt der Familie eine wichtige Rolle bei der allgemeinen Absicherung zu (vgl. Kolarič / Kopač / Rakar 2008, S. 569 ff.).

Formal sind Frauen gleichgestellt, jedoch herrscht in der slowenischen Gesellschaft immer noch eine patriarchalische Rollenaufteilung, wobei den Frauen die Aufgaben des Haushalts und der Erziehung zukommen.

Obwohl Slowenien der EU zugeneigt ist, liegt der politische Fokus auf der Innenpolitik. Arbeitnehmer und Arbeitgeber haben zentrale Mitwirkungsmöglichkeiten. Im europäischen Angleichungsprozess kann Slowenien auf vielen Gebieten mit dem EU-Durchschnitt mithalten oder ihn sogar übertreffen wie beispielsweise bei der geringen Einkommensungleichheit und -armut.

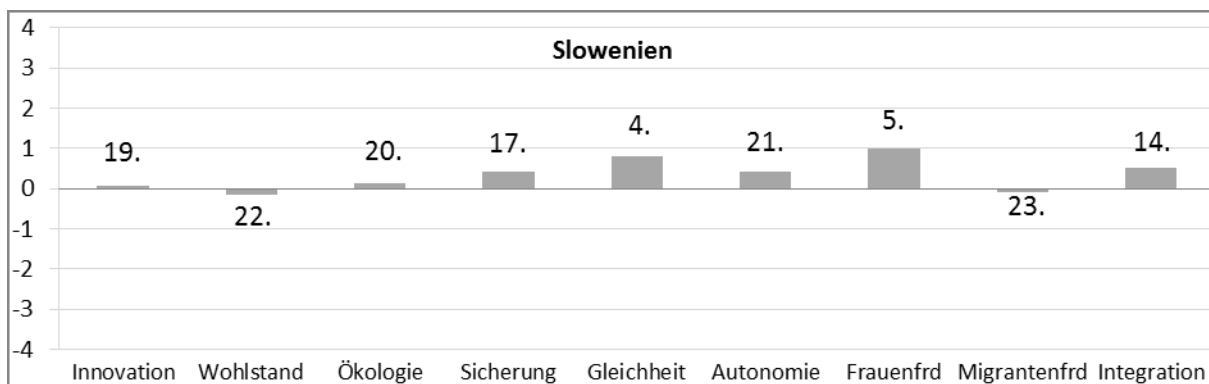
Die Verschuldung der Banken führte aber in der Weltfinanzkrise zu einer steigenden Staatsverschuldung, welche die Mitte-Rechts Regierung (seit Januar 2012) mit Sparprogrammen zu reduzieren suchte. Wegen dieser unpopulären

Sparprogramme wechselte die Regierung im März 2013 nach Mitte-Links und nach den Wahlen im Juli 2014 zu einer neuen Regierung der Mitte.

### Das Performanzprofil Sloweniens

Slowenien liegt bei den öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie bei der Verbreitung der Internetnutzung und bei den wichtigen Patenten jeweils im vorderen Mittelfeld. Auch beim Gesamtindex der Innovationsfähigkeit platziert sich Slowenien dann im vorderen Mittelfeld. Dies gilt auf dieser Basis dann auch für den durchschnittlichen Wohlstand. Als Kehrseite dieses Wohlstands liegen die Umweltbelastungen insbesondere wegen der Ausrichtung auf die Risikotechnologie Kernkraft im unteren Mittelfeld. Bei den Entlastungsbemühungen platziert sich Slowenien am Ende des ersten Drittels. Beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit liegt Slowenien damit im vorderen Mittelfeld.

Abbildung 7-13: Das Performanzprofil Sloweniens



Eigene Berechnung und Darstellung.

Bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates für den Risikofall liegt Slowenien im ersten Drittel und erreicht damit, dass die niedrige Armutsquote und die geringe Einkommensungleichheit jeweils zu den besten Zehn der betrachteten Länder gehören, ein Hinweis auf die relativ solidarische Ausrichtung der Entlohnungsstruktur. Bei den gesamten Bildungsausgaben platziert Slowenien sich im oberen Mittelfeld und erreicht damit einen sehr geringen Anteil früher Schulabgänger. Bei der Gleichheit der Teilhabe bezüglich Bildungschancen und Einkommen insgesamt erreicht Slowenien den guten vierten Platz. Die strengeren Evaluationen der PISA-Untersuchungen zeigen aber Schwachpunkte des slowenischen Bildungssystems auf. Sowohl der Anteil der Risikoleser im Sinne von PISA als auch die durchschnittliche Lesekompetenz sowie der Anteil der PISA-Spitze Sloweniens rangieren nur am Ende des Mittelfelds. Damit liegt Slowenien bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie etwa im internationalen Durchschnitt. Dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Autonomie.

Slowenien ist mehrheitlich katholisch. Beim Erwerbsquotienten liegt es aber trotzdem noch im ersten Drittel. Bei der Vertretung von Frauen im Parlament sowie beim Studentinnenanteil gehört Slowenien ebenfalls zum ersten Drittel. Beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit platziert sich Slowenien dann unter den ersten Zehn. Bei der Offenheit für Migranten liegt Slowenien etwa im internationalen Durchschnitt, bei der Teilhabe von Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt ebenfalls. Beim Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit liegt Slowenien dann auch im internationalen Durchschnitt.

Bei der ökonomischen Integration liegt Slowenien etwa im internationalen Durchschnitt. Bei der Integration in der Zivilgesellschaft gilt dies auch. Bei den persönlichen Unterstützungsnetzwerken im Fall von Krankheit oder Depression, d. h. auf der Mikroebene der sozialen Integration, schneidet Slowenien am besten ab von allen betrachteten Ländern. Insgesamt liegt Slowenien damit beim Gesamtindex der sozialen Integration im ersten Drittel.

## **Tschechien**

### **Typ und Entwicklungstrend**

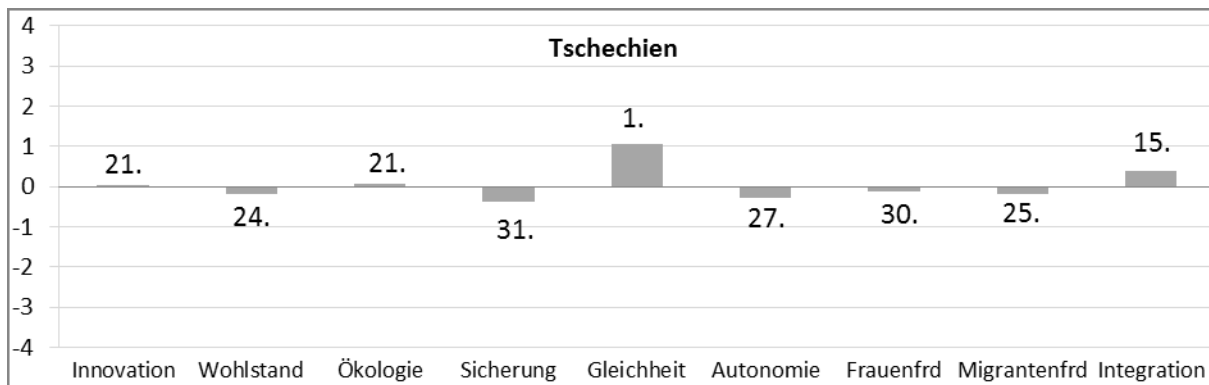
Tschechien knüpft in der Wohlfahrtslogik an die konservative Bismarck'sche Tradition der Vorkriegsphase an. In der Familienpolitik z.B. lassen sich z.T. auch heute noch konservative Elemente erkennen. Ca. zwanzig Jahre nach der Wende ist Tschechien zwischen dem sozialdemokratischen und dem wirtschaftsliberalen Modell anzusiedeln. Als kommunistisches Erbe hat es Erwartungshaltungen vieler Menschen an einen funktionierenden Sozialstaat übernommen, was sich in dem Schutz der Arbeitnehmerrechte und einer starken Rolle der Gewerkschaften widerspiegelt. Die Vertreter des Wirtschaftsliberalismus verfolgen seit dem Systemwandel einen Kurs hin zu einer stärkeren Öffnung des Marktes, zu mehr Privatisierung und zum Aufbrechen der alten Monopolstellung des Staates. Deren Bemühungen haben, insbesondere im Rahmen der Aufnahme in die Europäische Union, zu einer Entwicklung hin zu einem „europäischen Kapitalismus“ geführt. Insgesamt wird stetig versucht, eine Brücke zwischen (effizientem) Sozialstaat und Wirtschaftsliberalisierung zu schlagen. Es gibt eine leichte Tendenz vom universalistischen Erbe hin zur wirtschaftsliberalen Wohlfahrtslogik.

Seit Januar 2014 gibt es eine sozialdemokratisch geführte Koalitionsregierung unter dem Ministerpräsidenten Bohuslav Sobotka.

### **Das Performanzprofil Tschechiens**

In enger Nachbarschaft zu Slowenien, jedoch weniger in der Nähe eines universalistischen Wohlfahrtsregimes, sind die Länder Tschechien, die Slowakei, Ungarn und Polen einzuordnen.

Abbildung 7-14: Das Performanzprofil Tschechiens



Eigene Berechnung und Darstellung.

Tschechien rangiert bei den Investitionen in Forschung und Entwicklung etwas über dem internationalen Durchschnitt, bei den Ergebnissen in Form der Verbreitung der Internetnutzung und der wichtigen Patente etwas unter dem Durchschnitt. Beim Gesamtindex der Innovationsfähigkeit liegt Tschechien deshalb etwa im internationalen Durchschnitt. Auf dieser Basis rangiert der Wohlstand ebenfalls etwa im internationalen Durchschnitt. Bei den Umweltbelastungen schneidet Tschechien insbesondere wegen der zu starken Verwendung der Risikotechnologie Kernkraft schlechter ab als der internationale Durchschnitt, bei den Entlastungsbemühungen besser. Beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit liegt Tschechien dann etwa im internationalen Durchschnitt.

Bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates für den Risikofall liegt Tschechien im internationalen Durchschnitt. Das solidarische Erbe Tschechiens zeigt sich darin, dass es bei der Einkommensungleichheit zu den besten Zehn gehört und mit seiner geringen Quote relativer Armut an der Spitze aller berücksichtigten Länder steht. Beim Anteil der frühen Schulabgänger gehört Tschechien auch zu den besten Zehn. Beim Gesamtindex der Gleichheit der Teilhabe bzgl. Bildungschancen und Einkommen erreicht Tschechien damit den Spitzenplatz. Bei den strengeren Evaluationen des Bildungssystems durch die PISA-Studien dagegen schneidet Tschechien weniger gut ab. Bei den gesamten Investitionen in das Bildungssystem gehört Tschechien zum letzten Drittel der betrachteten Länder. Fast alle erhalten einen Schulabschluss, aber das tertiäre Niveau wird zu wenig gefördert, und bei der durchschnittlichen Lesekompetenz liegt Tschechien im Jahr 2012 nur etwa im internationalen Durchschnitt. Beim Gesamtindex der Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie rangiert Tschechien dann im unteren Mittelfeld.

Bei der Vertretung von Frauen im Parlament und beim Erwerbsquotienten liegt Tschechien jeweils im letzten Drittel. Tschechien weist als Land mit einer katholischen Tradition relativ traditionelle Geschlechterrollen auf und rangiert dementsprechend beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit im letzten Drittel

der betrachteten Länder. Bei der Offenheit für Migranten gehört Tschechien zum letzten Drittel. Bei der Teilhabe der (wenigen) Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt platziert sich Tschechien allerdings im vorderen Mittelfeld. Beim Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit rangiert Tschechien dann im unteren Mittelfeld.

Bei der ökonomischen Integration und bei der Integration in der Zivilgesellschaft liegt Tschechien jeweils im internationalen Durchschnitt. Bei der Integration in persönliche Beziehungsnetzwerke zählt es zum ersten Drittel. Beim Gesamtindex der sozialen Integration gehört Tschechien dann ebenfalls noch zum ersten Drittel.

## **Slowakei**

### **Typ und Entwicklungstrend**

Mit Beginn der 1990er Jahre wurde in der Slowakei ein doppelter Transformationsprozess eingeleitet. 1989 verlor die UdSSR ihren politischen sowie wirtschaftlichen Einfluss auf die damalige Tschechoslowakei weitgehend und eine Neuorientierung in Richtung Europäische Gemeinschaft wurde in Gang gesetzt. 1993 – mit der Teilung des Landes in die Tschechische und die Slowakische Republik – treten weitere Probleme wie Massenarbeitslosigkeit und steigende Langzeitarbeitslosenquoten auf, die unter anderem aus der ungleichen Verteilung der Industrie in der ehemaligen Tschechoslowakei resultieren. Beide Prozesse bedingen einen Umbau des Wohlfahrtsstaats von einem universalistischen Modell hin zu einem residualen, welches vor allem die Senkung der öffentlichen Ausgaben forciert und damit die vom Staat getragene Finanzlast reduziert.

Auch die Aufnahme in die EU ist nicht nur unter dem Aspekt der gemeinsamen Entwicklungs- und Angleichungsbestrebungen zu betrachten, von verschiedenen Seiten wird kritisiert, dass dabei die Sozialpolitik den ökonomischen Zielen untergeordnet wurde. Die Slowakei hat sich wegbewegt von einem Regime des kollektiv-egalitären Typs. Fehlende staatliche Leistungen müssen durch private Netzwerke ergänzt werden, wobei die Eigenverantwortung der Bürger gestärkt werden soll.

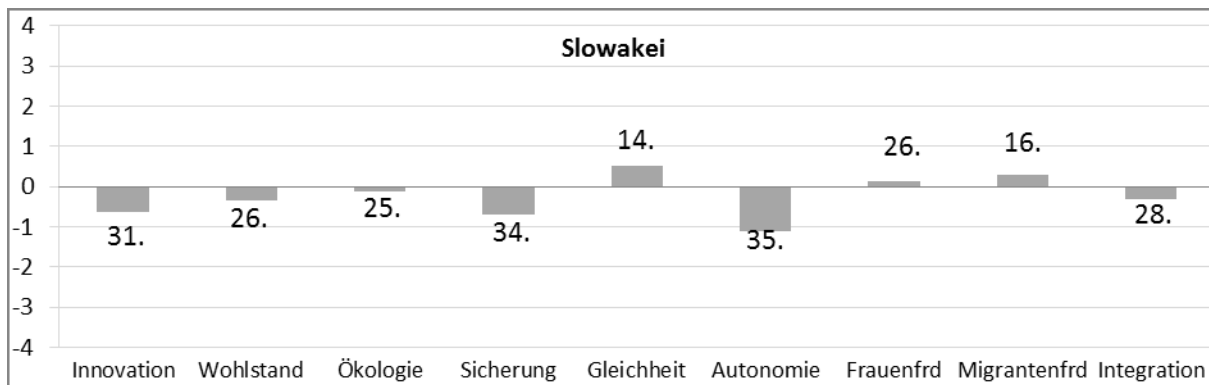
Seit März 2012 wird die Slowakei von einer europafreundlichen Mitte-Links Regierung geführt, die u.a. die hohe Jugendarbeitslosigkeit reduzieren will, wobei es auch erste Erfolge gibt.

### **Das Performanzprofil der Slowakei**

Die Slowakei gehört bei den öffentlichen und privaten Ausgaben für Forschung und Entwicklung jeweils zum letzten Drittel. Beim Output in Form der Verbreitung der Internetnutzung und der wichtigen Patente liegt die Slowakei im unteren Mittelfeld. Beim Gesamtindex der Innovationsfähigkeit rangiert die

Slowakei dann im letzten Drittel der betrachteten Länder. Wegen der ausländischen Direktinvestitionen auf Basis einer geringen Unternehmensbesteuerung liegt der durchschnittliche Wohlstand etwas besser, nämlich im unteren Mittelfeld. Die Umweltbelastungen gehören insbesondere wegen der starken Nutzung der Risikotechnologie Kernkraft zum letzten Drittel. Die Entlastungsbemühungen andererseits liegen etwas über dem Durchschnitt. Beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit rangiert die Slowakei dann im unteren Mittelfeld.

Abbildung 7-15: Das Performanzprofil der Slowakei



Eigene Berechnung und Darstellung.

Bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates für den Risikofall liegt die Slowakei im letzten Drittel. Dennoch erreicht die Einkommenspolitik, dass die Einkommensungleichheit gering und die Armutsquote niedrig ausfallen. Auch bei den gesamten Bildungsausgaben gehört die Slowakei zum letzten Drittel, schafft es aber gut, möglichst wenige ohne Schulabschluss in die Wissensgesellschaft zu entlassen. Die strengeren Evaluationen der PISA-Studien zeigen aber die Schwachpunkte des slowakischen Bildungssystems auf: Den geringen gesamten Bildungsausgaben entsprechend gehört die Slowakei bei der Lesekompetenz gemäß PISA ebenfalls zum letzten Drittel. Auch der geringe Anteil tertiärer Abschlüsse gehört zum letzten Drittel. Beim Gesamtindex der Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie gehört die Slowakei dann zu den letzten Zehn der betrachteten Länder. Die Slowakei ist ein Beispiel für „Gleichheit in der Bildungsarmut“: Zwar haben fast alle einen Schulabschluss, aber das durchschnittliche Kompetenzniveau gemäß PISA gehört zum letzten Drittel der betrachteten Länder.

Die Geschlechterrollen sind eher traditionell. Beim Erwerbsquotienten rangiert die Slowakei im unteren Mittelfeld. Beim Studentinnenanteil schneidet sie besser ab, bei der Vertretung von Frauen im Parlament schlechter (letztes Drittel der Länder). Beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit gehört die Slowakei dann zum unteren Mittelfeld. Bei der Offenheit für Migranten rangiert die Slowakei im letzten Drittel, bei der Teilhabe der (wenigen) Migranten im

Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt gehört die Slowakei aber zu den ersten Zehn. Beim Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit liegt die Slowakei damit am Anfang des Mittelfelds.

Bei der ökonomischen Integration und bei der Integration in der Zivilgesellschaft gehört die Slowakei jeweils zum letzten Drittel. Bei der Integration in die persönlichen Beziehungsnetzwerke aber liegt die Slowakei im ersten Drittel. Beim Gesamtindex der sozialen Integration rangiert die Slowakei damit im unteren Mittelfeld.

## **Ungarn**

### **Typ und Entwicklungstrend**

Tausz (2007) stellt fest, dass gemäß der Typologie der Wohlfahrtsregime nach Esping-Andersen in Ungarn eine Hybridform zwischen wirtschaftsliberalem, konservativem und sozialdemokratischem Regimetyp vorliegt (vgl. Tausz 2007, S. 329; Ferge-Eotvos 2006, S. 616), denn die verschiedenen Maßnahmen und Arrangements, die hier vorgestellt wurden, sind Ausdruck der Ideologien und Interessen verschiedener Regierungen. Und diese sind der Hauptgrund für Ungarns Hybridcharakter und die unzulängliche Nutzung öffentlicher Ressourcen (vgl. ebd.).

Für Ungarn ist ein häufiger Wechsel der Richtungen charakteristisch, in die sich das Wohlfahrtssystem entwickelte, der vor allem bedingt ist durch die Wechsel der Mehrheiten der jeweiligen Parteien. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass „[...] the conservative right-wing forces have weakened the bases of the newly won freedoms and democratic institutions“ (Ferge / Tausz 2002, S. 198).

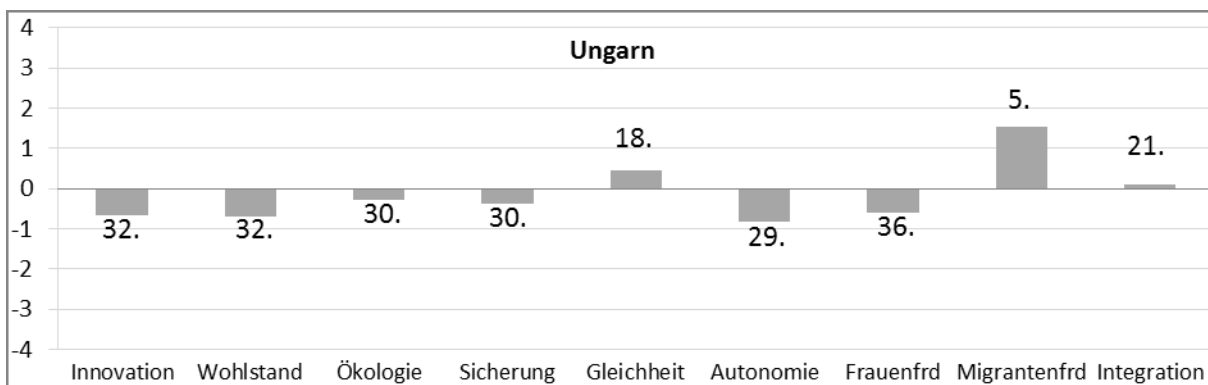
Die Wahlen im April 2010 brachten die rechtspopulistische Regierung Orbán an die Macht, die in den Wahlen im April 2014 bestätigt wurde. Die Krise des ungarischen Staatshaushalts bietet in nächster Zeit keinen Spielraum für einen Ausbau des Wohlfahrtsstaates. Die Wohlfahrtslogik ist inzwischen überwiegend konservativ mit einigen wirtschaftsliberalen Elementen wie z.B. dem hohen Privatanteil an den Gesundheitsausgaben.

### **Das Performanzprofil Ungarns**

Ungarn rangiert bei den Investitionen in Forschung und Entwicklung am Anfang des letzten Drittels, beim Output dieser Investitionen in Form der Verbreitung der Internetnutzung und der wichtigen Patente noch etwas darunter, und dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Innovationsfähigkeit. Der durchschnittliche Wohlstand hat den gleichen Rangplatz wie die Innovationsfähigkeit (nämlich Rang 32). Bei den Umweltbelastungen gehört Ungarn zum unteren Mittelfeld, bei den Entlastungsbemühungen ebenfalls. Beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit liegt Ungarn dann am Ende des Mittelfelds.

Bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates für den Risikofall platziert sich Ungarn im vorderen Mittelfeld und erreicht damit, dass Ungarn mit der geringen Einkommensungleichheit und der niedrigen Armutsquote jeweils zu den besten Zehn gehört. Bei der Versorgung mit Einkommen ist Ungarn also eine egalitäre Gesellschaft. Bei den Bildungschancen sieht es deutlich schlechter aus. Die gesamten Bildungsausgaben Ungarns liegen nur im letzten Drittel der betrachteten Länder. Ungarn liegt mit seinem Anteil an Risikolesern im Sinne von PISA im unteren Mittelfeld. Beim Gesamtindex der Gleichheit der Teilhabe bezüglich Bildungschancen und Einkommen gehört Ungarn zum vorderen Mittelfeld. Den geringen Bildungsausgaben entsprechend rangiert Ungarn mit dem Anteil tertiärer Abschlüsse im unteren Mittelfeld. Dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie.

Abbildung 7-16: Das Performanzprofil Ungarns



Eigene Berechnung und Darstellung.

Es dürfte u.a. am katholischen Einfluss liegen, dass die Geschlechterrollen in Ungarn noch relativ traditionell sind. Im Parlament sind die Frauen nur sehr schwach vertreten. Und beim Erwerbsquotienten gehört Ungarn zum letzten Drittel. Beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit rangiert Ungarn dann auch im letzten Drittel. Beim Anteil der „Foreign-born“ liegt Ungarn im letzten Drittel, die Informationsbasis aus den internationalen Erhebungen ist für Aussagen zur Migrantenfreundlichkeit zu gering.

Bei der Integration in das Beschäftigungssystem rangiert Ungarn wegen der noch zu traditionellen Geschlechterrollen im letzten Drittel. Bei der Integration in die persönlichen Beziehungsnetzwerke gehört Ungarn zum ersten Drittel. Beim Gesamtindex der sozialen Integration liegt Ungarn etwa im internationalen Durchschnitt.



## Polen

### Typ und Entwicklungstrend

Der Schwerpunkt bei der Unterstützung der bedürftigen Bevölkerung wird in Polen auf finanzielle Unterstützungsleistungen anstelle sozialer Dienstleistungen gelegt. Die Unterstützung der Armen und von Arbeitslosigkeit Betroffenen ist unzureichend und es fehlen langfristig erfolgreiche Konzepte zur Lösung drängender Probleme sowie eine effiziente aktive Arbeitsmarktpolitik. Die bereitgestellten finanziellen Unterstützungsleistungen sind aufgrund des knappen Budgets auf einem rudimentären Niveau. Von Armut besonders betroffen sind junge Frauen (bis 40 Jahre). Eine Ursache des geringen Budgets für Wohlfahrtsleistungen stellt der Umstand der geringen Steuereinnahmen dar. Ein zu niedriger Anteil der Bevölkerung zahlt überhaupt Steuern. Von der Besteuerung befreit sind beispielsweise gut organisierte und einflussreiche Interessenverbände wie die Landwirte oder Bergarbeiter (vgl. Siemienska / Domaradzka 2007, S. 522 f.).

Im Rahmen der Reformen des Wohlfahrtsstaates seit der Wende wurden der Eigenverantwortung der Bürger eine wichtigere Bedeutung zugesprochen und Umverteilungselemente abgebaut. Die Nähe zum Wirtschaftsliberalismus ist anhand der Einführung einer kapitalgedeckten Säule in das Rentenversicherungssystem, die alleinige Finanzierung der Gesundheitsbeiträge durch die Arbeitnehmer sowie die residualen finanziellen Leistungen im Falle der Arbeitslosigkeit zu erkennen. Ebenso ist der Anteil der privaten Einrichtungen im Bereich der tertiären Bildung relativ hoch. Es handelt sich bei dem polnischen Sozialsystem um eine Mischung aus einem Status-konservierenden beitragsfinanzierten Versicherungssystem und wirtschaftsliberalen Elementen. Insgesamt weist Polen also eine konservativ-wirtschaftsliberale Wohlfahrtslogik auf.

Die wichtigsten Bereitsteller der Wohlfahrtsleistungen sind die Zentralregierung sowie die regionalen und lokalen Verwaltungseinheiten. Private Anbieter sind lediglich in den Bereichen der Kinderbetreuung und Altenpflege aktiv sowie seit der Rentenreform auch bei der Alterssicherung. Für die Hilfe der Armen und Obdachlosen übernehmen die Kirchen in Polen traditionell eine wichtige Aufgabe (vgl. Siemienska / Domaradzka 2007, S. 506 f.).

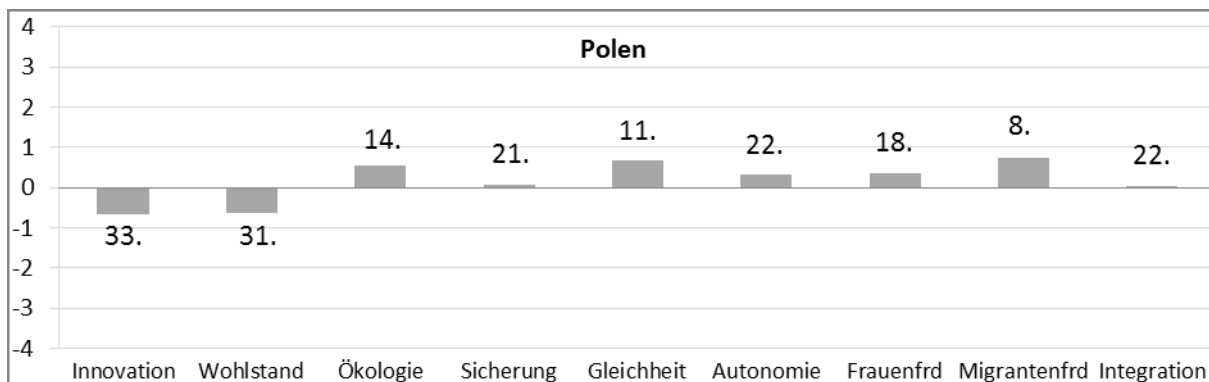
Seit den Wahlen in 2007 und im Oktober 2011 regierte eine konservativ-wirtschaftsliberale Koalition, zunächst unter der Leitung von Donald Tusk und wegen seines Wechsels an die Spitze des Europäischen Rates seit September 2014 unter der Ministerpräsidentin Ewa Kopacz. Seit den Parlamentswahlen im Oktober 2015 regiert die nationalkonservative Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) unter Ministerpräsidentin Beata Szydło mit absoluter Mehrheit.

## Das Performanzprofil Polens

Polen gehört bei den Investitionen in Forschung und Entwicklung zum letzten Drittel. Bei der Verbreitung der Internetnutzung und bei den wichtigen Patenten liegt es am Ende des Mittelfelds. Beim Gesamtindex der Innovationsfähigkeit rangiert Polen dann auch im letzten Drittel der betrachteten Länder. Dementsprechend gehört Polen auch beim Wohlstand zum letzten Drittel. Parallel zum relativ geringen Wohlstand sind die Umweltbelastungen Polens auch relativ niedrig. Bei den Entlastungsbemühungen liegt Polen etwa im Durchschnitt. Insgesamt platziert sich Polen bei der ökologischen Nachhaltigkeit damit am Ende des ersten Drittels der betrachteten Länder.

Bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates für den Risikofall liegt Polen etwa im Durchschnitt der betrachteten Länder. Dies gilt dann auch für die resultierende Einkommensungleichheit und die Armutsquote. Die Performanz des Bildungssystems ist ein Starkpunkt Polens. Mit dem geringen Anteil an frühen Schulabgängern und dem niedrigen Anteil an Risikolesern im Sinne von PISA gehört Polen jeweils zu den besten Zehn. Bei der Gleichheit der Teilhabe bezüglich Bildungschancen und Einkommen insgesamt platziert sich Polen dann auch im ersten Drittel der betrachteten Länder. Polen liegt bei der Lesekompetenz gemäß PISA im ersten Drittels. Der Anteil tertiärer Abschlüsse liegt allerdings unter dem Durchschnitt. Insgesamt platziert sich Polen beim Gesamtindex der Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie damit im Durchschnitt der betrachteten Länder.

Abbildung 7-17: Das Performanzprofil Polens



Eigene Berechnung und Darstellung.

Polen weist aufgrund seiner katholischen Prägung eher traditionelle Geschlechterrollen auf. Gleichzeitig investiert Polen verstärkt in Bildung, was zu einer Modernisierung führen dürfte. Beim Erwerbsquotienten liegt Polen noch im letzten Drittel. Bei der Vertretung von Frauen im Parlament rangiert Polen im internationalen Durchschnitt. Beim Studentinnenanteil schneidet Polen gut ab. Damit liegt Polen beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit im vorderen

Mittelfeld. Bei der Offenheit für Migranten liegt Polen im unteren Mittelfeld, bei der Teilhabe der (wenigen) Migranten auf dem Arbeitsmarkt schneidet es gut ab. Obwohl Polen an den PISA-Evaluationen teilgenommen hat, gibt es zur Differenz von Migranten und Einheimischen keine Informationen. In den Grenzen dieser Informationsbasis dürfte Polen bei der Migrantenfreundlichkeit insgesamt etwa im ersten Drittel der betrachteten Länder liegen.

Bei der ökonomischen Integration rangiert Polen im unteren Mittelfeld. Bei der Integration in der Zivilgesellschaft gehört es zum letzten Drittel. Aber bei der Integration in die persönlichen Beziehungsnetzwerke schneidet Polen gut ab, weshalb es beim Gesamtindex der sozialen Integration im internationalen Durchschnitt liegt.

Insgesamt weisen Tschechien, die Slowakei, Ungarn und Polen also Merkmale auf, die sich aus der Kombination der konservativen Bismarck'schen Sozialversicherungstradition, der universalistischen, sozialistischen Phase und den wirtschaftsliberalen Reformen erklären lassen.

## **Estland**

### **Typ und Entwicklungstrend**

Das estnische Wohlfahrtssystem nach dem Umbau gemäß westlichem Vorbild ist von verschiedenen Einflüssen geprägt und zeigt sowohl wirtschaftsliberale als auch postsozialistische Elemente.

Die wirtschaftsliberale Politik der rechten Parteien seit 1992 resultierte in Estland in einem Trend zum Minimalstaat, in dem ein starkes Vertrauen in die Marktmechanismen besteht und einer aktiven Sozialpolitik nur geringe Bedeutung beigemessen wird. Dies zeigt sich deutlich an dem geringen Anteil der Arbeitslosen, der von der Arbeitslosenversicherung abgedeckt wird, der unzureichenden Arbeitslosenunterstützung und den geringen finanziellen Mitteln, die für eine aktive Arbeitsmarktpolitik bereitgestellt werden (vgl. Saar / Lindemann 2008, S. 151 ff). Zudem sind die Rentenzahlungen vergleichsweise gering. Andererseits blieben von dem alten System umfassender sozialer Sicherung während der Zeit der Sowjetunion zum einen die Einstellung der Bürger gegenüber der staatlichen Aufgabe der Existenzsicherung und Gleichstellung der Bevölkerung. Und zum anderen blieben einige Elemente im heutigen System erhalten. Dazu können die hohen Arbeitgeberbeiträge bei der Sozialversicherung sowie das Kinderbetreuungssystem gezählt werden, welches im Vergleich zu anderen Staaten gut ausgebaut ist. Als weitere systemprägende Faktoren können die Nähe zu den skandinavischen Wohlfahrtsstaaten sowie die Vorgaben der Europäischen Union und weiterer supranationaler Organisationen genannt werden (vgl. Trumm / Ainsaar 2007, S. 187 f.).

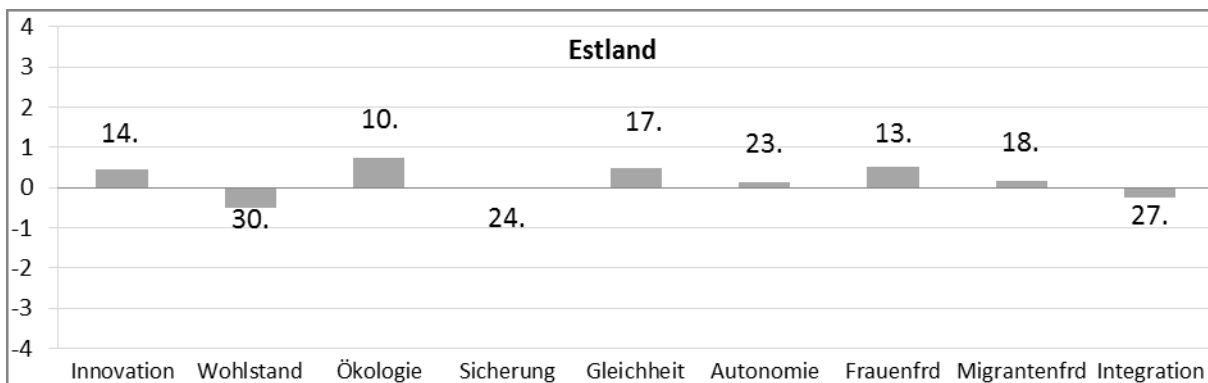
Berücksichtigt man den niedrigen Deckungsgrad und das geringe Niveau der Leistungen zusammen mit der zunehmenden Bedeutung privat organisierter

Leistungen insbesondere im Bereich der Altersvorsorge, dann haben die Reformen in Estland bisher zu einer Entwicklung des vormals staatssozialistischen Systems sozialer Sicherung in Richtung der wirtschaftsliberalen Wohlfahrtslogik geführt.

### Das Performanzprofil Estlands

Estland liegt bei den Investitionen in Forschung und Entwicklung noch unter den besten Zehn, beim Output in Form der Verbreitung der Internetnutzung und der wichtigen Patente im vorderen Mittelfeld. Beim Gesamtindex der Innovationsfähigkeit platziert sich Estland damit am Ende des ersten Drittels. Beim Wohlstand rangiert Estland in Folge des realsozialistischen Erbes nur am Anfang des letzten Drittels, es befindet sich aber im Aufstieg. Als Kehrseite des relativ geringen Wohlstands gehört Estland bei den Umweltbelastungen noch zum besten Drittel, bei den Entlastungsbemühungen sogar zu den ersten Zehn. Damit liegt Estland beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit noch unter den besten Zehn.

Abbildung 7-18: Das Performanzprofil Estlands



Eigene Berechnung und Darstellung.

Bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates für den Risikofall gehört Lettland dem wirtschaftsliberalen Kurs entsprechend zum letzten Drittel der betrachteten 43 Länder. Bei der Gleichheit der Teilhabe bezüglich des Einkommens liegt es im internationalen Durchschnitt. Der wirtschaftsliberalen Logik entsprechend wird stärker in die gesamten Bildungsausgaben investiert. Im Ergebnis ist der Anteil der Risikoleser im Sinne von PISA sehr gering. Beim Gesamtindex der Gleichheit der Teilhabe bezüglich Bildungschancen und Einkommen liegt Estland damit im vorderen Mittelfeld. Mit seinen überdurchschnittlichen Investitionen in Bildung erreicht Estland einen hohen Anteil tertiärer Abschlüsse und nach der durchschnittlichen Lesekompetenz gemäß PISA einen Platz im ersten Drittel. Bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie insgesamt gehört Estland dann auch zum ersten Drittel der betrachteten 43 Länder. Wenn man die Zufriedenheit der Bevölke-

rung mit den Wahlmöglichkeiten berücksichtigt, dann liegt Estland beim Gesamtindex der Autonomie etwa im internationalen Durchschnitt.

Bei der Vertretung von Frauen im Parlament rangiert Estland unter dem Durchschnitt. Beim Studentinnenanteil und beim Erwerbsquotienten aber liegt Estland jeweils unter den ersten Zehn. Beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit platziert sich Estland damit im ersten Drittel der betrachteten Länder. Beim Anteil der „Foreign-born“ liegt Estland noch unter den ersten Zehn. Aber bei den Einbürgerungen rangiert Estland nur im unteren Mittelfeld. Das spezifische Problem besteht in der russischsprachigen Minderheit, die 2014 ca. 25 % der Bevölkerung umfasst. Im Jahr 2014 waren 7 % der Bürger eingebürgerte ethnische Russen, 8 % immer noch staatenlos und 9 % hatten einen russischen Paß (vgl. Auswärtiges Amt 2014). Die Politik gegenüber ethnischen Russen ist bisher zu restriktiv.

Bei der Integration in das Beschäftigungssystem und in den Arbeitsmarkt gehört Estland zum vorderen Mittelfeld. Bei der Integration in der Zivilgesellschaft rangiert es aber im letzten Drittel. Damit liegt Estland beim Gesamtindex der sozialen Integration im unteren Mittelfeld der betrachteten 43 Länder.

## **Lettland**

### **Typ und Entwicklungstrend**

Die Einführung eines neuen Systems der sozialen Sicherung zu Beginn der Unabhängigkeit Lettlands war aus verschiedenen Gründen notwendig. Zum einen sollte das Wohlfahrtssystem sich dem neuen marktorientierten Wirtschaftssystem anpassen und zum anderen war aufgrund der gesunkenen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Lettlands im Rahmen der Transformationsprozesse eine Absicherung bestimmter Bevölkerungsgruppen erforderlich. Zudem dominierten zu dieser Zeit bei politischen Entscheidungen wirtschaftsliberale Prinzipien, weshalb Marktlösungen und eine stärkere Bedeutung privater Anbieter politisch erwünscht waren. Die schwach organisierten Interessenvertretungen der Arbeitnehmer stellten in Lettland kein ausreichendes Gegengewicht dar. Das Rentenmodell wurde ohne öffentliche Debatten unter Beratung der Weltbank von Vertretern des Wohlfahrtsministeriums und Experten aus Schweden erarbeitet (vgl. Rajevska 2007, S. 435).

Die vollständige Umstellung des Systems sozialer Sicherung kann gemessen an seinen Zielen als gelungen beurteilt werden. Das Rentensystem scheint in seiner Form auch langfristig finanzierbar, der Anteil an Schattenwirtschaft ist gesunken und die Beteiligung an Steuerzahlungen gestiegen. Die Rentenreform stellt jedoch trotz ihrer langfristig gerechteren Ausgestaltung in der Übergangsphase eine Belastung der älteren Generationen dar. So beträgt der Anteil der Rentenbezieher, deren Rente unter dem Existenzminimum liegt, 80 % (vgl. Rajevska 2007, S. 439 f.).

Neben der globalen beitragsfinanzierten Sozialversicherung besteht das lettische System sozialer Sicherung zusätzlich aus steuerfinanzierten Elementen. Das Gesundheitssystem wird zum Großteil über Steuern finanziert und besitzt im Grunde einen universellen Anspruch, dem es jedoch aufgrund der hohen privaten Zuzahlungen nicht gerecht wird. Das über Beiträge finanzierte Umlageverfahren der Rentenversicherung wurde zur stärkeren Betonung der individuellen Eigenverantwortung durch ein wirtschaftsliberales kapitalfinanziertes Element ergänzt. Die beitragsfinanzierte Arbeitslosenversicherung ist zwar nach dem Bismarck'schen Modell konstruiert, doch fehlt der Statuskonservierende Charakter aufgrund des niedrigen Niveaus finanzieller Leistungen und der geringen Bezugsdauer (vgl. Baum-Ceisig et al. 2008, S. 193).

Im Rentensystem soll der Schwerpunkt in den kommenden Jahren von der ersten umlagefinanzierten Säule zu der zweiten kapitalfinanzierten verschoben werden, wodurch die Privatisierung in diesem Bereich weiter voranschreiten wird. Auch in anderen Bereichen der Wohlfahrtsleistungen wie dem Gesundheitswesen und dem Wohnungsmarkt wird dem privaten Sektor in den kommenden Jahren eine größere Bedeutung in der Bereitstellung, Finanzierung und Leistungskontrolle zukommen. Die wirtschaftsliberale Wohlfahrtslogik nimmt in Lettland also insgesamt an Bedeutung zu.

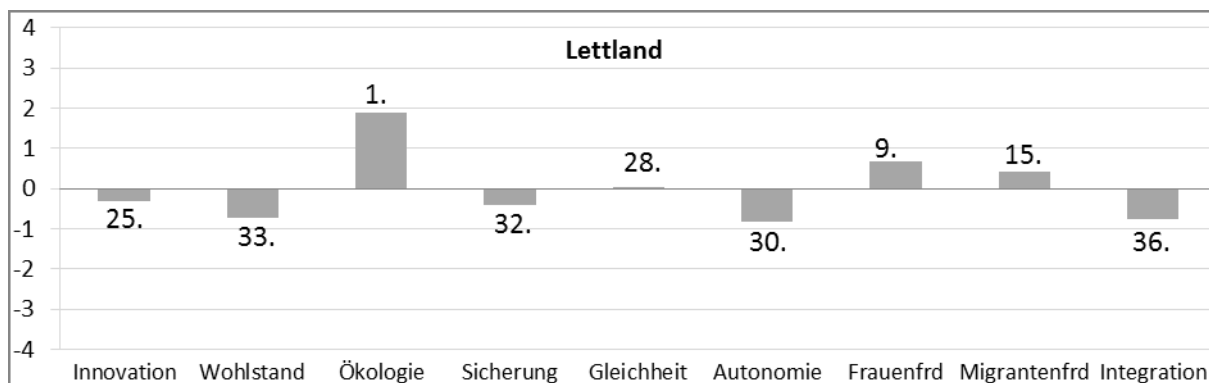
### **Das Performanzprofil Lettlands**

Lettland gehört bei den Investitionen in Forschung und Entwicklung zum letzten Drittel. Bei der Verbreitung der Internetnutzung schneidet es etwas besser ab, weshalb Lettland beim Gesamtindex der Innovationsfähigkeit im unteren Mittelfeld rangiert. Beim Wohlstand liegt Lettland wegen des staatssozialistischen Erbes noch im letzten Drittel, aber nach dem tiefen Einbruch im Krisenjahr 2009 befindet sich Lettland wieder auf einem guten Wachstumskurs. Die Umweltbelastungen Lettlands sind sehr niedrig. Auch bei den Entlastungsbemühungen liegt es mit an der Spitze. Deshalb erreicht Lettland beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit den Spitzenplatz unter allen 43 berücksichtigten Ländern.

Dem wirtschaftsliberalen Kurs entsprechend rangiert Lettland bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates für den Risikofall im letzten Drittel. Dies gilt dann auch für die resultierende hohe Einkommensungleichheit. Bei den gesamten Bildungsausgaben zur Vorsorge rangiert Lettland im unteren Mittelfeld. Lettland liegt beim Anteil der Risikoleser im Sinne von PISA und beim Anteil früher Schulabgänger im vorderen Mittelfeld. Mit seiner unterdurchschnittlichen Bildungsarmut und seiner deutlich überdurchschnittlichen Einkommensungleichheit liegt Lettland beim Gesamtindex der Gleichheit der Teilhabe im unteren Mittelfeld. Bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie platziert sich Lettland im unteren Mittelfeld. Wenn man die geringe Zufriedenheit der Bevölkerung mit

den Wahlmöglichkeiten berücksichtigt, dann liegt Lettland beim Gesamtindex der Autonomie am Anfang des letzten Drittels der betrachteten 43 Länder.

Abbildung 7-19: Das Performanzprofil Lettlands



Eigene Berechnung und Darstellung.

Zwar sind Frauen in Lettland im Parlament nur durchschnittlich vertreten, aber beim Studentinnenanteil liegt Lettland ganz vorn und beim Erwerbsquotienten zählt es zum ersten Drittel. Damit gehört Lettland beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit noch zu den ersten Zehn. Bei den „Foreign-born“ gehört Lettland zum ersten Drittel, aber bei den Einbürgerungen nur zum unteren Mittelfeld. Denn das spezifische Problem von Lettland ist die ethnisch russische Minorität, die ca. 25 % der Bevölkerung umfasst. Nur etwa die Hälfte dieser russischen Minderheit besitzt die lettische Staatsbürgerschaft, die anderen werden als „Nicht-Bürger“ im Land nur geduldet. Diese noch nicht überwundene Spaltung ist ein Schwachpunkt der lettischen Gesellschaft.

Sowohl bei der ökonomischen Integration als auch bei der Integration in die persönlichen Beziehungsnetzwerke wie auch bei der Integration in der Zivilgesellschaft rangiert Lettland jeweils im letzten Drittel. Dies gilt dann auch für den Gesamtindex der sozialen Integration. Der ökonomische Druck ist wohl so hoch, dass die Entwicklung der Zivilgesellschaft sehr langsam verläuft und auch die privaten Netzwerke beeinträchtigt sind.

## Litauen

### Typ und Entwicklungstrend

Die Beteiligung von Frauen an der Erwerbstätigkeit ist in Litauen in sozialistischer Tradition besonders stark ausgeprägt. Auch im tertiären Bildungsbereich sind Frauen sehr gut vertreten.

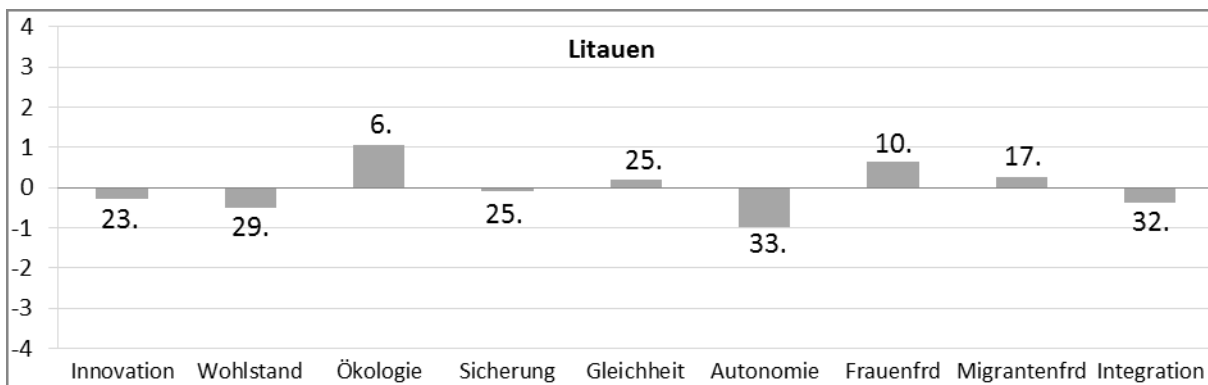
In der politischen Landschaft dominierten bisher Mitte-Rechts-Regierungen, seit Oktober 2014 gibt es allerdings eine sozialdemokratische Koalitionsregierung.

Das Wirtschaftssystem kann zweifellos als liberal bezeichnet werden, das Sozialversicherungssystem aber wird trotz der durchgeführten Reformen in sozialistischer Tradition im Wesentlichen durch den Staat gewährleistet. Gleichzeitig aber unterliegen einzelne Bereiche (z.B. das Gesundheitssystem) zunehmend stärker der Verantwortung des Einzelnen. Insgesamt hat die wirtschaftsliberale Wohlfahrtslogik in Litauen an Bedeutung zugenommen.

### Das Performanzprofil Litauens

Litauen liegt bei den Investitionen in die Innovationsfähigkeit sowie beim Output dieser Investitionen jeweils im unteren Mittelfeld. Dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Innovationsfähigkeit. Beim Wohlstand schneidet Litauen noch etwas schlechter ab und rangiert am Ende des unteren Mittelfelds. Als Kehrseite des niedrigen durchschnittlichen Wohlstands gehören die niedrigen Umweltbelastungen durch Litauen zu den besten Zehn. Die Entlastungsbemühungen zählen auch zum besten Drittel. Deshalb platziert sich Litauen beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit unter den ersten Zehn der betrachteten 43 Länder.

Abbildung 7-20: Das Performanzprofil Litauens



Eigene Berechnung und Darstellung.

Bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates für den Risikofall gehört Litauen zum unteren Mittelfeld. Dies gilt auch für die Einkommensungleichheit und die Armutsgefährdung. Der Anteil der Risikoleser im Sinne von PISA rangiert auch im unteren Mittelfeld, und dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Gleichheit der Teilhabe bezüglich Bildung und Einkommen. Bei den gesamten Bildungsausgaben liegt Litauen etwa im internationalen Durchschnitt. Die PISA-Evaluationen zeigen aber die geringe Effektivität des lettischen Schulsystems. Bei der durchschnittlichen Lesekompetenz gemäß PISA und beim Anteil der PISA-Spitze gehört Litauen jeweils nur zum letzten Drittel. Wenn man die geringe Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Wahlmöglichkeiten berücksichtigt, dann rangiert Litauen beim Gesamtindex der Autonomie im letzten Drittel der betrachteten 43 Länder.



Zwar liegt Litauen bei der Vertretung von Frauen im Parlament nur im vorderen Mittelfeld, aber beim Studentinnenanteil und beim Erwerbsquotienten zählt es jeweils zu den besten Zehn. Auch beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit gehört Litauen noch zu den besten Zehn. Beim Anteil der „Foreign-born“ rangiert Litauen nur am Ende des unteren Mittelfelds. Aber die Teilhabe der (relativ wenigen) Migranten im Bildungssystem ist vergleichsweise gut entwickelt. Das spezifische Problem der baltischen Staaten ist die russischsprachige Minderheit. Während Lettland 25-29 % ethnische Russen aufweist und Estland 23-25 %, sind es in Litauen nur 6-9 %. Die Staatsbürgerschaftspolitik der drei baltischen Länder spiegelt die Größenordnung der Probleme wider: Lettland hat restriktive Aufnahmetests eingeführt und entsprechend sind noch fast die Hälfte der ethnischen Russen staatenlos. Estland hat entsprechende Tests etwas gelockert und weist deshalb einen etwas geringeren Anteil an Staatenlosen unter den ethnischen Russen auf. Litauen dagegen mit seinem geringeren Anteil an ethnischen Russen hat bereits am 3.11.1989 ein Bürgerschaftsgesetz beschlossen, das ein Recht auf Staatsbürgerschaft regelt. Entsprechend gibt es keinen nennenswerten Anteil von Staatenlosen unter den ethnischen Russen. Die Gesellschaft Litauens hat diese Herausforderung also bereits weitgehend bearbeitet.

Bei der ökonomischen Integration rangiert Litauen am Ende des unteren Mittelfelds. Bei der Integration in der Zivilgesellschaft gehört Litauen zum letzten Drittel der betrachteten Länder, und dies gilt dann auch für den Gesamtindex der sozialen Integration.

Im Folgenden sollen noch die postsozialistischen Länder **Bulgarien, Rumänien, Kroatien** und **Serbien** sowie **Russland** betrachtet werden. Russland tendiert eher in Richtung eines staatskapitalistischen Regimetyps, während Bulgarien und Rumänien sowie Kroatien und Serbien Nachzügler in der EU-Mitgliedschaft sind und durch die EU in ihrem sozioökonomischen Aufholprozess unterstützt werden.

## **Bulgarien**

### **Typ und Entwicklungstrend**

Im Rahmen des EU-Beitritts fand ein Wandel der bulgarischen Sozialpolitik statt. Von der passiven Politik wurde zu Gunsten einer aktiven abgerückt. Im Fokus des Interesses steht nun die Bekämpfung der Ursachen von Arbeitslosigkeit und Armut anstelle der Bereitstellung finanzieller Mittel im Falle einer existenzgefährdenden Situation. Zudem sollen die sozialpolitischen Institutionen die hilfsbedürftige Bevölkerung dabei unterstützen, zu einem eigenständigen Leben zurückzufinden (vgl. Groot / Pavlova 2006, S. 82). Die Umsetzung dieser europäischen Leitlinien zeigt sich z. B. an den Elementen aktiver Arbeitsmarktpolitik. Langfristige Strategien zur Bekämpfung von Armut müssen jedoch auch mit einem Ausbau der sozialen Sicherungsleistungen und insbesondere mit einer

tragfähigen Umgestaltung der Rentenversicherung verbunden sein, wenn die Zahl der von Armut betroffenen Rentner reduziert werden soll.

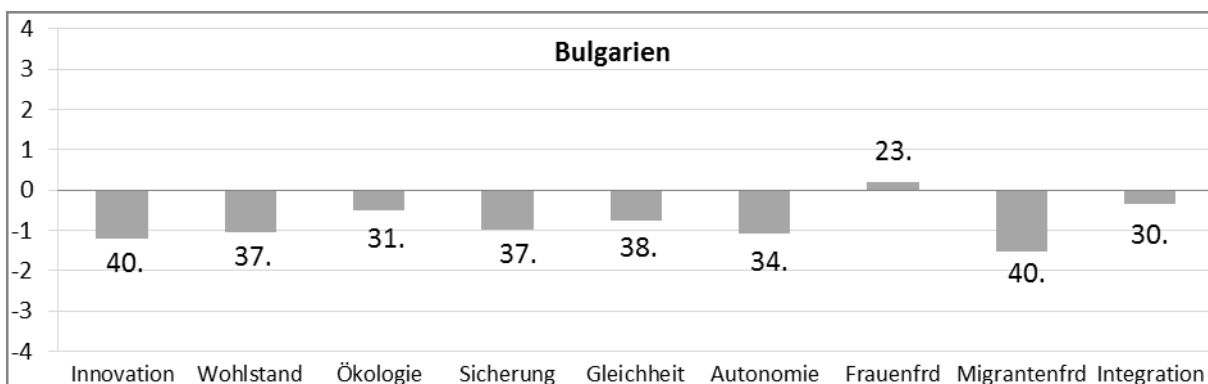
Das Wohlfahrtsregime des „Nachzüglers“ Bulgariens weist, geprägt durch die postsozialistische Vergangenheit, noch immer universalistische Elemente auf, die jedoch zunehmend durch wirtschaftsliberale Elemente ergänzt werden. Dieser Trend ist in den Bereichen der Gesundheitsversorgung und Bildung zu erkennen. Die Einführung der an das Einkommen gekoppelten Versicherungsbeiträge und Leistungen verleiht dem Wohlfahrtssystem Bulgariens zudem einen Status-konservierenden Charakter. Die konservativen Elemente sind mit Leistungen auf niedrigem Niveau verbunden, anders als beim familistischen Regime auch bei den Renten.

Zur Reduktion der Armut bedarf es der finanziellen Unterstützung der EU, zu grundlegenden Reformen muss sich zunächst eine stabilere Regierung als in der jüngeren Vergangenheit herauskristallisieren.

### Das Performanzprofil Bulgariens

Bulgarien gehört sowohl bei den Investitionen in Forschung und Entwicklung als auch beim Output in Form der Verbreitung der Internetnutzung zum letzten Drittel der betrachteten Länder. Dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Innovationsfähigkeit. Der durchschnittliche Wohlstand rangiert dementsprechend ebenfalls im letzten Drittel. Die Umweltbelastungen sind höher, als gemäß dem niedrigen Wohlstandsniveau zu erwarten. Bei den Entlastungsbemühungen zählt Bulgarien zum letzten Drittel. Dies gilt dann auch für den Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit.

Abbildung 7-21: Das Performanzprofil Bulgariens



Eigene Berechnung und Darstellung.

Bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates für den Risikofall gehört Bulgarien zum letzten Drittel. Dies gilt dann auch jeweils für die resultierende große Einkommensungleichheit und hohe Armutsgefährdung. Bei den gesamten Bildungsausgaben liegt Bulgarien im letzten Drittel. Auf dieser Basis zählt

Bulgarien mit seinem hohen Anteil an Risikolesern im Sinne von PISA auch zum letzten Drittel. Bei der Gleichheit der Teilhabe bezüglich Bildungschancen und Einkommen rangiert Bulgarien damit ebenfalls im letzten Drittel. Auf der Grundlage seiner geringen gesamten Bildungsausgaben liegt Bulgarien bei der Lesekompetenz gemäß PISA im letzten Drittel. Beim Gesamtindex der Autonomie gehört Bulgarien auch zum letzten Drittel der betrachteten Länder. In der Entwicklung von Wohlstand und sozialer Sicherung ist Bulgarien also ein Nachzügler in der EU.

Bei der Vertretung von Frauen im Parlament, beim Studentinnenanteil und beim Erwerbsquotienten liegt Bulgarien jeweils etwa im internationalen Durchschnitt. Dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit. Bulgarien nimmt kaum Migranten auf (1,1 % der Bevölkerung). Genauere Aussagen lassen sich zu diesem Problemfeld erst machen, wenn mehr verlässliche Informationen vorliegen als bisher.

Bei der ökonomischen Integration gehört Bulgarien zum letzten Drittel. Bei der Integration in der Zivilgesellschaft liegt es am Ende des Mittelfelds. Bulgarien rangiert dann beim Gesamtindex der sozialen Integration am Anfang des letzten Drittels.

## **Rumänien**

### **Typ und Entwicklungstrend**

Bei Rumänien ist es schwierig, dessen Institutionen einem der bekannten Wohlfahrtstypen zuzuordnen. Nach der Überwindung der durch den Zusammenbruch des Ostblocks und dessen Institutionen ausgelösten Krise und anschließender Orientierungslosigkeit Anfang der 1990er Jahre hat das Land in der Europäischen Union und deren Wohlfahrtsinstitutionen ein neues Leitbild gefunden. Erste Schritte in Richtung einer sozialen Minimalabsicherung der Bevölkerung sind im Rahmen des EU-Beitritts bereits unternommen worden, allerdings bewegen sich die finanziellen Beträge auf einem so niedrigen Niveau, dass dies mit nord- und westeuropäischen Ländern nicht vergleichbar ist. Rumänien ist noch heute institutionell als postsozialistischer Wohlfahrtsstaat geprägt. Es sind einige Elemente des familistischen Wohlfahrtssystems erkennbar, die soziale Sicherung wäre ohne familiäre Unterstützung nicht möglich.

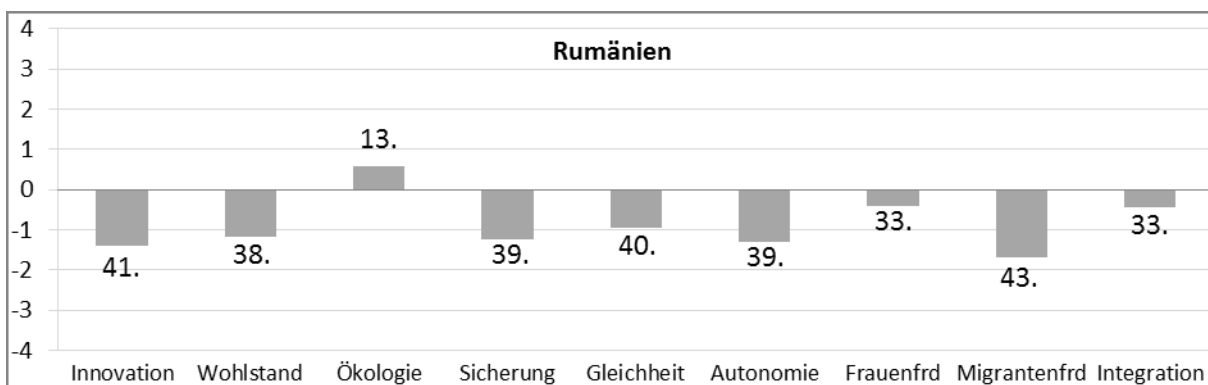
### **Das Performanzprofil Rumäniens**

Rumänien rangiert sowohl bei den Investitionen in Forschung und Entwicklung als auch beim Output dieser Investitionen jeweils unter den letzten Zehn. Dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Innovationsfähigkeit. Dementsprechend gehört Rumänien auch beim durchschnittlichen Wohlstand zu den letzten Zehn der betrachteten Länder. Dem niedrigen Wohlstand entsprechend sind die Umweltbelastungen durch Rumänien eher gering, allerdings setzt es zu stark auf

die Risikotechnologie Nuklearenergie. Bei den Entlastungsbemühungen liegt Rumänien im internationalen Durchschnitt. Beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit gehört Rumänien noch zum ersten Drittel.

Bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates für den Risikofall liegt Rumänien im letzten Drittel. Dies gilt dann entsprechend für die resultierende hohe Armutsgefährdung. Bei den gesamten Bildungsausgaben zur Vorsorge gehört Rumänien zu den letzten Zehn, und dies gilt dann auch für den hohen Anteil an Risikolesern im Sinne von PISA. Beim Gesamtindex der Gleichheit der Teilhabe bezüglich Bildungschancen und Einkommen rangiert Rumänien deshalb unter den letzten Zehn. Wegen der niedrigen Bildungsausgaben liegen auch die durchschnittliche Lesekompetenz gemäß PISA und der Anteil der PISA-Spitze jeweils unter den letzten Zehn. Dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Autonomie.

Abbildung 7-22: Das Performanzprofil Rumäniens



Eigene Berechnung und Darstellung.

Bei der Vertretung von Frauen im Parlament und beim Erwerbsquotienten rangiert Rumänien jeweils im letzten Drittel. Dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit. Rumänien nimmt am wenigsten Migranten auf von allen betrachteten Ländern (0,1 % der Bevölkerung). Genauere Aussagen lassen sich zu diesem Problemfeld erst machen, wenn mehr verlässliche Informationen vorliegen als bisher.

Rumänien gehört bei der Integration in das Beschäftigungssystem und bei der Integration in der Zivilgesellschaft jeweils zum letzten Drittel. Des gilt dann auch für den Gesamtindex der sozialen Integration.

## Kroatien

### Typ und Entwicklungstrend

Die sozialen Sicherungssysteme Kroatiens sind historisch in Bismarck'scher Tradition entstanden und dann in der kommunistischen Phase gemäß dem sowjetischen Modell überformt worden.

Kroatien gehört gemäß Bartlett (2007) zur Gruppe der frühen Reformer im westlichen Balkan, die Privatisierungen begannen unmittelbar nach der Wende, und zwar überwiegend mittels regierungsnaher Manager.

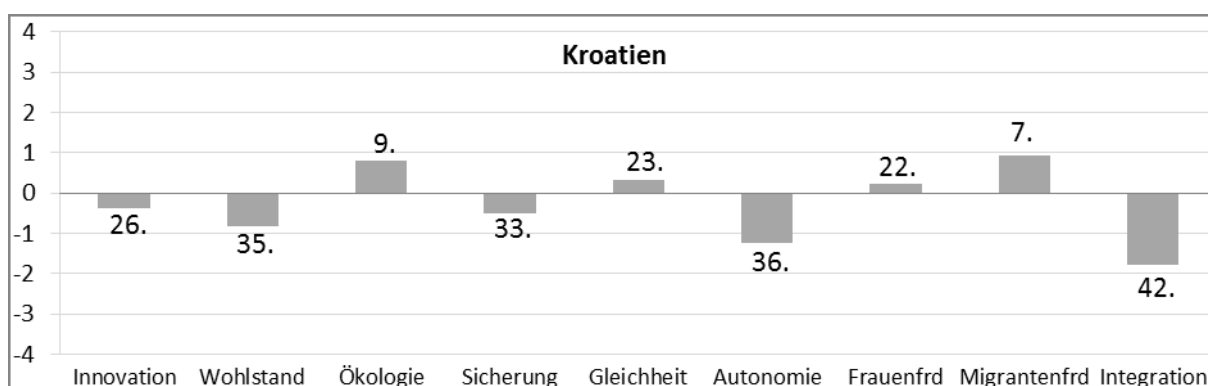
Nach der Wende orientierten sich die Reformen des Rentensystems und des Gesundheitssystems am Drei-Säulen-Modell der Weltbank, wodurch private Anbieter eine zunehmende Bedeutung gewannen.

Auf Basis des geringen Wohlstandes und wegen der Belastungen durch die Bearbeitung der Kriegsfolgen gehört Kroatien in der sozioökonomischen Entwicklung zu den Nachzüglern in der EU und ist das Wohlfahrtssystem Kroatiens noch nicht hinreichend ausgestattet.

### Das Performanzprofil Kroatiens

Kroatien zählt bei den Investitionen in Forschung und Entwicklung zum letzten Drittel. Für den durchschnittlichen Wohlstand gilt dies ebenfalls. Als Kehrseite des geringen Wohlstands sind die Umweltbelastungen Kroatiens auch niedrig. Die Entlastungsbemühungen liegen etwa im internationalen Durchschnitt. Beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit gehört Kroatien zum ersten Drittel der betrachteten Länder.

Abbildung 7-23: Das Performanzprofil Kroatiens



Eigene Berechnung und Darstellung.

Bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates für den Risikofall rangiert Kroatien etwa im internationalen Durchschnitt, bei der Gleichheit der Teilhabe bezüglich des Einkommens im unteren Mittelfeld. In Kroatien gibt es den geringsten Anteil früher Schulabgänger, aber bei dem international besser

vergleichbaren Anteil der Risikoleser gehört Kroatien zum vorderen Mittelfeld. Beim Gesamtindex der Gleichheit der Teilhabe bezüglich Bildungschancen und Einkommen liegt Kroatien dann etwa im internationalen Durchschnitt. Die gesamten Bildungsausgaben zur Vorsorge gehören zum letzten Drittel. Dementsprechend rangiert Kroatien bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie zum letzten Drittel. Dies gilt auch für die subjektive Bewertung der Wahlmöglichkeiten und für den Gesamtindex der Autonomie.

Bei der Vertretung der Frauen im Parlament schneidet Kroatien ab wie der Durchschnitt der Länder, beim Studentinnenanteil etwas besser und beim Erwerbsquotienten etwas schlechter. Beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit liegt Kroatien damit etwa im internationalen Durchschnitt. Beim Anteil der „Foreign-born“ gehört Kroatien zum ersten Drittel, bei der Teilhabe der Migranten im Bildungssystem ebenfalls. Auf der Basis dieser begrenzten Informationen liegt Kroatien beim Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit auch im ersten Drittel. Die Staatsbürgerschaft ist aber ethnonational konzipiert.

Bei der ökonomischen Integration zählt Kroatien zu den letzten Zehn. Dies gilt auch für die Integration in persönliche Beziehungsnetzwerke und die Integration in der Zivilgesellschaft. Gemäß dem Gesamtindex der sozialen Integration gehört Kroatien als Vorletzter zusammen mit Serbien als Viertletzter von den 43 betrachteten Ländern zu denen mit den größten Problemen.

## **Serbien**

### **Typ und Entwicklungstrend**

Die Wohlfahrtslogik Serbiens ist von seinen unterschiedlichen Entwicklungsphasen geprägt. Das erste Gesetz zur Sozialversicherung wurde 1922 im Kontext des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen in der Bismarck'schen Tradition eingeführt. In der sozialistischen Phase übernahmen die Betriebe eine zentrale Rolle für die soziale Sicherung, die sie aber nach der Wende wieder abgaben.

Gemäß Bartlett (2007) gehört Serbien nach der Wende zur Gruppe der späten Reformer im westlichen Balkan, die den geringsten Anteil privatwirtschaftlicher Aktivitäten aufweisen. Der informelle Sektor ist groß und im formellen Sektor werden die Insider des Arbeitsmarktes stark geschützt. Das Gesundheits- und das Bildungssystem sind wegen der Probleme der öffentlichen Haushalte unterfinanziert.

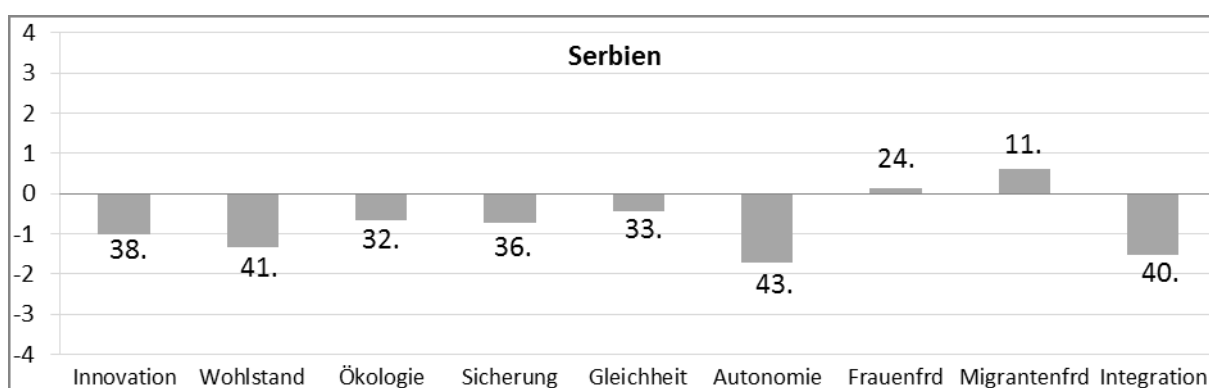
Wegen der gravierenden Kriegsfolgen gibt es viele zu bearbeitende Probleme, aber wenig finanzielle Mittel. Seit Januar 2014 führt Serbien Beitrittsverhandlungen mit der EU. Die Unterstützung der EU dürfte dazu beitragen, die noch unterfinanzierten sozialen Sicherungssysteme des – verglichen mit der EU – sozioökonomischen Nachzüglers Serbien zu verbessern.

## Das Performanzprofil Serbiens

Serbien gehört bei den privaten Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie bei dem Output dieser Investitionen in Form der Verbreitung der Internetnutzung jeweils zu den letzten Sechs. Dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Innovationsfähigkeit. Beim durchschnittlichen Wohlstand rangiert Serbien auf dem drittletzten Platz der betrachteten 43 Länder (nur noch gefolgt von China und Indien). Als Kehrseite des sehr geringen Wohlstands sind die Umweltbelastungen Serbiens auch niedrig. Aber bei den Entlastungsbemühungen rangiert es auf dem vorletzten Platz (nur noch gefolgt von Russland). Beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit gehört Serbien damit zum letzten Drittel.

Bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates für den Risikofall zählt Serbien zum ersten Drittel, und dies gilt dann auch für die relativ geringe Einkommensungleichheit. Bei den gesamten Bildungsausgaben zur Vorsorge aber rangiert Serbien auf dem vorletzten Platz (nur noch gefolgt von der Türkei). Der Anteil der Risikoleser im Sinne von PISA gehört dann auch zu den letzten Zehn. Beim Gesamtindex der Gleichheit der Teilhabe bezüglich Bildungschancen und Einkommen rangiert Serbien damit im letzten Drittel. Den geringen Bildungsausgaben entsprechend gehört Serbien bei der Lesekompetenz gemäß PISA ebenfalls zu den letzten Zehn. Bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie rangiert Serbien auf dem fünftletzten Platz. Wenn man die sehr geringe Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Wahlmöglichkeiten berücksichtigt, dann liegt Serbien beim Gesamtindex der Autonomie an der letzten Stelle von allen berücksichtigten Ländern.

Abbildung 7-24: Das Performanzprofil Serbiens



Eigene Berechnung und Darstellung.

Zwar gehört Serbien bei der Vertretung von Frauen im Parlament zum ersten Drittel, aber beim Erwerbsquotienten rangiert es unter den letzten Zehn. Beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit liegt Serbien damit etwa im internationalen Durchschnitt. Beim Anteil der „Foreign-born“ rangiert Serbien am Anfang

des letzten Drittels. Die Informationsbasis ist insgesamt noch zu gering für weitergehende Aussagen zur Migrantenfreundlichkeit.

Bei der Integration in den Arbeitsmarkt rangiert Serbien mit am Schluss. Bei der Integration in der Zivilgesellschaft gehört Serbien zum letzten Drittel und bei der Integration in die persönlichen Beziehungsnetzwerke zu den letzten Zehn. Beim Gesamtindex der sozialen Integration liegt Serbien dann auf dem viertletzten Platz (gefolgt nur noch von der Türkei, Kroatien und ganz am Schluss Indien).

## **Russland**

### **Typ und Entwicklungstrend**

Noch immer ist Russland kein vollkommen demokratischer Staat. Die Machtstrukturen sind zu einem großen Teil informell statt durch rechtsstaatliche Institutionen geprägt. Die politische Führung basiert nicht auf Parteienwettbewerb, sondern auf führenden Kräften aus Wirtschaft und Bürokratie.

Auch nach dem Ende des Staatssozialismus dominiert der Staat in Russland bei der Verteilung der sozialen Leistungen. Im neuen russischen Sozialmodell kommt dem Markt eine zunehmende Bedeutung zu. Gemäß Davidova / Manning (2009, S. 207) führt die Interaktion zwischen diesen beiden Wohlfahrtssystemen zu Spannungen.

Das politische System Russlands ist momentan stark an die Personen Medwedjew und insbesondere Putin gebunden. Durch den wirtschaftlichen Aufschwung und den Nationalstolz – basierend auf den Exporten von Öl und Gas zu hohen Preisen – sowie durch die Unterstützung der Medien erhielten sie große Zustimmung. Dieses Wirtschaftsmodell führt jedoch zugleich zu einer hohen Verletzlichkeit Russlands gegenüber dem Weltmarkt.

Medwedjews Zusammentreffen mit Kritikern des russischen Regimes wiesen auf eine verstärkte Liberalisierung seiner Politik hin. Indikatoren für eine Entwicklungstendenz in Richtung des Konstitutionalismus sind eine gesetzliche Erleichterung zur Gründung von Parteien sowie die Veränderung ihrer Bedeutung im politischen System und das Streben nach einer unabhängigen Justiz (vgl. Mommsen 2010, S. 473 f.). Seit der Amtseinführung Putins als Präsident im Mai 2012 nehmen die autoritären Tendenzen aber wieder zu (vgl. Auswärtiges Amt 2015).

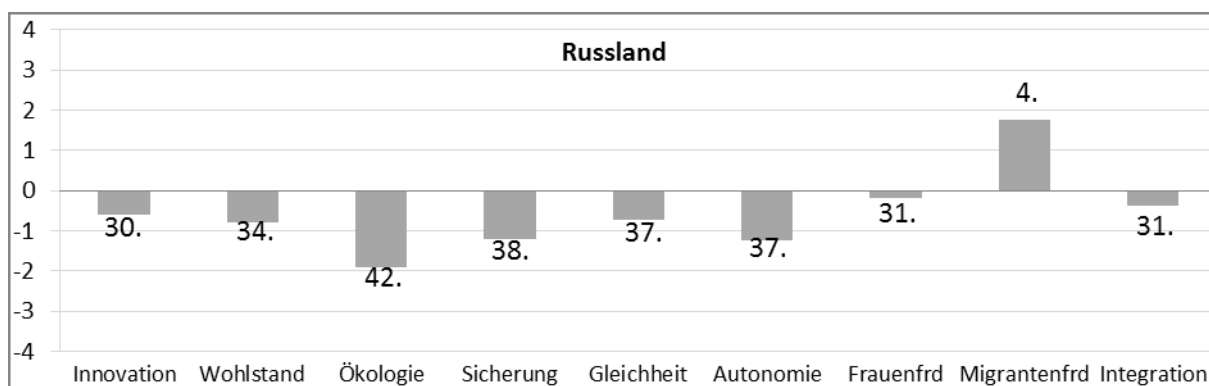
Russlands Wohlfahrtsregime wird auch als Staatskapitalismus bezeichnet. Gemeint ist mit diesem Begriff die Existenz von Privateigentum an Produktionsmitteln, was staatliche Interventionen in die Eigentumsrechte jedoch nicht ausschließt.



## Das Performanzprofil Russlands

Russland liegt bei den Investitionen in Forschung und Entwicklung etwa im internationalen Durchschnitt. Beim Output dieser Investitionen in Form der Verbreitung der Internetnutzung und der wichtigen Patente gehört es aber jeweils zum letzten Drittel. Beim Gesamtindex der Innovationsfähigkeit rangiert Russland dann auch im letzten Drittel der betrachteten Länder. Dementsprechend liegt auch der durchschnittliche Wohlstand im letzten Drittel. Die Umweltbelastungen sind höher, als gemäß dem niedrigen Wohlstand zu erwarten. Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß liegt im letzten Drittel, und dies gilt dann auch für das Belastungsniveau insgesamt. Bei den Entlastungsbemühungen schneidet Russland am schlechtesten ab von allen betrachteten Ländern. Die Energie wird am wenigsten effizient eingesetzt – wohl, weil sie so reichlich verfügbar ist. Beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit rangiert Russland an vorletzter Stelle (nur noch gefolgt von den USA).

Abbildung 7-25: Das Performanzprofil Russlands



Eigene Berechnung und Darstellung.

Bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates für den Risikofall liegt Russland unter den letzten Zehn, und dies gilt dann jeweils auch für die große Einkommensungleichheit und die hohe Armutsgefährdung. Bei den gesamten Bildungsausgaben zur Vorsorge liegt Russland vor dem letzten Drittel, der hohe Anteil an Risikolesern im Sinne von PISA rangiert im letzten Drittel. Bei der Gleichheit der Teilhabe bezüglich Bildungschancen und Einkommen gehört Russland zu den letzten Zehn. Auf der Basis der niedrigen Bildungsausgaben rangiert Russland bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie unter den letzten Zehn, und dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Autonomie.

Beim Frauenerwerbsquotienten liegt Russland noch im internationalen Durchschnitt, aber bei der Vertretung von Frauen im Parlament rangiert es unter den letzten Zehn. Beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit gehört Russland dann zum letzten Drittel. Bei der Aufnahme von Migranten (insbesondere aus

den früheren Sowjetrepubliken) zählt Russland zum unteren Mittelfeld, bei den Einbürgerungen (dieser spezifisch zusammengesetzten Population) liegt es ganz vorn. Die Teilhabe der Migranten im Bildungssystem liegt noch im ersten Drittel. Beim Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit gehört Russland damit zu den ersten Zehn.

Bei der ökonomischen Integration liegt Russland noch im ersten Drittel. Bei der Integration in der Zivilgesellschaft gehört es aber zu den letzten Zehn. Beim Gesamtindex der sozialen Integration rangiert Russland dann im letzten Drittel der betrachteten Länder.

### **7.3 Performanz der postsozialistischen Länder Osteuropas**

Im Folgenden wird der Versuch unternommen, die Performanz der postsozialistischen Länder (vgl. Tabelle 7-1) zum Teil auf die Wohlfahrtslogik des Regimetyps, die Leitvorstellungen der Politiken und die entsprechend ausgestalteten Institutionen zurückzuführen.

Die Logik der Produktion und Verteilung der Wohlfahrt ist in Osteuropa geprägt durch das staatssozialistische Erbe: Die mangelnde Effektivität der kommunistischen Planwirtschaft mit zu geringer Verwendung von Marktmechanismen z.B. durch Marktpreise zeigt sich in der Ausgangslage, dass die postsozialistischen Länder mit dem durchschnittlich geringsten Wohlstand starten. Da aber einige der osteuropäischen Länder innovativer sind als einige Länder des Südens, findet bereits ein Prozess des Aufholens und Überholens im Wohlstand statt. Weil die Priorität auf das Wirtschaftswachstum gelegt wird, sind die nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates für den Risikofall überwiegend schwach entwickelt. Bei den Investitionen in das Bildungssystem agieren Polen und die baltischen Länder eher vorausschauender. Die Gleichheit der Teilhabe ist in Slowenien und den Visegrád-Staaten stärker ausgeprägt, da die Entwicklung nicht von der wirtschaftsliberalen Richtung dominiert wurde, sondern die Machtverhältnisse eher ausgewogener sind. Bei der Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie auf Basis eines hohen Bildungsstandes liegen die postsozialistischen Länder i. a. zurück, da die Priorität zu einseitig auf Wirtschaftswachstum gesetzt wird. Bei der Frauenfreundlichkeit entsprechen die baltischen Staaten am ehesten dem egalitären Erbe, während in den Ländern Mitteleuropas traditionelle Geschlechterrollen aufgrund konfessioneller Traditionen wieder stärker zum Vorschein kommen, wobei der allgemeine Modernisierungstrend aber für alle Länder gilt. Osteuropa nimmt kaum Migranten auf, weil es durch die eigenen Probleme absorbiert ist oder es sozioökonomisch noch nicht sehr attraktiv für Migranten ist.

Bei der Innovationsfähigkeit und beim durchschnittlichen Wohlstand führt der tripartistisch koordinierte Entwicklungspfad Sloweniens bisher zum insgesamt besten Ergebnis unter den postsozialistischen Ländern (Platz 19 bzw. 22 der betrachteten 43 Länder). Die Visegrád-Staaten schneiden beim Wohlstand etwas

schlechter ab (Plätze 24, 26, 31 und 32). Die tendenziell wirtschaftsliberalen Staaten Estland, Lettland und Litauen liegen im Lebensstandard etwas dahinter (Plätze 29, 30 und 33). Die Nachzügler Bulgarien und Rumänien sowie das durch Kriegsfolgen belastete Serbien liegen beim Wohlstand mit am Schluss (Plätze 37, 38 und 41).

Mit seinen sehr geringen Umweltbelastungen und seinen großen Entlastungsbemühungen erreicht Lettland bei der ökologischen Nachhaltigkeit den Spitzenplatz unter allen betrachteten 43 Ländern. Litauen schneidet ähnlich gut ab. Tschechien und die Slowakei liegen bei den Umweltbelastungen etwas über dem internationalen Durchschnitt, bei den Entlastungsbemühungen aber über dem Durchschnitt, weshalb sie beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit etwa im internationalen Durchschnitt liegen. Russland ist bei der Ökologie der Ausreißer nach unten, bei den Umweltbelastungen gehört es zu den letzten Zehn und – wohl wegen des Ressourcenreichtums – bei der Energieeffizienz sowie bei den Entlastungsbemühungen insgesamt an letzter Stelle. Beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit rangiert Russland damit an vorletzter Stelle, nur noch gefolgt von den USA.

Von den postsozialistischen Staaten liegt nur Slowenien sowohl bei der Vorsorge durch Bildung als auch bei der Nachsorge durch den Sozialstaat im vorderen Mittelfeld (insgesamt Platz 17 bei der sozialen Sicherung). Die Visegrád-Staaten legen – wie die kontinentaleuropäischen Länder – den Schwerpunkt auf den nachsorgenden Sozialstaat, nicht aber auf die Vorsorge durch Bildung, wobei Polen bereits mehr in die Bildung investiert. Die baltischen Staaten setzen – wie wirtschaftsliberale Länder – die Priorität auf die Vorsorge durch Bildung. Die Nachzügler Bulgarien und Rumänien sowie Kroatien und Serbien gehören bei der Vorsorge durch Bildung zu den letzten Zehn der betrachteten 43 Länder.

Bei der Gleichheit der Teilhabe liegen Tschechien und Slowenien insgesamt auf den Plätzen 1 und 4, Tschechien hat die zweitniedrigste Armutsquote und Slowenien die zweitniedrigste Einkommensungleichheit. Die Visegrád-Staaten weisen weniger Einkommensarmut auf als vielmehr Bildungsarmut, wobei Polen bereits stärker in die Vorsorge investiert. Die baltischen Länder schneiden – wie wirtschaftsliberale Länder – bei der Bildungsarmut besser ab als bei der Einkommensarmut, da der Ausbau des Sozialstaates keine Priorität hat. Die Nachzügler Bulgarien und Rumänien sowie Serbien gehören bei der Bildungsarmut zu den letzten Zehn. Russland zählt sowohl bei den Ausgaben des Sozialstaates als auch bei der Einkommensarmut zu den letzten Fünf der betrachteten 43 Länder.

Bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie und bei der subjektiven Bewertung der Wahlmöglichkeiten schneidet Slowenien von den postsozialistischen Ländern insgesamt wiederum am besten ab (Platz 21). Es folgen die Visegrád-Staaten und die baltischen Länder. Beim Gesamtindex der

Autonomie gehören die Nachzügler Bulgarien und Rumänien sowie Kroatien und Serbien ebenso wie Russland zu den letzten Zehn der betrachteten 43 Länder.

*Tabelle 7-1: Performanzprofile der postsozialistischen Länder*

Land	Innovation	Wohlstand	Ökologische Nachhaltigkeit	Soziale Sicherung	Gleiche Teilhabe	Autonomie	Frauenfreundlichkeit	Migrantenfreundlichkeit	Soziale Integration
Bulgarien	-1,20	-1,05	-0,50	-0,98	-0,76	-1,08	0,20	-1,52	-0,36
	40	37	31	37	38	34	23	40	30
Estland	0,45	-0,51	0,73	-0,04	0,48	0,13	0,52	0,17	-0,24
	14	30	10	24	17	23	13	18	27
Kroatien	-0,39	-0,83	0,81	-0,50	0,31	-1,25	0,22	0,93	-1,80
	26	35	9	33	23	36	22	7	42
Lettland	-0,32	-0,74	1,87	-0,43	0,03	-0,84	0,69	0,42	-0,75
	25	33	1	32	28	30	9	15	36
Litauen	-0,28	-0,51	1,07	-0,08	0,21	-0,98	0,66	0,26	-0,39
	23	29	6	25	25	33	10	17	32
Polen	-0,67	-0,63	0,54	0,07	0,68	0,32	0,35	0,75	0,02
	33	31	14	21	11	22	18	8	22
Rumänien	-1,40	-1,16	0,57	-1,25	-0,94	-1,31	-0,41	-1,69	-0,43
	41	38	13	39	40	39	33	43	33
Russland	-0,61	-0,79	-1,91	-1,21	-0,73	-1,25	-0,18	1,74	-0,38
	30	34	42	38	37	37	31	4	31
Serbien	-1,02	-1,33	-0,65	-0,72	-0,46	-1,73	0,14	0,62	-1,54
	38	41	32	36	33	43	24	11	40
Slowakei	-0,64	-0,36	-0,14	-0,69	0,52	-1,12	0,12	0,28	-0,30
	31	26	25	34	14	35	26	16	28
Slowenien	0,07	-0,15	0,12	0,41	0,80	0,41	1,01	-0,10	0,52
	19	22	20	17	4	21	5	23	14
Tschechien	0,03	-0,18	0,06	-0,39	1,07	-0,29	-0,14	-0,19	0,38
	21	24	21	31	1	27	30	25	15
Ungarn	-0,65	-0,70	-0,29	-0,38	0,46	-0,84	-0,60	1,52	0,09
	32	32	30	30	18	29	36	5	21

Angegeben sind die z-Werte (obere Zeile) und Rangplätze (untere Zeile) der Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit schneidet Slowenien von den postsozialistischen Ländern wiederum am besten ab (Platz 5). Es folgen die baltischen Staaten, in denen Frauen im Bildungsbereich und in der Erwerbstätigkeit überdurchschnittlich gut teilhaben. Mit etwas traditionelleren Geschlechterrollen liegen die Visegrád-Länder bei der Frauenfreundlichkeit hinter den baltischen Ländern.

In Osteuropa gibt es nur wenig Migranten im engeren Sinne, da die Länder in sozioökonomischer Hinsicht noch nicht so attraktiv sind. Aufgrund der politischen Umbrüche gibt es vielmehr das Problem russischsprachige Minderheiten in den baltischen Ländern, das bisher in Litauen am besten bearbeitet wurde durch offenere Einbürgerungsregeln, wobei die Minderheit in Litauen unter 10% liegt, in Estland und Lettland andererseits bei ca. 25-30%. Ferner gibt es das Problem der Migranten infolge vergangener kriegerischer Auseinandersetzung insbesondere in Kroatien und Serbien.

Bei der Integration in das Beschäftigungssystem und in den Arbeitsmarkt gehören die Nachzügler Kroatien und Serbien insgesamt zu den letzten Zehn der betrachteten 43 Länder. Bei der Teilhabe in der Zivilgesellschaft zählen die drei baltischen Staaten – neben Kroatien und Russland – zu den letzten Zehn. Beim Gesamtindex der sozialen Integration liegen nur Slowenien und Tschechien am Ende des ersten Drittels der betrachteten 43 Länder, die Nachzügler Bulgarien und Rumänien gehören zum letzten Drittel sowie die Nachzügler Kroatien und Serbien zu den letzten Fünf der betrachteten 43 Länder. Insbesondere die Zivilgesellschaft ist in diesen Ländern noch wenig entwickelt.

## **8. Einzelfallstudie zur Türkei**

### **8.1 Wohlfahrtslogik und Institutionen der Türkei**

#### **Typ und Entwicklungstrend**

Als muslimisch-säkulare Demokratie ist der Laizismus in der Türkei als Grundprinzip seit 1937 in der Verfassung festgeschrieben und sichert die strikte Trennung von Staat und Religion. Denn seit der Staatsgründung 1923 mit dem Präsidenten Kemal Atatürk bestimmte das militärisch-bürokratische Lager das politische Geschehen in der Türkei und vertrat die Staatsideologie des „Kemalismus“, bei der die formale Trennung von Staat und Religion durch das Militär gesichert werden sollte. Die Anhänger der aktuellen Regierungspartei AKP hingegen sind einer neuen islamisch-konservativen Richtung zuzuordnen. Von Militärkreisen wurde ihnen eine anti-säkulare Einstellung vorgeworfen und 2007 ein Verbotsverfahren eingeleitet, das aber scheiterte. Die AKP selbst versteht sich als wirtschaftsliberal und konservativ im Hinblick auf ihre islamischen Werte, jedoch als mit dem bestehenden System konform, europaorientiert und mit ihrer konservativ-demokratischen Einstellung in der Nähe der deutschen CDU.

Die Türkei kann traditionellen und patriarchalen Wohlfahrtslogiken zugeordnet werden, wobei die soziale Sicherung nicht nur von der Zugehörigkeit zu einem Familienverbund abhängig ist. Da den traditionellen Werten und dem türkischen Nationalismus moderne, westliche und demokratische Elemente gegenüberstehen, kann die Türkei nicht als Prototyp der patriarchalen Wohlfahrtsregime gesehen werden. Es sind Parallelen mit dem familistischen Typ vorhanden. Im Rahmen der Bemühungen um einen EU-Beitritt ist ebenfalls ein fortschreitender Trend zum Wirtschaftsliberalismus erkennbar.

Die Familie bleibt für viele die zentrale Instanz der sozialen Sicherung, auch wenn diese nicht mehr im gleichen Maße wie früher für die Absicherung der Familienangehörigen sorgen kann. Das Armutrisiko ist bei Großfamilien besonders hoch und führte bereits zu einer Dominanz der Kernfamilien in städtischen Regionen. Eine zukünftige Herausforderung für die soziale Sicherung wird wie in den meisten westlichen Staaten der demographische Wandel sein, auch wenn die Türkei im europäischen Vergleich bisher die jüngste Bevölkerung aufweist (vgl. Grütjen 2008, S. 3 ff.).

Als Entwicklungstrend ist eine graduelle Modernisierung des patriarchalen Wohlfahrtsregimes zu erwarten.

## 8.2 Das Performanzprofil der Türkei

Im Folgenden wird der Versuch unternommen, die Performanz der Türkei (vgl. Tabelle 8-1) zum Teil auf die Wohlfahrtslogik, die Leitvorstellungen der Politiken und die entsprechend ausgestalteten Institutionen zurückzuführen.

*Tabelle 8-2: Das Performanzprofil der Türkei*

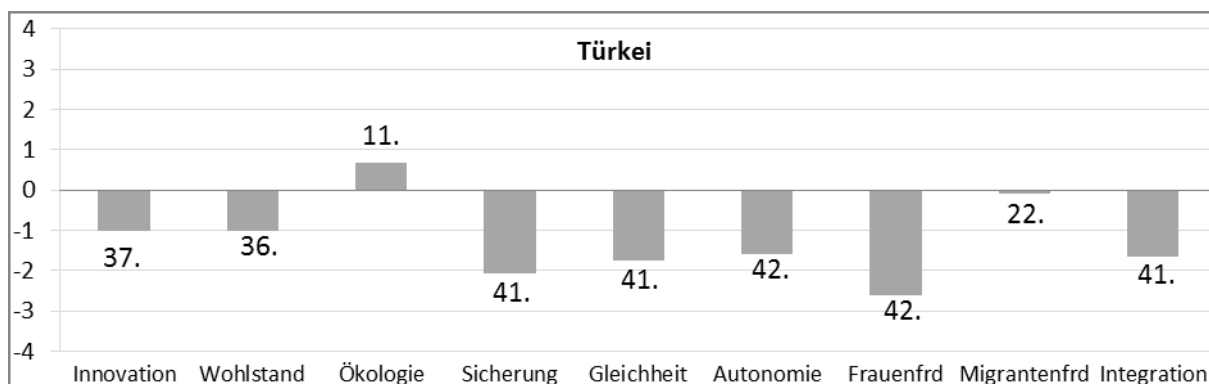
Land	Innovation	Wohlstand	Ökologische Nachhaltigkeit	Soziale Sicherung	Gleiche Teilhabe	Autonomie	Frauenfreundlichkeit	Migrantenfreundlichkeit	Soziale Integration
Türkei	-1,02	-1,00	0,68	-2,07	-1,74	-1,60	-2,61	-0,09	-1,65
	37	36	11	41	41	42	42	22	41

Angegeben sind die z-Werte (obere Zeile) und Rangplätze (untere Zeile) der Türkei für die untersuchten Performanzkriterien.

Die Türkei gehört bei den privaten und öffentlichen Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie bei den wichtigen Patenten jeweils zum letzten Drittel. Bei der Verbreitung der Internetnutzung liegt sie unter den letzten Zehn. Beim Gesamtindex der Innovationsfähigkeit rangiert die Türkei dann auch unter den letzten Zehn der betrachteten Länder. Dies gilt dann auch für den durchschnittlichen Wohlstand. Als Kehrseite des geringen Wohlstands sind die Umweltbelas-

tungen ebenfalls niedrig. Bei den Entlastungsbemühungen liegt die Türkei etwas unter dem internationalen Durchschnitt, aber beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit gehört die Türkei wegen der geringen Umweltbelastungen zum ersten Drittel der betrachteten Länder.

Abbildung 8-26: Das Performanzprofil der Türkei



Eigene Berechnung und Darstellung.

Bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates für den Risikofall gehört die Türkei zu den letzten Zehn, und dies gilt dann jeweils auch für die große Einkommensungleichheit und die hohe Armutsgefährdung. Beim großen Anteil früher Schulabgänger rangiert die Türkei im letzten Drittel. Beim Gesamtindex der Gleichheit der Teilhabe bezüglich Bildungschancen und Einkommen liegt die Türkei auf dem drittletzten Platz, nur noch gefolgt von Brasilien und Südafrika. Bei den gesamten Bildungsausgaben zur Vorsorge rangiert die Türkei ganz am Schluss. Bei der Lesekompetenz gemäß PISA gehört die Türkei zum letzten Drittel. Wenn man die sehr geringe Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Wahlmöglichkeiten berücksichtigt, dann liegt die Türkei beim Gesamtindex der Autonomie an vorletzter Stelle (gefolgt nur noch von Serbien).

Der traditionellen konfessionellen Prägung entsprechend liegt die Türkei beim Frauenerwerbsquotienten an vorletzter Stelle und beim Studentinnenanteil unter den letzten Fünf. Beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit rangiert die Türkei dann auf dem vorletzten Platz, gefolgt nur noch von Indien. Beim Anteil der „Foreign-born“ rangiert die Türkei nur im letzten Drittel, aber bei der Teilhabe der (wenigen) Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt liegt die Türkei deutlich über dem Durchschnitt. Beim Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit platziert sich die Türkei damit etwa im internationalen Durchschnitt.

Bei der Integration in das Beschäftigungssystem gehört die Türkei wegen der traditionellen Geschlechterrollen zu den letzten Fünf, bei der Integration in der Zivilgesellschaft ebenfalls. Beim Gesamtindex der sozialen Integration liegt die Türkei dann an drittletzter Stelle (gefolgt nur von Kroatien und Indien).

## **9. Das produktivistische Wohlfahrtsregime Ostasiens**

### **9.1 Gemeinsamkeiten der produktivistischen Länder**

Das besondere Kennzeichen produktivistischer Wohlfahrtsregime mit privatisierter Wohlfahrt beschreibt Ian Gough (2004) in Anlehnung an Holliday (2000) als Organisation der Sozialpolitik, in der diese keinen eigenständigen Bereich der Politik darstellt, sondern den Wachstumszielen der Wirtschaftspolitik untergeordnet ist (vgl. Gough 2004, S. 183). Die Sozialpolitik dient hauptsächlich der Sicherung der Arbeitsfähigkeit, um die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Die staatlichen Sozialausgaben und somit auch das Niveau der staatlichen sozialen Sicherung sind sehr gering, stattdessen wird versucht, den gemeinschaftlichen Zusammenhalt beizubehalten, um die soziale Absicherung in familiären Netzwerken aufrecht zu erhalten. Der Staat beschränkt sich überwiegend auf eine regulierende Rolle, anstatt selbst alle benötigten Wohlfahrtsleistungen bereitzustellen und treuhänderisch tätig zu sein (vgl. Gough 2004, S. 182 ff.).

Amable (2003) und Lane (2007) sehen eine zusätzliche Besonderheit des ostasiatischen Raums in der Abhängigkeit des Wohlfahrtssystems von den großen Unternehmen und der Privatisierung des tertiären Bildungsbereichs. Die staatlichen Ausgaben für Hochschulbildung sind relativ gering, obwohl Bildung einen wichtigen Stellenwert im ostasiatischen Raum einnimmt. Private Universitäten mit hohen Studiengebühren machen den Großteil des Hochschulangebots aus (vgl. Amable 2003, S. 174; Lane et al. 2007, S. 19 ff.).

Zu den produktivistischen Wohlfahrtsregimen werden üblicherweise die ostasiatischen Staaten gezählt. Im Folgenden werden Japan und Südkorea genauer betrachtet.

Die ostasiatischen Staaten verfügen über eine wachstums- und innovationsorientierte Wirtschaft und haben eine dynamische Entwicklung zu kapitalistischen Marktwirtschaften erlebt. Das Finanzsystem ist zentralisiert. Große Unternehmen dominieren in Zusammenarbeit mit der Regierung den heimischen Markt, der i.d.R. vor ausländischen Investoren geschützt wird. Stark ausgeprägte Arbeitsdisziplin und eine Identifikation mit den Unternehmen sind besonders in Japan und Südkorea weit verbreitet.

Schnell steigende Einkommen erlauben eine hohe Sparquote und eine schnell steigende private Finanzierung der Wohlfahrt. Eine geringe steuerliche Belastung und wenig staatliche Wohlfahrtsleistungen verstärken dies. Unternehmen übernehmen bei der sozialen Sicherung eine entscheidende Funktion (vgl. Gough 2004, S. 184). Besonders größere Unternehmen bieten ihren Arbeitnehmern spezielle Versicherungen an. Diese wurden anfänglich von der Regierung unterstützt, um die öffentlichen Ausgaben langfristig zu senken. In Japan übernehmen Unternehmen traditionell eine noch wichtigere Rolle in der sozialen Sicherung als in Südkorea. Zahlreiche große japanische Unternehmen



bieten ihren Mitarbeitern nicht nur lebenslange Anstellung, sondern auch betriebliche Krankenversicherung und Altersversorgung. Wobei viele Unternehmen aufgrund des wirtschaftlichen Drucks inzwischen von dem Modell der lebenslangen Beschäftigung abkehren und auch zukünftig weniger Aufgaben der sozialen Sicherung übernehmen wollen. Südkorea, das dieses Modell einst von Japan übernommen hat, stellte dieses bereits während der Finanzkrise 1997 aufgrund mangelnder Flexibilität und finanzieller Belastung der Unternehmen wieder ein.

Das „male-breadwinner model“ ist weit verbreitet, gestützt wird es durch die Politik der Unternehmen. Der Lohn der arbeitenden Männer ist für die gesamte Familie gedacht, wodurch die alten Strukturen konserviert werden. Das Einkommen bezieht zwar üblicherweise der Ehemann, doch wird die Ungleichverteilung des Einkommens durch die Verteilung des Einkommens innerhalb der Familie auf die Ehefrau und die Eltern reduziert. Verstärkt wird dieses Familiensystem aufgrund der mangelnden Einbindung von Frauen und jungen Erwachsenen in den Arbeitsmarkt (vgl. Gough 2004, S. 184). Dennoch wird die aus dem Konfuzianismus hervorgehende traditionelle Rolle der Frau langsam zurückgedrängt. Die Zahl der erwerbstätigen Frauen steigt kontinuierlich. Die Rolle der Familie als soziales Netzwerk wechselseitiger Hilfe zum Ausgleich fehlender staatlicher Leistungen ist stark rückläufig.

Die Familienstrukturen haben sich, besonders in Japan, verändert. Kleinere Familien und andere alternative Familienformen verdrängen die angestammte Familienform. Zwar leben noch immer viele ältere Menschen mit ihren Kindern unter einem Dach, doch ist der Anteil der Drei-Generationen-Familien rückläufig (vgl. Gough 2004, S. 184).

Der wirtschaftliche Erfolg der ostasiatischen Staaten führte u.a. zu einer Ausweitung der staatlichen Sozialpolitik, welche allerdings noch immer relativ rudimentär ist. Die Sozialpolitik konzentriert sich auf die Bereiche Bildung und Grundsicherung im Gesundheitsbereich. Aufgrund der rudimentären staatlichen Absicherung besteht die Notwendigkeit der Bürger, sich zusätzlich über familiäre Netzwerke und den Markt abzusichern (vgl. Gough 2004, S. 190 f.).

Die staatlichen Ausgaben im Gesundheitswesen sind relativ gering. Zwar werden häufig Krankenhäuser und Gesundheitszentren vom Staat zur Verfügung gestellt, doch ein Großteil der Kosten muss von den Patienten übernommen werden. Die Abdeckung der staatlichen Krankenversicherung ist nur unzureichend.

Auch die staatlichen Arbeitslosen- und Rentenversicherungen decken mit ihrem geringen Leistungsniveau nur unzureichend vor den entsprechenden Risiken ab. Die Versicherungen bezüglich Alter, Krankheit und Unfall werden durch Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber sowie den Staat finanziert.

Dem Bildungsbereich wird mit dem Ziel der wirtschaftlichen Entwicklung und Konkurrenzfähigkeit speziell gegenüber anderen asiatischen Staaten große

Bedeutung beigemessen. Besonders im Grundschulbereich ist universelle Bildung ein wichtiges Gut. Die Bildungssysteme sind relativ gut ausgebaut, sehr leistungs- und wettbewerbsorientiert sowie von strenger Autorität geprägt. Eine Selektion findet erst nach neun gemeinsamen Schuljahren statt. Lebenslanges Lernen spielt auch außerhalb der Unternehmen eine wichtige Rolle.

## **9.2 Fallstudien zu den einzelnen Ländern**

### **Japan**

#### **Typ und Entwicklungstrend**

Japan zählt zu dem produktivistischen Wohlfahrtsregimetyyp mit Status-konservierenden Elementen und mit privatisierter tertiärer Bildung.

Angesichts der dominierenden konservativen politischen Ausrichtung ist in nächster Zeit keine Richtungsänderung zu erwarten. Die bestehenden Schwierigkeiten werden erhalten bleiben. Durch zu geringes Agieren während der asiatischen Finanzkrise 1997 hat Japan in der Region, insbesondere verglichen mit China, an Ausstrahlungskraft verloren.

Nach fünfzig Jahren Regierungszeit wurde im Jahr 2009 die liberaldemokratische Partei abgewählt. Der Wahlsieg der demokratischen Partei wird z.T. mit der an Wirtschaftsinteressen orientierten Politik der Vorgängerregierung und der seit Jahren andauernden wirtschaftlichen Stagnation erklärt. Die Orientierung an den USA sollte zugunsten einer stärkeren Zusammenarbeit mit den asiatischen Nachbarstaaten China und Südkorea abgebaut werden.

Weitere Ziele waren eine Erhöhung des Kindergeldes, die Reduzierung der zuvor gestiegenen Krankenkassenbeiträge, ein Mindesteinkommen für Landwirte sowie die Einführung einer Mindestrente. Die Umsetzung dieser Ziele verlief jedoch angesichts des hohen Verschuldungsstandes und der hinhaltenden Umsetzung durch die Bürokratie schleppend.

Seit der Erdbeben- und Atomkatastrophe von März 2011 musste Japan seine politischen Prioritäten ändern. Vorrang hat nun der Wiederaufbau des Landes. Die Staatsverschuldung, die schon vor der Atomkatastrophe bei über 200 % des BSP lag, muss zurückgebaut werden, was erschwerte Rahmenbedingungen sind.

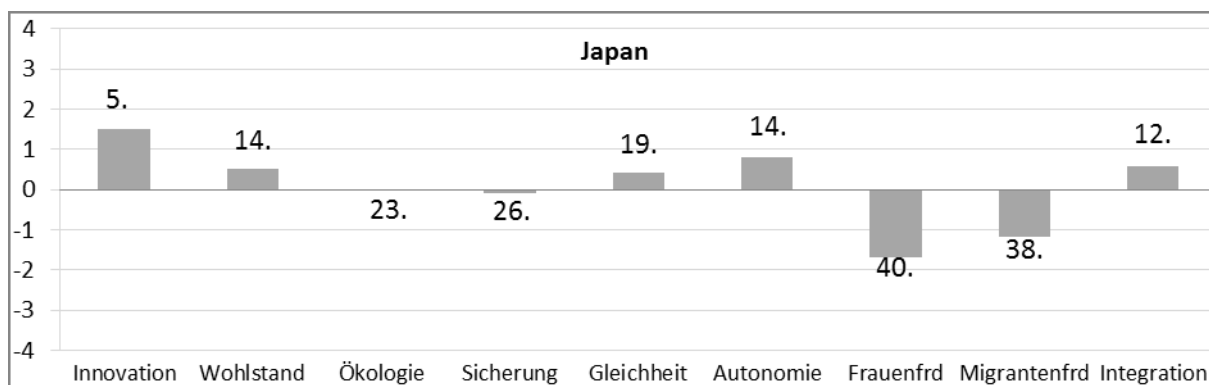
Seit der Regierungsübernahme durch die Liberaldemokraten im Dezember 2012 wird mit einem Konjunkturprogramm und der Exportförderung durch Yen-Abwertung zentral auf das Wirtschaftswachstum fokussiert. Die produktivistische Orientierung auf den Weltmarkt bleibt weiter dominierend.

#### **Das Performanzprofil Japans**

Japan liegt der produktivistischen Wohlfahrtslogik entsprechend, die auf Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt und Exporteffizienz setzt, bei der Innovationsfähigkeit mit vorn. Bei den privaten Ausgaben für Forschung und

Entwicklung platziert Japan sich (hinter Südkorea) auf der zweiten Stelle. Bei der Verbreitung der Internetnutzung gehört Japan zum ersten Drittel. Die wirtschaftliche Verwertung ist das Ziel, entsprechend erreicht Japan bei den wichtigen Patenten den ersten Rang und beim Gesamtindex der Innovationsfähigkeit den fünften Platz. Beim durchschnittlichen Wohlstand gehört Japan zum ersten Drittel, aber seit dem Platzen der Immobilienblase ist das Wirtschaftswachstum in Japan mit seiner alternden Bevölkerung und äußerst geringen Einwanderung nur noch mäßig. Die Staatsverschuldung, die auf die Sanierungs- und Konjunkturprogramme zurückzuführen ist, lag schon vor der Erdbebenkatastrophe vom März 2011 bei 200 % des BIP. Bei der starken Nutzung der Risikotechnologie Kernkraft rangierte Japan vor der Atomkatastrophe von 2011 im letzten Drittel, lag zwischenzeitlich im internationalen Durchschnitt, plant aber den Wiedereinstieg. Bei den Entlastungsbemühungen rangierte Japan vor der Atomkatastrophe unter den letzten Sechs, inzwischen im letzten Drittel. Beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit gehört Japan zum unteren Mittelfeld, in diesem Punkt wird die japanische Gesellschaft weitgehend umdenken müssen.

Abbildung 9-27: Das Performanzprofil Japans



Eigene Berechnung und Darstellung.

Bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates für den Risikofall liegt Japan etwa im internationalen Durchschnitt. Durch die starke Segmentierung in Kernbelegschaften, Randbelegschaften und Zulieferern hat Japan eine zu hohe relative Armut. Auch die Einkommensungleichheit gehört inzwischen zum letzten Drittel. Auf der anderen Seite orientiert sich die Bevölkerung ebenfalls an der produktivistischen Logik, indem sie privat stark in die Bildung ihrer Kinder investiert. Mit seinem geringen Anteil an Risikolesern liegt Japan mit vorn. Während die Einkommensarmut hoch ist, fällt die Bildungsarmut gering aus, sodass Japan beim Gesamtindex der Gleichheit der Teilhabe bezüglich Bildung und Einkommen nur etwas über dem internationalen Durchschnitt liegt. Bei den gesamten Bildungsausgaben gehört Japan nur zum unteren Mittelfeld. Aber Bildung hat in der japanischen Tradition einen so hohen Stellenwert, dass

die Familien gegebenenfalls die Nachhilfe finanzieren, die den Schulerfolg fördern. Im Ergebnis ist das japanische Bildungssystem, das mit hohem Wettbewerbsdruck arbeitet – wobei die Nebenkosten hier nicht erfasst werden können –, sehr erfolgreich. Die Investitionen in die Bildung der Kinder schlagen sich nieder im Spitzenplatz sowohl bei der durchschnittlichen Lesekompetenz gemäß PISA als auch beim Anteil der PISA-Spitze. Wenn man neben der objektiven Befähigung zur Autonomie noch die unterdurchschnittliche Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Wahlmöglichkeiten berücksichtigt, dann liegt Japan beim Gesamtindex der Autonomie am Ende des ersten Drittels.

Bei der Vertretung von Frauen im Parlament rangiert Japan mit seinen sehr traditionellen Geschlechterrollen ganz am Schluss. Beim Studentinnenanteil und beim Erwerbsquotienten zählt Japan jeweils zu den letzten Zehn. In der japanischen Kultur erfuhren die Frauen zunächst die ambivalente Wertschätzung als „Blume am Arbeitsplatz“. Beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit liegt Japan an viertletzter Stelle (vor Südkorea, der Türkei und Indien). Bei der Aufnahme von Migranten rangiert Japan mit einem Anteil von 1,7 % „foreign population“ unter den letzten Zehn. Zur Teilhabe der Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt liegen in den üblichen internationalen Erhebungen gar keine Informationen zu Japan vor.

Bei der ökonomischen Integration zählt Japan zu den besten Zehn. Die Integration in der Zivilgesellschaft liegt etwas unter dem internationalen Durchschnitt, die Integration in die persönlichen Beziehungsnetzwerke liegt etwas unter dem ersten Drittel. Beim Gesamtindex der sozialen Integration gehört Japan dann zum ersten Drittel der betrachteten Länder. Die gute Integration der Einheimischen in den Familien, den Unternehmen und der Nation ist ein wichtiges Charakteristikum der japanischen Gesellschaft.

## **Südkorea**

### **Typ und Entwicklungstrend**

Vor der Wirtschaftskrise 1997/98 sprachen drei Merkmale für eine Nähe zum konservativen Wohlfahrtsregime. Zum einen die Wohlfahrtsstruktur, ein Pflichtversicherungssystem mit öffentlicher Unterstützung der Armen, und zum anderen die bedeutende Rolle der Familie als Wohlfahrtsorganisator. Sowohl die katholische Kirche als auch die konfuzianische Tradition messen der Familie eine zentrale Bedeutung bei der sozialen Wohlfahrtssicherung bei. Als drittes Kennzeichen kann die Tendenz zur Beibehaltung der aktuellen Situation statt einer Veränderung gesehen werden.

Trotz der Gemeinsamkeiten mit dem konservativen System hat das südkoreanische Wohlfahrtssystem spezifische Eigenheiten. So hatten die politischen Spannungen zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern, im Gegensatz zu den europäischen konservativen Staaten, kaum Einfluss auf die Sozialpolitik.

Stattdessen haben die autoritären Regierungen eine Entwicklung hervorgerufen, die in einem fragmentierten Wohlfahrtssystem endete, welches die Staatselite und die industriellen Arbeiter bevorzugte. Die Umverteilungselemente verstärkten bestehende Ungleichheiten und gerade der gefährdete Teil der Bevölkerung wurde nicht im gleichen Umfang geschützt wie die Arbeiter.

Die Gemeinsamkeiten mit den asiatischen Staaten sprechen für eine Zuordnung zum „East Asian Welfare Model“. Ein dynamisches Wirtschaftswachstum und geringe Sozialausgaben bei gleichzeitiger Beibehaltung des sozialen Zusammenhalts sind für die asiatischen Staaten charakteristisch (vgl. Kwon 2006, S. 733 f.).

Da in Südkorea der Sozialpolitik neben der reinen sozialen Sicherung noch immer die Aufgabe der Produktivitätssicherung zukommt und die soziale Sicherung zu einem großen Teil über den Markt organisiert wird, kann Südkorea dem produktivistischen Wohlfahrtsregime zugeordnet werden. Dazu passt auch die extreme Leistungsorientierung im Bildungssystem, die zum ersten Platz bei den PISA-Leistungsvergleichen führte.

Obwohl unter der Kim-Regierung bereits viele Reformen zu einer umfassenderen Sozialpolitik geführt haben, sind noch weitere Schritte hin zu einem Wohlfahrtsstaat nötig. Die staatlichen Ausgaben zur sozialen Sicherung sind noch immer auf keinem ausreichenden Niveau und die hohen Selbstbeteiligungsanteile bei der Krankenversicherung eine zu große Belastung für die Bürger. Bei einem Vergleich der OECD-Staaten weist Südkorea relativ geringe Ausgaben im Bereich der sozialen Wohlfahrt, hingegen überdurchschnittlich hohe Ausgaben für die wirtschaftliche Entwicklung auf.

Diese produktivistische Wohlfahrtslogik dürfte durch die konservative Regierung (seit 4/2012 bzw. 12/2012) auch weiterhin verfolgt werden.

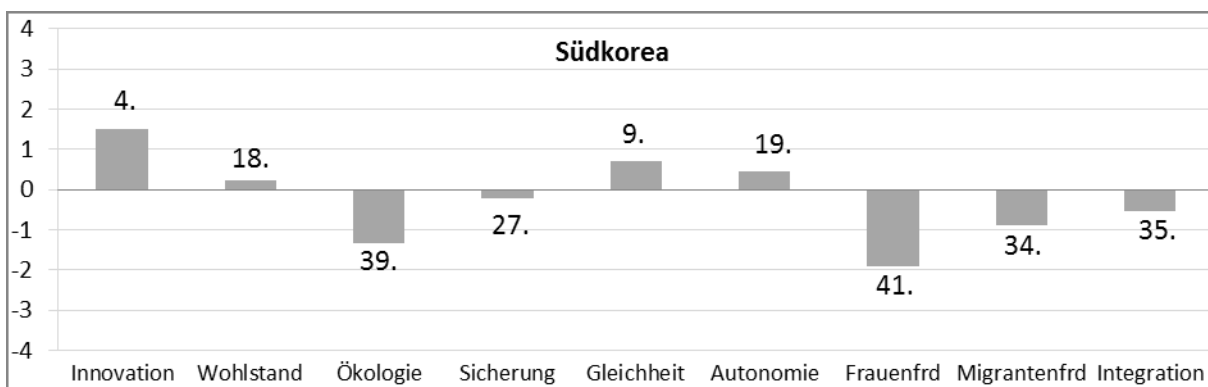
### **Das Performanzprofil Südkoreas**

Südkorea erreicht bei den Investitionen der Privatwirtschaft in Forschung und Entwicklung den Spitzenplatz von allen Ländern. Bei den öffentlichen Investitionen liegt es an dritter Stelle und unter Berücksichtigung des Outputs beim Gesamtindex der Innovationsfähigkeit auf dem vierten Platz. Beim durchschnittlichen Wohlstand liegt Südkorea noch am Anfang des Mittelfelds, aber es befindet sich im Aufstieg. Südkorea setzt seine Priorität so eindeutig auf Wirtschaftswachstum, dass es bei den Umweltbelastungen zum letzten Drittel zählt. Bei den Entlastungsbemühungen gehört es zu den letzten Zehn, und dies gilt dann auch für den Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit.

Bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates für den Risikofall liegt Südkorea wegen des wirtschaftsliberalen Kurses mit am Schluss. Ein Starkpunkt in Südkorea sind andererseits die hohen Investitionen in das Bildungssystem, um das Humankapital zu fördern, das für das exportorientierte Wachstumsmodell benötigt wird. Dementsprechend rangiert Südkorea bei der Gleichheit der

Teilhabe bezüglich des Einkommens im unteren Mittelfeld, mit seinem sehr geringen Anteil an Risikolesern im Sinne von PISA steht Südkorea andererseits an der Spitze. Damit gehört Südkorea beim Gesamtindex der Gleichheit der Teilhabe bezüglich Bildung und Einkommen noch zu den ersten Zehn. Mit seinen sehr hohen Bildungsinvestitionen erreicht Südkorea sowohl bei der durchschnittlichen Lesekompetenz gemäß PISA als auch beim Anteil der PISA-Spitze jeweils den sehr guten zweiten Platz (hinter Japan), d.h. die Bildungssysteme der produktivistischen Länder sind sehr erfolgreich. Wenn man die geringe Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Wahlmöglichkeiten berücksichtigt, dann liegt Südkorea beim Gesamtindex der Autonomie im vorderen Mittelfeld.

Abbildung 9-28: Das Performanzprofil Südkoreas



Eigene Berechnung und Darstellung.

Die Geschlechterrollen sind noch sehr traditionell. Beim Studentinnenanteil liegt Südkorea an drittletzter Stelle, beim Erwerbsquotienten unter den letzten Zehn. Beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit rangiert Südkorea dann auf dem drittletzten Platz, direkt hinter Japan und nur noch gefolgt von der Türkei sowie ganz am Schluss Indien. Bei der Offenheit für Migranten liegt Südkorea unter den letzten Zehn. Zur Teilhabe der (wenigen) Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt liegen in den üblichen Erhebungen keine Informationen zu Südkorea vor.

Bei der ökonomischen Integration liegt Südkorea noch im ersten Drittel. Bei der Integration in der Zivilgesellschaft aber und bei der Integration in die persönlichen Beziehungsnetzwerke rangiert Südkorea jeweils im letzten Drittel. Beim Gesamtindex der sozialen Integration gehört Südkorea dann auch zum letzten Drittel.

### 9.3 Performanz der produktivistischen Länder Ostasiens

Im Folgenden wird der Versuch unternommen, die Performanz der produktivistischen Länder zum Teil auf die Wohlfahrtslogik, die Leitvorstellungen der Politiken und die entsprechend ausgestalteten Institutionen zurückzuführen.

Tabelle 9-3: Performanzprofile der produktivistischen Länder Ostasiens

Land	Innovation	Wohlstand	Ökologische Nachhaltigkeit	Soziale Sicherung	Gleiche Teilhabe	Autonomie	Frauenfreundlichkeit	Migrantenfreundlichkeit	Soziale Integration
Japan	1,50	0,50	-0,04	-0,09	0,43	0,79	-1,68	-1,18	0,57
	5	14	23	26	19	14	40	38	12
Südkorea	1,51	0,23	-1,33	-0,20	0,70	0,46	-1,91	-0,88	-0,53
	4	18	39	27	9	19	41	34	35

Eigene Berechnung und Darstellung.

Die Wohlfahrtslogik Ostasiens ist von Japan geprägt worden, sie setzt auf Erfolg auf dem Weltmarkt und ist deshalb als „produktivistisch“ (Holliday 2000) bezeichnet worden. Durch systematische und koordinierte Technologieentwicklung soll die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt gesteigert werden. Fragen der sozialen Sicherung werden diesem Ziel untergeordnet, die soziale Sicherung wird den großen Unternehmen überlassen und die Pflegearbeit den Frauen in den Familien zugeordnet. D.h. in Japan dominiert noch das starke Ernährermodell als Leitvorstellung, wobei aber wie in allen Ländern ein Modernisierungsprozess in den Geschlechterrollen stattfindet.

Japan und Südkorea liegen der produktivistischen Wohlfahrtslogik entsprechend, die auf Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt und Exporteffizienz setzt, bei der Innovationsfähigkeit mit vorn. Bei den privaten Ausgaben für Forschung und Entwicklung erzielen Japan und Südkorea die ersten beiden Plätze. Die wirtschaftliche Verwertung ist das Ziel, dementsprechend erreicht Japan bei den wichtigen Patenten den ersten Rang und beim Gesamtindex der Innovationsfähigkeit den fünften Platz. Südkorea liegt bei den öffentlichen Investitionen in Forschung und Entwicklung vor Japan und erreicht damit beim Gesamtindex der Innovationsfähigkeit den vierten Platz, unmittelbar vor Japan. U.a. wegen der besseren Patentbilanz liegt Japan im Wohlstand noch vor Südkorea im vorderen Mittelfeld, aber beide befinden sich im ökonomischen Aufstieg. Bei der starken Nutzung der Risikotechnologie Kernkraft rangierte Japan vor der Atomkatastrophe von 2011 im letzten Drittel, lag zwischenzeitlich im internationalen Durchschnitt, plant aber den Wiedereinstieg. Südkorea setzt seine Priorität ebenfalls so eindeutig auf Wirtschaftswachstum, dass es bei den Umweltbelastungen zum letzten Drittel zählt. Bei den Entlastungsbemühungen rangierte Japan vor der Atomkatastrophe unter den letzten Sechs, inzwischen wegen der Abschaltung von Kernkraftwerken im letzten Drittel. Beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit gehört Japan zum unteren Mittelfeld, in diesem Punkt wird die japanische Gesellschaft weitgehend umdenken müssen. Südkorea engagiert sich noch weniger bei den Umweltentlastungen, es gehört

dabei zu den letzten Zehn. Bei der Nutzung regenerativer Energien z. B. rangiert Japan auf Platz 38 und Südkorea mit Platz 41 von 43 Ländern noch dahinter.

Bei der sozialen Sicherung setzen Japan und Südkorea ihre Priorität eindeutig auf Befähigung durch Bildung statt auf Nachsorge durch den Sozialstaat, wobei Südkorea noch extremer ist, das bei den Bildungsinvestitionen Platz 4 erzielt, bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates für den Risikofall aber auf Platz 40 rangiert. Dementsprechend erreichen Südkorea Platz 1 und Japan Platz 2 durch geringe Bildungsarmut, während beide bei der Gleichheit der Teilhabe bzgl. Einkommen unter dem Durchschnitt liegen. Die Bevölkerung orientiert sich ebenfalls an der produktivistischen Logik, indem sie privat stark in die Bildung ihrer Kinder investiert. Mit seinem geringen Anteil an Risikolesern liegt Japan mit vorn. Im Ergebnis sind die produktivistischen Bildungssysteme, die mit hohem Wettbewerbsdruck arbeiten – wobei die Nebenkosten hier nicht erfasst werden können –, sehr erfolgreich. Die Investitionen in die Bildung der Kinder schlagen sich nieder in Spitzenplätzen sowohl bei der durchschnittlichen Lesekompetenz gemäß PISA als auch beim Anteil der PISA-Spitze. Mit seinen sehr hohen Bildungsinvestitionen erreicht Südkorea sowohl bei der durchschnittlichen Lesekompetenz gemäß PISA als auch beim Anteil der PISA-Spitze den sehr guten zweiten Platz (jeweils hinter Japan). Wenn man neben der objektiven Befähigung zur Autonomie noch die unterdurchschnittliche Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Wahlmöglichkeiten berücksichtigt, dann liegen die produktivistischen Länder beim Gesamtindex der Autonomie etwa im vorderen Mittelfeld.

Die Geschlechterrollen in Japan und Südkorea sind noch sehr traditionell. Beim Erwerbsquotienten liegen beide Länder unter den letzten Zehn. Beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit rangieren Japan und Südkorea dann auf den Plätzen 40 und 41, nur noch gefolgt von der Türkei sowie ganz am Schluss Indien.

Bei der Offenheit für Migranten gehören Japan und Südkorea zum letzten Drittel. Zur Teilhabe der (wenigen) Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt liegen in den üblichen Erhebungen keine Informationen zu Japan und Südkorea vor.

Bei der ökonomischen Integration zählen Japan und Südkorea zum ersten Drittel. Die Integration in der Zivilgesellschaft liegt aber jeweils unter dem internationalen Durchschnitt.

## **10. Wohlfahrtsregime in Lateinamerika**

### **10.1 Gemeinsamkeiten**

Die Wohlfahrtsregime der lateinamerikanischen Staaten werden in der Literatur vor allem nach dem Zeitpunkt ihrer Herausbildung unterschieden. Mesa-Lago



(1978) identifiziert die Pionierländer (Argentinien, Chile, Uruguay, Brasilien), deren Sozialversicherungssysteme sich zwischen 1920 und 1930 herausbildeten, stratifiziert sind und auf Initiative des Staates oder von Interessengruppen zurückgehen. Eine zweite Gruppe von Ländern (Mexiko, Costa Rica, Ecuador, Paraguay, Peru, Venezuela und Kolumbien) führten soziale Sicherung zwischen 1940 und 1950 ein. Obwohl ihre Sozialversicherungssysteme die ganze Bevölkerung erfassen sollten, profitierten in der Praxis meist nur die einflussreichsten Bevölkerungsgruppen. Die letzte Ländergruppe (Nicaragua, El Salvador und die englischsprachigen Länder der Karibik) führten soziale Sicherungssysteme erst in den 1950er Jahren ein. Hier ist die Reichweite meist noch geringer und die Leistungen sind residual (vgl. Mesa-Lago 2008, S. 6). Der Grad der Stratifizierung nimmt von den Pionierländern zu der dritten Ländergruppe hin deutlich ab. In den meisten Ländern kamen jedoch Militärangehörige in den Genuss eines eigenen Sozialversicherungssystems mit hohen Leistungen (Ausnahme sind Costa Rica und Panama), vielfach gab es auch eigene Systeme für Staatsangestellte (vgl. Mesa-Lago 2008, S. 9, S. 15).

Ursache für die versetzte Entwicklung des Wohlfahrtsstaates ist der unterschiedliche Grad an Industrialisierung und Verstädterung, die Größe des formellen Sektors und das Alter des Versicherungssystems. So haben die Länder der Pioniergruppe das höchste Maß an Industrialisierung, Verstädterung, formell beschäftigter Arbeitskraft und das älteste System, wohingegen die dritte Ländergruppe über die geringste Industrialisierung, geringe Stadtbevölkerung, einen großen informellen Sektor und ein sehr junges Sozialsystem verfügen (vgl. Mesa-Lago 2008, S. 7).

## **10.2 Wohlfahrtslogik und Institutionen Brasiliens**

### **Typ und Entwicklungstrend**

Brasilien gehörte in Lateinamerika zu den Pionierländern der Sozialstaatlichkeit. Bereits in den 1920er Jahren gab es erste Ansätze sozialer Sicherung. Die Orientierung an dem Bismarck-System hat sich, zumindest im Rentensystem, bis heute gehalten. Die Höhe der Rente orientiert sich am vorherigen Einkommen, ist also vor allem Status-konservierend. Das Rentensystem unterliegt einer leichten Stratifizierung nach Berufsgruppen. Hinzu kommt eine Basisabsicherung auf geringem Niveau, die an eine Bedürftigkeitsprüfung gebunden ist. Im Gegensatz zu dem argentinischen oder chilenischen Rentensystem ist das brasilianische Rentensystem staatlich koordiniert und nicht nur durch den Marktmechanismus.

Das staatliche Gesundheitssystem wird, ebenso wie das Rentensystem, von Arbeitnehmer und Arbeitgeber finanziert. Es sieht gleiche Leistungen für alle bei einkommensabhängigen Beiträgen vor. Sowohl Rentensystem als auch Gesundheitssystem sind an die formale Erwerbstätigkeit gebunden. Ergänzt wird der staatliche Wohlfahrtssektor durch einen stark ausgebauten privaten Bereich.

In den letzten Jahren wurde besonders in die Basisabsicherung derjenigen investiert, die nicht formal beschäftigt waren und damit keinen Zugang zum Wohlfahrtssystem hatten. Diese Leistungen sind jedoch im Sinne des wirtschaftsliberalen Wohlfahrtsregimes residual und an eine Bedürftigkeitsprüfung gebunden.

Das „dual-earner model“ wird nicht gezielt gefördert, das Rollenverständnis ist noch eher christlich traditionell.

In Brasilien lässt sich also ein Mischtyp zwischen konservativem und wirtschaftsliberalem Modell feststellen, wobei die wirtschaftsliberalen Einflüsse weniger stark ausgeprägt sind als in Argentinien und der Wert der universellen Absicherung eine größere Bedeutung hat.

### **10.3 Das Performanzprofil Brasiliens**

Im Folgenden wird der Versuch unternommen, die Performanz Brasiliens zum Teil auf die Wohlfahrtslogik, die Leitvorstellungen der Politiken und die entsprechend ausgestalteten Institutionen zurückzuführen.

Brasilien gehörte zu den Pionierländern der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung in Lateinamerika, da es schon in den 1920er Jahren ein Sozialversicherungssystem Bismarck'scher Prägung einführte. Trotz Wechsel zur Diktatur und wieder zur Demokratie wurden die Sozialversicherungen allmählich ausgebaut, da sie als Instrument verstanden wurden, die Loyalität der Bevölkerung zu sichern.

Gemäß Barrientos (2004) entwickelte sich Brasilien nach der Militärdiktatur (1964-1985) unter der Regierung Cardoso (1995-2003) von einem konservativ-informellen Wohlfahrtsregime zu einem liberal-informellen Wohlfahrtsregime. Unter der Regierung Lula da Silva (2003-2011) und anschließend unter seiner Nachfolgerin Dilma Rouseff entwickelte sich Brasilien tendenziell zu einem liberal-sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime (vgl. Fischer / Leubolt 2012): Die Regierung Lula da Silva erhöhte die Mindestlöhne und reduzierte die Armutsquote deutlich durch Sozialtransfers an bedürftige Familien.

Brasilien liegt bei der Verbreitung der Internetnutzung und bei den wichtigen Patenten unter den letzten Zehn. Dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Innovationsfähigkeit. Der durchschnittliche Wohlstand hat den gleichen Rangplatz, liegt also auch unter den letzten Zehn. Mit seinen hohen Wachstumsraten dürfte sich der Wohlstand Brasiliens aber kontinuierlich erhöhen. Mit seinen sehr geringen Umweltbelastungen liegt Brasilien auf dem zweiten Platz (hinter Indien). Es hat z. B. sehr niedrige CO<sub>2</sub>-Emissionen. Auch bei den Entlastungsbemühungen rangiert Brasilien mit seinem sehr hohen Anteil regenerativer Energien mit vorn. Beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit erreicht Brasilien damit den sehr guten vierten Platz.

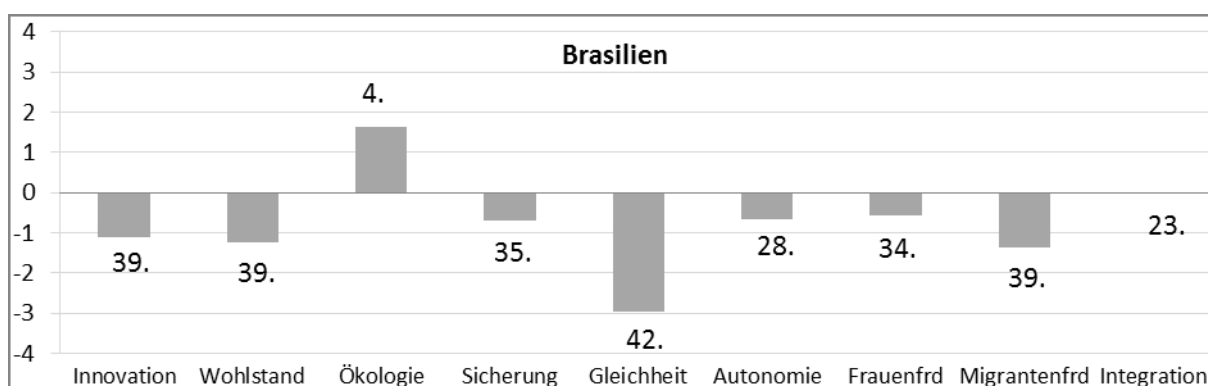
Tabelle 40-1: Das Performanzprofil Brasiliens

Land	Innovation	Wohlstand	Ökologische Nachhaltigkeit	Soziale Sicherung	Gleiche Teilhabe	Autonomie	Frauenfreundlichkeit	Migrantenfreundlichkeit	Soziale Integration
Brasilien	-1,11	-1,22	1,62	-0,71	-2,96	-0,66	-0,58	-1,37	-0,02
	39	39	4	35	42	28	34	39	23

Eigene Berechnung und Darstellung.

Bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates für den Risikofall gehört Brasilien zu den letzten Zehn. Brasilien weist zusammen mit Südafrika die größte Einkommensungleichheit der betrachteten Länder auf. Die ungleiche Land- und Einkommensverteilung haben auch die Mitte-Links-Regierungen (seit 2003) noch nicht deutlich reduzieren können. Da Brasilien auch mit seinem hohen Anteil an Risikolesern zu den letzten Fünf gehört, rangiert es beim Gesamtindex der Gleichheit der Teilhabe bezüglich Bildung und Einkommen auf dem vorletzten Platz (nur noch gefolgt von Südafrika). Bei den gesamten Bildungsausgaben gehört Brasilien zum unteren Mittelfeld. Bei der durchschnittlichen Lesekompetenz gemäß PISA und beim Anteil der PISA-Spitze rangiert Brasilien jeweils unter den letzten Zehn. Bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie liegt Brasilien bei den betrachteten Ländern mit am Schluss. Wenn man die Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Wahlmöglichkeiten berücksichtigt, dann liegt Brasilien beim Gesamtindex der Autonomie am Ende des unteren Mittelfelds.

Abbildung 10-29: Das Performanzprofil Brasiliens



Eigene Berechnung und Darstellung

Brasilien ist katholisch geprägt, über zwei Drittel der Bevölkerung sind katholisch. Die Geschlechterrollen sind entsprechend traditionell und Frauen, insbesondere im Parlament (Rangplatz 42 von 43 Ländern), sehr schwach repräsentiert. Beim Studentinnenanteil zeichnet sich schon eine Verbesserung

ab. Beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit gehört Brasilien zum letzten Drittel der betrachteten Länder.

Bei der Aufnahme von Migranten rangiert Brasilien mit am Schluss. Bei der Teilhabe der (wenigen) Migranten im Bildungssystem liegt Brasilien im unteren Mittelfeld. Beim Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit gehört Brasilien damit zu den letzten Zehn der betrachteten Länder.

Bei der Integration in die persönlichen Beziehungsnetzwerke liegt Brasilien etwa im internationalen Durchschnitt, bei der ökonomischen Integration besser und bei der Integration in der Zivilgesellschaft schlechter. Beim Gesamtindex der sozialen Integration liegt Brasilien dann etwa im internationalen Durchschnitt.

## **11. Einzelfallstudie zu Südafrika**

### **11.1 Wohlfahrtslogik und Institutionen Südafrikas**

#### **Typ und Entwicklungstrend**

Wegen des dünnen sozialen Netzes spielen die informellen Netzwerke bei der sozialen Absicherung eine große Rolle („informal security regime“) und auch in der Ökonomie gibt es einen großen informellen Sektor.

Südafrika hat sich zur Aufgabe gestellt, bestimmte sozial benachteiligte Gruppen bei der Wohlfahrt speziell zu berücksichtigen und zeigt so einen guten Ansatz in Hinblick auf eine soziale Umverteilung und größere soziale Gleichheit. Besonders die Altersrenten und das Kindergeld (CSG) stellen einen großen Anteil des Einkommens armer Haushalte dar. Trotzdem werden 30 % der sehr armen und 40 % der armen Haushalte von den Maßnahmen nicht erreicht, wenn es nämlich keine Kinder oder Rentner in den Haushalten gibt.

Im Bildungs- und Gesundheitsbereich gibt es große Qualitätsunterschiede zwischen dem staatlichen und dem privaten Sektor. Da mehr als 10 % der Bevölkerung HIV-positiv sind, hat eine unzureichende Gesundheitsfürsorge hier besonders fatale Implikationen.

Trotz der Umverteilungsbemühungen seitens der Regierung seit dem Ende der Apartheid sind immer noch sehr große soziale Unterschiede in der Bevölkerung vorhanden. Das dünne Netz sozialer Leistungen seitens des Staates hat es bisher nicht geschafft, diese zu überbrücken. Die Einkommensungleichheit ist immer noch die höchste von allen betrachteten 43 Ländern, Armut und Kriminalität sind verbreitet.

## 11.2 Das Performanzprofil Südafrikas

Im Folgenden wird der Versuch unternommen, die Performanz Südafrikas (vgl. Tabelle 11-1) zum Teil auf die Wohlfahrtslogik, die Leitvorstellungen der Politiken und die entsprechend ausgestalteten Institutionen zurückzuführen.

Die Wohlfahrtslogik Südafrikas ist dominiert von dem Ziel, die sozialen Unterschiede als Erbe der Apartheid mit der größten Einkommensungleichheit aller betrachteten 43 Länder und mit einem großen Bevölkerungsanteil in absoluter Armut – insbesondere auf dem Land – zu überwinden. Da die sozialen Sicherungssysteme aber noch nicht hinreichend mit Mitteln ausgestattet sind, ist die Mehrheit der Bevölkerung darauf verwiesen, ihre soziale Sicherung durch Beziehungsnetzwerke zu erreichen („informal security regime“).

Bei den Investitionen in Forschung und Entwicklung rangiert Südafrika unter den letzten Zehn, beim Output dieser Investitionen ist es Vorletzter (vor Indien). Auch beim Gesamtindex der Innovationsfähigkeit liegt Südafrika auf dem vorletzten Platz (vor Indien). Dementsprechend rangiert Südafrika auch beim durchschnittlichen Wohlstand mit am Schluss. Zwar sind die Umweltbelastungen nur durchschnittlich, aber bei den Entlastungsbemühungen zählt Südafrika zu den letzten Fünf. Beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit rangiert Südafrika dann unter den letzten Zehn.

*Tabelle 11-5: Das Performanzprofil Südafrikas*

Land	Innovation	Wohlstand	Ökologische Nachhaltigkeit	Soziale Sicherung	Gleiche Teilhabe	Autonomie	Frauenfreundlichkeit	Migrantenfreundlichkeit	Soziale Integration
Südafrika	-1,46	-1,26	-0,88	-1,57	-4,03	-1,26	0,84	0,53	-0,88
	42	40	34	40	43	38	7	14	37

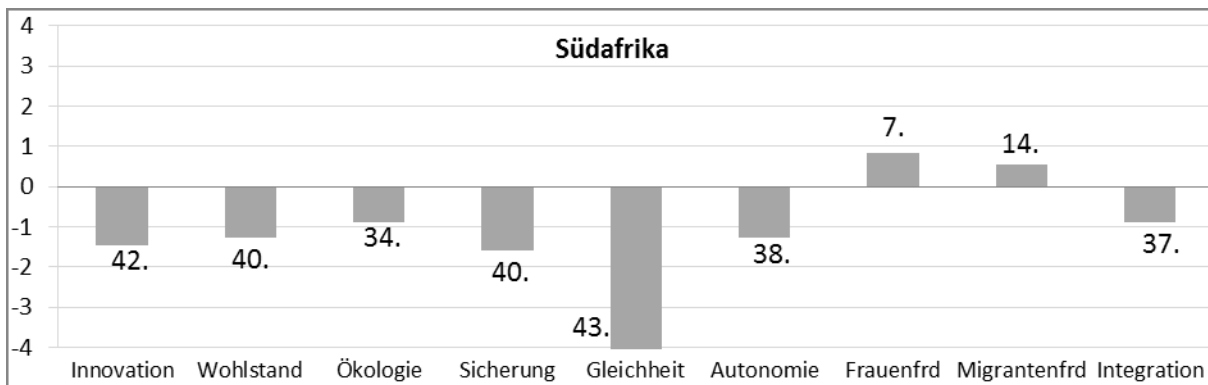
Eigene Berechnung und Darstellung.

Bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates für den Risikofall ist Südafrika Drittlletzter (vor Indien und China). Südafrika weist (gemeinsam mit Brasilien) die größte Einkommensungleichheit von allen betrachteten Ländern auf. Die gesamten Bildungsausgaben zur Vorsorge gehören zum letzten Drittel. Beim gehobenen Niveau des Anteils tertiärer Abschlüsse rangiert Südafrika an letzter Stelle.

Frauen sind im Parlament gut vertreten, aber beim Erwerbsquotienten gehört Südafrika zum letzten Drittel. Wegen der sehr begrenzten Datenbasis ist der Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit für Südafrika nicht so aussagekräftig. Bei der Aufnahme von Migranten zählt Südafrika zum letzten Drittel, aber bei

der Teilhabe von Migranten auf dem Arbeitsmarkt liegt es ganz vorn. Die Informationsbasis zu diesem Problembereich aus den üblichen internationalen Erhebungen ist allerdings sehr begrenzt. – Die Feindseligkeiten gegenüber Zuwanderern aus dem übrigen Afrika sind aber in dem Kontext großer Ungleichheit, Armut und Kriminalität schon mehrfach eskaliert.

Abbildung 11-30: Das Performanzprofil Südafrikas



Eigene Berechnung und Darstellung

Bei der ökonomischen Integration rangiert Südafrika an letzter Stelle. Bei der Integration in persönliche Beziehungsnetzwerke und bei der Integration in der Zivilgesellschaft liegt es aber über dem Durchschnitt. Beim Gesamtindex der sozialen Integration gehört Südafrika dann zum letzten Drittel.

## 12. Einzelfallstudien zu Asien: China und Indien

Mit je über einer Milliarde Menschen sind China und Indien die bevölkerungsreichsten Staaten der Erde. Beide Länder gehören mit ihren hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten inzwischen zu den Aufsteigern im Weltwirtschaftssystem. Aber ihr Entwicklungsweg unterscheidet sich in vielfacher Hinsicht.

*China* hat den Charakter einer Entwicklungsdiktatur, in der die Kommunistische Partei mit Fünfjahresplänen eine geordnete Modernisierung des Landes in Richtung hoher Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt vorantreibt, die zunächst auf niedrigen Lohnkosten beruhte. Durch eine bewusste Unterbewertung der eigenen Währung fördert China seine Exporte und ist inzwischen Exportweltmeister vor den USA und Deutschland. China ist seit 2010 hinter den USA und vor Japan die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt. Trotz kommunistisch-egalitärer Ideologie ist die soziale Ungleichheit in China enorm gewachsen. Die regionalen Disparitäten zwischen prosperierenden Industriestädten und rückständiger Landwirtschaft sind noch nicht bearbeitet. Die Systeme sozialer Sicherung sind rudimentär und bleiben hinter der wirtschaftlichen Entwicklung zurück. Aber der ökonomische Erfolg der dynamischen chinesischen Industrie-

unternehmen könnte die Basis bilden für einen weiteren Ausbau der sozialen Sicherungssysteme.

*Indien* liegt in der wirtschaftlichen Entwicklung hinter China zurück. Während China gemäß dem durchschnittlichen Wohlstand inzwischen bereits zum Mittelfeld der Länder der Welt gehört, zählt Indien noch zu den letzten 30 %. Über zwei Drittel der indischen Bevölkerung muss von weniger als zwei US-Dollar pro Tag leben. Die sozialen Sicherungssysteme sind nur rudimentär vorhanden und vielfach nur Programm. Andererseits ist Indien die quantitativ größte Demokratie der Welt und weist eine freie Presse auf. Die Mechanismen der freien politischen Wahlen und der kritischen Berichterstattung bieten die Möglichkeiten, die weitere Entwicklung der sozialen Sicherungssysteme einzufordern. Der ökonomische Erfolg der indischen High-Tech-Dienstleistungsunternehmen könnte eine solche Entwicklung erleichtern.

## **12.1 Fallstudie zu China**

### **Typ und Entwicklungstrend**

Die Rolle des Staates ist bei der Wohlfahrtsproduktion außerhalb des abgesicherten städtischen Staatssektors residual. Traditionell ist die Schaffung sozialer Gerechtigkeit kein Ziel der chinesischen Sozialpolitik. Ihre Aufgabe besteht vielmehr darin, politische Stabilität zu sichern. Die ökonomische Ungleichheit wurde als notwendig für steigende Effektivität angesehen. In den letzten Jahren erfolgte ein Umdenken bezüglich der sozialen Sicherungssysteme. Aber z.B. im Gesundheitsbereich ist der Anteil der Privatausgaben im internationalen Vergleich deutlich überdurchschnittlich.

Da die wirtschaftliche Dynamik eine stark steigende Ungleichheit, insbesondere zwischen Stadt und Land, zur Folge hat, führt dieses Gefälle in der ökonomischen und sozialen Versorgung angesichts der kommunistisch-egalitären Ideologie zu einem Spannungsverhältnis zwischen Stadt und Land. Der Ausbau der Sozialpolitik ist der nahe liegende Weg, diese Spannungen zu bearbeiten.

In der aktuellen Phase sollen gemäß den Regierungsplänen die Harmonie zwischen den sozialen Gruppen, die Harmonie mit der natürlichen Umwelt sowie zwischen ökonomischen und sozialen Entwicklungszielen stärker berücksichtigt werden (vgl. Lin 2009).

Die aktuelle Regierung unter Xi Jinping nennt als zentrale Herausforderungen die verbreitete Korruption und die wachsende soziale Ungleichheit zwischen den Wohlhabenden in den Großstädten und den Wanderarbeitern sowie der Landbevölkerung allgemein, ferner die Luftverschmutzung und die Umweltbelastungen generell.

## Das Performanzprofil Chinas

China hat den Charakter einer Entwicklungsdiktatur, in der die Kommunistische Partei mit Fünfjahresplänen eine geordnete Modernisierung des Landes in Richtung hoher Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt vorantreibt, die zunächst auf niedrigen Lohnkosten beruhte. Durch eine bewusste Unterbewertung der eigenen Währung fördert China seine Exporte und hat inzwischen die USA und Deutschland als Exportweltmeister überholt. Trotz kommunistisch-egalitärer Ideologie ist die soziale Ungleichheit in China enorm gewachsen. Die regionalen Disparitäten zwischen prosperierenden Industriestädten und rückständiger Landwirtschaft sind noch nicht bearbeitet. Die Systeme sozialer Sicherung sind rudimentär und bleiben hinter der wirtschaftlichen Entwicklung zurück. Aber der ökonomische Erfolg der dynamischen chinesischen Industrieunternehmen könnte die Basis bilden für einen weiteren Ausbau der sozialen Sicherungssysteme.

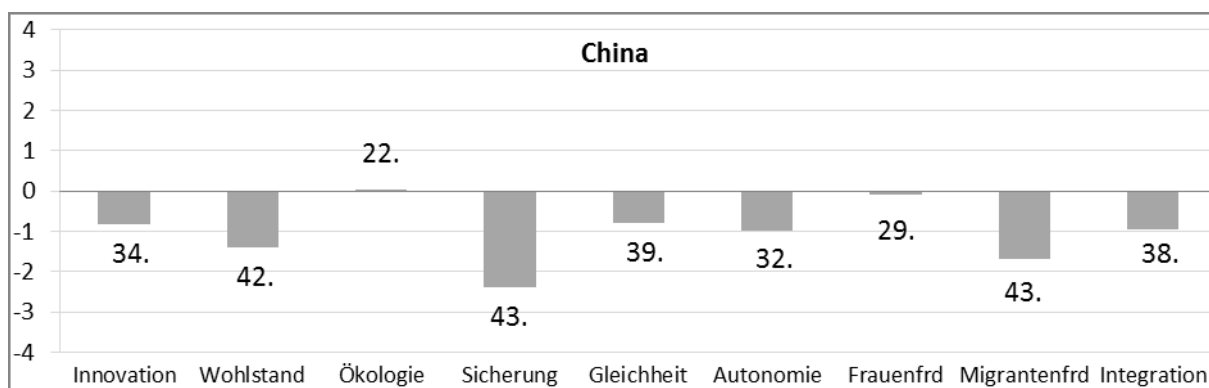
China liegt bei den Investitionen in Forschung und Entwicklung im unteren Mittelfeld, rangiert aber beim Output dieser Investitionen nur unter den letzten Zehn. Dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Innovationsfähigkeit. Beim durchschnittlichen Wohlstand liegt China noch an vorletzter Stelle der betrachteten 43 Länder (vor Indien), befindet sich aber mit seinen hohen Wachstumsraten im Aufstieg. Mit seiner riesigen Bevölkerung erzielt China allerdings nach den USA und vor Japan das größte Bruttoinlandsprodukt. D. h. China ist eine wirtschaftliche Großmacht. Ferner hält China die größten Finanzreserven, was in der aktuellen Verschuldungskrise ein großer Machtfaktor ist. Als Kehrseite des geringen Wohlstands sind auch die Umweltbelastungen *im Durchschnitt* relativ niedrig (*insbesondere wegen der großen Landbevölkerung*). Die Luftverschmutzung in den Großstädten und die Schadstoffbelastung in der Umgebung der Produktionsstätten sind allerdings sehr hoch. Die Entlastungsbemühungen rangieren nur unter den letzten Zehn. Beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit liegt China dann etwa im internationalen Durchschnitt. Bei dieser Betrachtung pro Kopf muss man bedenken, dass angesichts der Bevölkerungsgröße jede Verbesserung des Niveaus natürlich von großer Bedeutung ist.

Bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates für den Risikofall rangiert China an letzter Stelle. Mit seiner hohen Einkommensungleichheit zählt China zu den letzten Fünf. Angesichts der kommunistisch-egalitären Ideologie birgt dies eigentlich ein großes Spannungspotential. Aber ein hoher Anteil der Ungleichheit geht auf die räumlichen Disparitäten zwischen wohlhabenden Städten und armen Landregionen zurück. Für diesen Verteilungskonflikt kann also nicht so einfach mobilisiert werden. Dennoch würde ein Ausbau der sozialen Sicherungssysteme die wirtschaftliche und soziale Stabilität erhöhen. Zum Bildungssystem liegen zu wenige Informationen vor. Die Bildungsausgaben insgesamt sind gering. Der Anteil tertiärer Abschlüsse ist ebenfalls niedrig. Aber bei den PISA-Untersuchungen zur durchschnittlichen Lesekompetenz



schneiden die Industriestadt Shanghai und die frühere britische Kolonie Hong Kong sehr gut ab, die frühere portugiesische Kolonie Macao liegt etwas unter dem Durchschnitt der Länder der PISA-Studie. Die hohe Wertschätzung von Bildung in der chinesischen Tradition und der große Wettbewerbsdruck im Schulsystem mit sehr geringer sozialer Vererbung führen zu einem guten Leistungsergebnis.

Abbildung 12-31: Das Performanzprofil Chinas



Eigene Berechnung und Darstellung

Bei der Vertretung von Frauen im Parlament liegt China im unteren Mittelfeld, beim Studentinnenanteil schlechter, beim Erwerbsquotienten besser. Beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit rangiert China dann im unteren Mittelfeld. Bei der Aufnahme von Migranten rangiert China mit am Schluss. Die Teilhabe der (wenigen) Migranten im Bildungssystem ist gemäß der PISA-Studie 2012 in den früheren Kolonien Hong Kong und Macao eher gut, in Shanghai eher schlecht. Für die genauere Untersuchung dieses Problemfeldes wäre eine bessere Berichterstattung Chinas erforderlich.

Bei der Integration in den Arbeitsmarkt gehört China zu den besten Zehn. Aber bei der Integration in der Zivilgesellschaft und bei der Integration in die persönlichen Beziehungsnetzwerke rangiert China jeweils unter den letzten Zehn. Auch beim Gesamtindex der sozialen Integration gehört China dann zu den letzten Zehn.

## 12.2. Fallstudie zu Indien

### Typ und Entwicklungstrend

Die Zahl der von extremer Armut Betroffenen liegt in Indien bei über 300 Millionen (28 % der Bevölkerung). Sie leben von weniger als einem US-Dollar pro Tag (vgl. Sülzer 2008, S. 213). Ca. 70 % der Bevölkerung müssen mit weniger als zwei US-Dollar pro Tag auskommen, während in Indien zugleich

weltweit die meisten Milliardäre und Millionäre leben (vgl. Auswärtiges Amt 2014).

Die Regierung hat in den vergangenen zehn Jahren die drängenden Probleme bei der sozialen Sicherung erkannt und mit einigen Maßnahmen versucht, dagegen zu steuern. Es ist jedoch klar ersichtlich, dass die bisherigen Versuche nicht ausreichen und eine umfassende Neugestaltung der sozialen Sicherungssysteme notwendig ist. Angesichts der schnell voran schreitenden Privatisierung der Wirtschaft stellt sich die Frage, wann die Privatisierung auch auf den Bereich der sozialen Sicherung übergreift und die Institutionen des indischen Wohlfahrtsstaats durch ein privates Versicherungssystem abgelöst werden. Die Entscheidung, in welche Richtung sich die soziale Sicherung in Indien bewegen soll, ist noch nicht getroffen.

Insgesamt ist Indien dem Typ „informal security regime“ zuzuordnen, d. h. die privaten Netzwerke spielen noch eine zentrale Rolle für die soziale Sicherung. Die tatsächliche Umsetzung der Programme zur sozialen Sicherung und die Erfolge müssen noch gesteigert werden. Die neue hindunationalistische Regierung setzt ihre Priorität zunächst auf das Wirtschaftswachstum.

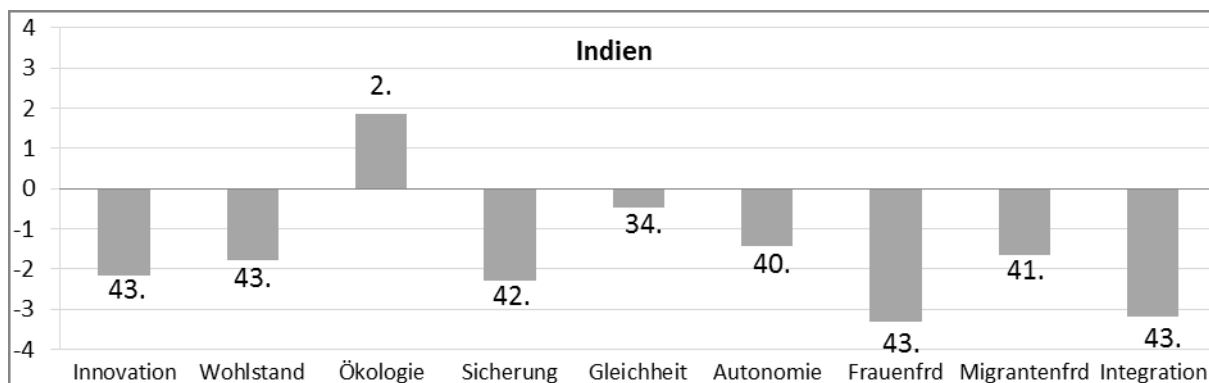
### **Das Performanzprofil Indiens**

Indien liegt in der wirtschaftlichen Entwicklung hinter China zurück. Während China gemäß dem durchschnittlichen Wohlstand bereits zum Mittelfeld der Länder der Welt gehört, zählt Indien noch zu den letzten 30 %. Über zwei Drittel der indischen Bevölkerung müssen von weniger als zwei US-Dollar pro Tag leben. Die sozialen Sicherungssysteme sind nur rudimentär vorhanden und vielfach nur Programm. Andererseits ist Indien die quantitativ größte Demokratie der Welt und weist eine freie Presse auf. Die Mechanismen der freien politischen Wahlen und der kritischen Berichterstattung bieten die Möglichkeiten, die weitere Entwicklung der sozialen Sicherungssysteme einzufordern. Der ökonomische Erfolg der indischen High-Tech-Dienstleistungsunternehmen könnte eine solche Entwicklung erleichtern.

Indien rangiert bei der Verbreitung der Internetnutzung und auch beim Gesamtindex der Innovationsfähigkeit auf dem letzten Platz der betrachteten Länder. Beim durchschnittlichen Wohlstand liegt Indien dann auch an letzter Stelle von allen 43 betrachteten Ländern und bei den letzten 30 % der Staaten der Erde. Mit seiner Bevölkerung von über eine Milliarde Menschen erzielt Indien aber nach den USA, China, Japan, Deutschland und anderen das zehntgrößte Sozialprodukt von allen Ländern der Welt. Ferner weist Indien hohe Wachstumsraten auf und hat u. a. starke Unternehmen in der Informationstechnologie. Insgesamt ist Indien trotz des niedrigen Lebensstandards eine aufstrebende Wirtschaftsmacht. Dem niedrigsten Wohlstand entsprechend belastet Indien die Umwelt am wenigsten von allen betrachteten Ländern. Bei den Entlastungsbemühungen liegt Indien im vorderen Mittelfeld. Damit erzielt

Indien beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit den sehr guten zweiten Platz (hinter Lettland).

Abbildung 12-32: Das Performanzprofil Indiens



Eigene Berechnung und Darstellung

Bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates für den Risikofall liegt Indien an vorletzter Stelle (vor China). Mit seiner großen Einkommensungleichheit rangiert Indien unter den letzten Zehn. Dies ist insbesondere durch Stadt-Land-Disparitäten sowie Unterschiede nach Kasten und Schichten strukturiert. Bei den öffentlichen und privaten Bildungsausgaben liegt Indien mit am Schluss. Insgesamt hat Indien einen hohen Reformbedarf im Bildungswesen und in den Systemen sozialer Sicherung.

Indien weist äußerst traditionelle Geschlechterrollen auf. Bei der Vertretung von Frauen im Parlament und beim Studentinnenanteil gehört Indien zu den letzten Fünf. Beim Erwerbsquotienten liegt Indien auf dem letzten Platz, und dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit. Auf diesem Gebiet hat Indien dringenden Reformbedarf. Bei der Aufnahme von Migranten rangiert Indien mit am Schluss. Ansonsten liegen zur Migrantenfreundlichkeit zu wenig offizielle Informationen vor.

Bei der Integration in persönliche Beziehungsnetzwerke rangiert Indien mit am Schluss, und auch die Integration in der Zivilgesellschaft ist etwas unterdurchschnittlich entwickelt. Gemäß dieser sehr begrenzten Informationsbasis liegt Indien auch beim Gesamtindex der sozialen Integration mit am Schluss.

Das positive Potential Indiens liegt neben seinen erfolgreichen High-Tech-Unternehmen in den Mechanismen der freien Presse und den politischen Wahlen in der quantitativ größten Demokratie der Welt. Dadurch könnten die erforderlichen Reformen im Bildungswesen und in den Systemen sozialer Sicherung im Laufe der Zeit schrittweise eingefordert werden.

### 12.3. Performanz von China und Indien

Beim Anteil der privaten und öffentlichen Investitionen in Forschung und Entwicklung liegt China insgesamt etwa im internationalen Durchschnitt, bei den Ergebnissen z.B. in Form der wichtigen Patente aber im letzten Drittel, und dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Innovationsfähigkeit. Indien rangiert in den wichtigen Patenten hinter China und bei der Verbreitung der Internetnutzung sogar an letzter Stelle von allen betrachteten 43 Ländern. Im durchschnittlichen Lebensstandard liegt China weltweit inzwischen im Mittelfeld, Indien unter den letzten 30 % der Länder der Welt. China liegt beim Wohlstand unter den betrachteten 43 Ländern hinter Brasilien, Südafrika und Serbien vor Indien am Schluss. Indien schließlich erreicht nicht ganz die Hälfte des durchschnittlichen Wohlstands Chinas.

*Tabelle 12-6: Performanzprofile Chinas und Indiens*

Land	Innovation	Wohlstand	Ökologische Nachhaltigkeit	Soziale Sicherung	Gleiche Teilhabe	Autonomie	Frauenfreundlichkeit	Migrantenfreundlichkeit	Soziale Integration
China	-0,82	-1,38	0,05	-2,39	-0,80	-0,98	-0,10	-1,69	-0,95
	34	42	22	43	39	32	29	43	38
Indien	-2,17	-1,79	1,86	-2,29	-0,46	-1,44	-3,31	-1,64	-3,20
	43	43	2	42	34	40	43	41	43

Eigene Berechnung und Darstellung.

Dem niedrigen Wohlstand entsprechend liegen Indien und China mit ihrer niedrigen Müllbelastung gemeinsam an der Spitze und bei den Umweltbelastungen insgesamt auf dem ersten bzw. vierten Platz. Bei den erneuerbaren Energien liegt Indien unter den besten Zehn und bei den Entlastungsbemühungen insgesamt über dem Durchschnitt, während China bei den Entlastungsbemühungen insgesamt zum letzten Drittel gehört. Beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit liegt Indien damit (hinter Lettland) auf dem guten zweiten Platz, während China beim Gesamtindex nur im Durchschnitt rangiert.

Bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates liegen China und Indien gemeinsam am Schluss der betrachteten 43 Länder. China weist eine etwas größere Einkommensungleichheit auf als Indien, beide gehören mit ihrer großen Ungleichheit zu den letzten Zehn der betrachteten 43 Länder. Bei der Vorsorge durch öffentliche und private Bildungsausgaben rangieren China und Indien gemeinsam unter den letzten Fünf, die objektive Befähigung zur Autonomie ist also wenig entwickelt.

Bei der Teilhabe von Frauen an Bildung rangiert China im letzten Drittel, bei der Teilhabe an der Erwerbstätigkeit im ersten Drittel. Damit liegt China beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit im unteren Mittelfeld. Indien gehört bei der Teilhabe von Frauen im Parlament und an Bildung jeweils zu den letzten Fünf, bei der Teilhabe an der Erwerbstätigkeit rangiert Indien auf dem letzten Platz. Beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit liegt Indien dann auch am Schluss von allen betrachteten 43 Ländern.

Bei der Aufnahme von Migranten gehört Indien zu den letzten Fünf und China rangiert ganz am Schluss der betrachteten 43 Länder. Für Aussagen zur Teilhabe der (wenigen) Migranten wäre eine bessere Berichterstattung Chinas und Indiens erforderlich.

Die Integration in den offiziellen Arbeitsmarkt gelingt in China deutlich besser als in Indien. Bei der Teilhabe in der Zivilgesellschaft rangiert China an letzter Stelle der betrachteten 43 Länder. Beim Gesamtindex der sozialen Integration gehören China und Indien zu den letzten Zehn der betrachteten Länder.

Insgesamt zeigt sich, dass China und Indien zwar aufstrebende ökonomische Großmächte sind, aber gemäß den gesellschaftlich wünschenswerten Zielen noch weit hinter den Modellen guten Lebens in den entwickelten Wohlfahrtsregimen Skandinaviens, Mitteleuropas und der angelsächsischen Länder zurückliegen.

### **13. Ein System gesellschaftlicher Dauerbeobachtung zur Erfassung der Wohlfahrt der Nationen**

Nach meiner Einschätzung ist der Ansatz der Wohlfahrtsregime, bei dem die Logiken der Institutionen der Produktion und Verteilung von Wohlfahrt untersucht werden, besonders geeignet, um die Performanz bzgl. Wohlstand und Wohlfahrt der Nationen partiell zu erklären. Andererseits weisen die einzelnen Länder natürlich gleichzeitig Unterschiede und eigenständige Profile bzgl. der gesellschaftlich wünschenswerten Ziele und der Qualität der Lebensbedingungen in den untersuchten Zieldimensionen auf.

Das beste Reformprogramm bestände darin, die gesellschaftliche Entwicklung als Lernprozess zu organisieren. In Erweiterung des Human Development Report der UN, der zwar möglichst viele Nationen berücksichtigt, sich dafür aber auf – für stärker entwickelte Länder – relativ grobe Indikatoren beschränkt, müsste der Vergleich der Wohlfahrt der Nationen auf eine solch breite Liste von gesellschaftlich wünschenswerten Zielen und Qualitätskriterien erweitert werden, wie ich sie hier für ein System gesellschaftlicher Dauerbeobachtung vorgeschlagen habe, das in einem Lernprozess selbst natürlich auch kontinuierlich weiterentwickelt werden sollte.

**Literaturverzeichnis**

Aidukaite, Jolanta: Die Entwicklung in der post-sowjetischen Ära: Das litauische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 403-422.

Aidukaite, Jolanta: The Transformation of Welfare System in the Baltic States: Estonia, Latvia and Lithuania. In: Cerami, Alfio/ Vanhuysse, Pieter: Post-Communist Welfare Pathways: Theorizing Social Policy Transformations in Central and Eastern Europe. Basingstoke 2009: Palgrave Macmillan, S. 96-111.

Alber, Florian: Wohlfahrtsregime und Einstellungen zur Wohlfahrtsproduktion – Ein Vergleich elf westlicher Länder. In: Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung Nr. 25. Potsdam 2006.

Allardt, Erik: Having, loving, being: An Alternative to the Swedish Model of Welfare Research. In: Nussbaum, Martha C./ Sen, Amartya (Hg.): The Quality of Life. New York / Oxford 1993: Clarendon Press, S. 88-94.

Allmendinger, Jutta/ Leibfried, Stephan: Education and the Welfare State: the four Worlds of Competence Production. In: Journal of European Social Policy 13, 2003, S. 63-81.

Allmendinger, Jutta/ Leibfried, Stephan: Bildungsarmut. Zum Zusammenhang von Sozialpolitik und Bildung. In: Opielka, Michael (Hg.): Bildungsreform als Sozialreform. Wiesbaden 2005: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 45-60.

Allmendinger, Jutta/ Nicolai, Rita.: Bildungs- und Sozialpolitik: Die zwei Seiten des Sozialstaats im internationalen Vergleich. In: Soziale Welt 61, 2010, S. 105-119.

Amable, Bruno: The Diversity of Modern Capitalism. Oxford 2003: Oxford University Press.

Aspalter, Christian/ Jinsoo, Kim, Sojeung, Park: Analysing the Welfare State in Poland, the Czech Republic, Hungary and Slovenia: An ideal-typical Perspective. In: Social Policy and Administration 43, No. 2. 2009, S. 170-185.

Aust, Andreas: Irland. "Angebotskorporatistische" Modernisierung. In: Bieling, Hans-Jürgen/ Deppe, Frank (Hg.): Arbeitslosigkeit und Wohlfahrtsstaat in Westeuropa. Neun Länder im Vergleich. Opladen 1997: Leske & Budrich, S. 247-279.

Autengruber, Christian: Die politischen Parteien in Bulgarien und Rumänien. Eine vergleichende Analyse seit Beginn der 90er Jahre. Stuttgart 2006.

Baethge, Martin / Wilkens, Ingrid (Hg.): Die große Hoffnung für das 21. Jahrhundert? Perspektiven und Strategien für die Entwicklung der Dienstleistungsbeschäftigung, Opladen 2001: Leske + Budrich.

Baranowska, Anna: Poland. In: Kogan, Irena/ Gebel, Michael/ Noelke, Clemens (Hg.): Europe Enlarged. A Handbook of Education, Labour and Welfare Regimes in Central and Eastern Europe. Bristol 2008: Policy Press, S. 269-294.

Barreto, Mauricio L./ Aquino, Rosana: Recent Positive Developments in the Brazilian Health System. In: American Journal of Public Health, Vol. 99 Issue 1. 2009, S. 8.

Barrientos, Armando: Latin America: Towards a liberal-informal Welfare Regime. In: Gough, Ian et al. (Hg.): Insecurity and Welfare Regimes in Asia, Africa and Latin America. Social Policy in Development Contexts." Cambridge 2004: Cambridge University Press.

Bartlett, Will: The Western Balkans. In: Lane, David / Myant, Martin (Hg.): Varieties of Capitalism in Post-Communist Countries. New York 2007: Palgrave Macmillan, S. 201-218.

Baum-Ceisig, Alexandra/ Busch, Klaus/ Hacker, Björn/ Nospickel, Claudia: Wohlfahrtsstaaten in Mittel- und Osteuropa. Entwicklungen, Reformen und Perspektiven im Kontext der europäischen Integration. Baden-Baden 2008: Nomos.

Beckmann-Dierkes, Norbert/ Fuhrmann, Johann C.: Einwanderungsland Norwegen. Demografische Trends und politische Konzepte. Konrad-Adenauer-Stiftung. Auslandsinformationen. Ausgabe 2/2011, S. 39-51.

Béland, Daniel / Howard, Christopher / Morgan, Kimberly J. (Hg.): The Oxford Handbook of U.S. Social Policy. Oxford 2014: Oxford University Press.

Berger, Manuel: Neuseelands Wirtschaftsreform seit 1984. Darstellung und Würdigung unter besonderer Berücksichtigung des Arbeitsmarktes. Sinzheim 2000: Pro Universitate Verlag.

Berger, Tanja/ Dorsch, Pamela: Geschlechterpolitische Situation in Estland. Europäische Geschlechterpolitiken – EU-Ländervergleich. Studie im Auftrag des Gunda-Werner-Instituts der Heinrich-Böll-Stiftung, 2007.

Bertanou, Fabio M.: Pensions and gender in Latin Amerika. Where do we stand in the Southern Cone? In: Gender Issues, Volume 23. 2006, S. 6-31.

BMAS (Bundesministerium für Arbeit und Soziales): Sozial-Kompass Europa. Soziale Sicherheit in Europa im Vergleich. Begleittexte zur Datenbank (diverse Jahre).

Bohle, Dorothee / Greskovits, Béla: Neoliberalism, embedded neoliberalism and neocorporatism: Towards transnational Capitalism in Central-Eastern Europe, West European Politics, 2007a, S. 443-466.

Bohle, Dorothee/ Greskovits, Béla: The State, Internationalization and Capitalist Diversity in Eastern Europe. In: Competition and Change, 11(2), 2007b.

Bohle, Dorothee/ Greskovits, Béla: Capitalist Diversity on Europe's Periphery. Ithaca/London 2012: Cornell University Press.

Bonoli, Giuliano: Classifying Welfare States: A Two-dimensional Approach. In: Journal of Social Policy 26, 1997, S. 351-372.

Bonoli, Giuliano: Switzerland. In: Fitzpatrick, Tony (Hg.): International Encyclopedia of Social Policy. London 2006: Routledge, S. 1385-1388.

Bozalek, Vivienne: South Africa. In: Fitzpatrick, Tony (Hg.): International Encyclopedia of Social Policy. London 2006: Routledge, S. 1329 – 1333.

Bozkurt, Emine: Bericht über die Rolle der Frauen in der Türkei im gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Leben. Plenarsitzungsdokument des Europäischen Parlaments. Brüssel 2005.

Brook, Anne-Marie/ Whitehouse, Edward: The Turkish Pension System: Further Reforms to Help Solve the Informality Problem. OECD: Social, Employment and Migration Working Papers No. 44, Paris 2006.

Buchen, Clemens: Estonia and Slovenia as Antipodes. In: Lane, David / Myant, Martin (Hg.): Varieties of Capitalism in Post-Communist Countries. New York 2007: Palgrave Macmillan.

Bukodi, Erzsébet/ Róbert, Péter: Hungary. In: Kogan, Irena / Gebel, Michael / Noelke, Clemens (Hg.): Europe Enlarged. A Handbook of Education, Labour and Welfare Regimes in Central and Eastern Europe. Bristol 2008: Policy Press, S. 183-212.

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland u.a. (Hg.): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Bonn 2008: Fischer Verlag.

Busemeyer, Marius R./ Nicolai, Rita: Education. In: Castles, Francis G. et al.: The Oxford handbook of the welfare state. Oxford 2010: Oxford University Press, S. 494 – 508.

Cantillon, Bea/ Marx, Ive: Auf der Suche nach einem Weg aus der 'Wohlfahrt ohne Arbeit': Das belgische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 71-87.

Castles, Francis G. (Hg.): Families of Nations. Patterns of Public Policy in Western Democracies. Dartmouth 1993: Aldershot.

Castles, Francis G.: Needs-Based Strategies of Social Protection in Australia and New Zealand. In: Gøsta Esping-Andersen (Hg.), Welfare States in Transition. National Adaptation in Global Economies. Sage: London 1996, S. 88-115.

Castles, Francis G.: Comparative Public Policy. Patterns of post-war Transformation. Cheltenham (UK) 1998: Edward Elgar.



Castles, Francis G./ Leibfried, Stephan/ Lewis, Jane/ Obinger, Herbert/ Pierson, Christopher (Hg.): *The Oxford Handbook of the Welfare State*. Oxford 2010a: Oxford University Press.

Castles, Francis G.: *The English-Speaking Countries*. In: Castles, Francis G./ Leibfried, Stephan/ Lewis, Jane/ Obinger, Herbert/ Pierson, Christopher: *The Oxford Handbook of The Welfare State*. Oxford 2010b: Oxford University Press, S. 630-642.

Castles, Francis G./ Mitchell, Deborah: *Worlds of Welfare and Families of Nations*. In: Castles, Francis G. (Hg.): *Families of Nations. Patterns of Public Policy in Western Democracies*. Dartmouth 1993: Aldershot, S. 93-128.

Castles, Francis G./ Uhr, John: *The Australian Welfare State: Has Federalism Made a Difference?* In: *Australian Journal of Politics and History* 53, 2007, S. 96-117.

Cerami, Alfio: *Welfare State Developments in the Russian Federation: Oil-Led Social Policy and the 'Russian Miracle'*. In: *Social Policy and Administration* 43, No. 2, 2009, S. 105-120.

Cerami, Alfio: *The Politics of Social Security Reforms in the Czech Republic, Hungary, Poland and Slovakia*. In: Palier, Bruno (Hg.): *A Long Good-Bye to Bismarck? The Politics of Reforms in Continental Europe*. Amsterdam 2010: Amsterdam University Press, S. 233-253.

Cerami, Alfio/ Stanescu, Simona: *Welfare State Transformations in Bulgaria and Romania*. In: Cerami, Alfio / Vanhuyse, Pieter: *Post-Communist Welfare Pathways: Theorizing Social Policy Transformations in Central and Eastern Europe*. Basingstoke 2009: Palgrave Macmillan, S. 112-126.

Cerami, Alfio/ Vanhuyse, Pieter: *Post-Communist Welfare Pathways: Theorizing Social Policy Transformations in Central and Eastern Europe*. Basingstoke 2009: Palgrave Macmillan.

Cerami, Alfio/ Wagué, Aïchetou: *Africa*. In: Greve, Bent (Hg.): *The Routledge Handbook of the Welfare State*. London 2012: Routledge, S. 252-259.

Chlon, Agnieszka/ Góra, Marek/ Lubyova, Martina/ Thompson, Lawrence H.: *Pension Reform in the Slovak Republic. Background and Options: Can lessons be drawn from other transition countries?* *Labour Market und Social Policy, Occasional Papers N° 54*, OECD Paris 2001.

Cho, Hyekyung: *Vom langen Marsch zum großen Sprung? China zwischen Rekordwachstum und Massenarmut*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft1. 2006.

Choi, Young Jun: *End of the Era of Productivist Welfare Capitalism? Diverging Welfare Regimes in East Asia*. In: *Asian Journal of Social Science* 40, 2012, S. 275-294.

Choluj, Bozena: Zum Stand der Gleichstellungspolitik in Polen, Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), 2009.

Clegg, Daniel: Central European Welfare States. In: Greve, Bent (Hg.): The Routledge Handbook of the Welfare State. London 2012: Routledge, S. 161-170.

Cook, Linda: Postcommunist Welfare States: Reform Politics in Russia and Eastern Europe. Ithaca, NY 2007a: Cornell University Press.

Cook, Linda: Negotiating Welfare in Postcommunist States. In: Comparative Politics 40, 2007b, S. 41-62.

Cook, Linda J.: Eastern Europe and Russia. In: Castles, Francis G./ Leibfried, Stephan/ Lewis, Jane/ Obinger, Herbert/ Pierson, Christopher (Hg.): The Oxford Handbook of the Welfare State. Oxford 2010, S. 671 – 686.

Costa, Sérgio: Das politische System Brasiliens. In: Stüwe, Klaus / Rinke, Stefan (Hg.): Die politischen Systeme in Nord- und Lateinamerika. Eine Einführung. Wiesbaden 2008: VS, S. 114-137.

Daly, Mary: Comparing welfare states: Towards a Gender friendly Approach. In: Diane Sainsbury: Gendering Welfare States. London 1994: Sage, S. 101-117.

Daly, Mary: A Fine Balance. Women's Labor Market Participation in International Comparison. In: Scharpf, Fritz W. / Schmidt, Vivien A. (Hg.): Welfare and work in the open economy. Oxford 2000a: Oxford University Press, Band II, S. 467-510.

Daly, Mary: The Gender Division of Welfare. Cambridge 2000b: Cambridge University Press.

Daly, Mary: Ireland. In: Fitzpatrick, Tony (Hg.): International Encyclopedia of Social Policy. London 2006: Routledge, S. 689-694.

Daly, Mary/ Lewis, Jane: The Concept of Social Care and the Analysis of Contemporary Welfare States. In: British Journal of Sociology 51, 2000, S. 281-298.

Davidova, Nadia: Poverty in Russia. In: Manning, Nick/ Tikhonova, Nataliya (Hg.): Poverty and Social Exclusion in the New Russia. 2004: Aldershot, S. 63-94.

Davidova, Nadia: Russian Federation. In: Fitzpatrick, Tony (Hg.): International Encyclopedia of Social Policy. London 2006: Routledge, S. 1163-1167.

Davidova, Nadia/ Manning, Nick: Russia: State Socialism to Marketized Welfare. In: Alcock, Pete / Craig, Gary: International Social Policy. Welfare Regimes in the Developed World. Basingstoke 2009<sup>2</sup>: Palgrave, S. 190-209.

Davidova, Nadia/ Tikhonova, Nataliya: Gender, poverty and social exclusion in contemporary Russia. In: Manning, Nick/ Tikhonova, Nataliya (Hg.): Poverty and Social Exclusion in the New Russia. 2004: Aldershot, S. 174-196.

Deacon, Bob/ Hulse, Michelle/ Stubbs, Paul: *Global Social Policy. International Organizations and the Future of Welfare*. London 1997: Sage.

Deacon, Bob: *Global Social Policy and Governance*. London 2007: Sage.

Del Campo, Esther: *Women and Politics in Latin America: Perspectives and Limits of the Institutional Aspects of Women's Political Representation*. In: *Social Forces*, Vol. 83. 2005, S. 1697-1725.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. (DIW Berlin): *25 Jahre Mauerfall*. In: *DIW Wochenbericht Nr. 40*. Berlin 2014.

Dieringer, Jürgen: *Ungarn in der Nachbeitrittskrise*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte 29-30*, Bundeszentrale für politische Bildung. 2009, S. 6-11.

Diefenbach, Heike: *Kinder und Jugendliche aus Migrantenfamilien im deutschen Bildungssystem. Erklärungen und empirische Befunde*. Wiesbaden 2007: VS.

Dingeldey, Irene: *Wohlfahrtsstaatlicher Wandel zwischen „Arbeitszwang“ und „Befähigung“*. Eine vergleichende Analyse aktivierender Arbeitsmarktpolitik in Deutschland, Dänemark und Großbritannien. In: *BJfS 17*, 2007, S. 189-209.

Döbert, Hans/ Hörner, Wolfgang/ Von Kopp, Botho/ Reuter, Lutz R. (Hg.): *Die Bildungssysteme Europas*. Baltmannsweiler 2010: Schneider Verlag Hohengehren.

Dohrmann, Jona Aravind: *Frauen und Recht in Indien*. In: *Indien 2002. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*. Draguhn, Werner (Hg.) Institut für Asienkunde. Hamburg 2002, S. 97-122.

Döhrn, Roland/ Heilemann, Ulrich/ Schäfer, Günter: *Geht es auch ohne Expansion des Dienstleistungssektors? Zum dänischen „Beschäftigungswunder“*. In: *Baethge, Martin/ Wilkens, Ingrid (Hg.): Die große Hoffnung für das 21. Jahrhundert? Perspektiven und Strategien für die Entwicklung der Dienstleistungsbeschäftigung*. Opladen 2001: Leske + Budrich, S. 269-290.

Drahokoupil, Jan: *Globalization and the State in Central and Eastern Europe: The Politics of Foreign Direct Investment*. London 2008: Routledge.

Drahokoupil, Jan/ Myant, Martin: *Varieties of Capitalism, Varieties of Vulnerabilities: Financial Crises and its Impact on Welfare States in Eastern Europe and the Commonwealth of Independent States*. *Historical Social Research* 35, No. 2, 2010, S. 266-295.

Dullien, Sebastian/ Schwarzer, Daniela: *Die Zukunft der Eurozone nach der Griechenland-Hilfe und dem Euro-Schutzschirm*. In: *Leviathan* 38, 2010, S. 509 – 532.

Ebbinghaus, Bernhard/ Manow, Philip (Hg.): *Comparing Welfare Capitalism: Social Policy and Political Economy in Europe, Japan and the USA*. London 2001: Routledge.

- Eckert, Florian: Systemtransformation in Osteuropa. In: Eckert, Florian (Hg.): Vom Plan zum Markt. Parteipolitik und Privatisierungsprozesse in Osteuropa, Wiesbaden 2008: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Ellingsæter, Anne Lise: Betreuungsgeld. Erfahrungen aus Finnland, Norwegen und Schweden. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), Internationale Politikanalyse, April 2012.
- Ellingsæter, Anne Lise/ Leira, Arnlaug: Familienpolitische Reformen in Skandinavien: Gleichberechtigung der Geschlechter und Wahlfreiheit der Eltern. In: WSI-Mitteilungen 60, 2007, S. 546-553.
- Enderlein, Henrik: Die Krise im Euro-Raum: Auslöser, Antworten, Ausblick. In: APuZ 43, 2010, S. 7 – 12.
- Ernst, Angelika: A Segmented Welfare State: The Japanese Approach. In: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Heft 138. 1982, S. 546-564.
- Esping-Andersen, Gøsta: The three Worlds of Welfare Capitalism. Cambridge 1990: Polity Press.
- Esping-Andersen, Gøsta: Three post-industrial Employment Regimes. In: International Journal of Sociology 21, 1991, S. 149-188.
- Esping-Andersen, Gøsta (Hg.): Changing classes. Stratification and Mobility in post-industrial Societies. London, 1993: Sage.
- Esping-Andersen, Gøsta (Hg.): Welfare States in Transition. National Adaptations in Global Economies. London 1996: Sage.
- Esping-Andersen, Gøsta: Zur Politischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates. In: Lessenich, Stephan/ Ostner, Ilona (Hg.): Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Frankfurt a. M. 1998: Campus, S. 19-56.
- Esping-Andersen, Gøsta: Social Foundations of post-industrial Economies. Oxford 1999a: Oxford University Press.
- Esping-Andersen, Gøsta: Politics without class? Postindustrial cleavages in Europe and America. In: Kitschelt, Herbert et al. (Hg.): Continuity and Change in Contemporary Capitalism. Cambridge 1999b: Cambridge University Press, S. 293-316.
- Esping-Andersen, Gøsta: The incomplete revolution. New York 2009: Wiley.
- Esping-Andersen, Gøsta: Welfare regimes and social stratification. In: Journal of European Social Policy 25, 2015. S. 124-134.
- Esping-Andersen, Gøsta et al.: Why we need a new Welfare State. Oxford 2002: Oxford University Press.
- Esterházy, Yvonne: Großbritannien und die Folgen der Finanzkrise. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 49, 2010. S. 40-46.

Europäische Gemeinschaften (Hg.): Eurostat. Luxemburg (diverse Jahre): Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.

European Commission: Innovation Union Scoreboard. (Diverse Jahre).

European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions: European Quality of Life Survey 2003, 2007, 2012 (EQLS). Luxemburg (diverse Jahre): Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.

Eurostat: Datenbank (diverse Jahre).

Eurostat: Statistics by Themes: Population and Social Conditions. (Diverse Jahre).

EU-SILC: European Union Statistics on Income and Living Conditions (EU-SILC). (Diverse Jahre).

Fagnani, Jeanne: France. In: Fitzpatrick, Tony (Hg.): International Encyclopedia of Social Policy. London 2006: Routledge, S. 498-503.

Farnsworth, Kevin/ Irving, Zoë: Fiscal crisis, financial crisis, and the great recession. In: Greve, Bent (Hg.): The Routledge Handbook of the Welfare State. London 2012: Routledge, S.307-318.

Faust, Jörg/ Lauth, Hans Joachim/ Muno, Wolfgang: Demokratisierung und Wohlfahrtsstaat in Lateinamerika: Querschnittsvergleich und Fallstudien. In: Croissant, Aurel / Erdmann, Gero/ Rüb, Friedbert W. (Hg.): Wohlfahrtsstaatliche Politik in jungen Demokratien. Wiesbaden 2004: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Feiguine, Grigory: Rentenreform in Russland – heutiger Stand und Entwicklungsperspektiven im internationalen Vergleich. Frankfurt/Main 2006: Johann Wolfgang Goethe-Universität Working Papers Series: Finance & Accounting.

Ferge, Zsuzsa: Hungary. In: Fitzpatrick, Tony (Hg.): International Encyclopedia of Social Policy. London 2006: Routledge, S. 615-618.

Ferge, Zsuzsa / Tausz, Katalin: Social Security in Hungary: A Balance Sheet after twelve Years. In: Social Policy and Administration 36, No. 2. 2002, S. 176-199.

Ferrera, Maurizio: The “Southern Model” of Welfare in Social Europe. In: Journal of European Social Policy 6, 1996, S. 17-37.

Ferrera, Maurizio (Hg.): Welfare State Reform in Southern Europe. Fighting Poverty and Social Exclusion in Italy, Spain, Portugal and Greece. London 2005: Routledge.

Ferrera, Maurizio: The South European Countries. In: Castles, Francis G. et al: The Oxford Handbook of the Welfare State. Oxford 2010: Oxford University Press, S. 616-629.

Fiala, Petr/ Mareš, Miroslav: Nach der Reform ist vor der Reform: Das tschechische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 109-126.

Fink, Marcel/ Tálos, Emmerich: Flexibilisierung von Erwerbsarbeit – Defizite sozialstaatlicher Absicherung. In: Kronauer, Martin/ Sinne, Gudrun (Hg.): Flexicurity – Die Suche nach Sicherheit in der Flexibilität. Berlin 2005: Edition Sigma. S. 385-419.

Fischer, Karin/ Leubolt, Bernhard: Auf dem Weg zu mehr Gleichheit? Sozialpolitik in Brasilien und Chile nach dem „Linksruck“. In: Momentum – Zeitschrift für Sozialen Fortschritt 1(1), 2012, S.45-56.

Fitzpatrick, Tony (Hg.): International Encyclopedia of Social Policy. London 2006: Routledge.

Flora, Peter/ Alber, Jens/ Kohl, Jürgen: Zur Entwicklung der westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten. In: Politische Vierteljahresschrift 18, 1977, S. 707-772.

Förster, Christian/ Schmid, Josef/ Trick, Nicolas: Die nordischen Länder: Politik in Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden. Wiesbaden 2014: Springer Verlag.

Fraser, Nancy/ Honneth, Axel: Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse. Frankfurt a. M. 2003: Suhrkamp.

Fuchs, Susanne/ Offe, Claus: Welfare State Formation in the Enlarged European Union. Patterns of Reform in the Post-Communist New Member States. In: Rumford, Chris (Hg.): The Sage Handbook of European Studies. London 2009: Sage.

Gabanyi, Anneli Ute: Das politische System Rumäniens. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Wiesbaden 2010: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 627-675.

Gal, John: Is there an extended family of Mediterranean welfare states? In: Journal of European Social Policy 20 (4), 2010, S.283-300.

Gallouj, Camal/ Gallouj, Karim: Auf Kurs Richtung liberal-residualer Wohlfahrtsstaat? Das französische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 207-238.

Gallup: World Poll. (Diverse Jahre).

Garfinkel, Irwin/ Rainwater, Lee/ Smeeding, Timothy (Hg.): Wealth and Welfare States. Is America a Laggard or Leader? Oxford 2010: Oxford University Press.

Geißler, Rainer: Die Sozialstruktur Deutschlands: Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung. Wiesbaden 2011<sup>6</sup>: Verlag für Sozialwissenschaften.

Gey, Peter: Gebildet, benachteiligt, ein Kind: Frauen in Südkorea. Friedrich-Ebert-Stiftung. Seoul 2005.

Glatzer, Wolfgang/ Habich, Roland/ Mayer, Karl Ulrich (Hg.): Sozialer Wandel und gesellschaftliche Dauerbeobachtung. Opladen 2002: Leske + Budrich.

Goodin, Robert E./ Headey, Bruce/ Muffels, Ruud/ Dirven, Henk-Jan: The real Worlds of Welfare Capitalism. Cambridge 1999: Cambridge University Press.

Götting, Ulrike: Transformation der Wohlfahrtsstaaten in Mittel- und Osteuropa. Eine Zwischenbilanz. Opladen 1998: Leske + Budrich.

Gottschlich, Pierre: Indien. In: Porsche-Ludwig, Markus/ Gieler, Wolfgang/ Bellers, Jürgen (Hg.): Handbuch Sozialpolitiken der Welt. Berlin 2013: LIT Verlag, S. 225-229.

Gough, Ian: Welfare regimes in development contexts: a global and regional analysis. In: Gough, Ian et al.: Insecurity and Welfare Regimes in Asia, Africa and Latin America. Social Policy in Development Contexts. Cambridge 2004: Cambridge University Press, S. 15-48.

Gough, Ian/ Wood, Geoffrey D./ Barrientos, Armando/ Bevan, Philippa/ Davis, Peter/ Room, Graham: Insecurity and Welfare Regimes in Asia, Africa and Latin America. Social Policy in Development Contexts. Cambridge 2004: Cambridge University Press.

Government of India, Ministry of Health and Family Welfare: National Health Accounts India. New Delhi 2009.

Government of India, Planning Commission: Report of the Working Group on Social Security. New Delhi 9.9.2010.

Green-Pedersen, Christoffer/ Klitgaard, Michael Baggesen: Im Spannungsfeld von wirtschaftlichen Sachzwängen und öffentlichem Konservatismus: Das dänische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 149-168.

Greve, Bent (Hg.): The Routledge Handbook of the Welfare State. London 2012: Routledge.

Groot, Wim/ Pavlova, Milena: Bulgaria. In: Fitzpatrick, Tony (Hg.): International Encyclopedia of Social Policy. London 2006: Routledge, S. 81-83.

Grütjen, Daniel: Die türkische Sozialpolitik im Wandel - Herausforderungen und Reformen, Hg.: Friedrich-Ebert-Stiftung Fokus Türkei Nr. 11. Istanbul 2008.

Guillén, Ana: Defrosting the Spanish Welfare State: The Weight of Conservative Components. In: Palier, Bruno (Hg.): *A Long Good-Bye to Bismarck? The Politics of Reforms in Continental Europe*. Amsterdam 2010: Amsterdam University Press, S.183-206.

Haggard, Stephan/ Kaufman, Robert R.: *Development, Democracy and Welfare States. Latin America, East Asia and Eastern Europe*. 2008: Princeton University Press.

Hall, Peter A.: Policy Paradigms, Social Learning, and the State. The Case of Economic Policymaking in Britain. In: *Comparative Politics* 25 (3), 1993, S. 275-296.

Hall, Peter A./ Soskice, David (Hg.): *Varieties of Capitalism. The institutional Foundations of Comparative Advantage*. Oxford 2001: Oxford University Press.

Haller, Max: Grenzen und Variationen gesellschaftlicher Entwicklung in Europa – eine Herausforderung und Aufgabe für die vergleichende Soziologie. *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 13, 1988, S. 5-19.

Hans, Silke: Migrants in Germany, Sweden and the United Kingdom: Patterns of Assimilation and Welfare. In: *Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung* Nr. 21. Potsdam 2004.

Häusermann, Silja: Reform Opportunities in a Bismarckian Latecomer: Restructuring the Swiss Welfare State. In: Palier, Bruno (Hg.): *A Long Good-Bye to Bismarck? The Politics of Reforms in Continental Europe*. Amsterdam 2010a: Amsterdam University Press, S. 207-231.

Häusermann, Silja: *The Politics of Welfare State Reform in Continental Europe: Modernization in Hard Times*. Cambridge 2010b: Cambridge University Press.

Havrylyshyn, Oleh: *Divergent Paths in Post-Communist Transformation. Capitalism for All or Capitalism for the Few?* Basingstoke 2006: Palgrave Macmillan.

Hecló, Hugh: *Modern Social Politics in Britain and Sweden*. New Haven 1974: Yale University Press.

Heintz, Bettina: Numerische Differenz. Überlegungen zu einer Soziologie des (quantitativen) Vergleichs. In: *ZfS* 39 (3), 2010, S. 162-181.

Heinze, Rolf G./ Schmid, Josef/ Strünck, Christoph: *Vom Wohlfahrtsstaat zum Wettbewerbsstaat*. Opladen 1999: Leske + Budrich.

Heitzmann, Karin/ Österle, August: Austria. In: Fitzpatrick, Tony (Hg.): *International Encyclopedia of Social Policy*. London 2006: Routledge, S. 50-55.

Heitzmann, Karin/ Österle, August: Lange Traditionen und neue Herausforderungen: Das österreichische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): *Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch*. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 47-69.



Hemerijck, Anton: In Search of a New Welfare State. Oxford 2010: Oxford University Press.

Hemerijck, Anton/ Marx, Ive: Continental Welfare at a Crossroads: The Choice between Activation and Minimum Income Protection in Belgium and the Netherlands. In: Palier, Bruno (Hg.): A Long Good-Bye to Bismarck? The Politics of Reforms in Continental Europe. Amsterdam 2010: Amsterdam University Press, S. 129-155.

Henman, Paul: Australia. In: Tony Fitzpatrick et al.: International Encyclopedia of Social Policy. Routledge: London 2006, S. 44-50.

Hinrichs, Karl: A Social Insurance State Withers Away. Welfare State Reforms in Germany – Or: Attempts to Turn Around in a Cul-de-Sac. In: Palier, Bruno (Hg.): A Long Good-Bye to Bismarck? The Politics of Reforms in Continental Europe. Amsterdam 2010: Amsterdam University Press, S. 45-71.

Hofäcker, Dirk: Typen europäischer Familienpolitik – Vehikel oder Hemmnis für das „adult worker model“? In: Leitner, Sigrid / Ostner, Ilona/ Schratzenstaller, Margit: Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell? Wiesbaden 2004: VS., S. 257-284.

Hoffmann, Antonia/ von Below, Andreas: Lettland: Dunkle Wolken über der Wirtschaft? – Inflation und Leistungsbilanzdefizit gefährden den Baltischen Tigerstaat. Konrad Adenauer Stiftung, 2007.

Holliday, Ian: Productivist Welfare Capitalism: Social Policy in East Asia. In: Political Studies 48, 2000, S. 706-723.

Holtmann, Dieter: Der „reale Sozialismus“ und sein Niedergang basieren auf dem Marx'schen „Ausbeutungs“-Irrtum. – Sozialstaatlicher Volkskapitalismus statt Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln. In: Derselbe (Hg.): Die Revolution in Mittel- und Osteuropa und ihre Folgen. Bochum 1991a: Schallwig.

Holtmann, Dieter: Rezension von Volker Bornschie. Westliche Gesellschaft im Wandel. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 43, 1991b, S. 582-584.

Holtmann, Dieter: Variations of Welfare Capitalism after the Decline of State Socialism: Bargaining Societies on the Basis of Value Orientations and Resources of Action. In: Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung Nr. 10. Potsdam 2000.

Holtmann, Dieter: Internationaler Vergleich der Performanz von Wohlfahrtsregimen. In: Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung Nr. 26. Potsdam 2006.

Holtmann, Dieter: Deskriptiv- und inferenzstatistische Modelle der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse. Potsdam 2009<sup>6</sup>: Universitätsverlag.

Holtmann, Dieter: Grundlegende multivariate Modelle der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse. Potsdam 2010<sup>3</sup>: Universitätsverlag.

Holtmann, Dieter: Wohlstand und Wohlfahrt der Nationen im Wandel. Wohlstand und ökologische Nachhaltigkeit, Innovation und soziale Sicherung, Frauenfreundlichkeit sowie Migrantenfreundlichkeit und Gleichheit der Teilhabe, soziale Integration und Autonomie im internationalen Vergleich. Aachen 2014: Shaker Verlag.

Holtmann, Dieter: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im internationalen Vergleich. 43 Länder-Fallstudien. Aachen 2015: Shaker Verlag.

Holtmann, Dieter/ Mutz, Michael/ Alber, Florian u.a.: Zur Performanz von Wohlfahrtsregimen und zu den Unterstützungspotentialen für die verschiedenen Wohlfahrtskonzepte. Potsdam 2006: Universitätsverlag.

Holtmann, Dieter mit Buchheister, Claudia/ Görl, Tilo/ Mutz, Michael/ Schuster, Anne u.a.: Die Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich. Potsdam 2012<sup>7</sup>: Universitätsverlag.

Holtmann, Dieter mit Weiß, Katharina/ Hirsland, Aline-Sophia u.a.: Die Wohlfahrt der Nationen: 40 Länder-Fallstudien zu den Institutionen und ihrer Performanz. Aachen 2012: Shaker Verlag.

Holtmann, Dieter/ Riemer, Peter (Hg.): Europa: Einheit und Vielfalt. Eine interdisziplinäre Betrachtung. Münster 2001: LIT.

Holtmann, Dieter/ Strasser, Hermann: Comparing Class Structures and Class Consciousness in Western Societies. In: International Journal of Sociology 19, 1989, S. 1-27.

Holtmann, Dieter/ Strasser, Hermann: Klassen in der Bundesrepublik heute: Zur Theorie und Empirie der Ausdifferenzierung von Handlungsressourcen. In: Schweizer Zeitschrift für Soziologie 16, 1990, S. 79-106.

Honneth, Axel: Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte. Frankfurt a. M. 1992: Suhrkamp.

Hort, Sven O. E.: Sklerose oder ständig in Bewegung? Das schwedische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 525-547.

Hort, Sven E.O./ Kuhnle, Stein: The Coming of East and South East Asian Welfare States. Journal of European Social Policy 10 (2), London 2000.

Hradil, Stefan: Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft. Von Klassen und Schichten zu Lagen und Milieus. Opladen 1987: Leske + Budrich.

Hradil, Stefan: Die Sozialstruktur Deutschlands im internationalen Vergleich. Wiesbaden 2006<sup>2</sup>: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Hryniewicz, Jozefina: Poland. In: Fitzpatrick, Tony (Hg.): International Encyclopedia of Social Policy. London 2006: Routledge, S. 1005-1009.

Huber, Evelyne: Options for Social Policy in Latin America. Neoliberal versus Social Democratic Models. In: Esping-Andersen, Gøsta (Hg.): Welfare States in Transition. National Adaptions in Global Economies. London 1996: Sage.

Huddleston, Thomas et al.: Migrant Integration Policy Index (MIPEX2011). Brüssel 2011.

Information Office of the State Council of the People's Republic of China: Gender Equality and Women's Development in China. Beijing 2005.

Inglot, Tomasz: Welfare States in East Central Europe, 1919 – 2004. Cambridge 2008: Cambridge University Press.

Inglot, Tomasz: Czech Republic, Hungary, Poland and Slovakia: Adaptation and Reform of the Post-Communist 'Emergency Welfare States'. In: Cerami, Alfi / Vanhuyse, Pieter: Post-Communist Welfare Pathways: Theorizing Social Policy Transformations in Central and Eastern Europe. Basingstoke 2009: Palgrave Macmillan, S. 73-95.

Innovation Union Scoreboard (European Commission). (Diverse Jahre).

International Labour Organization (ILO): Global Extension of Social Security (GESS). Genf 2009: ILO.

International Monetary Fund (IMF): Country Information Page. (Länderberichte; diverse Jahre).

International Monetary Fund (IMF): World Economic Outlook. Database (diverse Jahre).

International Social Security Association (ISSA): Länderprofile. <http://www.issa.int/ger/Beobachtungsstelle/> (Diverse Jahre).

International Social Survey Programme (ISSP). (Diverse Jahre). Zentralarchiv für empirische Sozialforschung, Universität zu Köln.

Internationale Vereinigung für Soziale Sicherheit (IVSS): Länderprofile. <http://www.issa.int/ger/Beobachtungsstelle/> (Diverse Jahre).

Inter-Parliamentary Union: Datenbank (diverse Jahre).

Ioannou, Christina/ Shekeris, Anthos I./ Panayiotopoulos, Christos: Sozialpolitik im Schatten der Nationalen Frage: Das zyprische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 89-108.

ISSA (International Social Security Association): Länderprofile. <http://www.issa.int/ger/Beobachtungsstelle/> (Diverse Jahre).

Ismayr, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Wiesbaden 2010: Verlag für Sozialwissenschaften.

Ivančič, Angela: Slovenia. In: Kogan, Irena/ Gebel, Michael/ Noelke, Clemens (Hg.): Europe Enlarged. A Handbook of Education, Labour and Welfare Regimes in Central and Eastern Europe. Bristol 2008: Policy Press, S. 353-377.

Iversen, Torben: Capitalism, Democracy, and Welfare. Cambridge 2005: Cambridge University Press.

Jessoula, Matteo/ Alti, Tiziana: Italy: An Uncompleted Departure from Bismarck. In: Palier, Bruno (Hg.): A Long Good-Bye to Bismarck? The Politics of Reforms in Continental Europe. Amsterdam 2010: Amsterdam University Press, S. 157-181.

Jochem, Sven: Reformpolitik im Wohlfahrtsstaat: Deutschland im internationalen Vergleich. Berlin 2009: LIT.

Jochem, Sven: Wandel und Zukunftsaussichten des schwedisch-sozialdemokratischen Modells. In: Leviathan 38, 2010, S. 227-249.

Jochem, Sven: Die politischen Systeme Skandinaviens. Wiesbaden 2012: Verlag für Sozialwissenschaften.

Kahl, Thede/ Metzeltin, Michael/ Ungureanu, Mihai-Razvan (Hg.): Rumänien. Raum und Bevölkerung, Geschichte und Geschichtsbilder, Kultur, Gesellschaft und Politik heute, Wirtschaft, Recht und Verfassung, historische Regionen, Teilband 2, 2. Auflage. Wien 2008.

Kangas, Olli/ Kvist, Jon: Nordic Welfare States. In: Greve, Bent (Hg.): The Routledge Handbook of the Welfare State. London 2012: Routledge, S. 148-160.

Kangas, Olli/ Saari, Julio: Krisenbewältigung mit Langzeitfolgen? Der finnische Wohlfahrtsstaat. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 239-262.

Kannan, K. P./ Pillai, N. Vijayamohanan: Social Security in India: The Long Lane Treaded and the Longer Road Ahead Towards Universalization. Centre for Development Studies. Kerala 2007.

Kaufmann, Franz-Xaver: Sozialpolitik und Sozialstaat: Soziologische Analysen. Opladen 2002: Leske + Budrich.

Kautto, Mikko: The Nordic Countries. In: Castles, Francis G./ Leibfried, Stephan/ Lewis, Jane/ Obinger, Herbert/ Pierson, Christopher (Hg.): The Oxford Handbook of the Welfare State. Oxford 2010, S. 586-600.

Keman, Hans: Belgium. In: Fitzpatrick, Tony (Hg.): International Encyclopedia of Social Policy. London 2006: Routledge, S. 59-65.

Kerschen, Nicole: Entwicklungspfade von den Ursprüngen hin zu Europa: Das luxemburgische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 379-401.

Keune, Maarten: EU Enlargement and Social Standards: Exporting the European Social Model. Brüssel 2008: ETUI-REHS.

Kim, Won-Sub: Sozialpolitik unter der „Regierung des Volkes“. 2003: Koreaverband e.V.

King, Lawrence P./ Szelényi, Iván: Post-Communist Economic Systems. In: Smelser, Neil J./ Swedberg, Richard (Hg.): The Handbook of Economic Sociology. Princeton 2005: Princeton University Press, S. 205-229.

Kipke, Rüdiger: Das politische Regime der Slowakei. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Wiesbaden 2010: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 317-356.

Kitschelt, Herbert / Lange, Peter/ Marks, Gary/ Stephens, John D.: Continuity and change in contemporary capitalism. Cambridge 1999a: Cambridge University Press.

Kitschelt, Herbert/ Lange, Peter/ Marks, Gary/ Stephens, John D.: Convergence and Divergence in Advanced Capitalist Democracies. In: Kitschelt, Herbert et al.: Continuity and Change in Contemporary Capitalism. Cambridge 1999b: Cambridge University Press, S. 427-460.

Klein, Axel: Das politische System Japans. Bonn 2006: Bier'sche Verlagsanstalt.

Klenner, Christina/ Hašková, Hana: Variationen des Zweiverdienermodells: Müttererwerbstätigkeit im tschechisch-deutschen Vergleich. In: Klenner, Christina/ Leiber, Simone (Hg.): Wohlfahrtsstaaten und Geschlechterungleichheit in Mittel- und Osteuropa. Kontinuität und Transformation in den EU-Mitgliedsstaaten. Wiesbaden 2009: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 193-228.

Klenner, Christina/ Leiber, Simone (Hg.): Wohlfahrtsstaaten und Geschlechterungleichheit in Mittel- und Osteuropa. Kontinuität und Transformation in den EU-Mitgliedsstaaten. Wiesbaden 2009: Verlag für Sozialwissenschaften.

Kneuer, Marianne: Die Demokratisierung der Slowakei. Interne und externe Faktoren. In: Böhmer, Jule/ Viëtor, Marcel (Hg.), Osteuropa heute. Entwicklungen - Gemeinsamkeiten – Unterschiede. Hamburg 2007: LIT-Verlag.

Kogan, Irena/ Gebel, Michael/ Noelke, Clemens (Hg.): Europe Enlarged. A Handbook of Education, Labour and Welfare Regimes in Central and Eastern Europe. Bristol 2008: Policy Press.

- Kohl, Jürgen: Wohlfahrtsstaatliche Regimetypen im Vergleich. In: Glatzer, Wolfgang/ Ostner, Ilona (Hg.): Deutschland im Wandel. Sozialstrukturelle Analysen. Opladen 1999: Leske + Budrich, S. 321-336.
- Kolarič, Zinka/ Kopač, Anja/ Rakar, Tatjana: Schrittweise Reformierung statt ‚Schocktherapie‘: Das slowenische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 569-593.
- Körösényi, András/ Fodor, Gábor G./ Dieringer, Jürgen: Das politische System Ungarns. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Wiesbaden 2010: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 357-417.
- Korosteleva, Julia: Belarus: Heading toward State Capitalism? In: Lane, David/ Myant, Martin (Hg.): Varieties of Capitalism in Post-Communist Countries. New York 2007: Palgrave Macmillan, S. 221-238.
- Korpi, Walter: Economic Growth and the Welfare State: Leaky Bucket or Irrigation System? In: European Sociological Review 1, 1985, S. 97-118.
- Kosonen, Pekka: Finland. In: Fitzpatrick, Tony (Hg.): International Encyclopedia of Social Policy. London 2006: Routledge, S. 471-476.
- Košta, Ján/ Bednárík, Rastislav: Slovakia. In: Kogan, Irena/ Gebel, Michael/ Noelke, Clemens (Hg.): Europe Enlarged. A Handbook of Education, Labour and Welfare Regimes in Central and Eastern Europe. Bristol 2008: Policy Press, S. 323-351.
- Kostova, Dobrinka: Bulgaria. In: Kogan, Irena/ Gebel, Michael/ Noelke, Clemens (Hg.): Europe Enlarged. A Handbook of Education, Labour and Welfare Regimes in Central and Eastern Europe. Bristol 2008: Policy Press, S. 97-122.
- Köther, Eun Sook: Die Sozialpolitik in Südkorea seit der Wirtschaftskrise 1997. Hg.: Hans-Böckler-Stiftung, Arbeitspapier Nr. 14. Düsseldorf 2000.
- Krizkova, Alena/ Nagy, Beata/ Kanjuo Mrcela, Aleksandra (2009): Geschlechterspezifische Auswirkungen der Arbeitsmarktpolitik in der Tschechischen Republik, Ungarn und Slowenien. In: Klenner, Christina/ Leiber, Simone (Hg.): Wohlfahrtsstaaten und Geschlechterungleichheit in Mittel- und Osteuropa. Kontinuität und Transformation in den EU-Mitgliedsstaaten. Wiesbaden 2009: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 337-372.
- Kusá, Zuzana/ Gerbery, Daniel: Europeanization of Slovak social policy. Social Policy in Europe: Changing Paradigms in an enlarging Europe? ESPAnet Conference 2007, 20-22 September 2007, Vienna.
- Kušić, Siniša: Kroatiens Weg in die EU. In: APuZ 17/2013, S. 8-14.

- Kuznesof, Elisabeth A.: The House, the Street, Global Society. Latin American Families and Childhood in the Twenty-First Century. In: *Journal of Social History*, Vol. 38. 2005, S. 859-872.
- Kwon, Huck-Ju: Korea, South. In: Fitzpatrick, Tony (Hg.): *International Encyclopedia of Social Policy*. London 2006: Routledge, S. 731-734.
- Kwon, Huck-Ju: Korea: Rescaling the Developmental Welfare State? In: Alcock, Pete/ Craig, Gary: *International Social Policy. Welfare Regimes in the Developed World*. Basingstoke 2009<sup>2</sup>: Palgrave, S. 231-246.
- Kwon, Soonman: *Wirtschaftskrise und soziale Entwicklungen in Südkorea*. 1999: Koreaverband e.V.
- Kwon, Soonman/ Holliday, Ian: The Korean welfare state: a paradox of expansion in an era of globalisation and economic crisis. In: *International Journal of Social Welfare* 16, 2007, S. 242-248.
- Kyogoku, Takanobu: *Social Security in Japan*. National Institut of Population and Social Security Research. Tokio 2007.
- Lagerspetz, Mikko/ Maier, Konrad: Das politische System Estlands. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): *Die politischen Systeme Osteuropas*. Wiesbaden 2010: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 79-121.
- Lane, David: Post-State Socialism: A Diversity of Capitalism? In: Lane, David / Myant, Martin (Hg.): *Varieties of Capitalism in Post-Communist Countries*. New York 2007: Palgrave Macmillan, S. 13-39.
- Lane, David/ Myant, Martin (Hg.): *Varieties of Capitalism in Post-Communist Countries*. New York 2007: Palgrave Macmillan.
- Lee, Kevin K.: Population Composition and Poverty Rankings. In: Derselbe (Hg.): *Urban Poverty in Canada: A Statistical Profile*. Canadian Council on Social Development (CCSD): Kanata 2000, Chapter 5, S. 79-90.
- Leibfried, Stephan: Towards an European Welfare state? On Integrating Poverty Regimes into the EC. In: Ferge, Zsuzsa/ Kolberg, Joj Eivind (Hg.): *Social Policy in a Changing Europe*. Boulder, Colo. 1992: Westview Press, S. 245-279.
- Leira, Arnlaug/ Saraceno, Chiara (2002): Care: Actors, Relationships and Contexts. In: Hobson, Barbara/ Lewis, Jane/ Siim, Birte: *Contested Concepts in Gender and Social Politics*. Cheltenham (UK) 2002: Edward Elgar, S. 55-83.
- Leitner, Sigrid: Varieties of Familialism – the Caring Function of the Family in Comparative Perspective. In: *European Societies* 5, 2003, S. 353-375.
- Lessenich, Stephan: *Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus*. Bielefeld 2008: Transkript.
- Lewis, Jane: Gender and the Development of Welfare Regimes. In: *Journal of European Social Policy* 2, 1992, S. 159-173.

Lewis, Jane (Hg.): *Women and Social Policies in Europe. Work, Family and the State*. Aldershot 1993: Edward Elgar.

Lewis, Jane: Gender and welfare state change. In: *European Societies* 4, 2002, S. 331-357.

Lewis, Jane: Auf dem Weg zur „Zwei-Erwerbstätigen-Familie“. In: Leitner, Sigrid/ Ostner, Ilona/ Schratzenstaller, Margit: *Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell?* Wiesbaden 2004: VS., S. 62-84.

Lewis, Jane/ Ilona Ostner: *Gender and the Evolution of European Social Policies*. Bremen 1994: ZeS-Arbeitspapier Nr. 4/94.

Li, Bingqin: Welfare state changes in China since 1949. In: Greve, Bent (Hg.): *The Routledge Handbook of the Welfare State*. London 2012: Routledge, S. 222-231.

Lin, Ka: China: The Art of State and Social Policy Remodelling. In: Alcock, Pete/ Craig, Gary: *International Social Policy. Welfare Regimes in the Developed World*. Basingstoke 2009<sup>2</sup>: Palgrave, S. 247-266.

Lipinsky, Astrid: Frauenrechte in China. In: Bundeszentrale für politische Bildung, *Internationales*, 1.10.2009.

Lloyd-Sherlock, Peter: Inequality and social policy in Latin America. In: Greve, Bent (Hg.): *The Routledge Handbook of the Welfare State*. London 2012: Routledge, S. 232-241.

Lukšič, Igor: Das politische System Sloweniens. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): *Die politischen Systeme Osteuropas*. Wiesbaden 2010: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 729-772.

Luleva, Ana: Wie trägt die informelle Ökonomie zur Geschlechtergleichheit in Bulgarien bei? In: Klenner, Christina/ Leiber, Simone (Hg.): *Wohlfahrtsstaaten und Geschlechterungleichheit in Mittel- und Osteuropa. Kontinuität und Transformation in den EU-Mitgliedsstaaten*. Wiesbaden 2009: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 229-248.

Lunt, Neil: New Zealand. In: Tony Fitzpatrick et al.: *International Encyclopedia of Social Policy*. London 2006: Routledge, S. 921-27.

Maddison, Angus: *Monitoring the World Economy 1820-1992*. Paris 1995: OECD.

Manning, Nick/ Davidova, Nadia: Russia: Revolution or Evolution? In: Alcock, Pete/ Craig, Gary: *International Social Policy. Welfare Regimes in the Developed World*. Basingstoke 2001: Palgrave, S. 203-220.

Manning, Nick/ Tikhonova, Nataliya (Hg.): *Poverty and Social Exclusion in the New Russia*. 2004: Aldershot.



- Marshall, Thomas H.: Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates. Frankfurt / New York 1992: Campus.
- Matsaganis, Manos: The welfare state and the crisis: the case of Greece. In: *Journal of European Social Policy* 21(5), 2011, S.501-512.
- Mau, Steffen/ Verwiebe, Roland: *European Societies. Mapping structure and change*. Bristol 2010: The Policy Press.
- McCashin, Anthony/ Judy O'Shea: Unter Modernisierungsdruck: Das irische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): *Europäische Wohlfahrtssysteme*. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 355-378.
- Merkel, Wolfgang: Soziale Gerechtigkeit und die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus. In: *Berliner Journal für Soziologie* 11, 2001, S. 135-157.
- Mesa-Lago, Carmelo: *Social Security in Latin America: Pressure Groups, Stratification and Inequality*. Pittsburgh 1978: University of Pittsburgh Press.
- Mesa-Lago, Carmelo: *Ascent to Bankruptcy. Financing Social Security in Latin America*. Pittsburgh 1989: University of Pittsburgh Press.
- Mesa-Lago, Carmelo: *Reassembling social security. A survey of pensions and health care reforms in Latin America*. Oxford 2008: Oxford University Press.
- Meulemann, Heiner: *Werte und Wertewandel. Zur Identität einer geteilten und wieder vereinten Nation*. München, Weinheim 1996: Juventa.
- Meuschel, Sigrid: *Legitimation und Parteiherrschaft*. Frankfurt a. M. 1992: Suhrkamp.
- Meyer, Hendrik/ Wientzek, Olaf: Neoliberales Schreckgespenst oder Vorbild Mitteleuropas? Das slowakische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): *Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch*. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 549-567.
- Migrant Integration Policy Index (MIPEX). Brüssel (diverse Jahre).
- Miller, Max/ Soeffner, Hans-Georg: *Modernität und Barbarei. Soziologische Zeitdiagnosen am Ende des 20. Jahrhunderts*. Frankfurt a. M. 1996: Suhrkamp.
- Mitton, Lavinia: Vermarktlichung zwischen Thatcher und New Labour: Das britische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): *Europäische Wohlfahrtssysteme*. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 263-284.
- Mocanu, Christina: Romania. In: Kogan, Irena/ Gebel, Michael/ Noelke, Clemens (Hg.): *Europe Enlarged. A Handbook of Education, Labour and Welfare Regimes in Central and Eastern Europe*. Bristol 2008: Policy Press, S. 295-321.

- Mommsen, Margareta: Das politische System Russlands. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Wiesbaden 2010: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 419-478.
- Morel, Nathalie/ Palier, Bruno/ Palme, Joakim (Hg.): Towards a social investment welfare state? Ideas, policies and challenges. Bristol (UK) 2012: Policy Press.
- Mudhoon, Loay: Die türkische AKP als Vorbild für die arabische Welt? In: Aus Politik und Zeitgeschichte 39 – 40, 2009, S. 27-32.
- Mukherji, Joydeep: Economic Growth and India's Future. In: Occasional Paper Number 26, Center for the Advanced Study of India. Philadelphia 2006: University of Pennsylvania.
- Müller, Hans-Peter/ Wegener, Bernd: Die Soziologie vor der Gerechtigkeit. Konturen einer soziologischen Gerechtigkeitsforschung. In: Dieselben (Hg.): Soziale Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit. Opladen 1995: Leske + Budrich, S. 7-49.
- Müller, Harald/ Rauch, Carsten: Indiens Weg zur Wirtschaftsmacht. In: APuZ 22, 2008, S. 7-13.
- Müller, Klaus/ Schmidt, Rudi: Von der griechischen zur europäischen Krise. In: Prokla 159, 2010, S. 277 – 300.
- Münch-Heubner, Peter L.: Der Umbau des Sozialstaates. Das australische Modell als Vorbild für Europa? In: Aktuelle Analysen, Heft 43. München 2006: Hanns-Seidel-Stiftung.
- Mutz, Michael: Soziale Chancengleichheit in Bildungssystemen – Länderunterschiede und ihre strukturellen Ursachen. In: Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung Nr. 27. Potsdam 2006.
- Myant, Martin: The Czech Republic: From 'Czech' Capitalism to 'European' Capitalism. In: Lane, David/ Myant, Martin (Hg.): Varieties of Capitalism in Post-Communist Countries. New York 2007: Palgrave Macmillan, S. 105-123.
- Myant, Martin/ Drahekoupil, Jan: Transition Economies. Political Economy in Russia, Eastern Europe, and Central Asia. USA 2011: Wiley.
- Myant, Martin/ Smith, Simon: Czech Trade Unions in Comparative Perspective. In: European Journal of Industrial Relations, 1999, S. 265-285.
- Myles, John: When Markets Fail. Social Welfare in Canada and the United States. In: Gøsta Esping-Andersen (Hg.): Welfare States in Transition. National Adaptation in Global Economies. London 1996: Sage, S. 116-140.
- Myles, John: The inequality surge. Changes in the family life course are the main cause. In: Inroads: The Canadian Journal of Opinion 26, 2010, S. 66-73.

- Nagler, Jörg: Gesellschaftsstruktur und -politik der USA. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Informationen zur politischen Bildung, Bd. 268. Bonn 2004.
- Natali, David: Rekalibrierung von Sozialprogrammen und Flexibilisierung der Arbeitsmarktpolitik: Das italienische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 333-353.
- Nussbaum, Martha C.: Gerechtigkeit oder Das gute Leben. Frankfurt a. M. 1999: Suhrkamp.
- Nussbaum, Martha C./ Sen, Amartya (Hg.): The Quality of Life. New York/Oxford 1993: Oxford University Press.
- Obinger, Herbert: Die Finanzkrise und die Zukunft des Wohlfahrtsstaates. In: Leviathan 40 (3), 2012, S. 441-461.
- Obinger, Herbert/ Tálos, Emmerich: Janus-Faced Developments in a Prototypical Bismarckian Welfare State: Welfare Reforms in Austria since the 1970s. In: Palier, Bruno (Hg.): A Long Good-Bye to Bismarck? The Politics of Reforms in Continental Europe. Amsterdam 2010: Amsterdam University Press, S. 101-128.
- Obinger, Herbert/ Wagschal, Uwe: Drei Welten des Wohlfahrtsstaates? Das Stratifizierungskonzept in der cluster-analytischen Überprüfung. In: Lessenich, Stephan/ Ostner, Ilona (Hg.): Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive. Frankfurt 1998: Campus, S. 109-135.
- OECD: Education at a glance. Paris (diverse Jahre): OECD.
- OECD: Employment outlook. Paris (diverse Jahre): OECD.
- OECD: Factbook. Paris (diverse Jahre): OECD.
- OECD: International Migration Outlook: SOPEMI (diverse Jahre): OECD.
- OECD: PISA 2000, PISA 2003, PISA 2006, PISA 2009, PISA 2012. Paris: OECD.
- OECD: Society at a Glance. Paris (diverse Jahre): OECD.
- OECD: [www.oecd-ilibrary.org](http://www.oecd-ilibrary.org) (Daten für verschiedene Jahre).
- Offe, Claus: Epilogue: Lessons learnt and open questions. In: Cerami, Alfio/ Vanhuyse, Pieter: Post-Communist Welfare Pathways: Theorizing Social Policy Transformations in Central and Eastern Europe. Basingstoke 2009: Palgrave Macmillan, S. 237-247.
- Óhidy, Andrea: Das ungarische Bildungssystem. In: Óhidy, Andrea/ Terhart, Ewald/ Zsolnai, József: Lehrerbild und Lehrerbildung. Praxis und Perspektiven der Lehrerausbildung in Deutschland und Ungarn. Wiesbaden 2007: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 67-94.

Oliver, Michael: Postcommunist Welfare States. In: *Journal of Democracy* 19 (4), 2008, S. 81-94.

Olson, Mancur: *The Rise and Decline of Nations*. New Haven 1982: Yale University Press.

Orenstein, Mitchell A.: Postcommunist Welfare States. In: *Journal of Democracy* 19 (4), 2008, S. 81-94.

Orloff, Ann Shola: Gender and the Social Rights of Citizenship: The Comparative Analysis of Gender Relations and Welfare States. In: *ASR* 58, 1993, S. 303-328.

Osten, Manfred: Chinas Konfuzius-Offensive - Eine Herausforderung für die Wissensgesellschaft des Westens. In: *Die politische Meinung*, Nr. 464. 2008, S. 41-46.

Ostner, Ilona: Arm ohne Ehemann? Sozialpolitische Regulierung von Lebenschancen für Frauen im internationalen Vergleich. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B36-37, 1995a, S. 3-12.

Ostner, Ilona: Sozialstaatsmodelle und die Situation der Frauen. In: Fricke, Werner (Hg.): *Zukunft des Sozialstaats. Jahrbuch für Arbeit und Technik*. Bonn 1995b: J.H.W.Dietz.

Ostner, Ilona: Die USA, Schweden und die Bundesrepublik im Vergleich. In: Lessenich, Stephan/ Ostner, Ilona (Hg.): *Welten des Wohlfahrtskapitalismus*. Frankfurt a. M. 1998: Campus, S. 225-252.

Ostner, Ilona: Zur Konvergenz und Divergenz EU-europäischer Wohlfahrtsstaaten. In: Holtmann, Dieter/ Riemer, Peter (Hg.): *Europa: Einheit und Vielfalt. Eine interdisziplinäre Betrachtung*. Münster 2001: LIT, S. 319-334.

Pace, Charles: Linker Wein in rechten Schläuchen? Das Wohlfahrtssystem Maltas. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): *Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch*. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 444-463.

Palekćic, Marko/ Radeka, Igor/ Zekanovic, Nenad: Kroatien. In: Döbert, Hans/ Hörner, Wolfgang/ Von Kopp, Botho/ Reuter, Lutz R. (Hg.): *Die Bildungssysteme Europas*. Baltmannsweiler 2010: Schneider Verlag Hohengehren, S.353-368.

Palier, Bruno (Hg.): *A Long Good-Bye to Bismarck? The Politics of Reforms in Continental Europe*. Amsterdam 2010a: Amsterdam University Press.

Palier, Bruno: Continental Western Europe. In: Castles, Francis G./ Leibfried, Stephan/ Lewis, Jane/ Obinger, Herbert/ Pierson, Christopher (Hg.): *The Oxford Handbook of the Welfare State*. Oxford 2010b, S. 601-615.

- Palier, Bruno: The Dualizations of the French Welfare System. In: Palier, Bruno (Hg.): *A Long Good-Bye to Bismarck? The Politics of Reforms in Continental Europe*. Amsterdam 2010c: Amsterdam University Press, S. 73-99.
- Palme, Joakim/ Fritzell, Johan/ Bergmark, Åke: Das Ende der Gleichheit? Der schwedische Wohlfahrtsstaat nach der Krise. In: *WSI-Mitteilungen* 62, 2009, S. 46-51.
- Papathodorou, Christos: Verspätete Entwicklung der sozialen Sicherung: Das griechische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): *Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch*. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 285-310.
- Peng, Ito/ Wong, Joseph: East Asia. In: Castles, Francis G./ Leibfried, Stephan/ Lewis, Jane/ Obinger, Herbert/ Pierson, Christopher (Hg.): *The Oxford Handbook of the Welfare State*. Oxford 2010: Oxford University Press, S.656-670.
- Pereirinha, José António/ Arcanjo, Mannek/ Nunes, Francisco: Von einem korporativen Regime zu einem europäischen Wohlfahrtsstaat: Das portugiesische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): *Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch*. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 483-501.
- Petmesidou, Maria: Southern Europe. In: Greve, Bent (Hg.): *The Routledge Handbook of the Welfare State*. London 2012: Routledge, S. 183-192.
- Pfau-Effinger, Birgit: *Kultur und Frauenerwerbstätigkeit in Europa: Theorie und Empirie des internationalen Vergleichs*. Opladen 2000: Leske + Budrich.
- Pierson, Paul: *The New Politics of the Welfare State*. ZeS-Arbeitspapier Nr. 3/95. Bremen 1995: Zentrum für Sozialpolitik.
- Pierson, Paul: *Coping with permanent Austerity. Welfare State restructuring in affluent Democracies*. In: Derselbe (Hg.): *The new Politics of the Welfare State*. Oxford 2001: Oxford University Press, S. 410-456.
- Pierson, Paul: *Politics in Time: History, Institutions, and Social Analysis*. Princeton, NJ 2004: Princeton University Press.
- Porter, Michael E.: *Nationale Wettbewerbsvorteile*. München 1991: Droemersch Verlagsgesellschaft.
- Putnam, Robert D.: *Bowling Alone. America's Declining Social Capital*. In: *Journal of Democracy* 6, 1995, S. 65-78.
- Putnam, Robert D. (Hg.): *Democracies in Flux. The Evolution of Social Capital in Contemporary Society*. Oxford 2002: University Press.
- Quiroga Stöllger, Yesko: *Brasilien: Sozialer Fortschritt, demokratische Unruhe und internationaler Gestaltungsanspruch*. In: *APuZ* 50-51/2013, S. 1-24.

- Rajevska, Feliciana: Vom Sozialstaat zum Wohlfahrtsmix: Das lettische Wohlfahrtssystem nach Wiedererlangung der Unabhängigkeit. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 423-442.
- Ramesh, M./ Asher, Mukul G.: Welfare Capitalism in Southeast Asia. Social Security, Health and Education Policies, New York 2000.
- Rawls, John: Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt a. M. 1979: Suhrkamp.
- Rawls, John: Politischer Liberalismus. Frankfurt a. M. 2003: Suhrkamp.
- Reich, Robert B.: Die neue Weltwirtschaft. Das Ende der nationalen Ökonomien. Frankfurt 1993: Ullstein.
- Rennkamp, Britta: Außenpolitik und gesellschaftliche Entwicklung in Südafrika und Brasilien. In: APuZ 50-51/2013, S. 41-46.
- Research Institute of Organic Agriculture (FiBL): Organic agricultural land and share of total agricultural land. 5070 Frick (Schweiz). (Diverse Jahre).
- Riedel, Sabine: Das politische System Bulgariens. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Wiesbaden 2010: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 677-728.
- Ristić, Irena: Das politische System Serbiens. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Wiesbaden 2010: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 897-941.
- Rokkan, Stein: Eine Familie von Modellen für die vergleichende Geschichte Europas. In: ZfS 9(2), 1980, S. 118-128.
- Roy, Arun S.: United Kingdom. In: Tony Fitzpatrick et al.: International Encyclopedia of Social Policy. London 2006: Routledge, S. 1456-1461.
- Rudolph, B., Klement, C. (2006): Arbeitsmarktpartizipation von Frauen im Transformationsprozess. Sozio-ökonomische Realität in den EU-Beitrittsländern Polen, Ungarn und Tschechien. IAB Forschungsbericht 13/2006.
- Saar, Ellu/ Lindemann, Kristina: Estonia. In: Kogan, Irena/ Gebel, Michael/ Noelke, Clemens (Hg.): Europe Enlarged. A Handbook of Education, Labour and Welfare Regimes in Central and Eastern Europe. Bristol 2008: Policy Press, S. 151-181.
- Sainsbury, Diane (Hg.): Gendering Welfare States. London 1994: Sage.
- Sainsbury, Diane: Gender, Equality, and Welfare States. Cambridge 1996: Cambridge University Press.
- Sauer, Michael: Serbien. In: Porsche-Ludwig, Markus/ Bellers, Jürgen/ Gieler, Wolfgang (Hg.): Handbuch Europäischer Sozialpolitiken. Münster 2014: LIT Verlag, S. 186-193.

Saxonberg, Steven: Eastern Europe. In: Greve, Bent (Hg.): The Routledge Handbook of the Welfare State. London 2012: Routledge, S. 171-182.

Saxonberg, S./ Sirovátka, T. Neo-Liberalism by Decay? The Evolution of the Czech Welfare State. In: Social Policy & Administration 4, No. 2, 2009, S. 186-203.

Scharpf, Fritz W.: Economic Changes, Vulnerabilities, and Institutional Capabilities. In: Derselbe/ Schmidt, Vivien A. (Hg.): Welfare and Work in the open Economy. Oxford 2000: Oxford University Press, S. 21-124.

Scharpf, Fritz W./ Schmidt, Vivien A. (Hg.): Welfare and Work in the open Economy. Oxford 2000: Oxford University Press.

Schmid, Günther: Wege in eine neue Vollbeschäftigung – Übergangsarbeitsmärkte und aktivierende Arbeitsmarktpolitik. Frankfurt a. M. / New York 2002: Campus.

Schmid, Josef: Das deutsche soziale Sicherungssystem: Das Bismarck-Modell. In: Derselbe: Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Soziale Sicherung in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme. 3., aktualisierte Auflage. Wiesbaden 2010a: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 129-146.

Schmid, Josef: Das soziale Sicherungssystem in Großbritannien: Zwischen Kollektivismus und Liberalismus. In: Derselbe: Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Soziale Sicherung in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme. 3., aktualisierte Auflage. Wiesbaden 2010b: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 185-202.

Schmid, Josef: Das System sozialer Sicherung in Dänemark: Ein kleiner skandinavischer Wohlfahrtsstaat. In: Derselbe: Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Soziale Sicherung in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme. 3., aktualisierte Auflage. Wiesbaden 2010c: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 147-160.

Schmid, Josef: Der französische Wohlfahrtsstaat: Ein abgeschwächt konservatives Modell. In: Derselbe: Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Soziale Sicherung in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme. 3., aktualisierte Auflage. Wiesbaden 2010d: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 161-184.

Schmid, Josef: Der niederländische Wohlfahrtsstaat: vom passiven zum aktivierenden Wohlfahrtsstaat? In: Derselbe: Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Soziale Sicherung in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme. 3., aktualisierte Auflage. Wiesbaden 2010e: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 203-221.

Schmid, Josef: Schweden: Der Prototyp des modernen Wohlfahrtsstaates im Wandel. In: Derselbe: Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Soziale Sicherung in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme. 3., aktualisierte Auflage. Wiesbaden 2010f: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 222-241.

Schmid, Josef: Soziale Sicherheit in Spanien: Langsamer Ausbau eines rudimentären Wohlfahrtsstaates. In: Derselbe: Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Soziale Sicherung in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme. 3., aktualisierte Auflage. Wiesbaden 2010g: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 242-258.

Schmid, Josef / Amos, Karin / Schrader, Josef / Thiel, Ansgar (Hg.) Welten der Bildung? Vergleichende Analysen von Bildungspolitik und Bildungssystemen  
Baden-Baden 2011: Nomos Verlagsgesellschaft.

Schmidt, Manfred G./ Ostheim, Tobias/ Siegel, Nico A./ Zohnhöfer, Reimund (Hg.): Der Wohlfahrtsstaat. Eine Einführung in den historischen und internationalen Vergleich. Wiesbaden 2007: VS-Verlag.

Schmidt, Thomas: Das politische System Lettlands. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Wiesbaden 2010: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 123-170.

Schmucker, Rolf: Großbritannien: Das Ende der „konservativen Revolution“? In: Hans-Jürgen Bieling, Frank Deppe (Hg.): Arbeitslosigkeit und Wohlfahrtsstaat in Westeuropa. Neun Länder im Vergleich. Opladen 1997: Leske + Budrich, S. 55-88.

Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften.

Seeleib-Kaiser, Martin: Japan. In: Fitzpatrick, Tony (Hg.): International Encyclopedia of Social Policy. London 2006a: Routledge, S. 709-713.

Seeleib-Kaiser, Martin: United States of America. In: Fitzpatrick, Tony (Hg.): International Encyclopedia of Social Policy. London 2006b: Routledge, S. 1464-1469.

Segura-Ubiergo, Alex: The Political Economy of the Welfare State in Latin America. Globalization, Democracy and Development. Cambridge 2007: Cambridge University Press.

Sen, Amartya: Capability and well-being. In: Nussbaum, Martha C./ Derselbe: The Quality of Life. New York / Oxford 1993: Oxford University Press, S. 30-53.

Sen, Amartya: Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft. München 2002: Deutscher Taschenbuch Verlag.

Shambaugh, Jay C: The Euro`s Three Crises. Georgetown University. 2012.

Shang, Xiaoyuan: China. In: Fitzpatrick, Tony (Hg.): International Encyclopedia of Social Policy. London 2006: Routledge, S. 147-152.



- Siaroff, Alan: Work, Welfare and Gender Equality: A New Typology. In: Sainsbury, Diane (Hg.): Gendering Welfare States. London 1994: Sage, S. 82-100.
- Siemienska, Renata/ Domaradzka, Anna: Transformation mit Schwierigkeiten: Das polnische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 503-524.
- Simões, Solange/ Matos, Marlise: Modern Ideas, Traditional Behaviors, and the Persistence of Gender Inequality in Brazil. In: International Journal of Sociology, Vol. 38. 2008, S. 94-110.
- Solga, Heike: Bildungsarmut und Ausbildungslosigkeit in der Bildungs- und Wissensgesellschaft. In: Becker, Rolf (Hg.): Lehrbuch der Bildungssoziologie. Wiesbaden 2007: VS, S. 395-432.
- Soskice, David: Divergent Production Regimes: Coordinated and Uncoordinated Market Economies in the 1980s and 1990s. In: Kitschelt, Herbert et al.: Continuity and Change in Contemporary Capitalism. Cambridge 1999: Cambridge University Press, S. 101-134.
- Sozen, Suleyman: Turkey. In: Fitzpatrick, Tony (Hg.): International Encyclopedia of Social Policy. London 2006: Routledge, S. 1424-1427.
- Spicker, Paul: Liberal Welfare States. In: Greve, Bent (Hg.): The Routledge Handbook of the Welfare State. London 2012: Routledge, S. 193-201.
- SSPTW: Social Security Programs Throughout the World (Hg.: U.S. Social Security Administration). Washington, D.C. (diverse Jahre).
- Standing, Guy: Social Protection in Central and Eastern Europe: A Tale of slipping anchors and torn Safety Nets. In: Esping-Andersen, Gøsta (Hg.): Welfare States in Transition. National Adaptations in Global Economies. London 1996: Sage, S. 225-255.
- Stanek, Vojtech/ Husáková, Mária/ Ošková, Silvia: Transformation of Social Policy in the Slovak Republic. ESPAnet Conference 2007, 20-22 September 2007, Vienna.
- Statistisches Bundesamt (Hg.): Datenreport. Bonn (diverse Jahre): Bundeszentrale für politische Bildung.
- Steinbach, Udo (Hg.): Länderbericht Türkei. Bonn 2012: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Steindorff, Ludwig: Ein kurzer Gang durch die Geschichte Kroatiens. In: APuZ 17/2013, S.15-22.
- Stephens, John D.: The Scandinavian Welfare States: Achievement, Crisis, and Prospects. In: Esping-Andersen, Gøsta (Hg.): Welfare states in transition. National adaptations in global economies. London 1996: Sage, S. 32-65.

Stergiou, Andreas: Zypern: Gesellschaft, Parteien, Gewerkschaften. In: APuZ 12/2009, S.28-33.

Stiglitz, Joseph E.: Im freien Fall. Vom Versagen der Märkte zur Neuordnung der Weltwirtschaft. München 2010: Siedler.

Straková, Jana: Czech Republik. In: Kogan, Irena/ Gebel, Michael/ Noelke, Clemens (Hg.): Europe Enlarged. A Handbook of Education, Labour and Welfare Regimes in Central and Eastern Europe. Bristol 2008: Policy Press, S. 123-149.

Stubbs, Paul/ Zrinščak, Siniša: Croatia. In: Deacon, Bob/ Stubbs, Paul (Hg.): Social Policy and International Interventions in South East Europe. Cheltenham 2007: Edward Elgar, S. 85-102.

Sülzer, Rolf: Social Security in India – A System in the Making. In: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH (Hg.): The Social and Ecological Market Economy – A Model for Asian Development? Eschborn 2008: GTZ.

Szelewa, Dorota/ Polakowski, Michal: Who Cares? Patterns of Care in Central and Eastern Europe. In: Journal of European Social Policy 18, 2008, S. 115-131.

Szikra, Dorottya/ Tomka, Bela : Social Policy in East Central Europe: Major Trends in the 20th Century. In: Cerami, Alfio/ Vanhuyse, Pieter: Post-Communist Welfare Pathways: Theorizing Social Policy Transformations in Central and Eastern Europe. Basingstoke 2009: Palgrave Macmillan.

Taljunaite, Meilute: Lithuania. In: Kogan, Irena/ Gebel, Michael/ Noelke, Clemens (Hg.): Europe Enlarged. A Handbook of Education, Labour and Welfare Regimes in Central and Eastern Europe. Bristol 2008: Policy Press, S. 241-267.

Tauber, Joachim: Das politische System Litauens. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Wiesbaden 2010: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 171-208.

Tausz, Katalin: Vom Staatssozialismus zum Wohlfahrtshybrid: Das ungarische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch. Wiesbaden 2007: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 311-331.

Tavora, Isabel: The southern European social model: familialism and the high rates of female employment in Portugal. In: Journal of European Social Policy 22(1), 2012, S.63-76.

The Economist (Intelligence Unit): Demokratieindex. London u.a. (diverse Jahre).

Trampusch, Christine: The welfare state and trade unions in Switzerland: an historical reconstruction of the shift from a liberal to a post-liberal welfare regime. In: *Journal of European Social Policy* 20 (1). 2010, S. 58-73.

Trapenciene, Ilze: Latvia. In: Kogan, Irena/ Gebel, Michael/ Noelke, Clemens (Hg.): *Europe Enlarged. A Handbook of Education, Labour and Welfare Regimes in Central and Eastern Europe*. Bristol 2008: Policy Press, S. 213-240.

Trumm, Avo/ Ainsaar, Mare: Zwischen Marginalität und Universalismus: Das estnische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): *Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch*. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 187-205.

U.S. Census Bureau: *Income, Poverty, and Health Insurance Coverage in the United States 2009*, September 2010.

U.S. Energy Information Administration: "Energy intensity using PPP" (diverse Jahre).

U.S. Social Security Administration: *Social Security Programs Throughout the World (SSPTW)*. Washington, D.C. (diverse Jahre).

UN Data: Datenbank (diverse Jahre).

UNESCO: Datenbank (diverse Jahre).

United Nations (UN): *Demographic Yearbook*. New York (diverse Jahre): United Nations.

United Nations (UN): *Millennium Development Goals Indicators*.

United Nations Development Programme (UNDP): *Human Development Report (HDR) 1990 ff.*; Datenbank (diverse Jahre). New York.

Van Oorschot, Wim: Von kollektiver Solidarität zur individuellen Verantwortung: Der niederländische Wohlfahrtsstaat. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): *Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch*. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 465-482.

Van Vliet, Olaf/ Caminada, Koen: *Unemployment replacement rates dataset among 34 welfare states, 1971-2009*. Neujobs Special Report No. 2, Januar 2012. Leiden 2012: Leiden University.

Vobruba, Georg: Freiheit: Autonomiegewinne der Leute im Wohlfahrtsstaat. In: Lessenich, Stephan (Hg.): *Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse*. Frankfurt a. M. / New York 2003: Campus.

Vodička, Karel: Das politische System Tschechiens. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): *Die politischen Systeme Osteuropas*. Wiesbaden 2010: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 275-315.

Vogel, Claudia: Einstellungen zur Frauenerwerbstätigkeit. Ein Vergleich von Westdeutschland, Ostdeutschland und Großbritannien. In: Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung Nr. 11. Potsdam 2000.

Wærness, Kari: Norway. In: Fitzpatrick, Tony (Hg.): International Encyclopedia of Social Policy. London 2006: Routledge, S. 936-940.

Wagener, Hans-Jürgen: The Welfare State in Transition Economies and Accession to the EU. San Domenico (FI) 2001: Europ. Univ. Inst.

Ward Schofield, Janet/ Alexander, Kira et al.: Migrationshintergrund, Minderheitenzugehörigkeit und Bildungserfolg. Forschungsergebnisse der pädagogischen, Entwicklungs- und Sozialpsychologie. Berlin 2006: WZB.

Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie. Tübingen 1980<sup>5</sup>: Mohr.

Weber, Max: Die protestantische Ethik. Hrsg. von Johannes Winckelmann. 2 Bände. Gütersloh 1982/84: Bertelsmann.

Weber, Max: Der Sozialismus. In: Derselbe: Gesammelte Aufsätze zur Soziologie und Sozialpolitik. Tübingen 1988<sup>2</sup>: Mohr, S. 492-518.

Weber, Steffen: Der Einfluss wohlfahrtsstaatlicher Charakteristika auf individuelle gesellschaftlich-politische Einstellungen. Ein Vergleich von Einstellungen in Norwegen, Deutschland (West) und in den USA. In: Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung Nr. 5. Potsdam 1998.

Weede, Erich: Legitimacy, Democracy and Comparative Economic Growth Reconsidered. In: European Sociological Review 12, 1996, S. 217-225.

Wilensky, Harold L.: The Welfare State and Equality. Structural and Ideological Roots of Public Expenditures. Berkeley 1975: University of California Press.

Wilson, Jeanne: China's Transformation toward Capitalism. In: Lane, David / Myant, Martin (Hg.), Varieties of Capitalism in Post-Socialist Countries. Hampshire (UK) 2006: Palgrave, S. 239-257.

Wood, Geof: Informal Security Regimes: The Strength of Relationships. In: Gough, Ian et al. (Hg.): Insecurity and Welfare Regimes in Asia, Africa and Latin America. Social Policy in Development Contexts. Cambridge 2004: Cambridge University Press.

World Bank: World Development Indicators. Washington D.C. (diverse Jahre): The World Bank.

World Bank: Growth, Poverty and Inequality: Eastern Europe and the Former Soviet Union. Washington, DC, 2005: World Bank.

World Bank: Global Safety Nets. Washington, DC, 2009: World Bank.

World Commission on Environment and Development (WCED): Our Common Future. Oxford 1987: Oxford University Press.

World Nuclear Association: Nuclear share figures (diverse Jahre).

Wright, Margaret M: Canada. In: Tony Fitzpatrick et al.: International Encyclopedia of Social Policy. London 2006: Routledge, S. 89-94.

Youssef, Mona: Sozialstrukturelle und ökonomische Bestimmungsgründe der Wettbewerbsfähigkeit. In: Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung Nr. 9. Potsdam 2000.

Zakošek, Nenad/Maršić, Tomislav: Das politische System Kroatiens. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Wiesbaden 2010: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 773-837.

Zapf, Wolfgang: Die Modernisierungstheorie und unterschiedliche Pfade der gesellschaftlichen Entwicklung. In: Leviathan 24, 1996, S. 63-77.

Zentralarchiv für empirische Sozialforschung: Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS); International Social Survey Programme (ISSP). Köln (diverse Jahre): Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln (ZA).

Ziemer, Klaus/ Matthes, Claudia-Yvette: Das politische System Polens. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Wiesbaden 2010: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 209-273.

Ziliak, James P. (Hg.): Welfare Reform and Its Long-Term Consequences for America's Poor. Cambridge 2009: Cambridge University Press.

Zrinščak, Siniša: Croatia. In: Tony Fitzpatrick et al.: International Encyclopedia of Social Policy. London 2006: Routledge, S. 245-247.

Zuberi, Dan: Differences That Matter. Social Policy and the Working Poor in the United States and Canada. Ithaca / London 2006: Cornell University Press.